



Landtag von Baden-Württemberg

40. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 27. Juni 2012 • Haus des Landtags

Beginn: 10:01 Uhr

Mittagspause: 13:04 bis 14:30 Uhr

Schluss: 18:29 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	2171	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	2189
Umbesetzung im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft	2171	Beschluss	2191
1. Aktuelle Debatte – Konversion von Bundeswehrstandorten in Baden-Württemberg – der Bund lässt die Kommunen im Stich – beantragt von der Fraktion GRÜNE	2171	4. a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Landeshochschulgesetzes und anderer Gesetze – Drucksache 15/416	
Abg. Wilhelm Halder GRÜNE	2171, 2177	b) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Einführung einer Verfassten Studierendenschaft und zur Stärkung der akademischen Weiterbildung (Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz – VerfStudG) – Drucksache 15/1600	
Abg. Winfried Mack CDU	2172, 2178	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Drucksache 15/1850	2191
Abg. Thomas Funk SPD	2174, 2178	Abg. Dr. Dietrich Birk CDU	2191
Abg. Leopold Grimm FDP/DVP	2175	Abg. Alexander Salomon GRÜNE	2193
Minister Alexander Bonde	2176, 2179	Abg. Johannes Stober SPD	2194
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	2179	Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	2196
2. Aktuelle Debatte – Kriminelle Motorradbanden im Fokus der Sicherheitsbehörden – beantragt von der Fraktion der SPD	2180	Ministerin Theresia Bauer	2198
Abg. Nikolaos Sakellariou SPD	2180	Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE	2201
Abg. Thomas Blenke CDU	2181	Beschluss	2202
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	2183		
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	2184	5. Regierungsbefragung	
Minister Reinhold Gall	2184	5.1 Bundesweiter Feldversuch mit Lang-Lkws – Abstraktes Normenkontrollverfahren gegen die Verordnung über Ausnahmen von straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften für Fahrzeugkombinationen mit Überlänge (LKWÜberlStVAusV)	2205
3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Einführung der Direktwahl der Landräte – Drucksache 15/1566 (geänderte Fassung)		Minister Winfried Hermann	2205, 2206
Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 15/1828	2186	Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	2205, 2206
Abg. Karl Klein CDU	2187		
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	2188		
Abg. Walter Heiler SPD	2188		

<p>5.2 Priorisierungsliste für den Bundesfernstraßenbau 2206</p> <p>Abg. Thaddäus Kunzmann CDU 2206, 2207</p> <p>Minister Winfried Hermann. . 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215</p> <p>Abg. Gernot Gruber SPD 2207</p> <p>Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP 2207, 2209</p> <p>Abg. Nicole Razavi CDU 2208, 2214</p> <p>Abg. Andreas Schwarz GRÜNE. . . 2208, 2211, 2213</p> <p>Abg. Rudolf Köberle CDU 2210, 2213</p> <p>Abg. Winfried Mack CDU 2210, 2212</p> <p>Abg. Marcel Schwehr CDU 2211</p> <p>Abg. Hans-Martin Haller SPD 2212</p> <p>Abg. Sascha Binder SPD 2214</p> <p>Abg. Claus Schmiedel SPD 2215</p> <p>5.3 Anregungen der Stuttgarter Feuerwehr zu Stuttgart 21 2215</p> <p>Abg. Andreas Schwarz GRÜNE. 2215</p> <p>Minister Winfried Hermann 2215</p> <p>Abg. Sascha Binder SPD 2215</p> <p>6. a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Drucksache 15/1726</p> <p>Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/1854</p> <p>b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes – Drucksache 15/1840</p> <p>c) Beschlussempfehlung und Bericht des Präsidiums – Geschäftsordnung des 15. Landtags von Baden-Württemberg – Drucksache 15/1841 2216</p> <p>Abg. Volker Schebesta CDU 2216</p> <p>Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE. 2217</p> <p>Abg. Andreas Stoch SPD 2218</p> <p>Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP. 2219</p> <p>Beschluss 2220</p> <p>7. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Strukturelles Unterrichtsversorgungsdefizit der beruflichen Schulen schneller abbauen – Drucksache 15/614 (geänderte Fassung) 2221</p>	<p>Abg. Viktoria Schmid CDU 2221, 2227</p> <p>Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE 2222</p> <p>Abg. Gerhard Kleinböck SPD 2223, 2229</p> <p>Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP. 2224</p> <p>Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer 2225</p> <p>Beschluss 2229</p> <p>8. a) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Einstellungsmöglichkeiten der Anwärter für das Lehramt am Gymnasium zum Schuljahr 2012/2013 – Drucksache 15/1094 (geänderte Fassung)</p> <p>b) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Einstellungsmöglichkeiten der Anwärter für das Lehramt am Gymnasium zum Schuljahr 2012/2013 – Version 2.0 – Drucksache 15/1182 (geänderte Fassung). 2229</p> <p>Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU 2229, 2236, 2237, 2238</p> <p>Abg. Sandra Boser GRÜNE. 2231</p> <p>Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD. 2232, 2239</p> <p>Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP. 2233</p> <p>Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer 2235</p> <p>Abg. Claus Schmiedel SPD (Kurzzintervention) 2237, 2238</p> <p>Beschluss 2239</p> <p>9. a) Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Energiespeichertechnologie und Stromnetzentwicklung in Baden-Württemberg – Drucksache 15/906</p> <p>b) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Intelligente Stromnetze – „Smart-Grid“-Lösungen in der Gegenwart und für die Zukunft – Drucksache 15/1135 2240</p> <p>Abg. Paul Nemeth CDU. 2240, 2249</p> <p>Abg. Johannes Stober SPD 2241, 2249</p> <p>Abg. Alexander Schoch GRÜNE. 2242</p> <p>Abg. Andreas Glück FDP/DVP 2243</p> <p>Minister Franz Untersteller 2245</p> <p>Beschluss 2250</p> <p>Nächste Sitzung 2250</p> <p>Anlage</p> <p>Vorschlag der Fraktion der CDU – Umbesetzung im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft 2250</p>
--	--

Protokoll

über die 40. Sitzung vom 27. Juni 2012

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 40. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Krankgemeldet sind Herr Abg. Marwein und Herr Abg. Renkonen.

Aus dienstlichen Gründen hat sich Frau Ministerin Altpeter entschuldigt.

Dienstlich verhindert sind Frau Staatsrätin Erler und bis 10:30 Uhr Frau Ministerin Öney.

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der CDU für eine Umbesetzung im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft. – Ich stelle fest, dass Sie der vorgeschlagenen Umbesetzung zustimmen.

Im **E i n g a n g** befindet sich die Mitteilung des Deutschlandradios vom 26. Juni 2012 – Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Deutschlandradios. Sie wird Ihnen als Drucksache 15/1938 zugehen. Ich schlage vor, diese Mitteilung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Konversion von Bundeswehrstandorten in Baden-Württemberg – der Bund lässt die Kommunen im Stich – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Meine Damen und Herren, wie immer haben wir eine Redezeit in zwei Runden von jeweils fünf Minuten je Fraktion vereinbart. Die Redezeit der Regierung wird darauf nicht angerechnet.

Ich darf jetzt für die Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Halder das Wort erteilen.

Abg. Wilhelm Halder GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit Ende Oktober letzten Jahres steht der Abzug der Bundeswehr aus den Gemeinden Hardheim, Mengen/Hohentengen, Immendingen und Sigmaringen fest. Zudem sind die Gemeinden Ellwangen und Meßstetten von einer erheblichen Dienstpostenreduzierung betroffen, was für diese Gemeinden praktisch einer Standortschließung gleichkommt. Auf acht weitere Standorte kommt eine signifikante Dienstpostenreduzierung zu.

Lassen Sie mich kurz auf die Fakten eingehen. Allein in Baden-Württemberg fallen in den kommenden Jahren rund 9 400

Dienstposten weg, wobei der ländliche Raum besonders betroffen ist. Gerade in strukturschwachen Gegenden sind die Dienstpostenreduzierungen und die Standortschließungen mit erheblichen Herausforderungen verbunden. Diese Herausforderungen sind vielfältig und können von den betroffenen Kommunen allein nicht gemeistert werden. Es müssen entsprechende Nachfolgenutzungen militärischer Liegenschaften gefunden werden.

Auch Einrichtungen der öffentlichen und privaten Daseinsvorsorge sind von der Bundeswehrkonversion betroffen. Kaufkraftverlust, Verlust von Arbeitsplätzen und von Wertschöpfung sind in diesem Zusammenhang nur Stichworte.

Auf Landesebene haben wir uns seit der Bekanntgabe des neuen Standortkonzepts dieses Themas angenommen und unterstützen die betroffenen Kommunen in vielerlei Hinsicht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

In Baden-Württemberg fanden bereits zwei Konversionskonferenzen mit den betroffenen Kommunen unter Beteiligung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben – BImA – statt. Um die Zusammenarbeit der betroffenen Ministerien zu verbessern, wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet. Auf Initiative von uns Grünen und der SPD haben wir hier im Landtag einstimmig einen interfraktionellen Antrag zum Thema Konversion verabschiedet.

Das MLR hat eine Wirkungsanalyse zur Abschätzung der Folgen der Bundeswehrkonversion in Auftrag gegeben. Hierbei geht es vorrangig um die sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der Konversion für die betroffenen Gemeinden. Fragen der Zivilbeschäftigten und der Angehörigen der Bundeswehrbeschäftigten werden ebenso untersucht wie die Auftragsvergabe vonseiten der Bundeswehr an öffentliche Dienstleister.

Mittlerweile wurden verschiedene Förderprogramme wie beispielsweise das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum – ELR –, die Städtebau- und die Wohnungsbauförderung speziell auf das Thema Konversion zugeschnitten. Damit können die Konversionsgemeinden mit einer Priorisierung rechnen.

Bei den Regierungspräsidien wurden für die betroffenen Kommunen spezielle Ansprechpartner für das Thema Konversion eingerichtet. Diese stehen im engen Austausch mit der interministeriellen Arbeitsgruppe und beraten die Kommunen beispielsweise im Hinblick auf die verschiedenen Förderprogramme.

Als Nächstes sollten für die betroffenen Kommunen Entwicklungskonzepte erstellt werden. Auch hierbei steht das Land

(Wilhelm Halder)

den Kommunen unterstützend zur Seite und übernimmt 80 % der Kosten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Ideensammlung für die Nachfolgenutzung ist bei vielen Kommunen schon in vollem Gang. Diese reichen von Energieparks über die Ansiedlung von Landeseinrichtungen, den Ausbau der ländlichen Hochschulen bis hin zu Weiterbildungseinrichtungen. Diesen Prozess wollen wir gemeinsam mit den betroffenen Akteuren und unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger begleiten. Hierbei gilt es, das Thema Konversion auch vor dem Hintergrund der Flächeneinsparung sowie des Klima-, Umwelt- und Artenschutzes zu sehen.

All diese Maßnahmen sind bereits umgesetzt oder in die Wege geleitet. Baden-Württemberg steht den betroffenen Gemeinden als zuverlässiger Partner zur Seite.

Anders sieht es auf Bundesebene aus. Hier werden Forderungen der Länder und der betroffenen Gemeinden nach Hilfestellungen und Unterstützung vehement zurückgewiesen. Dies halte ich in zweifacher Hinsicht für falsch: Zum einen ist das neue Stationierungskonzept der Bundeswehr eine Entscheidung, die auf Bundesebene und ohne Beteiligung der Länder getroffen wurde.

(Abg. Winfried Mack CDU: So ein Quatsch! – Zuruf des Abg. Leopold Grimm FDP/DVP)

Zum anderen ist es vor allem der Bund, der vom neuen Stationierungskonzept der Bundeswehr profitiert. Damit müssen Länder und Kommunen für etwas herhalten, für das sie gar nicht verantwortlich sind. Der Bund muss seinen Verpflichtungen nachkommen und die Konversionsgemeinden entsprechend unterstützen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Unsere Forderungen zielen auf eine Erhöhung der Mittel für die Städtebauförderung, für die Hilfen bei der restlosen Beseitigung der Altlasten und eine verstärkte Förderung von Infrastrukturprojekten sowie auf eine Änderung des BImA-Gesetzes. Deshalb möchte ich an dieser Stelle nochmals die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP/DVP auffordern, ihren Einfluss in Berlin geltend zu machen. Unterstützen auch Sie den gemeinsamen Gesetzentwurf der Länder Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg zur Änderung des BImA-Gesetzes.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Mit dieser Gesetzesänderung werden verstärkt auch strukturelle Ziele von Bund, Ländern und Kommunen bei der Verwertung der ehemals militärisch genutzten Liegenschaften berücksichtigt. Es kann unserer Ansicht nach nicht das Ziel sein, die Vermarktung der Militärfächen ausschließlich unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu sehen. Gerade im ländlichen Raum ist dies nicht zielführend.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Mack.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Grünen haben eine Aktuelle Debatte mit dem Titel „Konversion von Bundeswehrstandorten in Baden-Württemberg – der Bund lässt die Kommunen im Stich“ beantragt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Wenn man sich diesen Titel anhört, weiß man, aus welchem Loch nach Meinung der Grünen die Maus hinaussoll. Sie wollen einseitig Schuldzuweisungen an den Bund und wollen davon ablenken, dass Sie im Land in Sachen Konversion viel zu wenig tun.

(Beifall bei der CDU)

Einseitige Schuldzuweisungen helfen uns in diesem Fall aber überhaupt nichts.

Ich habe noch nicht gehört, dass sich die rot-grüne Opposition im Bund etwa gegen die Bundeswehrreform ausgesprochen hätte. Ich habe von den Grünen auch noch nicht gehört,

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

dass sie gegen Abrüstung seien.

Jetzt kommt es doch darauf an, dass wir – Bund, Land und auch die Parteien, Rot-Grün auf der einen Seite, Schwarz-Gelb auf der anderen Seite – die Bundeswehrreform und die Konversion gemeinsam unterstützen und umsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Umso bedauerlicher ist es, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn in diesen Tagen, wie kürzlich, im Mai, in Mengen/Hohentengen, Außerdienststellungen stattfinden, wo die Soldaten verabschiedet werden, und trotz Einladung kein einziger Vertreter der Landesregierung von Baden-Württemberg anwesend ist.

(Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren von der Regierung, bitte unterstützen Sie die Soldatinnen und Soldaten in Baden-Württemberg, solange sie noch hier sind, und zeigen Sie, dass auch wir auf der Seite der Soldaten sind, die in Baden-Württemberg ihren Dienst tun.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir haben insbesondere im ländlichen Raum – im Bereich Sigmaringen, Mengen/Hohentengen, Meßstetten, Ellwangen, Hardheim – Standorte, die aufgegeben werden; sie alle sind erheblich betroffen. Wir haben im Rhein-Main-Bereich Standorte der Alliierten, die geschlossen werden.

Ich darf daran erinnern, dass die Konversion im Main-Tauber-Kreis, der bei der letzten Welle erheblich betroffen war, noch nicht abgeschlossen ist und dass auch die Konversion in Horb noch nicht abgeschlossen ist. Die Kaserne in Horb befindet sich noch im Eigentum des Bundes.

Herr Minister Bonde, wir sind uns einig, dass wir gegenüber dem Bund eine verbilligte Abgabe von Bundeswehrliegenschaften

(Winfried Mack)

schaften an kaufwillige Kommunen fordern. Warum? In vielen Fällen haben Kommunen Grundstücke kostenlos dafür abgegeben, dass Kasernen auf ihrem Gebiet errichtet wurden – noch zu Zeiten des Königreichs Württemberg und auch später, während der Bundeswehrzeit. Deswegen darf es nicht sein, dass der Bund diese Kasernen und diese Liegenschaften jetzt wieder an dieselben Kommunen quasi verkauft. Wir unterstützen Sie also in diesem Anliegen nachdrücklich.

(Vereinzelt Beifall)

Aber ich möchte auch dazusagen: Bis 2004 hatten wir diese Praxis. Wer hat diese Praxis damals beendet? Das war die rot-grüne Regierungsmehrheit.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Wer war damals im Haushaltsausschuss? Im Haushaltsausschuss war damals ein Herr Bonde.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

Wer war später im Verwaltungsrat der BImA? Ein Herr Bonde.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!
– Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein! Wo sitzt er denn überall drin?)

Was hat damals die rot-grüne Regierung gemacht? Sie hat die Aufgaben zentralisiert. Sie hat den Oberfinanzdirektionen die Aufgabe abgenommen und sie der BImA gegeben.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Haben Sie das geändert?)

Sie hat gesagt: „Ihr dürft nur noch zum Verkehrswert kaufen.“ Also, Herr Bonde, späte Einsicht ist auch noch gut. Adenauer hat gesagt: „Was geht mich mein Geschwätz von gestern an?“ So machen Sie es jetzt auch. Adenauer war in der CDU, Ihre Frau ist es auch. Hören Sie öfter auf Ihre Frau.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Dann sind wir uns einig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das tut richtig weh, Herr Kollege! – Zurufe der Abg. Jörg Fritz und Andreas Schwarz GRÜNE)

Meine Damen und Herren, Herr Bonde fordert vom Bund mehr Infrastrukturmaßnahmen, mehr Engagement im Bereich Infrastruktur. Ja, das ist richtig. Etwa im Bereich Straßenbau können wir den betroffenen Kommunen helfen.

Was ist das Problem von Sigmaringen? Das Problem von Sigmaringen ist der fehlende Autobahnanschluss. Was könnte man tun? Man könnte beispielsweise die B 311 ausbauen. Aber wo befinden sich die Maßnahmen im Bereich der B 311, Ortsumfahrung Unlingen oder Erbach-Dellmensingen?

(Zurufe der Abg. Andreas Schwarz GRÜNE und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Sie befinden sich in der Kategorie 3 des grünen Verkehrsministers. Er will diese Maßnahmen also überhaupt nicht angehen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Jedes Mal das Gleiche!)

Oder nehmen Sie die B 29. Das würde Ostwürttemberg helfen. Auch das wäre eine Konversionsmaßnahme. Wo befindet sich die Maßnahme? Ganz hinten. Also, es bringt überhaupt nichts, einerseits vom Bund Infrastrukturmaßnahmen zu fordern und auf der anderen Seite beim Straßenbau genau das Gegenteil zu tun. Kommen Sie an diesem Punkt endlich zur Vernunft, und versuchen Sie, den betroffenen Kommunen und den betroffenen Raumschaften zu helfen.

(Beifall bei der CDU)

Wir, die CDU-Fraktion im Landtag, haben unter Federführung des Kollegen Klein ein Konversionskonzept erarbeitet, und wir haben bei den letzten Haushaltsberatungen 1 Million € zusätzlich für Konzepte der Kommunen beantragt. Damals wurde uns gesagt, wir brauchten dieses Geld nicht und es gehe nicht darum, schon jetzt Konzepte zu erarbeiten. Ferner wurde damals gesagt, das Geld werde reichen.

Was passiert jetzt im Moment, Herr Bonde? Im Moment können Kommunen keine Anträge stellen, wenn sie Konzepte für Konversionsmaßnahmen aufstellen wollen. Warum nicht? Weil ihnen gesagt wird: Man muss erst das vom Land in Auftrag gegebene Prognos-Gutachten abwarten, und erst danach – ab Juli – dürfen Anträge gestellt werden. Halten Sie das Vorgehen für richtig? Nicht einmal eine Unbedenklichkeitsbescheinigung können Kommunen im Moment bekommen. Sie werden also hingehalten. Der Ministerpräsident hat gesagt: „Das Geld folgt den Ideen.“ Aber Sie unterstützen die Kommunen nicht ausreichend, wenn es darum geht, Ideen zu verwirklichen. Wir brauchen also eine Beschleunigung bei dem, was Sie für die Kommunen tun.

Dann geht es darum, dass wir neben den Projektprogrammen in den Bereichen Städtebau, ELR, Abwasser und Wasser den Kommunen auch im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs helfen und dass wir den Kommunen auch helfen, wenn es darum geht, über den Ausgleichstock zusätzliche Hilfen zur Verfügung zu stellen. Wir haben dazu entsprechende Konzepte vorgelegt.

Wir fordern von dieser Regierung, dass sie die Konversionskommunen und die Konversionsregionen jenseits der bestehenden Programme unterstützt. Das Land Baden-Württemberg hat dies immer getan. Schauen Sie nur beispielsweise nach Ludwigsburg, wo die Filmakademie entstanden ist, wo die Akademie für Darstellende Kunst entstanden ist. Schauen Sie das Hochbegabtgymnasium in Schwäbisch Gmünd an. Schauen Sie den Flughafen in Sölingen an. Überall hat das Land zusätzlich über die Programme hinaus geholfen. Das ist das, was wir brauchen. Was wir nicht brauchen, ist, dass das, was schon geschaffen wurde, wieder zurückgenommen wird. Die Polizeiakademie in Wertheim, die eine Konversionsmaßnahme war, soll jetzt wieder geschlossen werden. Das ist genau das Gegenteil dessen, was Sie tun sollen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Alles bloße Unterstellungen, nichts ist richtig!)

Ich sage Ihnen auch: Nutzen Sie die Spielräume, die das Land hat.

(Beifall bei der CDU)

(Winfried Mack)

Im Jahr 1993 haben die Länder Mittel in Höhe von zwei Prozentpunkten der Einnahmen der Mehrwertsteuer vom Bund bekommen, auch für Konversionsmaßnahmen – dies sind erhebliche Mittel –, und deswegen müssen Sie diese Mittel auch für die Konversionskommunen einsetzen. Es geht bei der Frage der Konversion in Baden-Württemberg darum, weiterhin das zu gewährleisten, was dieses Land stark gemacht hat, nämlich eine ausgewogene Entwicklung zwischen Stadt und Land. Um nicht weniger geht es bei der Konversion.

Wir fordern Sie auf, endlich in die Puschen zu kommen und sich im Sinne der Konversionskommunen und für die Konversionskommunen in Baden-Württemberg zu engagieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Funk.

Abg. Thomas Funk SPD: Herr Präsident, verehrte Kollegen! Ich bin dankbar, dass auf Initiative der Grünen heute das Thema Konversion wieder auf die Tagesordnung gekommen ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Denn es sind reichlich viele Monate vergangen, ohne dass sich, jedenfalls von der Bundesebene her, erkennbar etwas getan hat.

Dabei war von Anfang an klar, dass diese nicht unerhebliche Problematik eigentlich nur in einem vernünftigen Schulterchluss von Bundes- und Landesmaßnahmen geschultert werden kann. Es ist bereits auf die Dimension der Auswirkungen dieser Reform hingewiesen worden. Von rund 25 000 militärischen und zivilen Dienststellen werden ca. 9 500 abgebaut; das ist ein Rückgang um rund 38 %. Darin nicht berücksichtigt ist der Truppenabzug der Alliierten, unter dem die Rhein-Neckar-Region im Besonderen zu leiden hat. Baden-Württemberg gehört zu den am stärksten betroffenen Bundesländern.

Was hat der Bund bis jetzt in seiner Verantwortung getan? Bis jetzt jedenfalls hat er herzlich wenig getan. Am Anfang war noch das Ziel verkündet worden, strukturpolitische Bedingungen zu berücksichtigen, keine Standorte in den Blick zu nehmen, die strukturell benachteiligt sind. Wir sehen, wozu das in Baden-Württemberg geführt hat.

Nach der Grundsatzentscheidung zur Bundeswehrreform im Herbst vergangenen Jahres herrschte bis in die letzten Tage hinein ausgesprochene Funkstille.

(Abg. Andreas Stoch SPD: „Funk“-Stille?)

Deswegen appelliere ich besonders an die Kollegen und Kolleginnen von CDU und FDP/DVP, wenigstens für die Gesetzesänderung in Berlin Druck zu machen. Diese Änderung beinhaltet jetzt, über das BImA-Gesetz hier stärker Einfluss zu nehmen, eine Öffnungsklausel zu verankern, dass bei der Verwaltung und Verwertung ehemals militärisch genutzter Liegenschaften die strukturpolitischen Ziele nicht nur des Bundes und der Länder, sondern eben auch der Kommunen im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung gleichrangig berücksichtigt werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das ist ein gewaltiger Unterschied und würde den betroffenen Kommunen tatsächlich Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen, die auch Aussicht auf Erfolg haben; denn bei der Bewältigung des Konversionsprozesses besteht nach unserer Auffassung eine eindeutige Bringschuld des Bundes als alleinigem Verursacher der Reform.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sei froh, dass wir Frieden haben! – Lachen des Abg. Leopold Grimm FDP/DVP)

Es geht nicht nur um eine Aufstockung einschlägiger Förderprogramme wie der Städtebauförderung und um die Beseitigung der Altlasten aus der militärischen Nutzung, sondern es geht auch um die Förderung von Infrastrukturprojekten und um das Thema der verbilligten Abgabe von Bundeswehrliegenschaften an kaufwillige Kommunen.

Die bisherige Vermarktungspraxis passt nicht zur schwierigen Situation gerade im ländlichen Raum. Deshalb muss der Bund strukturpolitische Gesichtspunkte bei der Gestaltung der Verkaufspreise auch für Bundeswehrliegenschaften künftig angemessen berücksichtigen, denn das ist für die betroffenen Kommunen von besonderer Bedeutung.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Hier sei auch eines gesagt: Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, können nicht ständig das Hohelied des ländlichen Raumes singen und die Landesregierung kritisieren, solange die schwarz-gelbe Bundesregierung als Verursacher des Problems hier ihrer Verantwortung nicht gerecht wird.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: „Verursacher“? Friedenspolitik!)

Bislang gibt es aus Berlin kein Signal, dass die Bund-Länder-Förderprogramme an die anstehende Konversionsproblematik angepasst werden.

(Zuruf des Abg. Alexander Throm CDU)

Hingegen ist sich die grün-rote Landesregierung ihrer Verantwortung bewusst und hat, Herr Mack, tatsächlich reagiert, und zwar nicht nur mit den zwei Konversionskonferenzen im vergangenen Dezember und April. Das für den ländlichen Raum federführende Ministerium hat eine räumliche Wirkungsanalyse in Auftrag gegeben und wird anhand der Ergebnisse mit den betroffenen Kommunen Strategien und Perspektiven entwickeln.

Es geht um die Auswirkungen der Kasernenschließungen, um die Bedeutung der Bundeswehr für Handwerk und Handel, die Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt, auf Schulen, Kindergärten und die kommunale Finanzsituation.

(Abg. Peter Hauk CDU: Kennen Sie die noch nicht?)

Mit dieser Analyse ist jetzt hinreichend klar, Herr Hauk, in welchem Umfang die Gemeinden tatsächlich vom Bundeswehrabzug betroffen sind. Damit ist es möglich, am Ende konsensfähige und realistische Vorschläge für eine Nachfolgenutzung zu unterbreiten.

Wir halten jedenfalls unser Versprechen, die Kommunen mit Bundeswehrstandorten in allen Phasen des Konversionspro-

(Thomas Funk)

zesses konzeptionell zu unterstützen. Das Land ist bereit, bei der Erarbeitung von Konversionsentwicklungskonzepten 80 % der Kosten zu übernehmen. Daraus resultierende Projekte wird das Land mit seinen Förderprogrammen wie dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum oder der Städtebauförderung wirkungsvoll unterstützen. Wie von Anfang an bereits zugesagt, hat die Landesregierung die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Fördermöglichkeiten für den ländlichen Raum an die besonderen Erfordernisse der Konversion angepasst werden.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ja!)

Die politische Verantwortung endet eben nicht mit Stilleungskonzepten und Abzugsplänen, sondern sie muss für die betroffenen Kommunen mit einer nachhaltigen und auch im Hinblick auf die Fördermittel verlässlichen Zukunftsperspektive verbunden sein.

Die Gemeinden brauchen Planungssicherheit. Dabei ist in hohem Maß auch der Bund in seiner Verantwortung gefragt. Unsere Antennen in Baden-Württemberg sind auf Empfang gestellt. Signale sind bis dato allerdings ausgeblieben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Grimm.

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Konversion müsste neben Fußball eigentlich die schönste Nebensache der Welt sein. Denn wenn Konversion stattfindet, heißt dies, die militärische Nutzung ist überflüssig geworden, die Welt ist sicherer geworden, und wir können auf etwas verzichten und dürfen jetzt darangehen, umzuwandeln. Man sollte nicht darüber streiten, wer welchen Fehler gemacht hat, sondern darüber diskutieren, wie man diese Probleme gemeinsam löst.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Im März haben alle Fraktionen hier noch an einem Strang gezogen und die Landesregierung aufgefordert, sich beim Bund umfassend dafür einzusetzen, dass dieser den von der Schließung von Standorten der Bundeswehr und der NATO betroffenen Kommunen hilft.

Wozu jetzt dieser Alleingang der Grünen mit der Aktuellen Debatte? Ich denke, Sie wollen von Versäumnissen der Landesregierung ablenken, indem Sie jetzt mit dem Finger auf den Bund zeigen.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Reden wir nicht um den heißen Brei herum: Das Land muss sich mit den Kommunen zusammensetzen und diese unterstützen, allerdings nicht mit der Gießkanne, sondern zielgerichtet, dezentral, jeweils nach den unterschiedlichen Standorten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was erwarten Sie jetzt vom Bund?)

Die Auflösung militärischer Standorte bietet den betroffenen Kommunen auch hervorragende Entwicklungschancen. Sie haben Platz für öffentliche Einrichtungen, Innenstadtentwicklung oder Industrieansiedlungen. Sogar für alternative Energien tun sich unverhoffte Möglichkeiten auf, und das in voll erschlossenem Gelände. Auch durch Renaturierung kann man der Entwicklung noch eine positive Seite abgewinnen. Ich denke, Beispiele wie Münsingen, Tübingen, Neuhausen oder jetzt Immendingen sprechen dafür.

Die FDP/DVP fordert deshalb die Landesregierung dringend auf, im Zuge der Standortschließungen bzw. -reduzierungen sozial verträgliche Lösungen für die betroffenen Zivilbeschäftigten zu finden, notwendige Arbeitsplatzveränderungen sozial abzufedern und Standortgemeinden Zukunftsperspektiven mit Planungssicherheit für die Schaffung und die Erhaltung sozialer, schulischer und kultureller Angebote sowie sonstiger Infrastruktureinrichtungen zu geben.

Die Landesregierung hat es versäumt, vorsorglich entsprechende Mittel im Haushalt für die Konversionszwecke bereitzustellen. Die von SPD und Grünen geforderte Mittelaufstockung im Städtebauprogramm und bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sind vor dem Hintergrund der notwendigen Haushaltskonsolidierung und dem Vorwurf der SPD, die Koalition spare nicht genügend, ein bisschen als scheinheilig zu bewerten.

Darüber hinaus ist die Koalition in Berlin bereits tätig geworden und hat im Haushaltsausschuss in Form eines Maßgebungsbeschlusses den Kommunen auch das Erstzugriffsrecht eingeräumt. Dadurch werden die Kommunen, was die sich ergebenden strukturellen Probleme angeht, entlastet. Eine verbilligte Abgabe hätte angesichts der nötigen Haushaltskonsolidierung negative Folgen und würde reichen Kommunen einen Vorteil verschaffen.

Die FDP/DVP-Fraktion weist darauf hin, dass das Land die betroffenen Kommunen bei der Abwicklung des Konversionsprozesses mit verschiedenen Förderprogrammen von Land und Bund finanziell unterstützen kann.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Das heißt einfach: Geld folgt Ideen. Unter diesem Motto sollten die möglichen Förderinstrumente auch genutzt werden. Wir wollen hier nur die drei wichtigsten Fördermaßnahmen nennen: Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum, städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen und Mittelausgleichstock im Bereich des Innenministeriums. All dies hätte in einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen einfließen können. So aber bleibt der Eindruck, Ihnen von den Grünen, meine Damen und Herren, ist es nur um ein polemisches Ablenkungsmanöver gegangen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Lernen Sie von den Bienen: Gehen Sie mit Fleiß an die Konversion heran, und helfen Sie den betroffenen Kommunen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Georg Nelius SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht der Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident! Ich bin über die Auftritte der beiden Oppositionsfraktionen in dieser Debatte etwas erstaunt.

(Zurufe von den Grünen: Wir auch!)

Es ist schon bezeichnend, dass Sie sich in der Situation, in der Sie sich für das Interesse des Landes Baden-Württemberg, für das Interesse der Kommunen in Baden-Württemberg oder für die Loyalität gegenüber Ihren Parteibrüdern in Berlin,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: „Brüder“! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Schwestern! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

die unsere Kommunen im Stich lassen, entscheiden müssen, wahrlich nicht als Patrioten gezeigt haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU: Zuhören! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Herr Mack, Sie haben in Ihrer Rede wieder gezeigt, dass Ihnen die Partei über das Land geht. Davon haben die Leute in diesem Land wirklich die Nase voll.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Dann haben Sie hier ein Schauspiel aufgeführt und gesagt, ich sei verantwortlich dafür, dass 2004 die Regelungen der BImA zum Nachteil der Kommunen geändert wurden. Es ist Ihr gutes Recht, ahnungslos zu sein. Aber ich rate Ihnen davon ab, dies auch noch sehr offen zu dokumentieren. Im Jahr 2004 gab es die BImA überhaupt noch nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Blattschuss! – Abg. Winfried Mack CDU: Der Haushaltsausschuss hat getagt!)

Die Zuständigkeit für die Vermarktung von Bundeswehrliegenschaften ging 2008 vollständig auf die BImA über. Die Kundigeren von Ihnen wissen, wer damals regiert hat. Insofern bitte ich, die Argumente erst zu recherchieren, bevor man sie hier vorträgt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Jetzt komme ich zur Situation. Wir haben vor Kurzem gemeinsam über alle Fraktionen hinweg den Bund aufgefordert, hier seiner Verantwortung gerecht zu werden. Am 27. Oktober des letzten Jahres hat Bundesverteidigungsminister de Maizière in der Nachfolge seines Vorgängers, des Herrn von und zu Guttenberg, die Bundeswehrreform verkündet und konkretisiert. Da haben wir erfahren, welche Standorte in Baden-Württemberg betroffen sind. Bei uns werden vier Standorte komplett geschlossen und vier weitere Standorte fast vollständig aufgegeben. Die Betroffenheit ging quer durch das Land. Die Entscheidung bedeutet einen Abbau von 9 600 Dienststellen, davon 7 000 im ländlichen Raum.

Wir haben den Bund damals gemeinsam aufgefordert, seiner Verantwortung gerecht zu werden und sich dafür einzusetzen, dass die Gemeinden eine faire Chance bekommen, mit dieser schwierigen Herausforderung umzugehen.

Ich finde, die heutige Debatte trägt den richtigen Titel. Denn wir können einmal festhalten: Trotz mehrfachen Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz, also von allen 16 Ländern, bewegt sich der Bund beim BImA-Gesetz nicht. Das heißt, es wird der BImA auch weiterhin nicht erlaubt, strukturpolitisch bedingte Anpassungen bei den Preisen vorzunehmen. Das bedeutet, der Bund blockiert.

Weiter liegt bei allen Fragestellungen, was Hilfestellungen des Bundes zur Unterstützung der Konversionsanstrengungen der Gemeinden und des Landes angeht, bis heute nichts auf dem Tisch. Auch hier blockiert der Bund.

(Unruhe)

Ich finde, jetzt ist es auch die Aufgabe des Parlaments, deutlich zu machen, dass Baden-Württemberg es nicht zulässt, dass sich der Bund vollständig aus seiner Verantwortung für die Konversionsgemeinden stiehlt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von den Grünen: Bravo!)

Der Bund ist da in der Pflicht, und wir werden ihn auch nicht aus der Pflicht entlassen. Wir haben verschiedene Initiativen, auch im Bundesrat, gestartet. Zuletzt sind wir gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz die Frage des BImA-Gesetzes noch einmal angegangen. Da erwarten wir jetzt auch, dass diejenigen, die hier die Opposition stellen und im Bund die Mehrheit haben, gemeinsam mit den Abgeordneten ihrer Bundestagfraktionen tätig werden und diesen untragbaren Zustand, dass es vom Bund überhaupt keine Unterstützung gibt, beenden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir sind ja schon froh, dass es seit zwei Wochen wenigstens Zeitpläne und damit Planungssicherheit für unsere Kommunen gibt. Ich sage deshalb „froh“, weil seit der Mitteilung am 27. Oktober letzten Jahres, welche Standorte geschlossen werden, ein halbes Jahr lang gewartet wurde,

(Abg. Winfried Mack CDU: Wir bekommen ja gar kein Geld von Ihnen!)

bis man überhaupt einmal so etwas wie Planungssicherheit bekommt. Es wurde versprochen, wir bekämen die Daten Ende letzten Jahres. Dann hieß es, sie kämen im Februar. Aber bis in den Juni hinein mussten wir darauf warten. Das ist leider symptomatisch dafür, wie die Bundeswehrreform bisher vom Bund durchgeführt wurde.

(Abg. Walter Heiler SPD: „Mutti“ macht gar nichts! – Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Herr Grimm, Sie sagten, wir, die Landesregierung, hätten nichts in Angriff genommen. Bereits fünf Wochen nach der Ankündigung des Bundesverteidigungsministers gab es ein erstes großes Treffen des Ministerpräsidenten mit den betroffenen Gemeinden, bei dem wir einen intensiven Prozess der

(Minister Alexander Bonde)

Begleitung eingeleitet haben, also die erste Konversionskonferenz, bei der wir bereits in die Vorstellung von Best-Practice-Beispielen, in die Anleitung eingestiegen sind: Wie gestalte ich einen solch schwerwiegenden Veränderungsprozess in einer Gemeinde? Seitdem sind die Fachverwaltungen auch in internem und häufigem Kontakt mit den Gemeinden.

Was gerade in diesen Tagen passiert, ist, dass eine von uns in Auftrag gegebene räumliche Wirkungsanalyse des Instituts Prognos gemeindescharf erfasst, was die tatsächlichen Auswirkungen in welchen wirtschaftlichen Bereichen sind, welche Gemeinden im Umfeld von Standorten wie betroffen sind. Das wird jetzt gemeinsam mit den Gemeinden ausgewertet und diskutiert. Das, Herr Mack, ist die notwendige Voraussetzung dafür, dass man sich fundiert, mit kommunalen Entwicklungskonzepten, tatsächlich den Ratschlag und die Unterstützung bei der Konversion einholen kann, die man braucht.

Es ist übrigens interessant: Wir haben in den Gemeinden sehr positive Rückmeldungen für das bekommen, was das Land macht. Der Bund hat am Anfang gesagt, er beteilige sich. Aber wir konnten nicht so lange warten, bis vom Bund etwas kommt. Deshalb machen wir es hier allein, obwohl der Bund in der Verantwortung wäre. Es geht darum, dass wir in den Gemeinden jetzt die Sachlage aufarbeiten, die Daten zur Verfügung stellen, die sie vorher nicht hatten, um hier gezielte Entwicklungsprozesse einzusetzen.

Es ist klar, dass wir in der nächsten Stufe kommunale Entwicklungskonzepte brauchen. Wir, das Land, haben den Gemeinden zugesagt, dass wir uns dabei zu 80 % an den Kosten beteiligen werden. Auch hier gilt übrigens: Der Bund hatte einmal gesagt, er werde sich an solchen Konzepten beteiligen. Auf die konkrete Zusage warten wir bis heute. Es wäre spannend zu warten, wie lange es dauert, bis sich der Bund beteiligt. Aber das wiederum wollen wir unseren Kommunen nicht zumuten. Insofern auch hier wieder Fehlanzeige beim Bund und Handeln bei der Landesregierung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Bereits vor der Verkündung der Entscheidung des Bundesverteidigungsministers hat der Ministerpräsident eine interministerielle Arbeitsgruppe für diesen Prozess eingerichtet und alle betroffenen Ressorts beteiligt. Wir haben in allen vier Regierungsbezirken Beauftragte für die Konversion benannt. Wir sind in einem engen Kontakt mit den Gemeinden, jetzt in der Vorstellung der Wirkungsanalyse und nachfolgend in der Frage der Erstellung kommunaler Entwicklungskonzepte. Wir sind im Moment auch dabei, die Programme, die das Land hat, entsprechend einzurichten, damit wir uns dann, wenn vor Ort die Entwicklungskonzepte vorliegen, wenn die Ideen vorhanden sind, auch mit der Städtebauförderung, mit dem Ausgleichstock, mit dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum und den anderen Möglichkeiten, die das Land zur Verfügung hat, unterstützend für die Gemeinden einsetzen können.

Ich glaube, der entscheidende Punkt ist im Moment, noch einmal das Signal nach Berlin zu geben, dass, nachdem das Land seine Hausaufgaben gemacht hat, jetzt endlich auch von der Bundesebene, von der Bundeskanzlerin, vom Bundesverteidigungsminister und von den verschiedenen Ministerien, die bisher Pingpong mit unseren Gemeinden spielen, Entspre-

chendes geliefert wird. Das ist auch eine Frage an Sie als Opposition: Geht es jetzt ums Land, oder geht es um eine Rückendeckung für eine Bundesregierung, die schläft und verzögert?

(Abg. Winfried Mack CDU: Quatsch! Pure Propaganda!)

Ich sage Ihnen eines: Auch bei der Bundeswehrreform keine Solidarität mit Drückebergern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Halder.

Abg. Wilhelm Halder GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin Herrn Minister Bonde sehr dankbar für seine umfangreichen Ausführungen. Ich möchte noch eines – Herr Kollege Mack hat diesen Punkt schon mehrfach angesprochen – zu der Außerdienststellung in Mengen/Hohentengen erwidern. Mich hat keine Einladung erreicht. Ich bin natürlich jederzeit bereit, dort hinzukommen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Sie sind auch nicht die Regierung!)

– Ich bin nicht die Regierung.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ich habe von der Regierung gesprochen!)

Aber ich bin immer gern bereit, dort hinzukommen. Ich halte es durchaus für einen Mangel. Diese Solidarität gibt es natürlich auch von unserer Fraktion. Ich habe mir bei mehreren Besuchen an Standorten auch im Gespräch mit Betroffenen und den Gemeinden ein Bild machen können.

Ein Punkt noch, Herr Kollege Mack: Sie reden Ihr Konzept, das gar nicht so schlecht ist, immer wieder selbst schlecht. Das ist mir aufgefallen.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Das Konzept erfüllt viele Punkte, die wir schon aufgestellt haben. Es hat natürlich nur den Nachteil – da wollen wir aber nicht kleinlich sein –: Es kommt ein Dreivierteljahr zu spät. Denn bereits vor einem Dreivierteljahr haben wir begonnen, die Maßnahmen, die Sie mit Ihrem Konzept fordern, umzusetzen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Was? Gar nichts haben Sie umgesetzt! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie haben nur Studien in Auftrag gegeben!)

– Wir haben eine interministerielle Arbeitsgruppe eingesetzt und, und, und. Das ist alles schon umgesetzt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wenn man nicht mehr weiterweiß, gründet man einen Arbeitskreis! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was haben Sie denn gemacht? – Gegenruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Zuhören, dann wissen Sie es!)

Die Zuschneidung der Fördermittel für Konversionsbelange – all das ist schon passiert.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

(Wilhelm Halder)

Wenn Sie jetzt darangehen, den Straßenbau als Allheilmittel zu propagieren, dann ist das schon sehr eigenartig.

(Abg. Winfried Mack CDU: Gibt es deswegen keine neuen Straßen?)

Denn die beste Straße nützt in einem strukturschwachen Gebiet nichts, wenn dort nichts passiert und nur eine Anbindung besteht. Es ist ein ziemlicher Unfug, zunächst Straßen zu bauen und dann abzuwarten, was passiert. Die Millionenbeträge für die Gutachten und Wirkungsanalysen, die bisher erstellt worden sind, wurden aus dem laufenden Haushalt des MLR zur Verfügung gestellt. Mehr war noch gar nicht notwendig. Wenn Mittel bereitgestellt werden müssen, werden wir dies natürlich gern tun.

Den Appell an die Gemeinsamkeit nehme ich gern auf und möchte einfach noch einmal darum bitten, uns bei der Änderung des BImA-Gesetzes zu unterstützen. Denn das ist der wichtigste Schlüssel dazu, dass wir diese Gelände, diese Grundstücke aus der betriebswirtschaftlichen Betrachtung herausnehmen können und für strukturfördernde Maßnahmen für die Gemeinden frei machen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Mack.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal wende ich mich an die Kollegen Funk und Halder, die immer wieder sagen, der Bund sei der alleinige Verursacher der Bundeswehrreform: Seien wir doch wirklich froh, dass wir in einem Land leben dürfen, in dem Friede herrscht und in dem wir Kasernen umwandeln und zivil nutzen können. Arbeiten wir doch gemeinsam an diesem Projekt!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zweitens: Herr Kollege Halder, Sie haben sich mit der Bundeswehrreform und mit der Konversion überhaupt noch nicht befasst.

(Lachen und Widerspruch bei Abgeordneten der Grünen)

Das Einzige, was das Land bisher gemacht hat, war, das Prognos-Gutachten in Auftrag zu geben.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Aber den Kommunen, die jetzt Konzepte auf dem Tisch haben, die beim Regierungspräsidium gefragt haben: „Bekommen wir die 80-prozentige Förderung?“, wurde gesagt: „Nein, ihr bekommt diese Mittel nicht. Erst stellt der Minister das Prognos-Gutachten vor, und dann dürft ihr aktiv werden. Vorher darf nichts passieren.“ Und warum? Weil er kein Geld hat. Das ist doch das, was an der ganzen Sache faul ist. Im Moment geht nichts weiter, weil das Land blockiert. Und jetzt schieben Sie die Verantwortung dem Bund zu. Heute hat sich doch gezeigt, dass es so ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Über Ihre Fachkenntnisse haben wir heute schon etwas erfahren, Herr Mack!)

Herr Bonde, wenn Sie mit Ihren Schuldzuweisungen an den Bund fortfahren, dann holt Sie das ein. Das BImA-Errichtungsgesetz haben Sie im Haushaltsausschuss verabschiedet. Dieses Gesetz ist vom 9. Dezember 2004; da waren Sie Mitglied im Finanzausschuss. Sie waren im Verwaltungsrat der BImA, und zwar von 2008 bis 2010; das steht auf Ihrer Homepage.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Was sagt der heutige BImA-Vorsitzende zur Konversion? Bis zum Jahr 2004 hat der Bund auf 2,27 Milliarden € verzichtet, weil er Liegenschaften teilweise kostenlos an die Kommunen abgegeben hat. Ab 2005

(Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Da war es vorbei!)

wurde diese Praxis komplett geändert. Das, was Sie uns erzählt haben, stimmt überhaupt nicht.

(Zurufe von der CDU: Aha! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unglaublich!)

Ich gebe Ihnen die Drucksache 17(12)881 aus dem Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestags; darin können Sie das Ganze nachlesen.

Sie sind hier auf dem falschen Dampfer.

(Beifall bei den Grünen und der FDP/DVP)

Kümmern wir uns doch darum, dass wir gemeinsam an der Sache arbeiten. „Gemeinsam“ heißt auch, dass wir uns um den Rhein-Neckar-Kreis kümmern. Im Rhein-Neckar-Kreis, in Mannheim, Heidelberg, Schwetzingen, fallen 15 000 Dienstposten weg. Dazu haben Sie überhaupt nichts gesagt. Das ist aber auch eine enorme Konversionsmaßnahme. Was tun Sie da? Nichts haben Sie dazu gesagt!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie müssen also nacharbeiten, Herr Minister Bonde. Sie sind noch nicht auf der Höhe der Zeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Funk.

Abg. Thomas Funk SPD: Herr Kollege Mack, das Ende Ihrer Ausführungen hat mich noch am meisten beeindruckt. Sie haben den Appell formuliert, gemeinsam nach Lösungen zu schauen. Dann stimmen Sie mir vielleicht aber auch dabei zu, dass gerade dann, wenn man um gemeinsame Lösungen bemüht ist und wenn man um die Knappheit der Finanzmittel weiß, ein abgestimmtes Vorgehen sowohl mit Bundes- als auch mit Landesmaßnahmen sinnvoll gewesen wäre. Gerade dann, wenn die finanziellen Ressourcen begrenzt sind, ist es kein schlechter Weg, mithilfe eines Gutachtens zu schauen, wo die Mittel sinnvoll und zielgerichtet ankommen können.

Deswegen bleibe ich schon bei meiner Ansicht, dass es sinnvoll wäre, auch die jetzt in Berlin auf den Weg gebrachten Ver-

(Thomas Funk)

änderungen des BImA-Gesetzes mit allem politischen Nachdruck aus allen politischen Gruppierungen zu unterstützen. Dann kann den Kommunen auch entsprechend geholfen werden.

Was Ihre Vorhaltungen an die Regierung angeht, würde ich Ihnen raten, doch einmal anzufragen, inwieweit bei vergleichbaren Konversionsproblematiken Regierungsmitglieder in der Vergangenheit im Vergleich mit der heutigen Landesregierung tatsächlich bei den betroffenen Standortkommunen vor Ort waren und sich gekümmert haben.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das kann ich Ihnen auswendig sagen!)

Allein der Landesinnenminister war mehrfach bei den betroffenen Kommunen vor Ort. Da werden Sie eines Besseren belehrt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Winfried Mack CDU: Eben nicht!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bonde, Ihre Rede ging tatsächlich an der Sache vorbei. Sie können sie auf dem Parteitag halten, aber nicht, wenn es um die Anliegen der Kommunen und des Landes Baden-Württemberg in dieser Frage geht.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Ich will eines noch einmal klarstellen, meine Damen und Herren. Die erste Frage muss immer lauten, und zwar an uns persönlich oder auch an diejenigen in der Regierungsverantwortung: Was kann ich selbst dort tun, wo ich Verantwortung trage? Da haben Sie bisher zu wenig getan, meine Damen und Herren.

Zweiter Punkt – das ist für mich wichtig –: Es geht darum, dass wir jetzt in die Zukunft schauen. Es gibt auch gute Beispiele. Schauen Sie sich doch einmal an, was seit 1990, was in den letzten 15 Jahren allein im Bereich der Städtebausanierung passiert ist: Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum, Landeswohnraumprogramm und vieles andere.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Da wurde koordiniert. Diese wurden auch im Ausgleichstock entsprechend berücksichtigt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Ich nenne ein paar Beispiele: Tübingen, der Gewerbepark in Südbaden, Böblingen-Hulb, Bad Mergentheim – auf dem Drillberg –, Söllingen, Baden-Airport, Crailsheim, Schwäbisch Hall. Vieles andere könnte man noch aufzählen.

(Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Alles schon bekannt! Das ist nichts Neues! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was haben wir in Söllingen geblutet!)

Da hat sich auch der Finanzminister eingebracht. Wo ist er denn heute? Das ist vor allem entscheidend, meine Damen

und Herren. Er ist letztlich auch für den Wohnungs- und Städtebau zuständig.

Deshalb, meine Damen und Herren, dürfen wir nicht nachlassen. Wir müssen vor allem koordinieren und mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, dort, wo wir Verantwortung tragen, auch gemeinsam die Kommunen unterstützen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Deshalb kündige ich schon heute an, dass ich meinen Antrag zum Thema „Auswirkungen der Bundeswehrreform auf den ländlichen Raum“, Drucksache 15/1834, zu dem die Landesregierung noch nicht Stellung genommen hat – Ich habe gern die Frist für die Stellungnahme vom 4. auf den 16. Juli verlängert, um Qualität und Fakten von Ihnen zu erhalten. Wir werden diesen Antrag, wenn Ihr Gutachten vorliegt, wieder gemeinsam diskutieren,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Die Hoffnung stirbt zuletzt!)

um nämlich den Menschen und auch den Beteiligten – das ist auch ein Punkt: die vielen Menschen und Familien, die davor stehen, mit ihren Kindern an einen anderen Wohnort umzuziehen – eine Antwort zu geben. Da ist beim Thema Arbeitsplatz auch die Sozialministerin gefordert. Statt mit dem Finger nach Berlin zu zeigen, wäre es besser, in den Spiegel zu schauen und sich selbst zu fragen, was Sie mehr tun können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Regierung spricht Minister Bonde.

(Abg. Winfried Mack CDU: Noch einmal?)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will noch einmal die Frage aufgreifen: Was ist in welchen Bereichen passiert? Wir haben im Land eine Reihe von Konferenzen und Gesprächen mit den Gemeinden. Wir haben eine Wirkraumanalyse in Auftrag gegeben. Wir haben den Kommunen eine Priorisierung der Landesprogramme angekündigt und sind mitten in deren Umsetzung. Wir haben eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet, die den Prozess begleitet und in die selbstverständlich der Finanz- und Wirtschaftsminister eingebunden ist.

Vergleichen wir die Situation mit dem Bund. Außer einer Konferenz der BImA hat nichts stattgefunden.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wichtig ist, was rauskommt!)

Die Gemeinden warten Monate, um überhaupt den Hauch eines Zeitplans vom Bund zu bekommen. In der Frage der Veräußerung der Liegenschaften gibt es keine Zusagen. Es gibt einen Beschluss des Haushaltsausschusses des Bundestags, der sagt: Die Gemeinden haben ein Vorkaufsrecht zum Gutachterpreis,

(Abg. Winfried Mack CDU: Nein, ein Erstzugriffsrecht! Das ist etwas völlig anderes als ein Vorkaufsrecht!)

(Minister Alexander Bonde)

wenn sie die Gelände zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben haben wollen. Das heißt aber, dass genau die Fälle, über die wir sprechen – die acht am schwersten betroffenen Fälle –, nach eigener Einschätzung davon nur schwerlich profitieren können.

Es liegt keine Zusage des Bundes bezüglich der Übernahme der Altlastensanierung auf den Geländen vor. Jeder Vorstoß in der Frage der Unterstützung des Bundes bei Städtebaumaßnahmen und anderen Mitteln ist bisher abgelehnt worden.

Das ist jetzt einfach einmal, faktisch nebeneinandergelegt, die Bilanz dessen, was seit dem 27. Oktober passiert ist. Das Interessante an dieser Stelle ist, dass sich alle Landesregierungen – unabhängig von der farblichen Zusammensetzung der sie tragenden Koalitionen – in dieser Bewertung einig sind, und zwar im Bundesrat und in der Ministerpräsidentenkonferenz, dass der Bund jetzt hier eine Bringschuld hat. Ich finde, wir sollten uns da einig sein,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sind wir auch!)

dass wir diese Bringschuld gemeinsam vom Bund einfordern.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Jetzt gab es hier noch andere Fragestellungen, die aufgekomen sind. Die heutige Debatte wurde zu dem Thema „Konversion von Bundeswehrliegenschaften“ beantragt. Sie haben recht: Es gibt in Baden-Württemberg noch andere wichtige Konversionsprozesse. Durch den Abzug der amerikanischen Streitkräfte im Rhein-Neckar-Raum entsteht ein wichtiges Konversionsprojekt. Die Federführung dafür hat der Finanz- und Wirtschaftsminister. Er steht da auch in enger Absprache mit den Kommunen. Schon jetzt laufen die Diskussionen mit verschiedenen Gemeinden und verschiedenen Ministerien.

(Abg. Winfried Mack CDU: Aber er ist ja gar nicht da!)

Vor Kurzem gab es beispielsweise auch mit der Stadt Mannheim intensive Gespräche, in die auch mein Haus intensiv eingebunden war. Das ist aber nicht Bestandteil der heutigen Debatte, da das ein anderer Konversionsbereich ist. Insofern habe ich auch den Zusammenhang, der hier herzustellen versucht wurde, nicht verstanden.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das haben wir gemerkt!)

Ich will Sie bitten, an dieser Stelle keine falschen Debatten zu führen. Herr Mack, ich glaube, wir werden uns bei der Analyse nicht mehr einig. Sie haben hier das BImA-Gesetz angesprochen. Ich will einfach noch einmal darauf hinweisen, zu welchem Zeitpunkt die Bundeswehrliegenschaften tatsächlich an die BImA gegangen sind. Ich bin gut genug informiert, weil ich als Oppositionsmitglied des Bundestags nämlich überhaupt erst in diesem Zusammenhang in den Verwaltungsrat der BImA gegangen bin.

Dass ich da recht habe, hilft uns aber für die Fragestellung der Kommunen insgesamt nichts. Vielmehr ist der entscheidende Punkt, dass die Situation, wie sie heute besteht, nicht dazu beiträgt, dass die Kommunen in Baden-Württemberg in der Lage sind, diesen Konversionsprozess sinnvoll hinzubekommen.

Deshalb würde ich Sie um Folgendes bitten: Da das Konversionskonzept, das Sie, die CDU-Fraktion, vorgelegt haben, zu

weiten Teilen das ist, was wir bereits Monate vor der Vorlage des Konzepts gemacht haben,

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

würde ich Sie bitten, daran jetzt auch gemeinsam mit uns weiterzumachen. Ich sage einmal: Wenn Sie der Meinung sind, dass Sie es, nachdem wir es gemacht haben, trotzdem neu erfunden haben, soll es mir auch recht sein, solange wir jetzt gemeinsam in die Lage kommen, den Gemeinden die Hilfe zu geben und vor allem uns endlich auch die Hilfe des Bundes zu erstreiten, die die Gemeinden verdient haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Kriminelle Motorradbanden im Fokus der Sicherheitsbehörden – beantragt von der Fraktion der SPD

Die Redezeit beträgt wiederum für beide Runden jeweils fünf Minuten. Die Redezeit der Regierung wird nicht angerechnet.

Es wird gebeten, in freier Rede zu sprechen.

Für die Fraktion der SPD spricht Kollege Sakellariou.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sehe oben auf der Zuhörertribüne auch Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen. Herzlich willkommen! Schön, dass Sie Gelegenheit haben, bei diesem Thema dabei zu sein.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die sind Opfer der Polizeireform!)

Meine Damen und Herren, der letzte Monat, der Juni, war geprägt von einer Berichterstattung über Rocker. Rocker – mit Verlaub – ist ein etwas verharmlosender Begriff für das, was wir hier tatsächlich vorfinden. Deswegen haben wir diese Aktuelle Debatte beantragt, deren Titel „Kriminelle Motorradbanden im Fokus der Sicherheitsbehörden“ lautet. Rocker sind nicht einfach Motorradfahrer, sondern sind in kriminellen Banden organisiert. Es war uns ein Anliegen, vor allem vor dem Hintergrund dessen, was allgemein im Moment berichtet wird, darauf noch einmal hinzuweisen.

Meine Damen und Herren, was ist passiert? Aktuell ist folgender Fall durch die Presse gegangen: Ein 45-jähriger Rocker, inzwischen wegen versuchten Totschlags angeklagt, war gemeinsam mit vier weiteren Schlägern auf eine Person losgegangen. Er hat den Mann verprügelt, hat ihn getreten, stellenweise ins Gesicht, und hat mit einem Verkehrsschild auf diese Person eingeschlagen. Fünf gegen einen! Dieser Mann wurde dann angezeigt, angeklagt, ist vor Gericht gekommen, ist nicht erschienen, wurde vorgeladen, wurde in Handschellen vorgeführt und hat als Reaktion den Staatsanwalt zu Boden geschlagen. Er hat dann versucht, sich für verhandlungsunfähig erklären zu lassen mit der Begründung, er habe einen Herzstillstand gehabt und habe Dauerkopfschmerzen.

(Nikolaos Sakellariou)

An dieser Stelle sieht man, wie gut unser Rechtsstaat funktioniert: Diesem Mann wurde geholfen. Er wurde untersucht, er hat eine Computertomografie bekommen, ihm ist Blut abgenommen worden; er ist von mehreren Ärzten untersucht worden. Es ist auch korrekt, dass unser Rechtsstaat so agiert und dass jemand, der mit so einem Einwand kommt, gehört und dies überprüft wird.

Aber was ist dabei herausgekommen? Der Mann hat eine Urinprobe abgeben müssen, bei der herausgekommen ist, dass in der Probe nicht nur Urin war, sondern auch Opiate, Amphetamine und Kokain darin waren, eine Mischung, die auch einmal zu einem kurzzeitigen Herzstillstand führen kann. Das ist nun wirklich nachvollziehbar.

Da sieht man einmal, wie solche Leute mit unserem System umgehen. Der Mann hatte gegen epileptische Anfälle Medikamente verschrieben bekommen und hat sie entgegen der medizinischen Empfehlung nicht genommen. All diese Dinge haben dazu beigetragen und sind auch geprüft worden. Das heißt, der Mann ist verhandlungsfähig, und er wollte unseren Rechtsstaat vorführen. Das ist kein normaler Krimineller, sondern das ist ein Ausbund von organisierter Kriminalität, wie sie die Rockerbanden eben darstellen.

Szenenwechsel – auch im letzten Monat passiert –: eine Hochzeit in der Reutlinger Marienkirche wurde mit großem Aufwand gefeiert. Der örtliche Hells-Angels-Präsident heiratet seine Braut in einem Anzug, auf dem ganz zart das Hells-Angels-Motiv auf dem Rücken aufgedruckt ist, unter großer medialer Aufmerksamkeit. Rundfunkstationen, Fernsehanstalten und Schaulustige wollen es sich nicht entgehen lassen, einen Rocker, der über die gesamte Hochzeitszeremonie seine Sonnenbrille aufbehalten hat, dabei zu beobachten, wie er heiratet.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Das ist genau die Situation, die so gefährlich ist: Etwas so Außergewöhnliches, Geheimnisvolles zieht auch Schaulustige an, und über diese Neugier wird häufig vergessen, dass wir es hier mit Kriminellen schlimmster Art zu tun haben.

Wenn diese dann auch noch anfangen – wie es vor zwei Tagen der Fall war –, mit Transparenten zu demonstrieren, also meinen, von ihren Bürgerrechten Gebrauch machen zu müssen, weil ihnen so Schlimmes widerfährt, dann kann ich nur sagen: Wehret den Anfängen, und achtet darauf, was hier bezweckt wird.

Diese Kriminalitätsform ist bekannt und ist auch von der Vorgängerlandesregierung konsequent angegangen worden. Was wir hier machen, ist also letztlich die Fortsetzung der Bekämpfung eines Phänomens, was auch dazu geführt hat, dass das Bild der Rocker als harmlose Wildlinge mit langen Haaren, die ein bisschen gefährlich aussehen, aber im Grunde nur raue Burschen sind, die gern Motorrad fahren, aufgeklärt wurde und die Öffentlichkeit immer mehr gemerkt hat, um was für ein Phänomen es sich handelt.

Deswegen fangen die Rocker nun auch an, Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Wenn man daran denkt, wie der Friedensschluss zwischen den Bandidos und den Hells Angels im vergangenen Jahr angegangen, beobachtet und medial begleitet wurde, so ist das ungefähr zu vergleichen mit einer Firmen-

fusion. Die haben es bis in die Hauptnachrichtensendung im Fernsehen geschafft. Dass da Friedensgespräche mit renommierten Rechtsanwaltskanzleien geführt wurden, das muss man sich einmal vorstellen. So weit ist eine Gesellschaft schon, dass sie sich durch solche Vorgänge blenden lässt.

(Beifall der Abg. Rosa Grünstein SPD)

Da muss ich sagen, meine Damen und Herren: Wir haben viel zu tun, um bei solchen Aktionen – Fusionen, Friedensgesprächen mit Anwälten im Fernsehen, Hochzeiten, Anzeigen mit der Überschrift „Info an die Bevölkerung“ – konsequent gegenzuhalten und öffentlich deutlich zu machen, dass es hier um Rocker geht, nicht um irgendwelche romantischen Motorradfahrer, sondern um Verbrecher übelster Sorte, die auch Teil der organisierten Kriminalität sind.

Der Anteil der organisierten Kriminalität, die auf Rocker zurückgeht, liegt inzwischen bei nahezu 20 %. Das ist einer der größten Bereiche organisierter Kriminalität, und das auch noch in den übelsten Bereichen: Menschenhandel, Prostitution, Drogen und schwerste Gewaltdelikte, also alles Dinge, die wirklich verabscheuenswürdig sind.

Die Rocker sind in Baden-Württemberg in immerhin 76 Chapters, also Einheiten, mit mindestens 800 Personen organisiert, und sie agieren in einem Wettbewerb im öffentlichen Raum. Wir Bürger müssen auch davor geschützt werden, dass die Rocker in ihrem martialischen Auftreten den öffentlichen Raum besetzen.

Insofern hat die Debatte den Sinn, zu zeigen, dass das, was im Fernsehen dargestellt wird, was in der medialen Wahrnehmung stattfindet, nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat.

Ich muss an dieser Stelle auch einmal Kritik üben. Wenn der Südwestrundfunk eine dreiviertelstündige Dokumentation über die Rocker in Baden-Württemberg macht und im Ergebnis das Motto steht: „Die sind eigentlich relativ harmlos“, und dann die Polizei noch die Gelegenheit zu einer kurzen Stellungnahme bekommt, was sie denn von diesem ganzen Geschehen halte, dann muss ich sagen: Ich kann allmählich verstehen, warum die Öffentlichkeit nicht die Fratze hinter dem Gesicht der Rockerkriminalität erkennt.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

Diese Debatte sollte dazu führen, hier ein bisschen Licht ins Dunkel zu bringen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Sakellariou, ich glaube, heute werden wir uns einmal nicht sehr konfrontativ gegenüberstehen. Bei diesem Thema dürfte sich ein hohes Maß an Einigkeit zeigen.

(Zuruf des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Sehen Sie sich nur die Zeitungsschlagzeilen der vergangenen Tage an: Das Oberverwaltungsgericht Schleswig bestätigt das

(Thomas Blenke)

Verbot eines Flensburger Klubs. Es war, glaube ich, ein Hells-Angels-Klub. Der Berliner Rockerkrieg eskaliert. In Tübingen – Herr Kollege, Sie haben das Beispiel genannt – entfernt sich ein angeklagter Rocker aus dem Landgericht. Er wird von der Polizei vorgeführt und geht dann in gewalttätiger Weise auf den Oberstaatsanwalt los. Daran zeigt sich: Hier ist ein Phänomen am Wachsen und im Gang, das uns nicht unberührt lassen kann.

Wenn man in die polizeiliche Kriminalstatistik schaut, stellt man in der Tat fest: Die Rockerkriminalität – ich nenne sie jetzt einfach einmal so; mir fällt auch kein ganz exakter Begriff ein – steigt bedenklich. Es sind Großverfahren, die die Polizei und die Justiz auch erheblich belasten, und wir haben Höchststände zu verzeichnen.

Bei den Deliktfeldern, die strafrechtlich hier im Raum stehen, geht es nicht nur um kleine Hühnerdiebstähle. Da geht es um Diebstahl, Raub, Rauschgifthandel, Waffenhandel, Gewaltkriminalität bis hin zu Tötungsdelikten und auch um schlimme Fälle von Rotlichtkriminalität. Das heißt, wir haben es hier mit Entwicklungen auch im Bereich der organisierten Kriminalität zu tun.

Nun versuchen diese Banden, intern Subkulturen zu bilden. Sie haben einen völlig falsch verstandenen Ehrenkodex – da gibt es wahrscheinlich auch Fälle von Selbstjustiz –, und sie versuchen, sich ihren eigenen Rechtskreis zu konstruieren. Meine Damen und Herren, da wird es Ernst. Das können wir, das kann der Staat so nicht akzeptieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE und Walter Heiler SPD)

Das staatliche Gewaltmonopol muss unverrückbar bleiben. Es darf nicht akzeptiert werden, dass sich einzelne Gruppierungen, aus welchen Gründen auch immer, anmaßen, sich über den Staat zu stellen.

Als ein Weiteres kommt die Belastung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung hinzu. Allein durch das martialisches und rudelhafte Auftreten wird es einem wahrscheinlich schon Angst, sobald sie nur Präsenz zeigen. Auch dies ist ein Thema, bei dem man im Interesse der Bevölkerung einfach vorsichtig und sensibel sein muss.

Es handelt sich hier nicht um Hobbymotorradfahrer. Die Straftaten müssen mit der gesamten Härte des Gesetzes bekämpft werden.

Deswegen kann ich auch sagen, Herr Minister: Im vergangenen Jahr wurde in Pforzheim – da gab es schlimme Szenen; die Kollegin Engeser hat es mir vorhin gerade noch beschrieben – die dortige Gruppierung der Hells Angels – „Borderland“ nannte sie sich – von Ihnen mit einem Vereinsverbot belegt. Das begrüßen wir. Es wurden die Strukturen zerschlagen, und sicherlich wurde die Szene auch erfolgreich verunsichert. Es gab einen regelrechten Rockerkrieg, auch in der Türsteherszene.

Das zeigt: Vereinsverbote sind ein wirksames Mittel, das auch angewandt werden muss. Ich glaube aber, dass wir ausschweifende Debatten über einzelne Vereinsverbote gar nicht so sehr in der Öffentlichkeit führen sollten. Denn man muss sie ja nicht groß vorwarnen. Man sollte vielmehr im Stillen Erkennt-

nisse sammeln. Die Nachweise, die erforderlich sind, um ein Vereinsverbot auszusprechen, sind nämlich schwer zu erbringen. Sobald solche Erkenntnisse jedoch da sind, muss man konsequent handeln.

Für die Polizei ist das schwierig. Sie arbeitet konspirativ, aber in diesen Kreis kommt sie auch mit verdeckten Ermittlungsmaßnahmen nicht so einfach hinein. Deswegen ist es meiner Ansicht nach besser, gar nicht so sehr über einzelne Ermittlungsmaßnahmen zu sprechen.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle aber auch sagen: Auch die Strukturen der Polizei sind in diesem Zusammenhang wichtig. Wir führen heute nicht die Debatte, die wir in letzter Zeit des Öfteren streitig führen. Aber ich sage Ihnen eines: Wir haben in den heutigen Strukturen der Polizei bei der Bekämpfung organisierter Kriminalität und anderer schwerwiegender Kriminalitätsformen eine sinnvolle Struktur der Zentralisierung. Der Kampf gegen organisierte Kriminalität, den islamistischen Terrorismus – hier kommen die REGIT, die Regionalen Ermittlungsgruppen Islamistischer Terrorismus, zum Einsatz – sowie schwere Fälle von Wirtschaftskriminalität ist in Baden-Württemberg zentralisiert an vier Standorten, nämlich bei den Landespolizeidirektionen. Ich möchte Sie bitten, Herr Minister – wir führen die Diskussion heute nicht darüber, aber Sie möchten ja sehr viel zentralisieren –: Zerschlagen Sie hier, wo wir eine sinnvolle Zentralisierung haben, die vorhandenen guten Strukturen mit schlagkräftigen Einheiten und regelrechten Kompetenzzentren nicht, sondern erhalten Sie diese Sach- und Fachkompetenz, die wir heute haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen den Ermittlungsdruck aufrechterhalten, auch damit – das gilt bundesweit – nicht irgendwelche Verdrängungseffekte entstehen. Deswegen halte ich den Kurs, den vor wenigen Wochen die Innenministerkonferenz eingeschlagen hat, für richtig. Die erste Stufe auf Länderebene sind regionale Verbote gegen örtliche Gruppen. Hierfür sind die Länder zuständig. Sie können solche regionalen Verbote aussprechen. Wünschenswert sind im Weiteren aber auch ein bundesweites Vorgehen und bundesweite Verbote. Allerdings ist es schwierig, die hierfür erforderlichen Nachweise zu erbringen; dies gilt sowohl für regionale als auch für bundesweite Verbote. Bundesweit müssen Sie Vernetzungsstrukturen nachweisen, und für ein generelles Vereinsverbot müssen Sie nachweisen, dass Straftaten Einzelner einer ganzen Gruppierung zuzurechnen sind, dass es praktisch organisierte Tätigkeiten sind.

Ich halte hierbei jedoch die vorgegebene Linie des Bundesinnenministers für sehr sinnvoll. Er hat gesagt – ich darf zitieren, Herr Präsident –:

Sobald die Prüfung ausreicht für ein bundesweites Verbot, gibt es auch ein bundesweites Verbot.

Ich darf Herrn Bundesinnenminister Friedrich da ausdrücklich zustimmen. Das ist der richtige Weg, und den sollten wir einschlagen.

Wir in Baden-Württemberg – ich danke Ihnen, Herr Kollege Sakellariou, dass Sie das angesprochen haben – sind ja in der Vergangenheit nicht untätig gewesen. Bereits im Jahr 2004 gab es nach meiner Erinnerung seitens der Landesregierung

(Thomas Blenke)

erste vernetzte und gezielte Maßnahmen gegen Rockerkriminalität. Sie sind sehr sinnvoll, und sie können heute fortgesetzt werden. Ich finde es auch begrüßenswert, Herr Minister, dass Sie darauf aufsetzen und dies fortführen.

Wir müssen auf Landesebene alle Möglichkeiten ausschöpfen. Da gibt es im Bereich des Waffenrechts Möglichkeiten, z. B. die konsequente Widerrufung von Waffenerlaubnissen – wenn sie vorhanden sind –, präventiv Waffenbesitzverbote, aber beispielsweise auch – immerhin sind auch Motorräder im Spiel – den Entzug der Fahrerlaubnis. Warum nicht, wenn dies möglich ist? Ich kann Sie nur dazu ermuntern, Herr Minister – und ich sage Ihnen unsere Unterstützung zu; wenn Sie Unterstützung brauchen, stehen wir gern bereit –: Nutzen Sie alle rechtlichen Möglichkeiten, damit diese stark wachsende Form organisierter Kriminalität beendet oder zumindest eingeschränkt werden kann.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Sckerl.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in der heutigen Aktuellen Debatte tatsächlich ein hohes Maß an Übereinstimmung, wenn es um die Beurteilung des Gefahrenpotenzials geht, das von kriminellen Motorradbanden ausgeht. Das gilt für Baden-Württemberg ebenso wie für den Bund: Da sind wir gefordert, diesen zum Teil zynischen Herausforderungen – der Kollege Sakellariou hat sie beschrieben: inszenierte Hochzeitsfeste, demonstrierte Rechtsstaatlichkeit, Demonstrationen für vermeintlich durch den Staat verletzte Bürgerrechte usw. – entgegenzutreten und auf das wahre Gesicht dieser Szene hinzuweisen.

Die Sicherheitsbehörden sind in der Tat seit vielen Jahren gut beraten, mit hohem Ermittlungsdruck und wachen Augen vorzugehen und da, wo es notwendig ist, gezielte Maßnahmen wie Vereinsverbote zu ergreifen. Dies wird von uns angesichts der Schwere der Straftaten, die geplant und begangen werden, und der verbreiteten Hinwendung zur organisierten Kriminalität mit ihren bedenklichen Entscheidungsformen ausdrücklich unterstützt.

Wir haben bei uns im Land schon lange mafiöse Strukturen mit Banden, die sich, etwa im Bereich Drogenkriminalität, organisieren. Da sehen wir immer wieder, dass Motorradbanden als Fahrer dienen, aber auch als Stadtteilkontrolleure im Bereich der Prostitution; sie betätigen sich als Zuhälter. Es gibt Fälle von Zwangsprostitution und Menschenhandel gerade mit betroffenen Menschen aus den südost- und osteuropäischen Ländern. Das alles sind Erscheinungsformen, die uns angesichts der Verletzung der Menschenwürde und des Rechts auf körperliche Unversehrtheit nicht mehr gleichgültig lassen.

Damit ist auch völlig klar: Die Zeit der Romantik, die Filme wie „Born to Be Wild“ früher verbreitet haben, ist vorbei. Diese Art von Motorradklubs zeigt in der Tat ein sehr hässliches Gesicht. Wir müssen entschieden dagegen vorgehen. Wir müssen die Polizei ermächtigen und unterstützen, damit sie wirksame Maßnahmen ergreift.

Das, was in Baden-Württemberg seitens der Polizei in den letzten Jahren geschehen ist, war sicher richtig. Das Landeskriminalamt und die Polizei wurden für diese Schwerpunkte entsprechend ausgestattet. Das sollten wir weiter tun. Ich glaube nicht, Herr Kollege Blenke, dass die Polizeireform diesen Prozess in irgendeiner Form stören wird; im Gegenteil:

(Zuruf des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Die Bildung von stärkeren Einsatzgruppen mit mehr Spezialisten als bisher, gerade im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

wird das ihre dazu tun, Bandenkriminalität im Bereich der Motorradbanden noch stärker und noch erfolgreicher zu bekämpfen, als es bisher der Fall war.

Ich finde, man muss Debatten nicht unnötig überziehen. Das Wesentliche ist gesagt; ich muss es nicht wiederholen. Es gibt aber einen Gesichtspunkt, der unserer Fraktion ebenfalls wichtig ist. Wir legen Wert auf eine differenzierte Betrachtung: Nicht alle Menschen auf Motorrädern gehören kriminellen Rockerbanden an, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Zuruf der Abg. Bärl Mielich GRÜNE)

In Baden-Württemberg gibt es Tausende Menschen, die am Wochenende ihrem Hobby nachgehen und auch in Motorradklubs organisiert sind. Sie sitzen auf ihrer Harley Davidson oder auf was auch immer und genießen einfach nur ihr Hobby – wohlgemerkt im Rahmen der Straßenverkehrsordnung.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist aber kein grünes Hobby!)

– Das ist kein originär grünes Hobby, aber es gibt auch genug Grüne, die dieser Leidenschaft frönen, Frau Kollegin.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ist das ein Selbstbekenntnis?)

– Nein. Aber für meine Jugendjahre würde das auch als Selbstbekenntnis gelten.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber es ist völlig klar, dass wir keine pauschale Diffamierung dieser Menschen vornehmen werden, sondern unser Augenmerk gilt tatsächlich den kriminellen Motorradbanden. Allen anderen Motorrad fahrenden Menschen in Baden-Württemberg wünschen wir jetzt, da der Sommer unverzüglich kommen wird, am Wochenende schönes Fahren.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Allzeit gute Fahrt!
– Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Kollege Professor Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist klar – das ist auch in dieser Debatte zum Ausdruck gekommen –, dass ein großes gemeinsames Interesse besteht, bei uns im Land Kriminalität konsequent zu bekämpfen – bekanntlich sind wir dabei recht erfolgreich –, egal, in welcher Form, und egal, wie sie passiert. Dies gilt natürlich vor allem dann, wenn Kriminalität von Banden ausgeübt wird, weil sie in diesem Fall eine besondere Herausforderung mit einer besonderen Gefährlichkeit darstellt.

Wir bekämpfen alle Formen der Kriminalität natürlich auch ohne Rücksicht auf die Fahrzeuge, die dabei benutzt werden. Ich habe bei diesem Thema heute Morgen die Harley einmal vorsichtshalber in der Garage gelassen.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Denn es hat lange gedauert, lieber Herr Sckerl, bis einmal jemand bereit war, zu sagen, dass es auch noch ein paar andere Motorradfahrer gibt. Ich komme gleich noch einmal darauf zu sprechen.

Uns kommt es darauf an, Kriminalität zu bekämpfen.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Ich habe bei den Reden jetzt doch einiges an Klagen und Empörung gehört, aber nicht sehr viel Handfestes dazu, wo eigentlich die Möglichkeiten und Grenzen sind. Es lohnt sich schon, sich z. B. anzuschauen, was ein Sprecher des Innenministeriums sehr nüchtern, sehr klar auf Nachfrage einer Zeitung gesagt hat. In der Zeitung heißt es:

„Unsere konsequente Linie gegen die Rocker-Gruppierungen wird fortgesetzt“, versichert ein Sprecher ...

Er weist auch darauf hin, dass das Bedrohungspotenzial bei uns mit dem anderer Bundesländer vergleichbar ist. Es ist in der Tat eine ständige Herausforderung, die gerade auch in den letzten Jahren stärker ins Bewusstsein gerückt ist. Er weist vor allem darauf hin – das hätte man natürlich schon vorher betonen können –, dass reagiert wurde.

Allerdings wurde dies vielleicht deswegen nicht betont, weil es in den allerletzten Tagen der Regierungszeit der vorherigen Regierung war, lieber Kollege Heribert Rech – ich glaube, Anfang Juni. Bis zum 12. Juni 2011 waren wir im Amt – ich habe einmal nachgeschaut –, am 6. Juni ist der Antrag gestellt worden, das Chapter in Pforzheim zu verbieten – aus guten Gründen, weil nämlich dort die Strafbarkeit ins Auge fiel und prägend war. Dieses Verbot hat beim VGH gehalten. Das ist interessant. Der VGH hat dies wie folgt bestätigt – hier wird auch noch einmal das Kriterium deutlich, das entscheidend ist und das wir auch im Hinterkopf behalten müssen –:

Das straffällige Verhalten der Mitglieder rechtfertigt bei einer Gesamtschau die Annahme, dass es den Charakter des Vereins präge.

Das straffällige Verhalten muss also – das ist das Kriterium – den Charakter des Vereins prägen.

Denn man muss dies schon trennen: Delikte werden bei uns sowieso verfolgt. Wenn jemand einen versuchten Totschlag

begeht, bekommt er den entsprechenden Ärger. Wir reden darüber, ob man über die Verfolgung der einzelnen Delikte hinaus auch noch die Vereine verbieten kann. Dafür gibt es natürlich bestimmte Kriterien.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das macht die Schwierigkeit aus!)

Wir haben das Grundgesetz im Hintergrund. Hier ist das entscheidende Kriterium, ob das straffällige Verhalten eines Vereins diesen prägt. Dann nämlich kann man ihn verbieten. Das sind aber übrigens, Herr Kollege Blenke, auch die Tücken eines bundesweiten Verbots.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Man wird sich schwertun, von Flensburg bis Konstanz zu sagen, die Straffälligkeit sei prägend für die entsprechende Vereinigung. Aber was wir machen müssen und auch machen können, ist, dass wir dort, wo wir den Eindruck gewinnen, dass das straffällige Verhalten der Mitglieder prägend ist, den Verein verbieten. Das ist in Baden-Württemberg in einem Fall offensichtlich auf einem guten Weg; warten wir einmal das Hauptsacheverfahren ab. So kann man weitermachen. So können wir auch in dieser Hinsicht eben die ordentlichen Verhältnisse in unserem Land bei dauernder Wachsamkeit sichern.

Nun noch ein letztes Wort – ich habe in der Tat ein bisschen darauf gewartet, lieber Herr Kollege Sckerl –: Man muss, glaube ich, schon deutlich machen: Wir wollen Kriminelle bekämpfen und nicht Motorradfahrer. Ich habe in den letzten Tagen gemerkt, dass die Terminologie teilweise bunt durcheinandergeht. Da ist in der Debatte im Grunde genommen mehr oder weniger schon jeder Harley-Club Deutschlands angesprochen. Wir wollen auch nicht den Zustand bekommen, dass – so sage ich es einmal – jede ältere Dame, wenn ein Motorrad vorbeifährt, denkt: Mensch, der schießt gleich auf mich.

Insofern: Bleiben wir ein bisschen mit den Füßen auf dem Boden. Wir wollen Banden bekämpfen, kriminelle Banden, und tun es, glaube ich, im Moment ganz erfolgreich. Wir hoffen auf die Fortsetzung dieses Erfolgs.

(Zuruf der Abg. Helen Heberer SPD)

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Präsident Guido Wolf: Für die Regierung spricht Herr Innenminister Gall.

Innenminister Reinhold Gall: Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Wir sind uns zweifelsohne einig – das haben die Vorredner gesagt –: Wir haben nicht Motorradfahrer im Allgemeinen im Fokus. Dort interessieren uns mehr präventive Maßnahmen im Verkehrsbereich.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Langsam fahren!)

Dort gibt es auch einiges zu tun – das will ich schon deutlich sagen –, schlicht und ergreifend aufgrund der Erkenntnis, dass da ziemlich viel passiert.

(Minister Reinhold Gall)

Aber das Thema der heutigen Aktuellen Debatte heißt: „Kriminelle Motorradbanden im Fokus der Sicherheitsbehörden“. Die Vorredner haben es im Prinzip bestätigt. Die Fachpolitiker kennen weitestgehend auch die Entwicklungen in den zurückliegenden Jahren und den heutigen Istzustand.

Wir haben in der Tat nicht unerhebliche Probleme mit kriminellen Motorradbanden. Da sprechen wir natürlich vorwiegend über Rockergruppierungen, über die vier großen Rockergruppierungen, die es in Baden-Württemberg gibt. Genannt seien die Hells Angels, die Bandidos, „Gremium“ und die Outlaws mit 43 örtlich organisierten Gruppierungen – diese nennen sich Charter oder Chapter – mit zusätzlichen entsprechenden Unterstützerguppen. Summa summarum umfassen diese Gruppierungen etwa 800 Personen. Herr Kollege Sakellariou hat schon darauf hingewiesen.

Nicht vergessen darf man bei diesen Diskussionen die sogenannten rockerähnlichen Gruppierungen, die uns ebenfalls große Sorge und große Probleme bereiten. Namentlich bekannt sind diese als Black Jackets und United Tribuns. Die Personengruppe, die wir diesen rockerähnlichen Gruppierungen zuordnen, ist sogar größer als die der vorgenannten Gruppierungen. Ihre Größenordnung beträgt etwa 1 000 Personen. Die Black Jackets sind in Baden-Württemberg in 26 Charter und die United Tribuns in sieben Charter organisiert.

Diese rockerähnlichen Gruppierungen passen sich, was ihre hierarchischen Strukturen anbelangt, den Rockern im Prinzip an. Sie haben sich vor allem die unbedingte Solidarität zu eigen gemacht – natürlich nur die Solidarität innerhalb der Gruppe – und dies durch entsprechende Formulierungen zum Ausdruck gebracht. Die Hells Angels benutzen die Formulierung „Forever Angels“ und die Black Jackets die Formulierung „Forever Friends“ – auch um deutlich zu machen, dass sie sich abseits unseres Rechtsstaats stellen wollen. Das ist der wahre Kern dieser Formulierungen, die dort getroffen werden.

Die Letztgenannten, die Black Jackets und die United Tribuns, unterscheiden sich von der Begrifflichkeit, die im Titel der Aktuellen Debatte gewählt wurde. Diese beiden Gruppierungen fahren nämlich so gut wie gar nicht Motorrad. Wenn doch, dann spielen Motorräder bei diesen rockerähnlichen Gruppierungen keine entsprechende Rolle.

Beide Gruppierungen sind für uns ein großes Problem. Richtigerweise wurde erwähnt, dass es sich nicht um harmlose Motorradfahrer handelt, die Wochenendausflüge unternehmen – das machen sie auch –, die das schöne Wetter genießen, die Spaß am Motorradfahren haben – den haben sie wohl auch –, sondern alle Mitglieder eint ein hohes Maß an krimineller Energie, die von diesen Gruppierungen ausgeht.

Es gab bei diesen Gruppierungen 2011 sieben Ermittlungsverfahren im Bereich der organisierten Kriminalität und acht Ermittlungsverfahren im Bereich der Bandenkriminalität. Das bringt im Prinzip schon die kriminelle Energie zum Ausdruck, die ich gerade schon erwähnt habe.

Es gibt natürlich auch – Sie haben es angesprochen, Herr Dr. Goll – weitere Straftaten der Mitglieder dieser Gruppierungen, die nicht unter organisierte Kriminalität oder Bandenkriminalität subsumiert werden können, die aber ebenfalls in einer Vielzahl begangen werden. Das Spektrum reicht von ver-

suchten Tötungsdelikten über Sprengstoffanschläge, Körperverletzungen, Verstöße gegen das Waffengesetz oder das Betäubungsmittelgesetz bis zu Vorwürfen des Menschenhandels, der Prostitution und Verstößen im Bereich des Türstehergewerbes.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Alles geboten! Die ganze Palette!)

Man kann also eine Vielzahl von Taten aufzählen.

Diese einzelnen Taten, die ich gerade aufgezählt habe, führen natürlich auch immer wieder zu entsprechenden Fahndungs- bzw. Ermittlungserfolgen. Erst jüngst hat es im April dieses Jahres erfreulicherweise den Präsidenten von „Gremium Baden-Baden“ erwischt. Fünf Jahre Haft waren das Ergebnis des Verfahrens. Eigentumsdelikte in Verbindung mit Rauschgiftdelikten im Mai dieses Jahres haben ebenfalls zu entsprechenden Erfolgen geführt. Es kam noch nicht zu Verurteilungen. Aber allein in Heilbronn sitzen neun dieser Herrschaften der örtlichen Black Jackets in Haft, und gegen rund zwei Dutzend weitere wird noch ermittelt.

Ich denke, daran wird deutlich, dass diese Rockergruppierungen und rockerähnlichen Gruppierungen wirklich nichts mit den Motorradfreunden zu tun haben, die uns üblicherweise quer über das Land gegenwärtig sind.

Erschwert wird die Arbeit der Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit Rockerkriminalität und organisierter Bandenkriminalität vorwiegend durch unkooperatives Aussageverhalten. Das haben diese Gruppierungen alle gemein. Dort wird, auch wenn man Opfer in der eigenen Gruppierung geworden ist, den Sicherheitsbehörden keine Hilfestellung geben. Dort gibt es ein eisernes Schweigegelübde. Auch die Opfer gehen, wie gesagt, nicht zur Polizei. Verletzungen, die in diesem Umfeld zugefügt werden, angefangen von Messerstichen bis hin zu Knochenbrüchen, werden immer als selbst verschuldet dargestellt. Auch Vorkommnisse am zurückliegenden Wochenende hatten dies zum Ergebnis. Da sind wir, die Sicherheitsbehörden – sprich die Polizei –, direkt zu Auseinandersetzungen hinzugekommen. Alle dort festgestellten Verletzungen waren nach den bisherigen Aussagen selbst verschuldet.

Das heißt, unser Problem besteht darin – dies wurde angedeutet –, dass wir es mit rivalisierenden Gruppen zu tun haben und die Polizei natürlich auch dort ihren staatlichen Aufgaben nachkommen muss mit dem Problem, dass wir es immer mit großen Gruppierungen mit einem hohen Maß an Gewaltbereitschaft sowohl untereinander als auch gegen unsere Polizei zu tun haben.

Wie reagieren wir? Ich habe mich sehr gefreut, dass anerkannt wird, dass wir dort wirklich aktiv unterwegs sind, weil es ein ernst zu nehmendes Problem ist. Wir verfolgen dort – es wurde genannt – eine bundeseinheitliche Handlungskonzeption. Der Bundesinnenminister und die Länderinnenminister sind sich einig, dass wir dort möglichst konzertiert gemeinsam unterwegs sein müssen, jeder im Rahmen seiner Zuständigkeit im jeweiligen Bundesland.

Ich will ausdrücklich sagen: Wir gehen in Baden-Württemberg teilweise über diese gemeinsam vereinbarten Handlungskonzepte hinaus. So befinden wir uns seit Jahren – das ist kei-

(Minister Reinhold Gall)

ne Erfindung von mir – in einer Kontinuität dieser Arbeit. Es gibt z. B. ein Kompetenzteam „Motorrad“, und da geht es „nur“ darum, verkehrsrechtliche Verstöße dieser Rockergruppierungen entsprechend in den Fokus zu nehmen – wenn man so will, eine Aktion der kleinen Nadelstiche. Denn einem Rocker tut es schon richtig weh, wenn seine Harley aus dem Verkehr gezogen wird.

Übrigens dient uns dies dazu, dass wir, wenn wir die Erfahrung machen oder Kenntnis erhalten, dass neue Gruppierungen gebildet werden sollen, dies schon durch entsprechende Verkehrskontrollen zumindest erschweren können. Im zurückliegenden Jahr ist es uns durch solche Aktionen gelungen, eine entsprechende Neugründung zu verhindern.

Ein weiteres Beispiel, woran dies deutlich wird – Herr Kollege Blenke, Sie haben es angesprochen –: Die Polizei kooperiert mit anderen Behörden bei der Verfolgung dieser Rockergruppierungen bzw. der Straftaten, die dort verübt werden. Das heißt, dass – die Stichworte wurden schon genannt – waffenrechtliche Erlaubnisse – die natürlich häufig vorhanden sind; das ist so – entsprechend widerrufen oder präventiv schon erst gar nicht erteilt werden.

Ich glaube, wir sind da richtig erfolgreich unterwegs. Bei rund der Hälfte der bisher beschiedenen Anträge, die diesbezüglich gestellt wurden, war dies auch erfolgreich. Das heißt, Erlaubnisse wurden zurückgezogen oder Erlaubnisse wurden präventiv erst gar nicht erteilt. Dort werden wir kontinuierlich und beharrlich am Ball bleiben. Natürlich gehen führerscheinrechtliche Maßnahmen mit diesen Maßnahmen einher. Ich glaube, auch dort sind wir gar nicht schlecht unterwegs.

Das Thema Vereinsverbot ist – das wurde angesprochen – eines der scharfen Schwerter in diesem Bereich, aber nicht ganz einfach. Auch dort haben wir Übereinstimmung, Herr Kollege Blenke. Ich bin wirklich sehr dankbar für die Bemerkung, dass wir es nicht in jedem Einzelfall auf dem Markt austragen sollten. Immer wieder kommen in einem anderen Zusammenhang als mit Rockern, etwa wenn es um den Bereich islamistische Vereine geht, aus Ihrer Fraktion Anforderungen an mich, an dieser oder jener Stelle aktiv zu werden. Dies dient nicht unbedingt dem Vorhaben. Ich glaube, wir sind uns einig, dass wir dort, wo es irgend möglich ist, versuchen, mit diesem Instrumentarium von Vereinsverboten zu arbeiten.

Das, was an Voraussetzungen erforderlich ist, haben die Vordner genannt. Ich will es nicht wiederholen, freue mich aber ausdrücklich darüber, dass das letztinstanzliche Urteil des Oberverwaltungsgerichts Schleswig im Prinzip bestätigt hat, dass es durchaus Spielräume in diesem Bereich gibt. Denn dort ist es tatsächlich gelungen, dass bestimmte Straftaten, die eine Führungskraft dieser Rockergruppierung dort ausgeübt hat, in der Tat dem Verein zugerechnet werden konnten. Das bestärkt mich darin und wird uns auch animieren, in Baden-Württemberg nach wie vor aktiv zu bleiben.

Das Vereinsverbot – Sie haben es genannt –, das ich im Juni des zurückliegenden Jahres für die Hells Angels in Pforzheim erlassen habe, ist letztinstanzlich noch nicht entschieden. Wir sind jedoch außerordentlich optimistisch, dass uns dies gelingen kann.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wir drücken die Daumen!)

Aber ich will nur sozusagen als Halbsatz erwähnen: Mich erstaunt es, wie juristisch hochrangig diese Herrschaften bei diesen Verfahren vertreten werden. Das stellt natürlich auch die entsprechenden Herausforderungen an uns, diese Verfahren und diese Vereinsverbote so rechtssicher wie irgend möglich in Gang zu bringen.

Ich will abschließend sagen – das ist völlig klar –: Der Aufforderung, die an uns gerichtet wurde, kommen wir nach. Wir werden rechtsfreie Räume im Zusammenhang mit Rockerkriminalität und rockerähnlicher Kriminalität in unserem Land nicht dulden. Wir werden die jeweils notwendigen und erforderlichen Maßnahmen dagegen treffen.

Kollege Blenke – auch das will ich hier sagen –, wir werden unsere Polizei so organisieren und so strukturieren, dass wir diesen Entwicklungen im ganzen Land optimal entgegenwirken können. Durch die bisherige Zentralisierung allein gelingt dies nicht. Wir haben in nicht wenigen Bereichen unseres Landes eine starke Konzentration bei der Problematik dieser Rocker, die die dort zuständigen Organisationseinheiten aber nicht so angehen können, wie sie es eigentlich sollten. Diese sind, um dem entgegenwirken zu können, immer auf entsprechende Unterstützung angewiesen – mit den Problemen, die damit verbunden sein können.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Was ist mit den Kompetenzen?)

– Die Kompetenzen werden wir natürlich erhalten – das ist überhaupt keine Frage –, und wir werden diese, sofern möglich, auch ausbauen. Das heißt, wir werden diese Szene auch zukünftig intensiv im Blick behalten, und wir werden sofort und nachdrücklich reagieren, wenn Reaktionsbedarf besteht.

In diesem Sinn freue ich mich über die große Übereinstimmung, die das Haus bei diesem Themenbereich zeigt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist unser Beitrag zu einer zügigen Debatte!)

Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Einführung der Direktwahl der Landräte – Drucksache 15/1566 (geänderte Fassung)

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 15/1828

Berichtersteller: Abg. Hans-Ulrich Sckerl

(Abg. Andreas Stoch SPD: Jetzt ist es aus mit der Einmütigkeit!)

(Präsident Guido Wolf)

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Karl Klein das Wort.

Abg. Karl Klein CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem heute vorliegenden Gesetzentwurf der Fraktion der FDP/DVP zur Einführung der Direktwahl der Landräte könnte es sich die CDU-Landtagsfraktion und könnte vor allem auch ich als ihr kommunalpolitischer Sprecher es mir sehr einfach machen. Ich könnte sagen: „Wir stimmen dieser Gesetzesvorlage zu.“ Damit wäre die FDP/DVP-Fraktion sicherlich zufrieden, und in der Öffentlichkeit könnte es dann heißen: „Auch die CDU ist für mehr Bürgerbeteiligung.“ Hingegen käme die grün-rote Landesregierung aber wohl etwas ins Schwitzen. Denn im Koalitionsvertrag steht, man wolle die Direktwahl der Landräte, aber sowohl der Ministerpräsident als auch der Innenminister haben bereits öffentlich erklärt, dass man darüber in der Tat noch einmal gründlich nachdenken müsse.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Nachdenken schadet nie, Herr Kollege!)

Das ist in der Tat so, liebe Kolleginnen und Kollegen; man muss über diese Angelegenheit doch intensiver nachdenken, als so mancher gedacht hatte. Vor allem sollte man sich hier auch intensiver Gedanken machen. Denn so einfach ist die Angelegenheit in Wirklichkeit nicht.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Regieren ist prinzipiell nicht einfach!)

Für die CDU-Landtagsfraktion ist eine echte Bürgerbeteiligung von ganz herausragender Bedeutung. Wir wenden uns – das möchte ich heute nochmals klipp und klar sagen – in keiner Weise gegen mehr Bürgerbeteiligung. Wir wenden uns auch nicht gegen mehr direkte Demokratie. Dafür steht die CDU-Landtagsfraktion schon seit Jahren, und dafür stehe ich auch persönlich. Denn Sie müssen wissen: Hinter mir liegen schon drei sehr erfolgreich absolvierte Bürgermeisterwahlen sowie drei Kreistagswahlen. Hinzu kommen zwei Landtagswahlen, die für mich ebenfalls sehr erfolgreich verliefen, denn ich wurde von den Bürgern direkt gewählt. Eben das ist auch die Grundlage, die Basis meiner politischen Tätigkeit, nämlich mir in Wahlen das Votum des Bürgers zu holen. Für viele andere in unserer Fraktion gilt dies natürlich in gleicher Weise.

Aus dieser Position heraus, meine sehr geehrten Damen und Herren, treten wir aufgrund der Abwägung und vor allem auch mit Blick auf die derzeitigen kommunalverfassungsrechtlichen Gegebenheiten und Zuständigkeiten nach wie vor dafür ein, die Landräte auch weiterhin durch die Kreistage wählen zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren: Eine Landratswahl haben die Wähler in Baden-Württemberg – vorausgesetzt, man betrachtet die Thematik einmal aus rein sachlichen Erwägungen heraus – bislang auch noch nicht vermisst.

Dafür sprechen in meinen Augen auch folgende Sachverhalte:

Ca. 80 % – das habe ich bereits angedeutet – der Aufgaben eines Landrats sind gesetzliche Aufgaben; nur 20 % sind kommunale Aufgaben. Bei diesen 80 % der Aufgaben kann der Landrat Entscheidungen überhaupt nicht beeinflussen, er kann auch keine Ermessensentscheidungen treffen. Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, würde man mit einer Volkswahl unter den derzeitigen Voraussetzungen den Wählern mögliche Kompetenzen eines Landrats suggerieren, die er so überhaupt nicht hat.

Bisher ist auch zu keiner Zeit irgendjemand auf die Idee gekommen, z. B. einen Regierungspräsidenten vom Volk direkt wählen zu lassen.

Das Zweite, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wir haben eine sehr gute, eine sehr erfolgreiche und vor allem auch eine bewährte Kommunalverfassung. Erst eine Kommunalisierung weiterer staatlicher Aufgaben würde eigentlich die Basis dafür schaffen, dass man in der Tat über eine Volkswahl der Landräte nachdenken könnte; dies würde zugleich aber eine deutliche Kräfteverschiebung zwischen der kommunalen Familie, zwischen den Gemeinden und vor allem zwischen den Landkreisen heraufbeschwören. Ob man das will, ist eine ganz andere Frage. Auch darauf muss man erst eine entsprechende Antwort finden.

Die Erfahrungen in anderen Bundesländern zeigen zudem, dass Landratswahlen, wenn sie nicht mit anderen Wahlen, beispielsweise Kommunalwahlen, verbunden sind, zu denen die Wähler sowieso gehen und die sehr wichtig sind, eine sehr geringe Wahlbeteiligung haben und viele Länder wieder auf dem Rückweg zu alten Verhältnissen sind, wie wir sie in Baden-Württemberg seit vielen Jahren haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch die Anfrage meines Kollegen Herrmann zu diesem Thema hat doch eindeutig aufgezeigt, wo die Schwierigkeiten der Wahlbeteiligung insbesondere auch bei Landratswahlen liegen.

Das vorgeschlagene Quorum, meine sehr geehrten Damen und Herren, hilft uns – das ist die Auffassung der CDU-Landtagsfraktion – auch nicht weiter. Wir sind der Meinung, wenn der Wähler als der Souverän einmal gesprochen hat, dann sollte dieses Votum auch gelten. Warum sollte ein Wähler, würde ein solches Quorum bestehen, überhaupt zu einer Landratswahl gehen, wenn er sagt: „Am Ende entscheidet doch sowieso wieder der Kreistag“?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor man deshalb eine Volkswahl der Landräte einfach beschließt, müsste nach Auffassung der CDU-Landtagsfraktion zuerst einmal über einige Grundsätze unserer Kommunalverfassung, auch über Grundsätze unseres Wahlsystems und vor allem über Grundsätze unserer repräsentativen Demokratie gründlich nachgedacht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, sage ich, dass wir heute, unter diesen Voraussetzungen und angesichts der kommunalen Zuständigkeiten, wie sie derzeit bestehen, einer Landratswahl direkt durch das Volk nicht zustimmen

(Karl Klein)

können. Ich möchte aber nochmals eindeutig unterstreichen, dass wir uns dadurch in keiner Weise gegen mehr, gegen echte und vor allem nicht gegen eine wirksame Bürgerbeteiligung wenden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Herr Kollege Schwarz.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt ein klares Bekenntnis!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ansinnen im Gesetzentwurf der FDP/DVP-Fraktion, Landrätinnen und Landräte direkt zu wählen, geht in unseren Augen in die richtige Richtung. Das ist im Koalitionsvertrag als Bekenntnis, als Vorhaben der Landesregierung und der sie tragenden Parteien ausdrücklich vereinbart.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wann?)

Denn mehr direkte Demokratie in den Kommunen, die Möglichkeit des Mitmachens für die Menschen dort, ist uns ein wichtiges Anliegen.

Bei diesem Thema sind noch viele Fragen offen. Diese Fragen beantwortet der heute vorgelegte Gesetzentwurf der Fraktion der FDP/DVP nicht. Ihr Gesetzentwurf geht von der Angleichung der Rechtsvorschriften für die Wahl der Landrätinnen und Landräte an die für die Wahl der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister geltenden Rechtsvorschriften aus. Das ist zunächst einmal sinnvoll. Aber daher ist es völlig uneinsichtig, dass Sie bei der Wahl der Landrätinnen und Landräte ein Quorum vorsehen. Bei der Wahl der Bürgermeister haben wir solch ein Quorum nicht. Daher brauchen wir diesen Punkt in unseren Augen auch nicht bei der Wahl von Landrätinnen und Landräten. Warum soll hier eine Hürde aufgebaut werden?

(Beifall bei den Grünen)

Sie gehen des Weiteren davon aus, dass man eine Stichwahl benötigt. Auch das finden wir bei der Wahl der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nicht. Deshalb stellen wir uns die Frage: Warum brauchte man das bei der Landratswahl? Auch hierdurch würde eine weitere Hürde aufgebaut werden.

Auch über die weiteren Wählbarkeitsvoraussetzungen muss man noch einmal diskutieren. Bei der Frage des Mindestalters – 25 Jahre – ist Ihr Gesetzentwurf noch etwas unkonkret.

Wenn wir uns jetzt Ihren Entwurf in diesem Gesamtzusammenhang anschauen und auf der anderen Seite sehen, welche Themen die Landesregierung und die Regierungskoalition im Bereich Kommunalverfassungsrecht – Stichworte Bürgerentscheide, Bürgerbegehren, Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, mehr Möglichkeiten, damit Bürgerinnen und Bürger mitmachen können, Volkswahl der Landrätinnen und Landräte – planen, dann muss man heute Ihren Entwurf ablehnen und ein rechtssicheres Gesamtkonzept aufstellen.

Ich sage es noch einmal: Das Vorhaben, die Direktwahl von Landrätinnen und Landräten, haben wir im Koalitionsvertrag klar vereinbart. Es gilt, noch einige juristische Fragen zu klä-

ren. Das sollten wir in aller Gründlichkeit tun und uns dafür Zeit nehmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Heiler.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Abg. Walter Heiler SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt ein schönes lateinisches Zitat, das zu diesem Gesetzentwurf der FDP/DVP passt: Fundum alienum arat, incultum familiarum deserit. Er pflügt fremdes Land; das eigene lässt er unbebaut.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Hat der Mann eine Bildung! Ich bin beeindruckt! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wer hat denn das für Sie herausgesucht?)

Was will ich damit sagen? Die Motivation des FDP/DVP-Gesetzentwurfs ist offenkundig: Sie pflügen auf fremdem Acker, nämlich in unserem Koalitionsvertrag.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist kein Acker, sondern eine Wüste! – Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Sie pflügen auf fremdem Acker und wollen die Früchte ernten, weil Sie entdeckt haben, dass wir dort die Volkswahl der Landräte festgeschrieben haben. Deshalb frage ich Sie nochmals, meine Herren von der FDP/DVP: Sie waren, wenn ich es richtig weiß, von 1996 bis 2011 mit an der Regierung. Sie haben in 15 Jahren nicht einmal den Versuch unternommen, die Volkswahl der Landräte einzuführen. Sie haben das nicht einmal in Koalitionsgesprächen eingebracht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Waren Sie dabei?)

Das heißt, Ihr Gesetzentwurf – ich bleibe dabei – ist nichts als purer Populismus.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Jetzt werde ich Ihnen anhand von vier Punkten zeigen – Herr Dr. Goll, Sie schreiben schon eifrig mit –,

(Heiterkeit bei der SPD)

dass Ihr Gesetzentwurf – ich drücke mich heute etwas vornehmer, etwas zurückhaltender aus – zu wünschen übrig lässt.

Erstens: Es fehlen sämtliche Regelungen zum Wahlverfahren, z. B. zum Bewerbungsverfahren, es steht nichts darin über Frist und Form, über Unterstützungsunterschriften, über Wählbarkeitsbescheinigung, Prüfung und Zulassung durch den Kreiswahlausschuss. Jetzt haben Sie im Ausschuss gesagt, dies könnte man nachträglich noch machen. Aber klar ist doch: Wenn das Gesetz hier verabschiedet werden soll, dann möchten Sie die Volkswahl der Landräte, und das können Sie nicht, ohne diese Voraussetzungen zu schaffen.

(Walter Heiler)

Zweitens – ich finde es schon toll, wie Sie als Jurist dabei argumentiert haben –: Ich habe Ihnen im Innenausschuss vorgehalten: Die Landratswahlen brauchen eine gewisse Vorlaufzeit, die Stellenausschreibung hat spätestens drei Monate vor Ablauf der Amtszeit zu erfolgen, und deshalb sind Übergangsregelungen erforderlich; denn es kann nicht sein, dass zum Zeitpunkt der Stellenausschreibung noch altes Recht gilt, bei der Wahl dann aber neues Recht. Darauf haben Sie geantwortet: „Ja, das stimmt schon, allerdings ist diese Situation ziemlich selten.“ Sie haben gesagt: „nur selten relevant“. Das ist doch keine Begründung. Denn, Herr Dr. Goll, ein Gesetz muss Regelungen für alle Eventualitäten treffen, seien sie auch noch so selten.

(Heiterkeit des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Drittens: Nach Ihrem Gesetzentwurf erhalten mit Inkrafttreten des Gesetzes alle Landräte Stimmrecht – alle –; denn § 32 Absatz 6 Satz 3 in Ihrer Fassung lautet:

Der Landrat hat im Kreistag und in den Ausschüssen Stimmrecht.

Das heißt, alle Landräte haben dies mit Inkrafttreten des Gesetzes. Es sind die direkt Gewählten, die regulär vom Kreistag Gewählten und diejenigen, die vom Kreistag gewählt wurden, weil das Quorum von 15 % nicht erreicht wurde. Also all diejenigen sollen das Stimmrecht erhalten, auch die sogenannten – ich nenne es einfach einmal so – Altfälle.

Ich denke, das wäre eine glatte Verfälschung des Wählerwillens, denn die Wähler haben bei den Kreistagswahlen ihre Kreisrätinnen und ihre Kreisräte gewählt, und diese haben durch die Direktwahl auch Stimmrecht erhalten. Sie wollen jetzt mit einem Federstrich im Gesetz mitten in einer Legislaturperiode den vom Kreistag gewählten Landräten ein Stimmrecht im Kreistag und in den Ausschüssen geben. Das heißt, Sie würden mit diesem Gesetz die derzeitigen Stimmenverhältnisse verschieben, ohne dass der Souverän, nämlich das Volk, der Wähler, darauf Einfluss hat. Ich sage, das kann verfassungsrechtlich nicht funktionieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ein vierter nicht nachvollziehbarer Punkt ist auch die in Ihrem Gesetzentwurf so bezeichnete demokratische Legitimation, will heißen, dass Landräte nach dem Gesetzentwurf bei der Volkswahl ein Quorum von mindestens 15 % erreichen müssen. Wenn dieses Quorum nicht erreicht wird, soll der Kreistag den Landrat wählen. Ich frage: Soll dies künftig auch bei anderen kommunalen Wahlen gelten, insbesondere bei Bürgermeisterwahlen, bei Oberbürgermeisterwahlen? Und ich frage Sie: Ist Ihnen eigentlich bewusst, welche verheerende Außenwirkung Sie damit erzielen? Denn künftig wird es dann einerseits Landräte geben, die mit stolzgeschwellter Brust durch die Gegend ziehen und sagen: „Ich bin vom Volk gewählt.“

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau das wollen Sie nicht!)

Andererseits wird es Landräte geben, die etwas geduckt gehen und sagen: „Ich habe das Quorum nicht erreicht. Ich bin

„nur“ vom Kreistag gewählt.“ Das heißt, Sie schaffen hier Landräte erster und zweiter Klasse.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rülke CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Und Sie schaffen sie ab, früher oder später!)

Ich garantiere Ihnen, dass die Landräte zweiter Klasse von vornherein einen enormen Autoritätsverlust haben werden. Denn das fängt schon am Wahlabend an. Die Zeitungsüberschriften kann man sich vorstellen: „Landrat erreicht Quorum nicht, jetzt muss der Kreistag wählen“. So möchte ich kein Landrat werden; das sage ich Ihnen deutlich.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie wählt auch keiner!)

Also das Quorum funktioniert hinten und vorn nicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie sind auch mit den Zweitstimmen hier hereingekommen!)

Zum Schluss noch einen kleinen Ausflug in das Strafrecht. Dort gibt es den Begriff des untauglichen Versuchs, Herr Professor Dr. Goll, das heißt: ein Versuch, der von vornherein zum Scheitern verurteilt ist.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie heißt das lateinisch?)

Ich sage Ihnen jetzt eines: Das, was Sie hier machen, ist ein untauglicher Versuch. Deshalb können wir, so gern wir es auch täten, diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das bedauern wir!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht der Kollege Professor Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe es befürchtet, wir haben es befürchtet: Wir haben über weite Strecken gerade eben nichts anderes gehört als Ausflüchte, Ausreden, Vorwände,

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und die Rede aus der ersten Lesung!)

um einer Sache nicht zustimmen zu müssen, die Sie doch selbst in Ihren Koalitionsvertrag geschrieben haben.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wo waren Sie denn in den letzten 15 Jahren, Herr Goll?)

Aber jetzt einmal vorweg:

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Aber Eile mit Weile! – Unruhe)

Man kann sich in einer Demokratie natürlich gegen die Volkswahl der Landräte aussprechen, wie die CDU es hier bis heute getan hat, wenn auch ein bestimmter Prozess des Nachdenkens eingesetzt hat, ob man den Bürgern nicht da und dort ent-

(Dr. Ulrich Goll)

gegenkommen sollte. Das erklärt übrigens auch, weshalb es bisher nicht im Gesetzblatt stand; ganz einfach. Aber dass es jetzt noch immer nicht hineinkommt, obwohl Sie die Mehrheit haben, das ist doch das Erstaunliche an der Debatte.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Ich muss übrigens noch kurz bei der CDU bleiben. Ich respektiere natürlich den Standpunkt, möchte aber an dieser Stelle auch sagen: Die beiden hauptsächlichen Gründe sind nicht stichhaltig. Sie argumentieren in der Regel damit, dass der Landrat vorwiegend staatliche Aufgaben hat. Mit diesem Argument dürfen Sie dann aber auch nicht den Kreistag wählen lassen. Dann müssen Sie ihn vom Staat ernennen, wie den Regierungspräsidenten.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das stimmt nicht! Das ist jetzt unschlüssig! Der Kreistag macht die Selbstverwaltungsaufgaben!)

Das hält natürlich auch dem Vergleich mit dem Oberbürgermeister nicht stand, dem man genau diese Aufgaben auch übertragen hat, aber nichts dabei findet, ihn zu wählen. Ich finde, es spricht nichts dagegen, auch einen Exponenten staatlicher Verwaltung zu wählen. Die meisten anderen Bundesländer machen es bekanntlich so.

Was die Wahlbeteiligung angeht, so kann man immer nur darauf hinweisen: In Bayern wäre, wenn unser Entwurf dort Gesetz wäre, keine einzige Wahl auf den Kreistag zurückgefallen – keine einzige Wahl!

Aber im Übrigen sind wir jetzt ein bisschen beim Thema Vorwände. Sie sagen: „Das Quorum gefällt uns nicht.“ Dann lassen Sie es doch weg! Wir haben das Quorum in den Gesetzentwurf geschrieben, damit nicht umgekehrt sofort wieder ein Vorwurf im Hinblick auf die Wahlbeteiligung erhoben wird. Aber hätten wir das Quorum weggelassen, käme dieser Vorwurf wahrscheinlich, weil Sie nach Gründen suchen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ausreden!
– Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Nun ist bekannt – ich darf sozusagen eine kleine Anleihe an ein Bibelzitat machen –, dass eher ein Kamel durch ein Nadelöhr geht, als dass die Regierung einem Vorschlag der Opposition zustimmt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Martin Rivoir SPD: Das war früher so!
– Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Aber der Vorschlag muss einfach gut sein! Und er ist nicht gut!)

Aber die Begründungen sind im Einzelnen schon erstaunlich. Herr Heiler hat im Grunde gesagt, wenn wir alle Eventualitäten bedacht hätten, würden Sie zustimmen. Das schließe ich aus dem, was Sie gesagt haben. Die Aussage „Wenn Sie alle Eventualitäten bedacht hätten“ erinnert mich ein bisschen an jemanden, der in ein Fahrradgeschäft kommt und sagt: „Da ist aber keine Pumpe und kein Gepäckträger dran. Deswegen nehme ich das Fahrrad gar nicht.“

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist eine gute Entscheidung! Wie soll er sonst, wenn er einen Platten hat, das Ding reparieren?)

Wenn Sie schon der Meinung sind, dass etwas fehlt, dann diskutieren wir doch darüber. Dann könnten Sie das, was Ihnen fehlt, mit einem Federstrich ergänzen.

Mich verwundert eines wirklich. Ihre Strategie irritiert. Denn wenn man etwas von der Opposition nicht übernehmen will, gibt es andere Möglichkeiten. Die beste Möglichkeit ist übrigens die, rechtzeitig einen eigenen, besseren Entwurf vorzulegen. Das ist die beste Methode.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Fehlanzeige! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Es sind noch Fragen zu klären! Das ist nicht so einfach!)

Dann setzen Sie sich keinerlei Missverständnissen aus. Wenn Sie selbst rechtzeitig einen richtigen Vorschlag auf den Tisch legen, ersparen Sie sich das ganze Verfahren, nach Haaren in der Suppe suchen zu müssen. Aber diesen Vorschlag gibt es nicht. Uns liegt kein Vorschlag vor.

Sie müssen schon zugeben, dass man sich darüber Gedanken machen kann. Warum eigentlich liegt bis heute kein Vorschlag vor? Der Verdacht steht natürlich dick und groß im Raum: Sie sind sich in der Koalition in Wirklichkeit gar nicht so einig, wie Sie tun. Es ist ein offenes Geheimnis, dass der Ministerpräsident die Sache nicht unterstützt und dass der Innenminister auch kein Freund davon ist. Dass übrigens der Innenminister bei diesem Thema nicht hier ist, spricht für sich vielleicht schon Bände.

(Minister Reinhold Gall setzt sich auf seinen Platz auf der Regierungsbank. – Zurufe)

– Im Moment kommt er, gerade rechtzeitig.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Zu Ihnen kommt er!)

Das nährt natürlich den Verdacht, dass etwas daran ist, dass der Ministerpräsident und der Innenminister die Sache in Wirklichkeit vielleicht nicht wollen. Warum könnte man sie eigentlich nicht wollen?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Reine Spekulation!)

Man muss sagen: Wir sind irritiert. Wir suchen nach Gründen. Beim Ministerpräsidenten gibt es einen wirklich handfesten Verdacht, nämlich: Die Kreise sollen ganz abgeschafft werden.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So ist es! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Das geht doch gar nicht! Die haben doch Verfassungsgarantie!
– Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Das ist das, was dahintersteht. Manchen ist offensichtlich die gewachsene Macht der Landräte im Zuge der teuflischen Reform ein Dorn im Auge. Das bekomme ich immer wieder mit. Aber ich erinnere daran, dass die Landkreise an der Wiege dieses Landes standen. In der Stunde null waren die Landkreise da.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Wir warnen davor, die Axt an diese Institution zu legen. Was heißt „verfassungsrechtlicher Schutz“? Natürlich können Sie

(Dr. Ulrich Goll)

die Strukturen so verändern, dass die Landräte am Schluss ohne Bedeutung sind. Deswegen passt es Ihnen vielleicht nicht, wenn die Landräte durch eine direkte Wahl gestärkt werden. Aber verständlich ist das nicht, was Sie hier aufführen, insbesondere nicht, dass Sie nicht rechtzeitig mit einem eigenen Vorschlag zur Stelle sind.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Seitens der Regierung liegt keine Wortmeldung vor.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aha! – Zurufe der Abg. Tanja Gönner CDU und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Gibt es weiteren Beratungsbedarf? – Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wir hätten schon gern von der Regierung etwas gehört!)

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/1566 (geänderte Fassung). Der Innenausschuss empfiehlt Ihnen in Ziffer 1 seiner Beschlussempfehlung Drucksache 15/1828, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Ich bitte Sie darum, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle. Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 15/1566 (geänderte Fassung) zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? –

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Knappe Mehrheit! – Heiterkeit)

Damit ist der Gesetzentwurf mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 15/1828, abzustimmen. – Sie stimmen zu.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Landeshochschulgesetzes und anderer Gesetze – Drucksache 15/416

b) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Einführung einer Verfassten Studierendenschaft und zur Stärkung der akademischen Weiterbildung (Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz – VerfStudG) – Drucksache 15/1600

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Drucksache 15/1850

Berichterstatter: Abg. Alexander Salomon

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Birk.

Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zur Einführung einer Verfassten Studierendenschaft und zur Stärkung der akademischen Weiterbildung ist anscheinend so wichtig, dass die Wissenschaftsministerin, zumindest bis zum jetzigen Zeitpunkt, nicht bei der Debatte hier anwesend ist. Das ist etwas überraschend angesichts der Bedeutung dieses Gesetzgebungsverfahrens. Aber es ist gleichzeitig auch blamabel, dass die Amtsspitze des Ministeriums bei dieser Beratung nicht vertreten ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Was wollt ihr eigentlich?)

Die CDU-Fraktion hat dieses Vorhaben kritisch begleitet, und wir haben dafür gute Gründe, weil dieser Gesetzentwurf sowie das Gesetzgebungsverfahren bei Weitem nicht den Ansprüchen genügen, die heute im Hinblick auf eine studentische Mitbestimmung notwendig wären.

Lassen Sie mich zunächst damit anfangen, dass das Interesse der Studierenden an den Wahlen zu studentischen Gremien seit vielen Jahren deutlich abnimmt und wir inzwischen Wahlbeteiligungen von deutlich unter 20 % verzeichnen. An den Wahlen zur Verfassten Studierendenschaft, etwa an der Humboldt-Universität in Berlin, nehmen weniger als 10 % der Studierenden teil. Meine Damen und Herren, unsere Studierenden beschäftigen sich mit etwas anderem als mit der Verfassten Studierendenschaft. Die wollen zügig studieren und wollen in studentischen Belangen gehört werden. Sie wollen, wenn überhaupt, ein hochschulpolitisches Mandat, aber kein allgemeinpolitisches Mandat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das ist der entscheidende Punkt; da ist Ihr Gesetzentwurf wie Gummi. In der Gesetzesbegründung sprechen Sie von einem hochschulpolitischen Mandat. Im Gesetzentwurf selbst ist es ein allgemeinpolitisches Mandat. Ja, meine Damen und Herren von den Grünen und der SPD, wie hätten Sie es denn gern? Was wollen Sie denn jetzt? Wir erwarten von Ihnen, dass Sie klar und präzise in diesem Gesetzentwurf festlegen, wo die Reise hingeht. Wir wollen ein ausschließlich hochschulpolitisches Mandat, denn nur dafür, wenn überhaupt, hat eine Verfasste Studierendenschaft eine Legitimation, und nicht etwa im Hinblick auf Fragen des Auslandseinsatzes der Bundeswehr oder zu Fragen zu Stuttgart 21. Das gehört in andere Gremien, aber nicht an unsere Hochschulen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo! – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das ist doch ein Schreckgespenst!)

Meine Damen und Herren, ein Quorum wäre bei diesem Gesetzentwurf mehr denn je angezeigt. Sie wollen die Studierenden in Baden-Württemberg mit einem Gesetz zwangsbeglücken, das überhaupt nicht notwendig ist.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Haben Sie überhaupt mit einem Studenten geredet? – Zuruf von den Grünen: Wir machen doch keine Bürgermeisterwahlen!)

(Dr. Dietrich Birk)

Wir fordern Sie auf, unserem Antrag zuzustimmen, dass ein Mindestquorum von 25 % eingeführt wird im Hinblick auf die Frage der Einführung der Verfassten Studierendenschaft. Auch die Hochschulrektorenkonferenzen haben sich dem angeschlossen. Wir können Sie nur bitten, dem zuzustimmen. Wieso 25 %? Weil für das hessische Studentenparlament dieses Quorum mit 25 % gilt. Ich denke, wir sollten uns an das halten, was auch in Hessen eingeführt wurde.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, was das hochschulpolitische Mandat angeht: Wenn Sie dieses Mandat so breit fassen wollen, ist es nicht mehr als recht und billig, dass die Studierenden selbst darüber entscheiden, ob und inwieweit sie sich an der Verfassten Studierendenschaft beteiligen wollen. Deshalb überlegen Sie sich das noch einmal genau. Wir haben dazu einen Antrag formuliert, der ein individuelles Austrittsrecht begehrt, wonach jeder Student selbst darüber entscheiden kann, wann er möchte – gegebenenfalls nach dem ersten Semester –, ob er aktiv an der Verfassten Studierendenschaft teilnimmt oder ob er nicht teilnehmen möchte. Deshalb fordern wir hier auch klar ein Austrittsrecht. Sachsen-Anhalt hat es vorgebracht. Wir in Baden-Württemberg sollten dem folgen.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Schattendebatte!)

Es ist sehr schön, dass zumindest der Staatssekretär für Kunst mittlerweile für die Landesregierung an der Debatte teilnimmt. Herr Walter, wir freuen uns, dass Sie den Weg hierher geschafft haben. Anscheinend ist es der Ministerin nicht möglich.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Unglaublich! Jetzt darauf herumreiten! Keine Argumente!)

Dann würden wir natürlich auch darum bitten, dass die Frage der Rechtsaufsicht nicht auf die Hochschulen abgeschoben wird, sondern dass das Ministerium die Rechtsaufsicht wahrnimmt. Wieso? Wir haben einen Gesetzentwurf vorliegen, der sehr stark interpretierbar ist. Wir müssen davon ausgehen, dass es zu Rechtsfragen und zu Fragen der Rechtsauslegung kommt. Dies überlassen Sie allein den Hochschulen.

Besser wäre es, dies seitens des Wissenschaftsministeriums landeseinheitlich zu regeln. Herr Staatssekretär, kommen Sie dieser Verantwortung nach, und regeln Sie das im Ministerium landeseinheitlich. Dort sitzt die Expertise für diese Rechtsfragen. Nicht jede Hochschule kann dies vorhalten. Auch an dieser Stelle ist das Gesetz gegen die Hochschulleitungen gerichtet. Wir fordern Sie auf, diesen Punkt zu korrigieren.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Autonomie der Hochschulen!)

Ein weiterer Punkt: Es heißt, die Einführung der Verfassten Studierendenschaft sei mit keinen zusätzlichen Kosten verbunden. Pfeifendeckel! Natürlich sind deutliche Mehrkosten zu erwarten. Das ist schon dadurch der Fall, dass die Beiträge für die Verfasste Studierendenschaft von den Hochschulen unentgeltlich eingezogen werden müssen und dass darüber hinaus noch zusätzliche Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden müssen. Selbst der Rechnungshof, selbst die Rektoren unserer Hochschulen bezweifeln, dass die derzeitigen Fi-

nanzmittel auskömmlich sind. Jetzt werden wir im Hinblick auf den Hochschulpakt, auf den Solidarpakt 2014, auf die schwierigen Haushaltsjahre, die uns bevorstehen, den Hochschulen nochmals Geld abziehen.

Ich kann Sie nur auffordern: Geben Sie den Hochschulen das Geld, das sie benötigen, damit diese Verfassten Studierendenschaften auch eingeführt werden können. Nehmen Sie die Sorgen der Hochschulen im Bereich der Finanzen endlich auf, sodass eine auskömmliche Finanzierung auch in diesen Fragen da ist. Wenn dies nicht der Fall ist, dann müssten Sie diesen Gesetzentwurf heute eigentlich zurückziehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

In diesem Zusammenhang zitiere ich Herrn Professor Ebeling. Er sagte:

Angesichts der Tatsache, dass die Studierendenvertretungen und Fachschaften derzeit über Flächen bis zu 1 000 m² verfügen, muss der Anspruch auf bereits überlassene Flächen beschränkt werden. Anderenfalls müssten zusätzliche Mittel im Haushalt bereitgestellt werden.

Dies ist ein weiterer Beleg: Jetzt haben unsere Hochschulen ohnehin schon zu wenig Platz, und Sie wollen der Verfassten Studierendenschaft noch unentgeltlich ein größeres Raumangebot zulasten von Forschung und Lehre zur Verfügung stellen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das darf nicht sein. Diese Rechnung geht nicht auf. In diesem Punkt muss der Gesetzentwurf dringend verbessert werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Der zweite Teil des Gesetzentwurfs beschäftigt sich mit der Weiterbildung. Studentische, akademische Weiterbildung halten wir für wichtig. Meine Damen und Herren, der Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg benötigt weiterhin qualifizierte Akademikerinnen und Akademiker. Deshalb stehen wir diesen Punkten des Gesetzentwurfs durchaus positiv gegenüber. Sie wurden bereits unter der Vorgängerregierung eingeleitet.

Erstens geht es darum, dass die bisherigen Qualifikationen, die im Berufsleben erworben wurden, von den Hochschulen besser anerkannt werden. Das heißt, dass es keine Holschuld seitens des Studierenden gibt, sondern eine Bringschuld der Hochschulen im Hinblick auf die Anerkennung dieser Vorleistungen.

Zweitens soll es zukünftig mehr Möglichkeiten geben, ein Studium etwa in Form eines Teilzeitstudiums zu strecken. Da sind wir durchaus aufgeschlossen.

Aber wogegen wir uns klar wenden, ist: Wenn Sie sich die Studiengänge mit einem Staatsexamen als Abschluss anschauen, beispielsweise Medizin, Lehramt oder Jura, stellen Sie fest, dass dort ein Teilzeitstudium kaum schaffbar ist. Das sagen Ihnen auch die entsprechenden Experten. Wenn die Regelstudienzeit bei einem Studium mit Staatsexamen von vier oder fünf Jahren auf zehn Jahre verdoppelt wird, dann kann man doch nicht davon ausgehen, dass ein Studium mit einem solchen Zeitumfang, etwa im Bereich der Medizin, zu absolvieren ist.

(Dr. Dietrich Birk)

Meine Damen und Herren, auch diesbezüglich geben wir Ihnen zu bedenken, diesen Gesetzentwurf zumindest in einigen Punkten nochmals zu überarbeiten.

Abschließend lassen Sie mich Folgendes feststellen: Der Gesetzentwurf der Landesregierung ist, was die Weiterbildung angeht, durchaus ein Gewinn für das Land Baden-Württemberg. Wir werden diesen Punkten auch zustimmen. Wir werden diesen Gesetzentwurf klar in den Punkten ablehnen, bei denen es um die Verfasste Studierendenschaft geht.

Wir haben Sympathie für den Gesetzentwurf der FDP/DVP, der den Studierenden deutlich mehr Mitbestimmung und deutlich mehr Beteiligung ermöglicht. Ich bin insofern auch froh, dass wir heute Gelegenheit haben, eine Alternative aufzuzeigen. Herr Kollege Dr. Kern, Sie wissen es, wir haben gewissermaßen eine Miturheberschaft an diesem Gesetzentwurf. Bereits in der letzten Legislaturperiode haben wir uns auf Eckpunkte zu solch einem Gesetzentwurf geeinigt.

Sie seitens der Regierungsfractionen haben heute noch die Chance,

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

diesem Gesetzentwurf der FDP/DVP zuzustimmen. Ich kann Sie nur ermuntern und Sie auffordern: Kommen Sie auf den Weg der Vernunft zurück, ermöglichen Sie studentische Beteiligung, ermöglichen Sie eine Teilhabe auf Augenhöhe, nehmen Sie Ihren Gesetzentwurf zurück, oder stimmen Sie – noch besser – dem FDP/DVP-Gesetzentwurf heute zu.

In diesem Sinn hoffe ich, dass wir dieses Thema heute zunächst einmal abschließen können. Es wird uns weiterhin begleiten. Ich bin mir sicher, dass mit dem Gesetzentwurf, den Grün-Rot vorgelegt hat, für die Studierenden in Baden-Württemberg überhaupt nichts gewonnen ist. Ich bin mir auch sicher, dass die Studierenden vernünftig genug sind, zu wissen, wo und in welchem Bereich sie mitarbeiten und wo sie solch ein Gesetz der Landesregierung ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stelly. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Salomon das Wort.

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Studierende, die heute anwesend sind, sehr geehrte Damen und Herren! Ich könnte diese Liste fast unendlich fortführen: Anhörungen, Gesprächsrunden im Ministerium, Ausschussdebatten und die heutige Debatte, die auch noch hinzukommt – immer und immer wieder fällt Ihnen, Herr Dr. Birk, zur Verfassten Studierendenschaft nur Kritik ein. Diese Kritik trägt schon verzweifelte Züge. Sie klammern sich an jeden noch so winzigen Strohalm, der Ihnen auf Ihrem einsamen Weg begegnet. Das sieht man auch wieder an Ihren Anträgen, die Sie heute gestellt haben, die wir schon mehrmals in den Ausschüssen, in weiteren Debatten besprochen hatten und die klar abgelehnt worden sind.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Die liegen heute zum ersten Mal vor! Sie kennen sie noch nicht! Sie haben sie doch gar nicht gelesen!)

Wir wissen, dass die CDU die Verfasste Studierendenschaft ablehnt. Aber Sie würden doch auch dann nicht zustimmen, wenn wir den heute eingebrachten Anträgen folgen würden. Für uns ist klar: Eine verwässerte und weichgespülte Verfasste Studierendenschaft wird es mit uns nicht geben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf von den Grünen: Bravo!)

Mit Ihren durchsichtigen Manövern und der immer gleichen Platte aus längst vergangenen Zeiten wollen Sie die Verfasste Studierendenschaft in Misskredit bringen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Gehen Sie doch konkret auf die Vorwürfe ein!)

Das wird Ihnen in diesem Leben nicht mehr gelingen, denn Sie befinden sich mit Ihrer Kritik nicht nur auf dem falschen Dampfer, sondern sogar auf dem falschen Meer, auf dem falschen Planeten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Alles bloß Plattitüden! Bis jetzt nichts Inhaltliches! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Nehmen wir doch einmal Ihren Antrag zur Anpassung des politischen Mandats. Noch nicht einmal der von Ihnen zu diesem Punkt bestellte Sachverständige wollte in unserer Ausschussanhörung letztendlich so weit gehen, wie Sie es hier vorschlagen. Warum nicht? Ganz einfach deswegen, weil die im Gesetz gewählte Formulierung einfach nicht zu beanstanden ist, weil die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Wissenschaftsministerium eine hervorragende Arbeit geleistet haben und das Gesetz rechtlich auf Herz und Nieren geprüft haben. Es ist doch ein Trugschluss, wenn Sie behaupten, dass eine Regelung wie die, die Sie sich wünschen, die von Ihnen als Teufel an die Wand gemalten Prozesse, Einsprüche oder Klagen verhindern würde. In kaum einem anderen Rechtsgebiet hat sich durch Dutzende von höchstrichterlichen Entscheidungen eine so klare Linie entwickelt wie in diesem Bereich.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Schauen wir mal! –
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das werden wir sehen!)

Die im Gesetzentwurf vorgelegte Formulierung des Mandats weist einen aus unserer Sicht guten und – fast noch wichtiger – verfassungsrechtlich einwandfreien Weg auf – das wurde auch durch Ihren Gutachter bestätigt –, der das berechtigte Interesse der Studierenden, sich zu äußern, genauso berücksichtigt wie die verfassungsrechtlichen Schranken.

Auch dem Vorschlag der CDU, die Rechtsaufsicht an das Ministerium zu geben, können wir nicht folgen. Es ist doch einseitig, dass Konflikte am besten vor Ort bewältigt werden und dass die Hochschule die Rechtsaufsicht über ihre Teilkörperschaft führt. Es wäre doch aus Gründen der Effizienz absurd, wenn sich jede Verfasste Studierendenschaft bezüglich ihrer Rechtsaufsicht in der Zukunft an das Ministerium in Stuttgart wenden müsste; ich verweise auf die Wege und die Zeit, die investiert werden müssten. Es muss – so ist es auch in anderen Bundesländern geregelt – in der Hochschule ent-

(Alexander Salomon)

schieden werden. So ist die Regelung auch jetzt, und wir werden sie beibehalten.

(Beifall bei den Grünen)

Jedes gute Gesetz kann sicherlich noch besser werden. Was im Anhörungsverfahren und in der Anhörung des Ausschusses vorgetragen wurde, haben wir genau geprüft. Vieles wurde aufgenommen, anderes in Abwägung der unterschiedlichen Interessen nicht berücksichtigt.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Insgesamt haben wir damit jetzt einen wohl austarierten Gesetzentwurf der Landesregierung vorliegen. Aber auf zwei Änderungen möchte ich noch einmal explizit eingehen und sie hervorheben.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Dabei geht es zum einen um die zusätzliche Funktion einer Person als Haushaltsbeauftragter nach der Landeshaushaltsordnung. Damit sollen Studierende darin unterstützt werden, die einschlägigen Verwaltungsvorschriften und Regelungen finanzieller Art einzuhalten. Ob ein solches zusätzliches Netz durch eine externe Person notwendig ist, darüber lässt sich trefflich streiten. Das haben wir auch an mehreren Stellen getan.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Die Debatte war auch an einigen Stellen ziemlich hitzig, muss man sagen. Wir haben uns aber letztendlich dafür entschieden, am Haushaltsbeauftragten festzuhalten, aber für begründete Ausnahmefälle eine Abweichungsregelung vorzusehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Damit kann flexibel reagiert werden, sollten sich die Befürchtungen, etwa die Befürchtungen der LandesASTenKonferenz, die vorgebracht wurden, bestätigen, dass die Finanzierung kleine Hochschulen überfordert. Das ist, wie ich finde, eine gute und flexible Regelung, die beide Interessen unter einen Hut bringt.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wischiwaschi!)

Das Zweite ist die engere Verzahnung zwischen Verfasster Studierendenschaft und den Organen der Hochschule, also Senat und Fakultätsräten. Das ist ein Thema, das wiederholt von studentischer Seite angesprochen wurde und auch wiederholt zu Debatten geführt hat. Hier geben wir der Verfassten Studierendenschaft jetzt das Recht, in die Sitzungen des Senats und der Fakultätsräte Vertreterinnen bzw. Vertreter mit beratender Stimme zu entsenden. So werden der gegenseitige Informationsfluss, der von den Studierenden immer wieder betont wurde, und eine Einbindung der Verfassten Studierendenschaft gewährleistet.

Abschließend möchte ich noch einmal unterstreichen, dass mit der Rückkehr zur Normalität studentischer Vertretung für mich eine weiter gehende Hoffnung verbunden ist. Dass die grün-rote Regierung von Baden-Württemberg jetzt die Verfasste Studierendenschaft wieder einführt, ist ein Symbol dafür, dass wir die von der CDU aufgebaute Mauer der Abschottung gegenüber der Bevölkerung immer weiter einreißen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Oh Gott!)

– Das wird Ihnen jeder bestätigen.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Denn gerade auch die Verfasste Studierendenschaft steht für unseren Anspruch der Bürgerregierung.

Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes gehen wir einen wichtigen Schritt hin zu einer demokratischen Hochschule und weg vom baden-württembergischen Sonderweg in der Hochschulpolitik. Entsprechend stimmen wir, die Fraktion GRÜNE, diesem Gesetz gern und mit Vorfreude auf die sich entwickelnden unterschiedlichen Strukturen im Land zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stober.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Neben der Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft geht es hier auch um einige andere Dinge. Das eine sind notwendige Anpassungen, erforderlich z. B. durch neue KMK-Beschlüsse, durch gemeinsame Strukturvorgaben der Länder für Bachelor und Master, aber auch durch die Einführung von G 8. Beispielsweise werden künftig viele Studierende zum Studienbeginn noch keine 18 Jahre alt sein. Da macht es natürlich keinen Sinn, etwas von diesen Studierwilligen nicht selbst entscheiden zu lassen, sondern von ihnen noch Einwilligungserklärungen der Erziehungsberechtigten zu verlangen.

Es geht um viel. Ich möchte jetzt einmal die anderen gewichtigen Punkte, die in dem Gesetz noch mit geregelt werden, die auch der Grund dafür sind, dass wir zu diesem Punkt zehn Minuten Redezeit pro Fraktion haben, noch etwas konkreter ansprechen. Herr Birk hat ja schon angesprochen, dass in diesem Punkt im Grundsatz Einigkeit besteht. Ich betone als Erstes noch einmal die Punkte, die für uns Sozialdemokraten ganz zentral sind.

Das eine ist die Möglichkeit, Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer auch im Bereich der Weiterbildung angemessen zu vergüten. Das Fehlen einer solchen Möglichkeit in diesem Bereich war bisher das Haupthindernis für attraktive Weiterbildungsangebote an unseren staatlichen Hochschulen.

Das Zweite ist die Möglichkeit, ein Kontaktstudium auch öffentlich-rechtlich und nicht nur privatrechtlich auszugestalten und daraus in Zukunft Leistungspunkte auf ein Hochschulstudium anrechnen zu lassen.

Das Dritte ist die schon angesprochene Einführung von Teilzeitstudiengängen bzw. die grundsätzliche Teilzeitstudierbarkeit aller Studiengänge.

Der nächste Punkt – ein Punkt, der uns Sozialdemokraten besonders wichtig ist – ist die Umsetzung der Lissabon-Konvention zur Anerkennung von Studienleistungen und Studienabschlüssen. Da geht es um die Umkehr der Beweislast. Der Stu-

(Johannes Stober)

dierende muss zwar seine Unterlagen, seine Bescheinigungen vorlegen – das ist klar –, aber die Beweislast hinsichtlich der Gleichwertigkeit soll letzten Endes bei der Hochschule liegen. Dazu gehört auch – das wurde von Herrn Birk schon angesprochen – die verpflichtende Anrechnung von außerhalb des Hochschulsystems erworbenen Qualifikationen, sofern sie in Inhalt und Niveau gleichwertig sind.

Ein weiterer Punkt ist, dass der Übergang vom Bachelor zum Master entschlackt wird und das Ganze jetzt komplett in die Kompetenz der Hochschulen fällt, dass es also mehr Dezentralität gibt. Außer dem ersten Hochschulabschluss als solchem müssen keine weiteren Anforderungen gestellt werden, können aber gestellt werden. Das ist letzten Endes Hochschulautonomie, wie wir sie wollen.

Kernpunkt dieses Gesetzes, liebe Kolleginnen und Kollegen, bleibt aber die Einführung der Verfassten Studierendenschaft. Es ist gut, dass die Studierenden wieder eine Stimme in Baden-Württemberg bekommen und sich künftig nicht mehr nur, wie es das Landeshochschulgesetz bislang vorschreibt, zu den geistigen, musischen und sportlichen Belangen äußern können, sondern sich zu allen Dingen äußern können, die mit ihrem Studium zu tun haben.

Dabei geht es auch – das will ich hier klar betonen – um mehr als um Hochschulpolitik. Es geht nicht um Allgemeinpolitik, sondern es geht um diesen Aufgabenkatalog, der in diesem Gesetz definiert ist. Da geht es z. B. bei der Einführung eines Semestertickets um die sozialen und ökologischen Vorteile. Es geht nicht nur um Hochschulpolitik, sondern es betrifft letzten Endes auch andere Bereiche. Es ist klar, dass der Bezug zum Hochschulstudium und zur eigentlichen Aufgabe vorhanden sein muss, aber es macht keinen Sinn, Äußerungen zu diesen Bereichen auszuschließen.

Ich glaube, es ist wichtig, dass sich Studierende gerade auch zu diesen Dingen, die im Kontext mit ihrem Studium stehen, äußern können. Das wollen wir. Wir finden es sehr bedauerlich, dass Sie den Studierendenvertretungen Äußerungen zu diesen zentralen Themen nicht erlauben wollen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir hatten in Baden-Württemberg seit der Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft im Jahr 1977 insbesondere eine Herausbildung von privatrechtlichen Strukturen, weil sich die Studierenden in den offiziellen Strukturen nicht mehr äußern konnten. Wir haben die Entwicklung von vielen sehr unterschiedlichen Modellen an vielen Hochschulen erlebt, in Karlsruhe jetzt ein Studierendenparlament, in Tübingen z. B. Fachschaftsmodelle.

Unsere große Aufgabe bei diesem Gesetzentwurf war, das, was sich an Vielfalt an unseren Hochschulen entwickelt hat, letztendlich in den Gesetzentwurf zu übernehmen, damit man es in Baden-Württemberg weiterleben kann. Natürlich gibt es klare rechtliche Vorgaben, die dabei einzuhalten sind. Daran müssen sich jetzt, da sie öffentlich-rechtlich werden, die Studierendenvertretungen messen lassen. Dazu gehören insbesondere freie, gleiche, allgemeine und geheime Wahlen.

Ich glaube, dass wir mit dem vorgeschriebenen Legislativmodell, das sehr unterschiedlich – z. B. als Studierendenmodell

oder Fachschaftsmodell – ausgestaltet sein kann, wie auch mit dem Exekutivorgan Grundregelungen haben, die – wie gesagt – vielfältig gefüllt werden können.

Wir haben gleichzeitig für diejenigen Studierendenvertretungen, die sich nicht an den zum Teil komplexen Prozess einer eigenen Satzungsgestaltung machen wollen, ein Reservemodell, ein Studierendenparlament, das in seiner Grundstruktur dem Vorschlag der FDP/DVP entspricht. Ich glaube, das ist ein richtiger, ein vernünftiger und ein sehr gut abgestimmter Weg.

Ich möchte jetzt noch einmal auf das Thema Quorum eingehen. Wir haben vorhin eine Debatte zur Direktwahl der Landräte gehabt. Ich glaube, wir haben sehr deutlich gesehen, zu welchen Problemen es kommen kann, wenn wir ein Quorum nicht erreichen. Was ist denn, wenn ein vorhandenes Quorum nicht erfüllt wird?

Wir geben mit diesem Gesetz den Studierenden nicht nur Möglichkeiten, sondern wir verlangen von ihnen, dass sie sich mit ihren Möglichkeiten in diese Gesellschaft einbringen. Deswegen glaube ich, dass wir hier eine gesetzliche Aufgabe haben und dass es richtig ist, die Studierenden zu fördern, ihnen Möglichkeiten zu geben, aber auch zu fordern. Zu klären, was passiert, wenn ein bestimmtes Quorum nicht erreicht wird, führt, glaube ich, auch hier wieder zu unsinnigen Regelungen oder Situationen, wie sie vorhin beschrieben wurden.

Wir haben die Aufgabe, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wir hohe Wahlbeteiligungen bekommen. Wir sind überzeugt, dass wir auch mit der Verfassten Studierendenschaft die Studierenden motivieren, sich im AstA einzubringen oder sich zumindest durch die Beteiligung an der Wahl für die politischen Programme der einzelnen Gruppierungen zu interessieren.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: 10 %!)

Davon sind wir überzeugt.

Aber es wäre doch hirnrissig – das muss man ehrlich sagen –, festzulegen: Wenn bei einer Bürgermeisterwahl ein Quorum nicht erreicht wird, dann wird die Gemeinde nicht regiert. So etwas kann nur Unsinn sein. Deswegen lehnen wir an dieser Stelle eindeutig das Quorum ab.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Da werden Äpfel mit Birnen verglichen!)

Ich denke aber, wir können als Parlament stolz sein auf dieses breite parlamentarische Verfahren. Wir haben zwei Gesetzentwürfe gehabt, einen der FDP/DVP-Fraktion und einen der Landesregierung. Meines Wissens haben alle Fraktionen eine Anhörung zu diesem Thema durchgeführt. Hinzu kommt die große Anhörung, die wir –

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Warum berücksichtigen Sie unsere Anträge und Anregungen nicht?)

– Dazu komme ich gleich noch, Herr Birk. Danke für Ihren Zwischenruf. Ich werde auf die Anhörung vom 25. Mai schon noch eingehen; keine Sorge.

(Johannes Stober)

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Da bin ich gespannt!
– Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Wir hören zu,
aber er hört nicht zu!)

Zudem gab es bereits im Vorfeld bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfs durch die Landesregierung einen breiten Beteiligungsprozess.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Eben nicht!)

– Natürlich!

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das war nur pro forma!)

Studierende sowie Nichtstudierende haben alle Möglichkeiten gehabt, sich online einzubringen,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Genau! Aber es wurde nichts berücksichtigt!)

Kritikvorschläge zu machen und eigene Vorstellungen zu äußern. Aber eines müssen Sie, Herr Birk, auch zulassen: Sie sind die „großen Vorkämpfer“ für die parlamentarische Demokratie, und Sie haben mit Volksabstimmungen auch oft Ihre Probleme. Deswegen müssen auch Sie, Herr Kollege Birk, akzeptieren und respektieren, dass die Entscheidungen über Gesetze in Baden-Württemberg in diesem Parlament fallen. Heute werden entsprechende Entscheidungen fallen, und zwar nach eingehender Diskussion.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Genau! Aber Sie negieren die Argumente!)

– Herr Kollege Birk, es ist aber natürlich nicht so, dass wir jeden der Vorschläge, die von Ihrer Seite kommen – einzelne Punkte haben wir aufgegriffen –,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wo?)

aufnehmen müssten. Sie wollen die Verfasste Studierendenschaft ja grundsätzlich nicht.

(Zurufe von den Grünen: Aha! – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Placebo-Anträge sind das! – Gegenruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir sind gespannt, was Sie mit unseren Anträgen machen! Sie können unseren Anträgen zustimmen!)

Dass wir dieser Vorstellung natürlich nicht folgen, werden Sie wohl verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Herr Kollege Salomon hat in seinen Ausführungen bereits dargestellt, was wir an Änderungen aufgenommen haben. Das eine ist die Ausnahmeregelung bezüglich des Beauftragten für den Haushalt für den Fall, dass die Befürchtungen der Studierenden, dass hierfür extrem erhöhte Kosten entstehen könnten, wahr werden. Wir haben zudem das Wahlverfahren für das Reservemodell verändert, und zwar auch aufgrund entsprechender Hinweise, die der Rechnungshof in der Anhörung gegeben hat. Zudem haben wir eine Verschränkung der Studierenden mit den akademischen Gremien – Fakultätsräte und Senat mit der Verfassten Studierendenschaft – durch die beratende Mitgliedschaft hinbekommen. Von unserer Seite möchte ich nicht verschweigen, dass wir, die SPD-Fraktion, uns

hierbei auch eine noch stärkere Verschränkung hätten vorstellen können,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Dann sollten Sie dem Gesetzentwurf der FDP/DVP zustimmen!)

etwa so, wie das in Sachsen der Fall ist und wie dies der entsprechende Referent bei der Anhörung erläutert hat.

Nichtsdestotrotz sind dies Nuancen. Wir sind hierbei grundsätzlich auf einem äußerst guten Weg. Die Studierenden an den Hochschulen, sehr geehrte Damen und Herren, lieber Kollege Birk, sind motiviert dabei, ihre Satzungen zu entwickeln. Sie werden sich künftig viel aktiver und deutlicher in die Meinungsbildung einbringen können.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Warten wir es ab! Das Gegenteil wird eintreten!)

Dabei werden sie ein auf die Aufgaben begrenztes politisches Mandat haben, so, wie dies im Gesetzentwurf vorgesehen ist.

Wir freuen uns auf die Diskussionen mit den Studierenden, mit den Studierendenvertretungen vor Ort und mit der Landesstudierendenvertretung. Diese Akteure werden für uns als Parlamentarier sowie für die Landesregierung in Zukunft in gleicher Weise Partner sein wie die Landesrektorenkonferenz. Darauf freuen wir uns.

Lassen Sie uns daher heute diesen großen Schritt tun, und blockieren Sie ihn nicht.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Unglaublich!)

– Auch Zwischenrufe ändern nichts an guten Argumenten, Herr Kollege Birk.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Jetzt bin ich gespannt!)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Gesetzesvorhaben der grün-roten Landesregierung zur Einführung einer Verfassten Studierendenschaft ist von sehr großer Tragweite, und zwar für die gesamte Hochschullandschaft in unserem Land. Umso wichtiger wäre es gewesen, bei der Ausarbeitung des Gesetzentwurfs die angemessene Sachlichkeit statt einer ideologischen Steuerung von oben walten zu lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Unserem gemeinsamen Ziel, die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studierenden an den Hochschulen in Baden-Württemberg rechtlich, demokratisch und finanziell einwandfrei zu stärken, werden Sie mit Ihrem heute vorgelegten Gesetzentwurf jedenfalls in keiner Weise gerecht.

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

(Dr. Timm Kern)

Dass Sie von Grün-Rot die schwerwiegenden Einwände, die Ihnen die Experten aus der Praxis bei der öffentlichen Anhörung des Wissenschaftsausschusses durch die Bank ins Stammbuch geschrieben haben, nicht ernst nehmen, zeigt eindrücklich, was Ihre Politik des Gehörtwerdens im Praxistest tatsächlich wert ist – nämlich nichts.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: So ist es!)

So meinte beispielsweise Professor Dr. Karl Joachim Ebeling, der Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz der Universitäten in Baden-Württemberg – Zitat –:

Es ist aber die Frage, inwieweit die geplante Einführung einer Verfassten Studierendenschaft und folglich auch Zwangsbeiträgen die Attraktivität baden-württembergischer Universitäten nachhaltig steigern kann – und das gerade für die besten Studierenden, Wissenschaftler und Professoren ..., die für das Land am wichtigsten sind. Für die Universitäten war dies ein Grund unter mehreren anderen dafür, dass sie ein „Opt-in-Modell“ für die Verfasste Studierendenschaft vorgeschlagen haben, das auf Autonomie und Flexibilität der Einrichtung setzt, statt per Zwangsmitgliedschaft ein starres Einheitsmodell zu generieren.

Oder nehmen wir die Stellungnahme von Professor Dr. Achim Bubenzer, dem Vorsitzenden der Rektorenkonferenz der Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Baden-Württemberg – Zitat –:

Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften lehnen aber die geplante Zwangseinführung der Verfassten Studierendenschaft ab. ...

Der vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung lässt diese Wahlmöglichkeit leider nicht zu, sondern schreibt selbst bei keinerlei Eigeninitiative oder Interesse vonseiten der Studierenden

– an einer Selbstverwaltung –

die zwingende Einführung der Verfassten Studierendenschaft für alle Studierenden an allen Standorten vor.

Anschließend klärt er Sie von Grün-Rot auf – Zitat –:

Erwachsene Menschen werden nicht dadurch zur Leidenschaft für die Politik entflammt, dass man sie zwingt, sich politisch zu beteiligen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wie anders als ein vernichtendes Urteil Ihrer Hochschulpolitik soll man eigentlich folgendes Fazit von Professor Dr. Bubenzer verstehen – Zitat –?:

Gestatten Sie mir abschließend noch eine Bemerkung: Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften haben sich intensiv mit dem Anhörungsentwurf auseinandergesetzt.

Sie hatten mehrfach die Gelegenheit, in Gesprächsrunden im Ministerium und auf dem Weg der üblichen schriftlichen Stellungnahmen Änderungswünsche zu äußern.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Und was ist berücksichtigt?)

Umso enttäuschender ist der marginale Umfang, in dem die Vorschläge der Hochschulen im nun vorliegenden Regierungsentwurf berücksichtigt wurden.

Die Durchsetzung ihres politischen Willens ist zweifellos das Recht der Landesregierung. Dem sehr deutlich in der Öffentlichkeit formulierten Anspruch, alle Beteiligten mitzunehmen und auf deren berechnete Bedürfnisse einzugehen, wird die Landesregierung jedoch ... so nicht gerecht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der FDP/DVP: Unglaublich!)

Welch ein vernichtendes Urteil aus der Praxis, wie Sie mit dem zur Schau gestellten Motto des Zuhörens in der Wirklichkeit umgehen, meine Damen und Herren von Grün-Rot.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Sie, Frau Ministerin Bauer, tragen hierfür die politische Verantwortung.

(Beifall des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Welche Ziele manche ihrer Unterstützer mit der Einführung der Verfassten Studierendenschaft verfolgen, darf an dieser Stelle auch nicht unerwähnt bleiben. So sagte ein Vertreter der Juso-Hochschulgruppen bei der Anhörung sinngemäß:

Beispielsweise ist es in Verfassten Studierendenschaften gängige Praxis, dass der AStA ein Café betreibt. Eine nicht repräsentative Umfrage, die ich in der letzten Woche unter befreundeten Studierendenschaften durchgeführt habe, hat ergeben, dass von zehn Studierendenschaften sechs ein eigenes oder mehrere Cafés betreiben. An der HU Berlin sind es z. B. 13 Cafés.

Da kann ich nur sagen: Ihr Völker der Welt! Schaut auf diese Stadt!

(Lachen bei den Grünen)

Dank des politischen Engagements der Verfassten Studierendenschaft ist die allgemein bekannte Caféknappeit in Berlin erfolgreich und nachhaltig bekämpft worden!

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Haben Sie etwas gegen die Wiedervereinigung?)

Liebe Genossen, vielleicht sollten Sie Ihrem Genossen einmal mitteilen, dass die Berlinblockade schon längst vorbei ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Gesetzentwurf von Grün-Rot erweist der Verbesserung der studentischen Mitbestimmung einen Bärendienst. Mit Ihrem unscharf definierten politischen Mandat und der Zwangsmitgliedschaft wird die grün-rote Verfasste Studierendenschaft nicht nur erheblichen bürokratischen Aufwand und Mehrkosten für Hochschu-

(Dr. Timm Kern)

len wie für Studierende verursachen, sondern auch zahlreiche Streitigkeiten in die Hochschulen tragen. Dabei könnte man auch einfach ein Studentenparlament ohne Zwangsmitgliedschaft und Zwangsbeiträge, aber mit klaren Zuständigkeiten, einfachen und transparenten Strukturen und einer Wahl unter Berücksichtigung der allgemeinen demokratischen Wahlgrundsätze einführen.

Demgegenüber ist unser Gesetzentwurf tatsächlich von unten gewachsen. Die Liberale Hochschulgruppe und der RCDS haben die Konzeption erarbeitet und den Fraktionen von CDU und FDP/DVP übergeben, die den Vorstoß dann ins Parlament getragen haben, übrigens schon in der vergangenen Legislaturperiode.

Wenn es Ihnen von Grün-Rot wirklich ernst wäre mit mehr Demokratie an den Hochschulen, dann müssten Sie eigentlich eine Urabstimmung mit einem moderaten Quorum für die Beteiligung der Studierenden zulassen. Die FDP/DVP-Fraktion unterstützt die Forderung der Hochschulrektoren, eine Urabstimmung über die Verfasste Studierendenschaft in den einzelnen Hochschulen durchzuführen. Wir schlagen ein moderates Zustimmungsquorum von 10 % der Studierenden vor, das ein Satzungsentwurf in der Urabstimmung erreichen muss, um Gültigkeit zu erlangen. Nach unserer Überzeugung sollen die baden-württembergischen Studierenden auf demokratischem Weg selbst entscheiden, ob sie die hoch problematische, grün-rote Verfasste Studierendenschaft überhaupt wollen oder eine andere Form der Mitbestimmung vorziehen.

Heute liegen nicht nur zwei Gesetzentwürfe zur Stärkung der studentischen Mitbestimmung vor, sondern im Grunde ein weiterer, nämlich das Gesetz zur Stärkung der akademischen Weiterbildung.

Ein Webfehler besteht meines Erachtens aber darin, dass die Landesregierung zwei große und wichtige Anliegen, die aber so gut wie gar nicht miteinander zusammenhängen, zu einem Paket zusammengeschürt hat. Das finde ich vor allem deshalb ärgerlich, weil die akademische Weiterbildung wahrlich eine eigenständige Behandlung, einen eigenen Gesetzentwurf verdient hätte.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die FDP/DVP-Fraktion lehnt den Gesetzentwurf zur Verfassten Studierendenschaft ab. Den Teil zur akademischen Weiterbildung unterstützen wir ausdrücklich. Die Durchlässigkeit zwischen der Weiterbildung außerhalb und an der Hochschule wird durch die Anrechenbarkeit von außerhalb der Hochschule erworbenen Leistungen verbessert. Zusammen mit dem Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte, der schon in der vergangenen Legislaturperiode eröffnet wurde, werden hier nun Möglichkeiten geschaffen und Anreize gesetzt, aus dem Beruf heraus ein weiterbildendes Studium aufzunehmen sowie Beruf und Weiterbildung besser miteinander zu verzahnen.

Den unterschiedlichen Lebensumständen der Studierenden im Erststudium und den sich weiterbildenden Studierenden trägt eine Sollvorschrift Rechnung. Die Hochschulen werden verpflichtet, die Studiengänge so auszugestalten, dass sie auch in Teilzeit studiert werden können. Die Umsetzung bleibt ihnen

damit selbst überlassen. Dass die Hochschulen nun die Vergütung der in der Weiterbildung tätigen Hochschullehrer eigenständig ausgestalten können, ist ebenfalls eine wichtige Voraussetzung dafür, dass mehr Weiterbildungsangebote entstehen.

Aus Sicht der FDP/DVP ist es gut und richtig, dass für die Weiterbildungsangebote Studiengebühren erhoben werden können. Denn wie auch sonst sollte angesichts der knappen, aber dringend benötigten finanziellen Ressourcen im Hochschulbereich der Weiterbildungsbereich auf- und ausgebaut werden? Ob man gänzlich ohne zusätzliche staatliche Mittel auskommt oder auf welche Weise eine etwaige staatliche Unterstützung intelligent ausgestaltet werden kann, muss sich noch zeigen. Ein denkbare Finanzierungsmodell wären Weiterbildungsgutscheine, die unabhängig von der Trägerschaft eingelöst werden könnten. Immerhin haben wir es mit einem weitgehend privat organisierten bzw. von privaten und freien Einrichtungen getragenen Weiterbildungsmarkt zu tun.

Notwendig erscheint uns Liberalen, dass bei aller Unterstützung für das lebenslange Lernen stets eine Aufgabenkritik vorgenommen wird. In diesem Fall muss immer wieder gefragt werden, was Aufgabe des Staates ist und was nicht. Ebenso muss immer wieder gefragt werden, was Aufgabe der akademischen Weiterbildung ist und was die Betriebe und freien Träger besser leisten können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Bauer das Wort.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Abgeordnete! Lieber Herr Dr. Birk, verzeihen Sie mir, dass ich Ihren ersten Worten nicht lauschen konnte. Aber ich war bei einer Besuchergruppe und musste zu einem Gespräch zur Verfügung stehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Sie wissen, für die einzige Abgeordnete des Wahlkreises Heidelberg und direkt gewählte Abgeordnete ist das einfach ein Muss. Ich musste da meine Pflicht erfüllen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da sehen Sie, in welcher Zwickmühle wir alle sind!)

Sehen Sie es mir nach, dass ich nur einen Teil Ihrer Rede hören konnte.

Wir beschließen heute, dass die Studierenden im Südwesten unserer Republik nach 37 Jahren eine starke Stimme in ihren Hochschulen zurückerhalten werden, wie dies in allen anderen Bundesländern außer Bayern bereits der Fall ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie, liebe Opposition von heute, haben vor drei Jahrzehnten die Verfasste Studierendenschaft abgeschafft und bis heute nicht wieder eingeführt. Sie haben – lassen Sie mich das be-

(Ministerin Theresia Bauer)

tonen – in diesen drei Jahrzehnten auch nicht irgendein anderes Mitbestimmungsmodell eingeführt, sondern Sie haben gar keines eingeführt.

Sie kritisieren heute die Einführung, weil Sie – dieser Eindruck drängt sich auf – der Meinung sind, dass die Studierenden eben keine starke organisierte Stimme an den Hochschulen brauchen.

Ich möchte deswegen noch einmal betonen: Sie brauchen keine Angst davor zu haben, dass sich die Studierenden an unseren Hochschulen einmischen. Sie brauchen auch keine Angst davor zu haben, dass sie Cafés, Cafeterien gründen, seien es auch noch so viele.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie haben meine Rede nicht gehört!)

Bürgerregierung heißt eben auch, dass Bürgerinnen und Bürger auch an unseren Hochschulen in die Lage gebracht werden sollen, sich für ihre eigenen Belange einzusetzen.

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, zu ein paar der formulierten Kritikpunkte noch einmal Stellung zu beziehen.

Erstens zum Thema Mandat und zur Reichweite des Mandats. Wir ermöglichen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf ein weitreichendes Mandat für die Verfasste Studierendenschaft, damit sich die Studierenden für ihre Belange und für hochschulpolitische Themen in einem umfassenden Sinn einsetzen können. Die hier gewählte Formulierung gibt den Studierenden die nötige Rechtssicherheit. Ich bin mir sicher, dass die Verfasste Studierendenschaft, die Studierenden in der Praxis mit dieser Freiheit verantwortungsvoll umgehen werden.

Ich kann die Kritik, die Sie am Umfang des Mandats formulieren, nicht nachvollziehen. Ich kann Ihnen versichern, wir haben bei dem Gesetzentwurf sehr genau und umfassend geprüft und darauf geachtet, dass wir die verfassungsrechtlichen Grenzen beachten,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Dann schreiben Sie es doch auch in das Gesetz und nicht nur in die Begründung!)

aber innerhalb dieser Grenzen eine möglichst große Reichweite sicherstellen. Genau in diesem Rahmen haben wir uns bewegt. Deswegen haben wir auch die Bezeichnung „politisches Mandat“ gewählt. Herr Dr. Birk, das entspricht im Übrigen auch der Formulierung anderer Bundesländer, z. B. der von Berlin und Niedersachsen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das macht es nicht besser!)

Daher bewegen wir uns da nicht außerhalb des Rahmens. Ich meine, es ist hinreichend präzise, ausreichend geprüft. Schenken Sie da einfach den Studierenden ein wenig Vertrauen, dass sie diesem Mandat, das ihnen gewährt wird, in einer verantwortungsvollen Weise Rechnung tragen werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ein zweiter Punkt: Sie fordern Ausstiegsrechte für die Studierenden, die sogenannte Drop-out-Variante, und Sie fordern

Mindestquoten bei der Einführung der Verfassten Studierendenschaft. Man hat den Eindruck, dass es Ihnen in der Substanz darum geht, eben keine Verfasste Studierendenschaft zu haben. Denn das Wesen der Verfassten Studierendenschaft

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP und Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ist Zwang! – Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

ist es nun einmal, dass Studierende qua Status Mitglied der Verfassten Studierendenschaft sind.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Aber dann doch bitte im Rahmen eines engen hochschulpolitischen Mandats, Frau Kollegin!)

Es ist eben kein Verein, es ist keine sonstige Körperschaft, sondern es ist eine Verfasste Studierendenschaft. Deswegen vertragen sich Ausstiegsrecht und Quorum eben nur sehr begrenzt mit der Idee der Verfassten Studierendenschaft.

Wir haben in dem ausführlichen Diskussionsprozess im Vorfeld die Varianten ausgiebig geprüft. Bereits vor dem ersten Gesetzentwurf, vor der ersten Lesung haben wir uns nach dieser Debatte, weil mehrheitlich dieses Ausstiegsrecht und das Quorum nicht gewünscht waren, klar dafür entschieden, diese Varianten, die wir geprüft haben, nicht weiterzuerfolgen. Wir wollen über einen geregelten und verlässlichen Rahmen Studierende zur Mitarbeit und zu Abstimmungen ermutigen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das wollen wir auch!)

Sie haben Spielräume, über die Ausgestaltung ihrer Satzungen die für sie passenden Modelle vor Ort umzusetzen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das wollen wir nicht!)

Ein Quorum – das hat die Diskussion erwiesen – ist von den Studierenden von keiner Seite erwünscht gewesen, und deswegen haben wir die Idee nicht weiterverfolgt.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Gut so! – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Alle Professoren haben es gesagt! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Zum dritten Punkt: Kosten. Ich kann auch da die Befürchtungen, die von einzelnen Hochschulen formuliert wurden, dass die VS zusätzliche Kosten verursache, nicht nachvollziehen. Im jetzigen Zustand ohne VS und ohne eigene studentische Beiträge für ihre Vertretung zahlen unsere Hochschulen – alle zusammengenommen – jährlich ungefähr 1,3 Millionen € für die verschiedenen gewachsenen Strukturen und Modelle, die es gibt. Ich glaube, das wird in Zukunft nicht teurer. Das wird sich allenfalls in diesem Rahmen bewegen. Vielleicht wird es auch zu der einen oder anderen Verschiebung kommen, wenn die Studierenden ihre eigenen Beiträge erheben.

Für die Hochschulen bedeutet dies auch keinen zusätzlichen Aufwand, höchstens in der Anfangsphase eine intensive Begleitung. Danach haben sie aber nur noch die Rechtsaufsicht und eben keine Fachaufsicht mehr. Die Hochschulleitungen haben eben nicht darüber zu entscheiden, ob jeder Bleistift, der angeschafft wurde, korrekt angeschafft worden ist, sondern sie haben lediglich noch die Rechtsaufsicht auszuführen.

(Ministerin Theresia Bauer)

Das ist weniger Aufwand als bislang. Sie erhalten hierdurch eine recht große Verlässlichkeit, dass im Bereich der Finanzen verantwortlich agiert wird.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Birk?

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Bitte schön.

Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Frau Ministerin, wenn Ihre Argumentation zutrifft, wären Sie dann für den Fall, dass es doch zu Mehrkosten kommt, die von der Hochschule getragen werden müssten, bereit, die Kosten im Rahmen des nächsten oder des übernächsten Haushalts seitens des Landes zu übernehmen?

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Herr Abg. Birk, Sie sind bei der Produktion zusätzlicher finanzieller Aufwendungen für das Land im Hochschulbereich irgendwie immer freudig. Wenn wir das so machen würden, wäre das ja geradezu eine Einladung für die Hochschulen, zusammen mit den Studierenden kreativ zusätzliche Kosten zu – –

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ich habe Sie gefragt, ob Sie dazu bereit wären!)

– Wir können doch beim besten Willen nicht so agieren.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Herr Birk kann das schon!)

Wenn man mit so einer Aufforderung auf intelligente Menschen in den Hochschulen trifft, muss man sich als Hochschulleitung und als Studentenvertretung doch geradezu zusammen tun und ein paar neue Kosten produzieren. Das Land würde sie dann ja übernehmen.

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

So können wir mit Steuergeldern nicht verantwortlich umgehen.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das geht nach hinten los!)

Aber ich sage Ihnen zu: Wir beobachten dies.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Wir lassen uns berichten, wie sich die finanzielle Belastung entwickelt, und wir werden darüber erneut beraten. Von diesem Bericht muss, glaube ich, niemand etwas befürchten. Wir freuen uns über Transparenz, warten den Erfahrungsbericht der Hochschulen in ein paar Jahren ab und schauen dann weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: 2015? 2014?)

– Herr Dr. Birk, lassen Sie uns heute erst einmal das Gesetz verabschieden. Dann lassen Sie die Studierenden und die Hochschulleitungen vor Ort

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie weichen aus, Frau Ministerin!)

– nein, ich erläutere Ihnen das Verfahren – die Verfassten Studierendenschaften aufsetzen. Dann werden sie Erfahrungen damit sammeln.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Genau!)

Dann reden wir

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

– Sie sind so eifrig –

(Abg. Johannes Stober SPD: Herr Birk, Sie können es ja gar nicht erwarten, dass die VS kommt!)

zwei Jahre nach Einführung der Verfassten Studierendenschaften im ganzen Land. Ist das in Ordnung?

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr gut! Also! Ja-wohl!)

– Verabredet.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Punkt, gut, protokolliert, festgehalten!)

– Okay.

Lassen Sie mich zum nächsten Punkt kommen, zu weiteren Änderungsvorschlägen zum Thema Beteiligungsverfahren. Ich meine, es gibt kein vergleichbares Gesetzesvorhaben dieser Landesregierung und schon gar nicht der früheren Landesregierung, bei dem zu einem sehr frühen Zeitpunkt in einem solchen Ausmaß die Betroffenen und Beteiligten in die Entstehung eines Gesetzes einbezogen wurden.

Erstmals haben wir einen Gesetzentwurf erarbeitet, bei dem schon zu Beginn alle Beteiligten mit angehört wurden. Wir haben in einem Onlineverfahren eben nicht nur den „üblichen Verdächtigen“, sondern allen Betroffenen die Möglichkeit gegeben, sich zu beteiligen und eine Rückmeldung zu geben. Wir haben mehr Beteiligung und Rücksprache ermöglicht, als das sonst der Fall war, und nicht weniger.

Aber wenn man ein solches Verfahren so offen gestaltet, wie wir es getan haben, bedeutet das natürlich auch, dass man nicht allen Anliegen und Änderungswünschen Rechnung tragen kann.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Marginale Berücksichtigung!)

Anhören heißt eben nicht, dass man allem nachgibt, sondern dass man am Ende umso deutlicher und klarer abwägt, beurteilt und zu einer Entscheidung kommen muss.

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Nichts anderes haben wir getan. Wir haben im Laufe des Diskussionsprozesses von Beginn an viele Ideen aufgegriffen. Wir haben andere Ideen, die wir bedacht haben, nicht weiterverfolgt.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Kaum etwas berücksichtigt!)

(Ministerin Theresia Bauer)

Wir haben nach dem offiziellem Anhörungsverfahren und dem Internetbeteiligungsverfahren 20 Änderungen in den Einbringungsentwurf eingearbeitet, und wir haben sowohl in der ersten Lesung als auch heute weitere Änderungen, die aufgenommen werden.

Sie können einmal schauen, wie das bei Ihnen früher war. Da haben doch 99 % der Gesetze das Verfahren so, wie sie hineingegangen sind, wieder verlassen –

(Abg. Martin Rivoir SPD: 99,9 %!)

völlig unverändert, ohne jede Änderung an Punkt und Komma.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie sind doch mit einem ganz neuen Maßstab eingestiegen! – Gegenruf des Abg. Johannes Stober SPD: Ich sage nur: Hochschulmedizingesetz!)

– Genau. Ich glaube, dazu ist nichts Weiteres zu sagen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Vieles leider nicht berücksichtigt!)

Schauen Sie einfach, wie oft Sie früher etwas verändert haben. Sobald Sie früher einen Gesetzentwurf vorgelegt haben, war Ende der Debatte, und es hat sich nichts mehr getan.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Er war auch gut! – Heiterkeit)

– Kein weiterer Kommentar zu diesem Thema.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Lassen Sie mich deswegen zum zweiten Teil des Gesetzentwurfs kommen. Denn in der Tat verabschieden wir heute nicht nur die Verfasste Studierendenschaft, die wir wieder einführen, sondern es gibt verschiedene weitere Änderungen und insbesondere einen großen Fortschritt im Bereich der Stärkung der akademischen Weiterbildung.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich bin meinen Vorrednern sehr dankbar, insbesondere Herrn Abg. Stober, der sehr ausführlich darauf eingegangen ist. Die Veränderungen und die Fortschritte, die wir in diesem Bereich der akademischen Weiterbildung machen, sind elementar wichtig. Wenn wir die Bologna-Reform ernst nehmen wollen – das tun wir –, müssen wir dafür sorgen, dass unsere Universitäten und unsere Hochschulen besser in die Lage versetzt werden, attraktive Angebote im Bereich der Weiterbildung zu machen, und dies eben nicht nur über externe Lösungen, sondern auch intern als originärer Bestandteil ihrer Hochschultätigkeit.

Wir geben heute den richtigen Rahmen dafür mit auf den Weg.

Ein paar Beispiele hierzu: Wir eröffnen Spielräume für die Hochschulen, ihr eigenes, angepasstes Modell selbst aufzusetzen. Sie können ihre Studienangebote im Bereich der Weiterbildung modularisieren und noch flexibler auf die Bedürfnisse von Berufstätigen eingehen. Sie können Kontaktstudien auch in öffentlich-rechtlicher Form anbieten. Sie können die Vergütung der Hochschullehrer in der Weiterbildung durch

Satzung selbst festlegen, und außerdem werden die Regeln für die Anerkennung beruflicher Leistungen verbessert.

Insbesondere ist uns wichtig: Für Kontaktstudien können in Zukunft Leistungspunkte vergeben werden, die auf ein späteres Hochschulstudium angerechnet werden können. Das ist ein ganz elementarer Fortschritt, um zum Thema Modularisierung konkret zu werden und voranzukommen und um Menschen, die sich auf anderen Wegen qualifizieren und zu einem späteren Zeitpunkt an einer Hochschule studieren wollen, mit einer ernsthaften Option auch diesen Weg zu eröffnen. Wir sind stolz darauf, dass wir jetzt diesen Weg beschreiten können, und wir hoffen sehr, dass die Hochschulen davon mutig Gebrauch machen.

Wir haben heute das vierte Gesetzgebungsverfahren im Wissenschaftsbereich nach dem Regierungswechsel. Das ist eine stattliche Bilanz, das ist ein großer Erfolg innerhalb dieses ersten Jahres. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, allen zu danken, die daran mitgewirkt haben: all den Teilnehmern an den Gesprächsrunden, die wir hatten, allen, die sich am Diskussionsprozess auf der Internetplattform online beteiligt haben. Ich möchte alle ermutigen – die Arbeit wird mit der heutigen Beschlussfassung und mit der Entscheidung über dieses Gesetz nicht abgeschlossen sein, sondern sie wird vor Ort erst losgehen –, sich an der Erarbeitung ihrer Organisationssatzungen vor Ort zu beteiligen und sich in breitem Umfang zu engagieren, damit dieses Gesetz mit Leben erfüllt werden kann.

Lassen Sie mich aus der heutigen Ausgabe der „Badischen Neuesten Nachrichten“ zitieren, die ein Interview mit dem Hochschulforscher Tino Bargel veröffentlicht haben. Er kommentiert das Gesetz, das heute zur Debatte und zur Abstimmung steht, folgendermaßen:

Die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft ist ein Signal des Zutrauens und der Verantwortung. Das ist in unserer heutigen Zeit sehr wichtig.

Recht hat der Herr.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Schmidt-Eisenlohr.

Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Viele sind nicht mehr da. Mein Kollege Salomon hat ja schon einiges zum VS-Gesetzentwurf gesagt. Ich möchte mich jetzt vor allem mit dem zweiten Teil des Gesetzwurfs befassen. Ich muss vorausschicken: Ich war schon überrascht, dass vonseiten der Opposition eine solche Kritik am Prozess und an der Art der Beteiligung geübt wurde.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

– Sie haben das so zitiert; also scheint es für Sie irgendwie relevant zu sein. Nennen Sie mir ein Beispiel aus der Geschichte,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das war eher Tarnen und Täuschen, was Sie gemacht haben! Das war eher Tarnen, Täuschen, Enttäuschen!)

(Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr)

wann ein Ministerium einen solchen Beteiligungsprozess gemacht hat: informelle Vorgespräche, Erstentwurf, Plattform im Internet. Jede Fraktion hat eine Anhörung gemacht, der Ausschuss hat eine Anhörung gemacht, wir haben gemeinsam eine Anhörung zu zwei Gesetzentwürfen durchgeführt.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Und trotzdem kaum etwas berücksichtigt!)

Jetzt hat man noch einmal Gespräche geführt. Wann gab es in Ihrer Regierungszeit jemals einen solchen Beteiligungsprozess?

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich möchte mich deshalb an dieser Stelle bei denen bedanken, die geholfen haben: beim Wissenschaftsministerium, bei den Hochschulen, die sich eingebracht haben, natürlich bei den vielen Studierenden, die sich in vielen Gesprächsrunden eingebracht haben, auch bei den Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag. Herzlichen Dank, dass Sie diesen sehr intensiven Prozess begleitet haben. Deshalb haben wir jetzt auch ein so gutes Ergebnis.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich bin davon überzeugt, dass das Gesetz ein guter Ausgleich der verschiedenen Interessen ist und dass die Abstimmung zu dieser vorliegenden Fassung dies mit Sicherheit auch zeigen wird.

Lassen Sie mich aber ganz kurz noch einmal auf das eingehen, was eben von Ihnen, Herr Birk und Herr Kern, schon gesagt wurde. Es geht hier nicht nur um die Verfasste Studierendenschaft, sondern auch um die akademische Weiterbildung.

Damit sind eine ganze Reihe von Vorschriften benannt, die zum Ziel haben, dass die Hochschulen ihr Profil als Weiterbildungseinrichtungen schärfen können. Die Mobilität von Weiterbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmern soll damit erhöht werden. Die Hochschulen sollen sich deutlicher als bisher für Berufstätige öffnen. Was heißt das konkret? Es ist an der einen oder anderen Stelle schon genannt worden: Derzeit haben die Hochschulen einen weiten Ermessensspielraum, wenn es um die Anrechnung beruflicher Qualifikationen geht. Wir setzen ein Signal für die weitere Öffnung der Hochschulen für Berufstätige im zweiten Bildungsweg.

Herr Birk, auch wenn Sie vielleicht irgendwo schon darüber diskutiert hatten und es vielleicht auch vorhaben: Sie haben es nie umgesetzt. Wir öffnen die Hochschulen nun!

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir haben es vorbereitet!)

Bisher wurde das nicht umgesetzt. Ich kann Ihnen nur sagen: Bisher war das nicht der Fall.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Lassen Sie uns über diesen Punkt nicht streiten! Das ist geschenkt! – Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP – Unruhe)

Jetzt wird es gemacht. Fakt ist: Wir sind an dieser Stelle mittlerweile alle einer Meinung. Insofern hoffe ich, dass Sie an dieser Stelle auch zustimmen werden.

Zur Öffnung der Hochschulen gehört zudem eine Änderung im Bereich der Kontaktstudien. Auch das wurde genannt. Wir begrüßen es, dass diese zukünftig modular ausgestaltet werden können und es auch ECTS-Punkte geben kann. So wird ein berufsbegleitendes Studium erleichtert. Einzelne Module bei diesem niederschweligen Angebot können individuell und flexibel belegt werden.

Wir sehen Hochschulen als wichtige Mitspieler im Weiterbildungsmarkt. Im Gesetz werden dienstrechtliche Schranken in diesem Bereich gelockert. Dies betrifft auch die Vergütung der Nebentätigkeit während der Weiterbildung; das war bisher noch nicht angesprochen. Damit schaffen wir Voraussetzungen dafür, dass Hochschulen, die sich im Weiterbildungsmarkt stärker als bisher profilieren wollen, dies auch tun können. Es ist außerordentlich wichtig, dass auch da Freiheiten für die Hochschulen geschaffen werden.

Eine weitere Änderung betrifft ganz generell die Öffnung der Hochschulen. Es wird neu ins Landeshochschulgesetz aufgenommen, dass ein Studium in Teilzeit generell möglich sein wird. Das mag in einigen Fächern schwieriger sein, aber grundsätzlich ist es die richtige Richtung. Auch da sind wir mittlerweile einer Meinung.

Wir fordern die Hochschulen auf, hier flexibler zu sein und sich damit den berufsbegleitenden Studien zu öffnen. Das ist auch für die Vereinbarkeit von Studium und Familie ganz wichtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, mit dem heutigen Gesetz und mit der Abstimmung über dieses Gesetz wird einiges bewegt und vor allem einiges in die richtige Richtung bewegt. Einiges davon gefällt den Kolleginnen und Kollegen der Opposition nicht. Das haben wir gehört. Das erkennen wir auch an.

(Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

Nichtsdestotrotz brauchen wir jetzt ein Endergebnis, ein Verhandlungsergebnis, in das auch viele von Ihnen vorgebrachte Punkte mit eingegangen sind.

Bei anderen Themen im Gesetzentwurf, die angesprochen wurden, haben wir eine große Einigkeit vernommen. Es wäre schön, wenn das auch in Ihrem Abstimmungsverhalten deutlich würde. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass Baden-Württembergs Hochschulen demokratischer werden und unser Studienangebot vielseitiger wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g**.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/416. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 15/1850, die Ihnen in Abschnitt I empfiehlt, den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP/DVP abzulehnen.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle. Wer dem Gesetzentwurf der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/416, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP/DVP ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 15/1600. Abstimmungsgrundlage ist Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 15/1850. Die hierzu gestellten Änderungsanträge und Entschließungsanträge werde ich später zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Errichtung einer Verfassten Studierendenschaft

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Artikel 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Landeshochschulgesetzes

und dazu Abschnitt II Ziffer 1 Buchstaben a und b der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 15/1850, sowie die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1956-1 Ziffer 1 und Drucksache 15/1956-2.

Ich lasse zunächst über Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1956-1, abstimmen. Ziffer 2 dieses Antrags wird nach der Schlussabstimmung am Ende zur Abstimmung gestellt, wenn Ziffer 1 des Antrags nicht angenommen wird, da es sich bei Ziffer 2 um einen Entschließungsantrag handelt. Wer Ziffer 1 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1956-1, ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1956-2, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1956-2, mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über Abschnitt II Ziffer 1 Buchstaben a und b der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 15/1850, abstimmen. Kann ich die Abstimmung über Artikel 2 des Gesetzentwurfs und Abschnitt II Ziffer 1 Buchstaben a und b der Beschlussempfehlung zusammenfassen?

(Zurufe: Ja!)

– Ja. – Wer Artikel 2 mit den Ergänzungen entsprechend Abschnitt II Ziffer 1 Buchstaben a und b der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer

stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Artikel 2 ist mit diesen Ergänzungen mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe nun auf

Artikel 3

Gesetz über die Errichtung der Verfassten Studierendenschaft

und dazu Abschnitt II Ziffer 2 Buchstaben a und b der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 15/1850. Kann ich die Abstimmung über Artikel 3 des Gesetzentwurfs und Abschnitt II Ziffer 2 Buchstaben a und b der Beschlussempfehlung zusammenfassen?

(Zurufe: Ja!)

– Sie sind damit einverstanden. – Wer Artikel 3 mit den Änderungen entsprechend Abschnitt II Ziffer 2 Buchstaben a und b der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Artikel 3 ist mit diesen Änderungen mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Änderung des Qualitätssicherungsgesetzes

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Artikel 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 5

Änderung des KIT-Gesetzes

und dazu Abschnitt II Ziffer 3 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 15/1850. Wer Artikel 5 mit der vorgeschlagenen Ergänzung der Fundstellenangabe zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Artikel 5 ist mit dieser Ergänzung mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 6

Änderung des Studentenwerkgesetzes

Wer Artikel 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Artikel 6 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 7

Änderung des Landeshochschulgebührengesetzes

Wer Artikel 7 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 7 einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich rufe auf

Artikel 8

Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg

Wer Artikel 8 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 8 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 9

Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes

Wer Artikel 9 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 9 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 10

Änderung der Hochschulvergabeverordnung

und dazu Abschnitt II Ziffer 4 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 15/1850. Wer Artikel 10 mit der vorgeschlagenen Ergänzung der Fundstellenangabe zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 10 mit dieser Ergänzung einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 11

Neubekanntmachung

Wer Artikel 11 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Artikel 11 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 12

Inkrafttreten, Übergangsbestimmungen

Wer Artikel 12 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Artikel 12 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 27. Juni 2012 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Einführung einer Verfassten Studierendenschaft und zur Stärkung der akademischen Weiterbildung (Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz – VerfStudG)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlusabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von den Grünen: Jawohl! – Unruhe – Zuruf: Pst!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stelle nun die Entschließungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksachen 15/1956-3, 15/1956-1 Ziffer 2 und 15/1956-4, sowie den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/1956-5, zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1956-3, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag Drucksache 15/1956-3 ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über die Entschließung unter Ziffer 2 des Antrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1956-1, abstimmen. Wer dieser Ziffer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Entschließung unter Ziffer 2 des Antrags Drucksache 15/1956-1 wurde mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Peter Hauk CDU: So ist das mit der Freiheit!)

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1956-4. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag Drucksache 15/1956-4 wurde mehrheitlich abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/1956-5. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag Drucksache 15/1956-5 wurde mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über Abschnitt III der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 15/1850, abzustimmen. Wer Abschnitt III zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? –

(Abg. Johannes Stober SPD: Keine Informationen! – Gegenruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das brauchen wir doch gar nicht! Es sind doch alle gehört worden! So Ihre Worte!)

Enthaltungen? – Abschnitt III der Beschlussempfehlung Drucksache 15/1850 ist mehrheitlich angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich möchte Sie noch darauf aufmerksam machen, dass die Sitzung des Gremiums nach Artikel 10 GG zu Beginn der Mittagspause im Josef-Schofer-Saal stattfindet.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Wir treten nun in die Mittagspause ein. Ich unterbreche die Sitzung bis 14:30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:04 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:30 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Regierungsbefragung

Die Landesregierung hat folgende zentrale Themen der letzten Kabinettsitzungen mitgeteilt:

1. Bundesweiter Feldversuch mit Lang-Lkws – Abstraktes Normenkontrollverfahren gegen die Verordnung über Ausnahmen von straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften für Fahrzeugkombinationen mit Überlänge (LKWÜberlStVAusV)
2. Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Personenstandsgesetzes

Nach unserem alten Rhythmus fängt die Regierung an. Zum erstgenannten Thema spricht daher für die Landesregierung Herr Verkehrsminister Hermann.

Bundesweiter Feldversuch mit Lang-Lkws – Abstraktes Normenkontrollverfahren gegen die Verordnung über Ausnahmen von straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften für Fahrzeugkombinationen mit Überlänge (LKWÜberlStVAusV)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat in dieser Woche beschlossen, ein Normenkontrollverfahren gegen die Verordnung der Bundesregierung über Ausnahmen von straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften für Fahrzeugkombinationen mit Überlänge einzuleiten.

In einfachen Worten: Es geht um die superlangen Lkws oder Giga-Liner und den Feldversuch, der von der Bundesregierung beschlossen wurde, und zwar auf fünf Jahre, beginnend mit diesem Jahr. Wir legen Klage beim Bundesverfassungsgericht ein, und zwar aus fachlichen Gründen, weil wir glauben, dass eine weitere Verbilligung des Straßengüterverkehrs nur dazu führt, dass noch mehr Güter auf die Straße verlagert werden. Aus ökologischen, aus Klimaschutz- und aus verkehrlichen Gründen sind wir der Meinung, dass es wichtiger ist, den Schienengüterverkehr weiterzuentwickeln und zu stärken.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir wissen, dass die Verlängerung und Vergrößerung der Lkws in den letzten Jahrzehnten ein wesentlicher Beitrag dazu war, dass es zur Verlagerung von der Schiene auf die Straße gekommen ist. Deswegen wollen wir diesen Weg nicht weiter beschreiten.

Insbesondere bei den langen Strecken, bei den langen Gütertransporten glauben wir, dass die Schiene von Vorteil ist. Das ist genau das Segment, auf das diese superlangen Lkws zielen; sie würden also als Billigkonkurrenz zur Bahn auftreten können.

Es gibt einen weiteren Grund. Wir glauben, dass die öffentliche Verkehrsinfrastruktur nicht auf diese überlangen Lkws ausgerichtet ist. Wir glauben auch, dass für die Pkw-Fahrer neue Risiken entstehen. Es ist schwierig, diese Langfahrzeuge zu überholen. Es ist schwierig, mit diesen Langfahrzeugen auf Brücken, in Kreisverkehren usw. zu verkehren.

Das alles sind Gründe der Verkehrssicherheit, Infrastrukturargumente, die übrigens von vielen Verbänden weitgehend getragen werden – außer von den wenigen Lobbygruppen, die in genau diesem Geschäftsfeld tätig sind. Auch der ADAC unterstützt uns in dieser Hinsicht.

Es gibt natürlich auch rechtliche Gründe. So hätte die Bundesregierung für diesen Beschluss eigentlich eine Zustimmung des Bundesrats benötigt. Die hat die Bundesregierung nicht eingeholt, vermutlich aus der Sorge heraus, dass sie dort keine Mehrheit bekommt. Deswegen ist der erste wichtige Rechtsgrund schon schlecht für diese Verordnung, weil sie nicht dem Bundesrat vorgelegt wurde und die Bundesregierung dort keine Zustimmung eingeholt hat. Im Übrigen ist die Verordnung nach unserer Einschätzung auch materiell rechtswidrig, weil sie nicht von der zitierten sogenannten Verordnungsermächtigung abgedeckt ist. Es gibt zudem ein sogenanntes Zitiergebot in Artikel 80 Absatz 3 des Grundgesetzes, das auch verletzt ist. Das heißt, es sind eine Reihe von formalen rechtlichen und inhaltlichen Gründen, die uns dazu bringen, diese Normenkontrollklage anzustreben.

Wir haben in gewisser Weise auch ein Mandat von Kollegen der Verkehrsministerkonferenz. Eine Reihe von Verkehrsministern hat gesagt, sie würden sich unserem Antrag gegebenenfalls anschließen. Im Moment läuft das Verfahren, dass die anderen Bundesländer über unsere Klage und die Klageschrift informiert werden, sodass sie die Möglichkeit haben, unserer Klage beizutreten.

Ich möchte noch darüber informieren, dass die Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen mit einem anderen Juristen schon ein gleichgerichtetes Klageverfahren angestrebt haben. Die Begründung ist eine etwas andere, aber in zentralen Punkten ist es die gleiche wie unsere. Die Verordnung ist rechtswidrig und aus diesem Grund auch nicht berechtigt.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Wir kommen jetzt zur Fragerunde. Für die Fraktion GRÜNE Herr Abg. Schwarz, bitte.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident, Herr Minister, wir begrüßen das Vorhaben natürlich. Ich möchte dazu aber noch ein paar Fragen stellen:

Können Sie sagen, welche Straßen in Baden-Württemberg betroffen sind? Offenbar handelt es sich um einen Feldversuch, den die Bundesregierung plant. Die Bundesregierung geht

(Andreas Schwarz)

jetzt einfach über die Straßen hier in Baden-Württemberg hinweg. Welche Straßen sind denn betroffen?

Interessieren würde uns auch, welche Bundesländer diesen Feldversuch gestatten und welche Länder hierzu eine eher kritische Position einnehmen.

Schließlich haben Sie das Verfahren, die Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht, angesprochen. Wie sieht es denn dabei hinsichtlich der Termine aus? Wie wird es weitergehen, nachdem das Bundesverfassungsgericht über den Antrag aus Baden-Württemberg befunden hat?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Es handelt sich um die Autobahnen A 7, A 96 und A 3, über die diese superlangen Lkws fahren sollen.

Auf die Frage, welche Länder dies so wie wir kritisch sehen, nenne ich beispielsweise Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Brandenburg sowie einige andere Länder, in denen zwischenzeitlich ein Regierungswechsel stattgefunden hat.

Begonnen wurde der Versuch in einer Reihe von Ländern, die damals alle eine CDU/FDP-geführte Landesregierung hatten und die von Nord nach Süd einen Korridor für diesen Feldversuch geschaffen hatten. Dieser Korridor ist auch politisch zunehmend brüchig geworden, weil man in den Ländern nun jeweils andere Konzepte verfolgt. Das gilt inzwischen auch für Schleswig-Holstein oder für uns in Baden-Württemberg.

Was die Termsituation betrifft: Wir werden jetzt unmittelbar diese Klage einreichen, und danach wird das Bundesverfassungsgericht hierüber beraten. Wir gehen davon aus, dass eine Entscheidung relativ bald getroffen werden kann. Ich nehme an, dass dies innerhalb eines Jahres möglich sein wird. Aber die zeitlichen Abläufe und die Zeitpläne des Bundesverfassungsgerichts kenne ich nicht, daher kann ich nur eine Schätzung geben.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Frage des Herrn Abg. Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich möchte noch eine Frage nachschieben. Die Zulassung dieser Lang-Lkws ist ja mit zusätzlichen Infrastrukturkosten verbunden, etwa für Parkplätze, Rastanlagen usw. Gibt denn der Bund den Ländern nun zusätzliche Mittel, damit solche Parkplätze oder Rastanlagen auch gebaut werden können?

Eine weitere Frage: Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP habe ich gelesen, dass der Bund den Schienengüterverkehr fördern möchte. Es widerspricht sich aber doch diametral, auf der einen Seite die Lang-Lkws zuzulassen und auf der anderen Seite zu sagen, man wolle den Schienenverkehr fördern.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Der Bund hat dafür keine zusätzlichen Mittel, sodass er auch keine zusätzlichen Mittel an die Länder geben kann, die am Feldversuch teilnehmen, etwa für den Bau zusätzlicher Parkplätze, die man brauchte. Denn schon heute gibt es an Au-

tobahnen Parkplatzprobleme, insbesondere für Lkws. Wir wissen, dass es dort hinten und vorn klemmt. Hinzu kommt, dass es gar nicht so leicht ist, zusätzliche längere Parkplätze zu bauen.

Ich will an dieser Stelle auch sagen, dass die Landesregierung ja gar nicht jede Art von Langtransporten untersagt. Wir wollen nur nicht, dass auf unseren Straßen regelmäßig längere Lkws fahren. Wir haben aufgrund unserer Produktionsstrukturen im Land zahlreiche Ausnahmegenehmigungen für überlange Fahrzeuge, die Produkte, die in Baden-Württemberg hergestellt werden, über die Landesgrenzen transportieren oder sie zu Häfen etc. bringen. Es ist also durchaus nicht so, dass wir dies gar nicht genehmigten. Wir wollen es aber nicht regelmäßig stattfinden lassen. Denn dies würde insgesamt die Möglichkeiten dieser Spezialtransporte praktisch weitgehend beschränken und limitieren.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Zur Frage nach der Konsistenz in der Argumentation der Bundesregierung will ich nur so viel sagen: Ich halte das für widersprüchlich, und ich kann es auch nicht nachvollziehen, wenn es heißt, dies wäre ein Beitrag zu einer Ökologisierung des Straßengütertransports. Das ist eine Art Milchbubenrechnung; denn man geht davon aus, dass es zu Einsparungen beim Spritverbrauch führt, wenn drei herkömmliche Lkws durch zwei lange Lkws ersetzt werden. Das ist aber nur auf den ersten Blick günstiger; denn wenn in der Summe wieder mehr Güter auf die Straße gebracht werden, dann geht dies zulasten des Klimaschutzes.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Keine weiteren Fragen? – Dann darf ich die erste Runde der Regierungsbefragung beenden. – Vielen Dank, Herr Minister.

Wir kommen jetzt zur Runde der Opposition. Die CDU hat die Möglichkeit, eine Frage zu stellen. – Bitte, Herr Abg. Kunzmann.

P r i o r i s i e r u n g s l i s t e f ü r d e n B u n d e s -
f e r n s t r a ß e n b a u

Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Herr Minister, Sie haben in der letzten Woche aufgrund eines Kriterienkatalogs die Priorisierungsliste für den Bundesfernstraßenbau vorgestellt. Meine Frage lautet: Waren diese vorgelegten Kriterien samt Gewichtung mit dem Bund abgestimmt?

(Zuruf des Ministers Winfried Hermann)

– Es geht um den Kriterienkatalog und die Priorisierung im Bundesfernstraßenbau. Waren die Kriterien und die Gewichtung mit dem Bund abgestimmt?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Die Priorisierung war eine Aufgabe, die der Bund von den Ländern verlangt hat. Wie Sie wissen, hat die frühere Regierung in Baden-Württemberg das immer versäumt, weil es natürlich ein schwieriges und heikles Verfahren ist. Wir haben es gewagt und haben es übrigens auf Fachebene immer mit den Mitarbeitern auf Bundesebene besprochen, die uns ausdrücklich mitgeteilt haben, dass dieses Verfahren vernünft-

(Minister Winfried Hermann)

tig, fachlich gut und korrekt ist. Nur so, mit der Sicherheit, dass es sich um ein Verfahren handelt, das auch von den Fachleuten auf Bundesebene anerkannt ist, konnten wir das machen.

Im Übrigen sind wir nicht gebunden. Wir waren frei in der Art, wie wir es machen, weil es dafür keine Vorgaben des Bundes gibt. Der Bund sagt nur: „Nennt uns eure wichtigsten Maßnahmen von den wichtigen der wichtigen.“ Näher ist das nicht präzisiert.

Wir haben gesagt: Das ist uns zu pauschal. Wir entwickeln Kriterien. Wir haben diese Kriterien dem Bund, der Öffentlichkeit, den Landräten, den Bürgermeistern, den Betroffenen und den Abgeordneten vorgestellt. Es gab auch ein Anhörungsverfahren, und dabei ist herausgekommen, dass diese sechs Kriterien tauglich sind, dass man im Übrigen die Gewichtung anders machen kann. Das haben wir auch befolgt und haben die Gewichtung etwas verändert. Am Ende waren, glaube ich, die allermeisten mit dem Verfahren so einverstanden. Damit hatten wir einen Rahmen, um zur Priorisierung zu kommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Frage? – Herr Abg. Kunzmann.

Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Zusatzfrage: Stimmt denn der Bund der Gewichtung und den Kriterien, die Sie erarbeitet haben, ausdrücklich zu?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Der Bund hat uns auf der Fachebene mitgeteilt, dass er das Verfahren mitträgt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Nicht das Verfahren!)

Aber natürlich ist es so, dass wir, das Land, eine Stellungnahme abgegeben haben. Das ist unsere Stellungnahme. Wir müssen uns das, was wir machen, oder das, was wir nicht machen, nicht vom Bund genehmigen lassen. Der Bund hat im Prinzip die Freiheit, zu sagen: „Es ist uns egal, was das Land gemacht hat. Wir sind Herr des Verfahrens.“ Das hat man aber in den vergangenen Jahrzehnten nie so gemacht. Der Bund hat immer in Abstimmung mit den Ländern gehandelt. Wenn Länder gesagt haben: „Das wollen wir so“ oder „Das wollen wir so nicht“, dann hat der Bund immer einen Konsens mit uns gesucht und gefunden. Ich sehe, dass Herr Köberle kritisch schaut, aber nicht den Kopf schüttelt; er wird es bestätigen können.

(Abg. Rudolf Köberle CDU: Ich nicke aber nicht! – Gegenruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Herr Köberle hat also nicht zugestimmt!)

Vielleicht nur zur Ergänzung: Wir haben die Liste am Ende, wie beschlossen, an den Bund geschickt. Ich habe auch dem Bundesverkehrsminister geschrieben und warte noch auf eine schriftliche Antwort. Wenn ich die nicht bekomme, werde ich nachfragen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Weitere Fragen? – Bitte, Herr Abg. Gruber.

Abg. Gernot Gruber SPD: Herr Verkehrsminister Hermann, mich würde zur Priorisierung, mit der versucht wurde, diese Sache auf rationale Füße zu stellen – mit Kriterien, die entwickelt wurden –, noch interessieren, wie zwischen baureifen Projekten einerseits und planfestgestellten Projekten andererseits, die bei den 20 Projekten noch nicht dabei sind, differenziert wurde. Da geht es, glaube ich, um ein Finanzvolumen von insgesamt 3,7 Milliarden € bei planfestgestellten oder in Planung befindlichen Straßen. Ich frage also zum einen, wie zwischen den ersten 20 Projekten und den vielen weiteren Projekten differenziert wurde, und zum Zweiten, wie viel von den 3,7 Milliarden € auf schon planfestgestellte Straßen und wie viel auf in Planung befindliche Straßen entfällt.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Zur Frage der Differenzierung: Die Differenzierung ergibt sich sozusagen durch die Vorgabe. Der Bund selbst unterscheidet zwischen baureifen Maßnahmen und Maßnahmen, die noch im Verfahren sind oder die planfestgestellt sind, aber noch nicht baureif sind. Das ist sozusagen eine formale Liste. Nur diese formale Liste der baureifen Verfahren haben wir genommen.

Warum? Weil wir – noch einmal zur Wiederholung; ich habe es hier schon ein paarmal gesagt – laufende Bundesstraßenprojekte mit einem Kostenvolumen von 900 Millionen € haben und in der mittelfristigen Finanzplanung 120 Millionen € pro Jahr angekündigt haben. Wir hatten zwar in den vergangenen Jahren mehr, aber immer deutlich weniger, als wir brauchen. Deswegen wissen wir, dass wir allein für die laufenden Vorhaben noch einige Jahre brauchen. Erst dann, wenn die laufenden Vorhaben allmählich gebaut werden, können wir allmählich wieder in neue Maßnahmen einsteigen. Das ist der Punkt.

Da die Liste der baureifen Maßnahmen auch wiederum etwa 800 Millionen € ausmacht und wir nicht in eine ferne Zukunft planen wollen, bei der niemand genau weiß, was kommt, haben wir gesagt: Jetzt planen wir erst einmal die nächsten 20 Projekte. Weiter haben wir gesagt: Die erste Tranche kommt frühestens 2014/2015, und die zweite Tranche kommt etwa 2015/2016. Dann werden wir weitermachen.

Wir haben übrigens vor, die Liste mit den planfestgestellten Verfahren weiter zu bearbeiten. Wir wollten damit aber noch ein bisschen warten, weil einige Verfahren kurz vor dem Abschluss stehen. Ich kann Ihnen jetzt nicht die exakte Zahl sagen, aber die können wir ohne Weiteres schriftlich nachliefern. Wir haben das eigentlich schon ausgerechnet.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Verkehrsminister Hermann, wir haben von Ihnen auch diese Priorisierungsliste bekommen. Jetzt die Frage: Bei den Straßen, die jetzt sehr schlecht gewichtet wurden, muss man ja damit rechnen, dass sie bei einer nachfolgenden Priorisierung ähnlich schlecht aussehen. Ich denke beispielsweise an die Ortsumgehung Behla, an den Ausbau zwischen Essingen und Aalen oder an die Ortsumgehung Mögglingen. Wenn man die Priorisierung in ein paar Jahren wiederholt und sich eine ähnliche Bewertung ergibt, muss man davon ausgehen, dass solche Straßen im Grunde genommen nie saniert werden. Wie gehen Sie denn damit um?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Zunächst einmal muss man sagen: Mit diesem Verfahren haben wir nicht die Einteilung außer Kraft gesetzt, dass es einen Vordringlichen Bedarf und einen Weiteren Bedarf gibt. Das ist die Grundlage dieser Entscheidung. Wir haben einfach festzuhalten, dass es weit mehr Projekte gibt, Wunschprojekte des Vordringlichen Bedarfs, von denen alle mit demselben Etikett „Vordringlicher Bedarf“ versehen sind, obwohl es da riesige Unterschiede gibt.

Unser Verfahren sagt jetzt nicht, die Ortsumfahrung Behla sei völlig unnötig und es sei nicht zu verstehen, weshalb sich die Leute aufregten. Vielmehr anerkennen wir die Notwendigkeit und Wichtigkeit und sehen auch die hohe Belastung für die Anwohner gerade an diesen Straßen. Aber wenn wir in den nächsten Jahren nur eine begrenzte Menge Geld vom Bund bekommen – es ist absehbar, dass es eine begrenzte Menge ist; auch wenn es einen Regierungswechsel gibt, wird es eine begrenzte Menge sein, auf jeden Fall immer sehr viel weniger, als die Wunschliste ausweist –, müssen wir im Vergleich abwägen.

Man kann nicht sagen, die Straßen, die nach hinten gerutscht sind, seien schlecht oder unnötig. Vielmehr muss man sagen: Diese Straßen sind im Vergleich anders. Nehmen wir ein Beispiel: Wenn durch einen Ort 25 000 Fahrzeuge fahren und durch die Ortsumfahrung vielleicht 3 000 Einwohner entlastet werden, hat die Umgehungsstraße natürlich einen größeren Nutzen, als wenn es nur um 5 000 oder 8 000 Fahrzeuge geht und durch die Ortsumfahrung nur 300 Menschen entlastet werden. Durch das Verfahren ergibt sich schon, dass einzelne Maßnahmen im Vergleich zu anderen Maßnahmen trotz des gleichen Etiketts „Vordringlicher Bedarf“ dringlicher als andere sind.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Razavi das Wort.

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Minister, Sie haben am letzten Montag der Öffentlichkeit, den Bürgermeistern und Landräten die Prioritätenliste vorgestellt. Wann hat denn der Bund diese Liste mit diesen drei Gruppen und den Maßnahmen, die in die drei Gruppen aufgenommen wurden, erhalten?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Auch am Montag.

Abg. Nicole Razavi CDU: Kurze Frage, kurze Antwort.

Dann darf ich nachfragen: Ist die Liste so, wie sie jetzt ist, mit dem Bund abgestimmt?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Diese Frage habe ich schon einmal beantwortet. Ich kann die Antwort – –

Abg. Nicole Razavi CDU: Sie haben über die Kriterien gesprochen. Mir geht es um die Liste selbst.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Nein. Die Liste ist so nicht abgesprochen. Der Kriterienkatalog und das Verfahren sind abgesprochen. Wir haben dem Bund mitgeteilt, dass er dann die Liste bekommt. Wir ha-

ben auch klar gesagt: „Wir veröffentlichen nicht vorab eine Liste“, weil uns auch klar war: Wenn die Liste vor der Entscheidung herauskommt, dann wird über jeden Einzelfall gesprochen und das Verfahren nicht mehr akzeptiert.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das ist ja wie bei der Konfirmation!)

Der Bund hat sich damit abgefunden, wie übrigens auch der Ministerpräsident, der die Liste auch erst am Tag der Verkündung bekommen hat. Er wollte das selbst so, weil er deutlich machen wollte: Wir arbeiten entlang von fachlichen Kriterien und nicht nach irgendwelchen Forderungen von Wahlkreislobbyisten oder von wem auch immer.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Der Wahlkreis ist doch gar nicht betroffen!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Abg. Razavi.

Abg. Nicole Razavi CDU: Eine kurze Nachfrage: Ist die Liste für den Bund bindend?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Nein, die Liste ist für den Bund nicht bindend. Das habe ich auch schon gesagt. Ich sage es auch gern wieder. Aber es wäre außergewöhnlich, wenn der Bund sie nicht akzeptieren würde, weil wir ihm da eine Arbeit abgenommen haben, die er selbst auch ungern macht. Denn Sie wissen doch – da brauchen wir nicht um den heißen Brei herumzureden –: Es ist eine Schwierigkeit, wenn Sie viele Wünsche haben und wenig Geld. Dann können Sie lange Zeit allen alles versprechen, aber irgendwann glaubt Ihnen niemand mehr. Oder Sie sagen: „Weil wir wenig Geld haben, sagen wir wenigstens, was wir machen können.“ Dann wissen Sie, dass Sie zehn Kreise oder Kommunen mit der Entscheidung erfreuen und 40, 50 oder 100 verärgern, weil sie nicht dabei sind.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So viele haben wir gar nicht!)

Das haben Sie immer vermieden. Wir haben es nicht vermieden. Wir haben uns einer offenen, ehrlichen und transparenten Politik verschrieben, und das haben wir damit praktiziert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Frage der Fraktion GRÜNE, Herr Abg. Schwarz.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Querspange Erbach!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Minister, in unseren Augen ist das Thema sehr sachgerecht mit objektiven Kriterien bearbeitet worden. Deswegen, denke ich, kann man das auch abschließen. Das ist so weit in Ordnung gewesen.

Ein Thema hat uns beschäftigt. Das ist das Thema Brandschutz im neuen Bahnhof hier in Stuttgart: „Feuerwehr kritisiert Konzept der Bahn“. Da würden wir einfach gern wissen: Wie geht es denn da jetzt weiter?

(Abg. Winfried Mack CDU: Wir sind nicht bei der Feuerwehr! – Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Hängt das mit dem Bundesfernstraßenbau in Ulm zusammen?)

(Andreas Schwarz)

Der Leiter der Stuttgarter Feuerwehr, Herr Knödler, wird in der Presse mit der Aussage zitiert:

Wir werden ... uns auf keine riskanten Kompromisse einlassen.

Uns würde interessieren, wie denn jetzt die Bedenken der Feuerwehr in dieses Konzept einfließen. Kann die Landesregierung da überhaupt etwas machen? Können wir das berücksichtigen, oder ist das ein Thema, das ausschließlich bei der Bahn liegt? Denn die Bahn ist ja Vorhabenträgerin für das Projekt

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Kann er einfach das Thema wechseln?)

und muss daher auch die Anregungen der Stuttgarter Feuerwehr berücksichtigen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Schwarz, es tut mir ausgesprochen leid, gerade bei diesem Thema eingreifen zu müssen. Aber ich kann nicht anders.

Das Thema ist durch eine Frage von der CDU-Fraktion vorgegeben. Sie dürfen das Thema nicht wechseln. Wenn Sie nachher noch Zeit haben, können Sie, wie jeder andere auch, noch Fragen an die Regierung stellen. Aber Sie dürfen nicht während der Befragung zu einem Thema, das vorgegeben ist, das Thema wechseln. Das geht nicht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Man kann es probieren!)

– Sie können es probieren, aber es geht nicht.

(Heiterkeit – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich hatte das so verstanden, dass lediglich von der CDU Fragen an den Verkehrsminister gestellt werden!)

– Nein. Die CDU hat bei der Regierungsbefragung, bei der die Regierung das erste Thema vorgibt, als erste Oppositionsfraktion danach das Recht, ein Thema zu bestimmen, nämlich jetzt die Fragen an den Verkehrsminister – mit dieser Einschränkung.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU zu Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Tu doch nicht so, als ob du das nicht gewusst hättest!)

Jetzt müssen wir das Thema weiter behandeln. Wenn dann noch Zeit bleibt, können auch andere noch Fragen an die Regierung stellen, nachdem die FDP/DVP auf ihr Fragerecht im Anschluss verzichtet hat –

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Okay!)

außer sie will nachher noch einmal eigene Fragen stellen; aber bisher war das so.

Dann fahren wir fort. – Kollege Haußmann von der FDP/DVP-Fraktion.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Minister, ich will es noch einmal präzisieren. Wir haben jetzt konkret für die Ortsumgehung Behla den Wert 2,15. Ich weiß

nicht, wann Sie geplant haben, die nächste Priorisierung vorzunehmen. Nehmen wir einmal an, vielleicht in zwei, drei Jahren. Dann liegt die Ortsumgehung wieder bei 2,15, weil die Umfeldfaktoren eben gleich geblieben sind. Die Ortsumgehung Behla würde in den nächsten 100 Jahren nie in Angriff genommen, wenn die Projekte, die jetzt solche Bewertungen haben, nicht in weiteren Bewertungsschritten eine andere Priorisierung bekommen. Ähnlich wie bei einem Studenten, der aufgrund seines Abiturdurchschnitts nicht nach der ersten Bewerbung einen Studienplatz erhält, müsste man da im Grunde genommen auch etwas einführen. Deswegen noch einmal die Frage: Ist daran gedacht?

Zweitens: Wenn man die Aufteilung auf die Regierungspräsidien anschaut, sieht man: Da bestehen natürlich auch sehr erhebliche Unterschiede. Ist das auch ein Faktor, der bei einem weiteren Schritt berücksichtigt wird?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Zu dem letzten Punkt, den Regierungspräsidien und der Aufteilung der Maßnahmen: Das ist ausdrücklich kein Kriterium gewesen. Deswegen sind die Maßnahmen auch nicht anteilsweise auf die vier Regierungsbezirke verteilt. Das ist früher übrigens häufig der Fall gewesen, was meines Erachtens auch dazu geführt hat, dass man dann z. B. beim Impulsprogramm aus Proporzgründen Straßenbaumaßnahmen aufgenommen hat, die aber nicht vergleichbar wertig waren. Das haben wir ausdrücklich nicht gemacht.

Vielmehr haben wir gesagt: Wir gehen nach Kriterien vor – letztendlich nach dem Bedarf. Es kann gut sein, dass sich im Laufe der Jahre Regionalbedarfe so verschoben haben, dass es z. B. – – Das kann man ja sagen: In der ersten Tranche ist der Bereich Oberschwaben/Bodensee „relativ überproportional“ mit Maßnahmen vertreten. Warum? Weil man dort Probleme seit Jahren vor sich hergeschoben hat und nicht zu einer Lösung gekommen ist. Wir haben sie jetzt einer Lösung zugeführt. Wenn es nach uns geht, kann das dann schneller gehen.

Jetzt noch zu der Frage nach der Bewertung: Wir wollen mit dieser Bewertung weitermachen, und zwar bald, nicht erst in drei, vier Jahren. Ändern wird sich die Situation sicherlich auch dadurch, dass andere Maßnahmen fertig werden, durch die Planfeststellung gehen und dann auch in die Priorisierungsverfahren kommen.

Richtig ist: Es könnte sein, dass darunter Projekte sind, die eine deutlich höhere Wertung bekommen als etwa die Ortsumgehung Behla. Das kann man fast schon absehen. Denn wir haben eine Reihe von Autobahnausbauprojekten in der Pipeline, die kurz vor dem Abschluss der Planfeststellung stehen. Da sage ich Ihnen klipp und klar: Wenn man zu wenig Geld hat, sollte man nicht viele Kleinmaßnahmen machen, sondern sich auf die großen, wichtigen Maßnahmen konzentrieren. Da sind im Zweifel die Autobahnen eher wichtiger. Aber auch die Autobahnen müssen nach diesem Kriterienkatalog bewertet werden. Man sieht ja auch, dass sie dann eine gewisse Chance haben.

Im Übrigen will ich noch einmal daran erinnern, dass alles mit der Frage zusammenhängt: Wie viele Mittel stellt uns der

(Minister Winfried Hermann)

Bund zur Verfügung? Wenn bei der nächsten Bundestagswahl beispielsweise die FDP gewinnt

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wie soll das denn möglich sein?)

und den Anteil für Straßenprojekte im Bundesverkehrsweplan verdoppelt,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gutes Beispiel, Herr Minister!)

wird man auch mit diesen kleineren Projekten ohne Weiteres zum Ziel kommen, weil wir die Projekte dann realisieren können.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Minister, für Ihre Vision.

(Heiterkeit)

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Köberle das Wort.

Abg. Rudolf Köberle CDU: Herr Minister, es ging um die Abstimmung mit dem Bund. Wäre es auch sinnvoll und wünschenswert, Priorisierungen mit Nachbarländern abzustimmen? Wir müssen auch von Trassenwirkungen ausgehen. Ich nenne einmal die Rheinbrücke Karlsruhe/Rheinland-Pfalz oder die A 3 im Zusammenhang mit Bayern. Bayern setzt bei der A 3 auf höchste Priorität und braucht viel Geld dafür. Dann hat man dazwischen ein kleines Stück in Baden-Württemberg – auf Ihrer Priorisierungsliste weit hinten. Das macht letztlich keinen Sinn. Deshalb kann ich mir kaum vorstellen, dass der Bund da nicht korrigierend eingreift. Wäre es nicht sinnvoll gewesen, Kriterien und die Anwendung der Kriterien mit dem Bund abschließend abzustimmen, damit hinterher nicht wieder alles anders gereicht werden muss?

Übrigens haben wir dem Bund immer angeboten, dass wir bereit sind, Priorisierungslisten aufzulegen, wenn der Bund abschließend auch unsere Priorisierungslisten akzeptiert. Das hat er nie getan. Er wollte immer das letzte Wort haben, egal, wer im Bund regiert hat.

Wir waren dann wenigstens bereit, in unserer abschließenden Zuständigkeit Priorisierungen vorzunehmen, nämlich im Bereich der Planung. Da sind wir allerdings nicht für viel Mut gelobt, sondern eher von all denen kritisiert worden, deren Projekte in der Planung eben weiter nach hinten gestellt wurden.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Herr Köberle, wenn Sie sagen, der Bund hätte Ihnen nie das endgültige Wort gegeben, dann verstehe ich nicht so ganz, warum Sie jetzt von uns erwarten, dass wir uns an den Bund wenden, damit er uns das Schlusswort gibt. Darauf können wir dann nicht bauen und nicht setzen.

(Zuruf des Abg. Rudolf Köberle CDU)

Wir haben Folgendes gemacht: Wir haben, bezogen auf die zweite Rheinbrücke, mit unserem Nachbarland Rheinland-Pfalz schon vielfach korrespondiert, gesprochen, Arbeitsgrup-

pen gebildet, den Faktencheck gemacht. Da stehen wir in wirklich gutem Kontakt.

Die Straßenbauverwaltung steht selbstverständlich auch in gutem Kontakt mit der bayerischen Straßenbauverwaltung. In der Sache A 3 ist es so, dass Bayern zwar auch dauernd von diesen Projekten redet, davon, dass sie hoch prioritär seien, aber in der Vorbereitung dieser Projekte noch nicht wirklich weit ist. Es dauert noch Jahre, bis Bayern tatsächlich beginnen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Mack das Wort.

Abg. Winfried Mack CDU: Erstens: Hat Landwirtschaftsminister Bonde Ihnen mitgeteilt, welche Straßenbau- und Infrastrukturprojekte insbesondere in Bezug auf Konversion wichtig werden könnten und deshalb priorisiert werden müssten?

Zweitens: Was machen Sie mit den Projekten, die Sie jetzt nach hinten gereicht haben, wenn denen der Planfeststellungsbeschluss verfällt? Ist dann alles passé?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Bei dieser Priorisierungsliste handelt es sich nicht um eine Priorisierungsliste der grünen Planwege, sondern um eine für Bundesfernstraßen, die baureif sind. Allenfalls dann, wenn der Landwirtschaftsminister der Meinung ist, dass wir gemeinsam auch eine Priorisierungsliste zu grünen Planwegen machen sollten, machen wir das.

Aber Spaß beiseite: Unsere Aufgabe bestand lediglich darin, zu entscheiden: Welche der vielen Projekte im Vordringlichen Bedarf, die jetzt weit im Verfahren fortgeschritten sind, nehmen wir? Wir haben entschieden, wir nehmen die baureifen und unterscheiden zwischen diesen baureifen. Das haben wir gemacht, nicht mehr und nicht weniger.

Konversionsflächen und ihre Anschlüsse sind, wenn sie in diesem Verfahren sind, als baureife Maßnahmen berücksichtigt worden; wenn sie das nicht sind, sind sie auch nicht berücksichtigt. Meines Wissens war bei diesen Projekten, um die es jetzt geht, keine Konversionsfläche berührt. Aber bei den folgenden Projekten wird die eine oder andere Straße dabei sein, bei der auch Anschlüsse bei Konversionsprojekten eine Rolle spielen und darüber Überlegungen angestellt werden.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Frage des Herrn Abg. Köberle für die CDU-Fraktion.

Abg. Rudolf Köberle CDU: Herr Minister, Sie bieten dem Bund nach der Priorisierungsliste den ersten Spatenstich für ein Neubauprojekt für das Jahr 2014 an. Wir stellen fest, dass in fast allen anderen Ländern schon in diesem Jahr mit Neubauprojekten begonnen wird. Hat diese Verzögerung um zwei Jahre z. B. mit Ihrem Koalitionsvertrag zu tun, oder gibt es andere Gründe dafür, etwa die Mittelzuteilung? Der Abfluss von Mitteln verläuft in anderen Ländern auch nicht anders als bei uns in Baden-Württemberg.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Es gibt tatsächlich andere Gründe. Es liegt nicht am Koalitionsvertrag, sondern es liegt an der Politik der Vorgängerregierung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Frage überrascht mich, Herr Köberle. Die Vorgängerregierung hat so viele Bundesfernstraßenprojekte begonnen – um durch Spatenstiche zu beweisen, dass man handlungsfähig ist und Probleme lösen kann –, dass uns das Geld nicht reicht, um die laufenden Baustellen so schnell wie möglich zu Ende zu führen.

Noch einmal: Wir haben in diesem Jahr Baukosten von etwa 280 Millionen € – wohlgerneht nur bei den laufenden Projekten. Wir setzen nur die Baustellen fort, die vor unserer Regierungszeit begonnen wurden – 280 Millionen € Kosten für die laufenden Baustellen. Wir haben angekündigt, dass wir inklusive Nachschlag vielleicht 200 oder 220 Millionen € bekommen. Sie können selbst errechnen, dass daraus kein Plus, sondern ein Defizit, dass eher ein Problem entsteht.

Aus diesem Grund, weil also die laufenden Baustellen nicht wirklich finanziell abgedeckt sind, haben wir gesagt: Wir fangen nicht noch neue Baustellen an. Denn was wäre das Ergebnis? Das Ergebnis der vergangenen Jahre war immer, dass Sie, weil eben das Geld zum Jahresende bei Neubauprojekten nicht gereicht hat, in den nicht festgelegten Sanierungstopf greifen und die fehlenden Mittel dort herausholen mussten. Das hat systematisch dazu geführt, dass zu wenig in die Sanierung und den Erhalt gesteckt wurde und immer wieder die Löcher beim Neubau gestopft wurden. Das haben wir mit dieser Praxis beendet. Wir bauen weiter, aber wir fangen keine neuen Projekte an, solange die alten noch nicht finanziert sind.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schwehr das Wort.

Abg. Marcel Schwehr CDU: Herr Minister, Sie haben eben in Ihrer Rede wieder angesprochen, dass die ehemaligen Regierungsmitglieder durch die Lande gezogen seien und konkrete Versprechungen gemacht hätten. Das sagt auch immer Frau Staatssekretärin Dr. Splett. Können Sie einmal konkret sagen, welche ehemaligen Regierungsmitglieder wo Versprechungen gemacht haben, die nicht gehalten worden sind?

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Ich hoffe, dass diese Frage nicht so gemeint ist, dass Sie ernsthaft wollen, dass ich jetzt alle aufzähle, die herumgelaufen sind und gesagt haben: Wir machen das, es ist dringlich, und wir werden das schon schaffen.

Ich kann Ihnen nur sagen, dass mir, wenn ich durch das Land reise, häufig ein Bürgermeister oder ein Landrat sagt: „Man hat uns aber gesagt, jetzt oder im nächsten Jahr geht es gleich los.“

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Wer? Ein Beispiel!
– Abg. Nicole Razavi CDU: Wer? Nennen Sie doch mal Ross und Reiter!)

– Das werden wir natürlich nicht tun, weil viele Bürgermeister es mir unter vier Augen gesagt haben und

(Unruhe)

wir auch noch weiter mit ihnen zusammenarbeiten wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Frau Gönner z. B. in Winden! – Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Ein Beispiel!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Frage für die Fraktion GRÜNE, Herr Abg. Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Noch einmal zum Thema Finanzen; das ist ja bei diesem Thema der springende Punkt.

(Unruhe)

Ich bin froh, dass der Ministerpräsident und auch Sie, Herr Minister, deutlich gemacht haben, dass die Maßnahmen schneller kommen, wenn der Bund Baden-Württemberg die nötigen Mittel zur Verfügung stellt, und dass dann mehr Maßnahmen kommen. Insofern haben Sie das klare Signal nach Berlin gesendet.

Meine Frage ist: Tut sich denn da etwas? Denn von der CDU hier wird Ihnen ja unterstellt, Sie würden keine Straßen bauen.

(Abg. Werner Raab CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Daher muss man doch die Frage stellen, ob der Bund Baden-Württemberg überhaupt genügend Mittel zur Verfügung stellt. Hat Herr Ramsauer Ihnen signalisiert, er komme dem Bestreben der CDU nach,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ein gemeinsames Bestreben!)

Baden-Württemberg endlich die erforderlichen Mittel zukommen zu lassen, damit hier gebaut werden kann? Gibt es diese Erhöhung der Mittel für Baden-Württemberg, die hier in den Raum gestellt wird?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Ich möchte daran erinnern, dass Herr Ramsauer zunächst alle Landesminister aufgefordert hat, bezogen auf diese zusätzliche Milliarde, die auf alle Infrastrukturbereiche verteilt wird, neue Maßnahmen zu benennen. Wir haben ihm geantwortet: „Wir können keine neuen Maßnahmen nennen, weil wir das Geld dringend zur Abfinanzierung der laufenden Projekte brauchen.“ Daraufhin hat mir der Bundesverkehrsminister geantwortet, dass er dies verstehen könne und für richtig halte. Auch er sei der Meinung, dass wir in den kommenden Jahren verstärkt den Erhalt im Auge behalten müssten und dafür mehr Mittel zur Verfügung stellen müssten.

(Minister Winfried Hermann)

In der Verkehrsministerkonferenz ist davon die Rede gewesen, dass die Koalition eventuell rechtzeitig zur Bundestagswahl ein Zusatzprogramm im Bereich Infrastruktur einbringen wird. Davon haben wir gehört, aber wir kennen es noch nicht. Wir wissen auch noch nicht, welches Volumen dieses Programm hat. Aber vielleicht wissen die Mitglieder der Oppositionsfraktionen – deren Parteikollegen regieren in Berlin – aufgrund guter Verbindungen schon, wie hoch die Mittel in dem Programm sind und was wir in Baden-Württemberg bekommen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Abg. Haller das Wort.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass im Jahr 2005 laut Aussagen des Bürgermeisters der Stadt Pfullendorf der damalige Verkehrsminister Mappus, später kurzzeitiger Ministerpräsident, anlässlich des Spatenstichs des ersten Bauabschnitts der Ortsumfahrung von Pfullendorf – allerdings eine Landesstraße – versprochen hat, nach Fertigstellung des ersten Bauabschnitts werde zügig weitergebaut, dass aber das Ganze nie finanziert worden ist? Ist Ihnen dieser Sachverhalt bekannt?

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Ich habe davon gehört. Es ist eines der Beispiele, nach denen ich vorhin schon gefragt worden bin. Ich wollte der Opposition ersparen, dass wir all diese Geschichten erzählen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Lachen der Abg. Sabine Kurtz CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gute Frage!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abg. Mack für die CDU-Fraktion.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Minister, Sie haben vorhin noch immer nicht die Frage beantwortet: Was passiert mit den Projekten, die Sie nach hinten geschoben haben, wenn der Planfeststellungsbeschluss verfällt? Das ist eine ganz wichtige Frage, insbesondere für das Vermögen des Landes, weil vor allem das Land die Planung und die Planfeststellung bezahlt.

Dazu habe ich folgende spezielle Zusatzfrage: Der Tunnel Schwäbisch Gmünd wird im nächsten Jahr eröffnet. Aber in Mögglingen kann, obwohl es weitergehen sollte, jetzt nicht weiter gebaut werden, wenn es nach Ihnen geht. Was glauben Sie, was für Auswirkungen das auf das Netz hat, was das für die Bundesstraße B 29 zwischen Schwäbisch Gmünd und der Autobahn A 7 bedeutet? Sehen Sie nicht, dass es da eine vierspurige Straße gibt, dass für 270 Millionen € ein Tunnel gebaut wird und Sie für den weiteren Straßenverlauf die Planfeststellungsbeschlüsse verfallen lassen?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Wir lassen keine Planfeststellungsbeschlüsse verfallen und den von Mögglingen sowieso nicht. Dieser ist durch den Als-ob-Baubeginn, durch den Bau einer Brücke, sichergestellt.

Wie Sie wissen, gibt es das Verfahren, Planfeststellungsbeschlüsse einfach fristig zu verlängern; das ist rechtlich möglich. Die zweite Möglichkeit ist, dass man eine Art Baubeginn macht, der dann nicht identisch mit einem fiskalischen Beginn ist. Deswegen unterscheidet der Bund auch zwischen einer Liste

(Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

von baureifen Maßnahmen, auf der Mögglingen nicht steht, obwohl die Brücke da schon seit längerer Zeit im Raum steht – – Daher besteht in Mögglingen diese Gefahr nicht.

Wir achten auch bei den anderen Projekten darauf, dass die Planfeststellungsbeschlüsse nicht einfach verfallen. Wir werden rechtzeitig Verlängerung beantragen oder Wege finden, um solche Beschlüsse nicht verfallen zu lassen.

Was die verkehrliche Situation anbelangt: Es ist doch völlig klar, dass es – wenn wir das Geld hätten und es bauen könnten – natürlich für den Verkehr besser wäre, gleich auf dieser B 29 weiterzubauen, wenn die Baumaßnahme „Tunnel Schwäbisch Gmünd“ beendet ist. Wenn die Mittel vorhanden wären, würden wir das tun. Da die Mittel nicht da sind, können wir das nicht tun.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Aber Sie haben es doch in Kategorie 3 geschoben! Dann sehen Sie ja gar nicht die Notwendigkeit! – Gegenruf: Ja, eben!)

– Noch einmal, Frau Razavi. Es ist nicht so: Herr Hermann hat es in Kategorie 3 geschoben, weil er gedacht hat: „Da passt es rein,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Sie sind der Chef!)

ich kann die Leute dort sowieso nicht leiden.“ Vielmehr sind wir nach einem bestimmten kriteriengestützten Verfahren vorgegangen.

Warum ist Mögglingen nicht dabei? Das haben wir uns genau angeschaut; ich war ja vor Ort. Ich war der Meinung: Weil in Schwäbisch Gmünd mit viel Geld der Tunnel gebaut wird, ist es sinnvoll, weiterzubauen. Ich persönlich war der Meinung: Das ist eine Maßnahme, die ziemlich weit oben landen wird. Ich war überrascht, dass sie dort nicht gelandet ist.

(Abg. Winfried Mack CDU: Mir kommen die Tränen!)

Wir haben uns genau angeschaut, warum das so ist. Der Hauptgrund ist, dass die Maßnahme relativ aufwendig, üppig und außerdem noch teuer ist, dass sie eine relativ große Schleife, eine lange Umfahrung vorsieht und dass sie viel zusätzliche Fläche zerschneidet.

(Abg. Winfried Mack CDU: Was?)

Zudem ersetzt sie eine Ortsdurchfahrt für einen Ort, in dem im Vergleich zu anderen Orten mit Ortsumfahrungen vergleichsweise wenig Menschen wohnen. Das ist der eigentliche Grund. Das kann man alles erklären.

(Zuruf von der SPD: Nachvollziehbar!)

(Minister Winfried Hermann)

Es ist leider so, dass, wenn man etwas genauer anschaut, es dann nicht nur gefühlt und nach Druck vor Ort – –

(Abg. Winfried Mack CDU: Die Erklärung war interessant! – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

– Was wollten Sie damit sagen? Dass Sie es gemacht haben?

(Abg. Nicole Razavi CDU: Nein, nein! Ich habe gerade Herrn Kollegen Binder ein Zeichen gegeben! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aha!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Frage von der CDU-Fraktion, Herr Abg. Köberle.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Ich habe heute eine One-Man-Show.

Abg. Rudolf Köberle CDU: Herr Minister, stimmen Sie mir zu, dass es sinnvoll wäre, wirklich jede Chance wahrzunehmen, die zu einem Neubaubeginn führt? Voraussetzung ist natürlich, dass der Bund mitmacht; anders geht es ja gar nicht.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Bayern macht uns momentan vor, dass man auch im Jahr 2012 zu neuen Baubeginnen kommen kann. Wenn Sie ständig in Richtung Bund signalisieren: „Wir stellen uns einmal in die Schlange und warten bis 2014“,

(Abg. Winfried Mack CDU: Eben!)

dann handeln Sie zum Nachteil des Landes. Es gab nämlich noch nie eine Baufreigabe vom Bund, die dann nicht auch umgesetzt worden ist. Jeder Neubaubeginn, den der Bund genehmigt hat, ist dann auch umgesetzt worden. Sie warten freiwillig zwei Jahre, anstatt jetzt Druck zu machen,

(Abg. Winfried Mack CDU: Er will nicht!)

damit der Bund auch für 2012 oder spätestens 2013 einen Neubaubeginn ermöglicht.

(Abg. Winfried Mack CDU: Er will nicht!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Sehr geehrter Herr Köberle, wenn Sie eine bestimmte Menge Geld für x Maßnahmen bekommen und noch eine dazu nehmen, dann wird die Menge des Geldes dadurch nicht größer.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann: So ist es!
– Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist logisch!)

Das ist Ihre Logik. So funktioniert aber nicht einmal die Mathematik – und die Politik schon gleich gar nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Andreas Stoch SPD: Mathematik für Blöde!)

Durch Ihre Politik der Spatenstiche und Neubaubeginne, die Sie nicht durchfinanziert haben, haben Sie lediglich erreicht, dass wir viele Baustellen im Land haben, die nicht fertig werden.

(Abg. Rudolf Köberle CDU: Welche Maßnahme ist nicht fertig geworden?)

Ich sage Ihnen eines: Unter den Ursachen für Staus sind Baustellen eine Hauptursache. Deswegen muss es das oberste Ziel einer vernünftigen Verkehrspolitik sein, dass Baustellen, wenn sie denn begonnen werden, so schnell wie möglich durchgezogen und beendet werden, damit der Stau beseitigt ist und der verkehrliche Nutzen eintreten kann.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Welche Baustelle ist denn nicht fertiggestellt worden?)

Ihre Methode, Investitionsmittel auf vielen Baustellen zu verkleckern und die Dauer von Baustellen dadurch zu verlängern, ist eine Vernichtung von volkswirtschaftlicher Investition, weil Sie lange Zeit keinen Nutzen davon haben. Deswegen konzentrieren wir uns auf laufende Projekte. Wir wissen – und wir arbeiten an einer Verbesserung –, dass wir mehr Geld brauchen. Wir kämpfen auch für mehr Geld. Aber zu glauben, dass der Bund dann, wenn man nur viele Spatenstiche macht, mehr Mittel zuweist, das ist eine Lachnummer.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Das ist doch schon in Jahrzehnten nicht gut gegangen. Da machen wir einfach nicht mehr weiter.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erhält Herr Abg. Schwarz das Wort.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Minister, lassen Sie mich noch eine Nachfrage zum Thema Finanzen stellen, weil hier immer wieder so getan wird, als ob genügend Geld vorhanden sei.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das haben wir nicht gesagt!)

Wenn ich es richtig im Kopf habe, bekommt Baden-Württemberg vom Bund ungefähr 120 Millionen € pro Jahr.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das stimmt doch nicht!)

In den letzten Jahren waren es dann letztlich immer ca. 220 Millionen, 230 Millionen € pro Jahr.

Ist Ihnen bekannt, dass die Regierungsfractionen im Deutschen Bundestag beantragt hätten, dass mehr Mittel nach Baden-Württemberg fließen? Können Sie davon ausgehen, dass aufgrund der Aktivitäten der CDU mehr Mittel – über die Mittel, die Sie schon eingeplant haben, hinaus – nach Baden-Württemberg kommen?

(Zuruf des Abg. Rudolf Köberle CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Ich kenne keinen entsprechenden Antrag der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag oder der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg. Meines Wissens gibt es keinen solchen Antrag.

(Minister Winfried Hermann)

(Zuruf von den Grünen: Hört, hört! – Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist aber schon ein Skandal!)

In der Zeit, in der ich im Bundestag war und die CDU schon regiert hat, gab es jedenfalls keine solchen Anträge.

In Baden-Württemberg haben wir – die Zahlen stimmen – in den vergangenen Jahren im Durchschnitt etwa 230 Millionen € pro Jahr vom Bund bekommen. In der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes ist aber eine Absenkung dieses Betrags auf 120 Millionen € enthalten. Wir müssen also zunächst von diesem Betrag ausgehen. Wir haben die Hoffnung, dass wir durch Nachschläge etc. auf etwa 200 Millionen oder gar 230 Millionen € im Jahr kommen. Bei unserer Priorisierungsliste sind wir von einem solchen Volumen ausgegangen. Denn man muss ja eine Annahme zugrunde legen, um zu planen, wie viele Baumaßnahmen man in der nächsten Zeit durchführen kann. Wenn man aber so rechnet wie Herr Köberle, dann braucht man diese Annahmen nicht, sondern dann fängt man an und hat die Hoffnung, dass irgendwann einmal Geld kommt. So machen wir keine Politik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Binder von der SPD-Fraktion.

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Verkehrsminister, es wird ja heute – auch ich komme auf die Finanzen zurück – viel davon gesprochen, dass die neue Landesregierung gar keine Straßen mehr bauen würde und auch keine Baustellen mehr haben würde

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und auch keine Staus!)

und somit auch kein Geld für Maßnahmen bei Bundesstraßen brauchen würde. Insofern habe ich die Frage: Haben Sie bisher, seit SPD und Grüne regieren, von den Mitteln, die der Bund uns für Straßenbaumaßnahmen zur Verfügung stellt, auch nur einen Euro zurücküberwiesen?

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Gute Frage!)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Nein. Das wäre auch ziemlich blöd.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Im Gegenteil: Wir haben im letzten Jahr erreicht, dass so viele Mittel nach Baden-Württemberg geflossen sind wie lange Zeit zuvor nicht mehr, weil wir ziemlich gut aufgepasst haben

(Abg. Brigitte Lösch und Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut!)

und weil wir auch gut gebaut haben – übrigens auch schneller als ursprünglich geplant; deswegen konnten wir das Geld auch gut brauchen. So werden wir das auch in diesem Jahr machen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Zu einer weiteren Frage erhält für die CDU-Fraktion Frau Abg. Razavi das Wort.

Abg. Nicole Razavi CDU: Sie haben gerade schon den Anfang gemacht. Ich habe mich am Montag letzter Woche über eine Aussage von Ihnen sehr gefreut,

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Zurufe von den Grünen: Oi!)

als Sie nämlich vor den Oberbürgermeistern und Landräten bestätigt haben, dass Baden-Württemberg zum Jahresende immer dann von Bundesfernstraßenmitteln profitiert hat, wenn andere Länder ihre Mittel nicht verbauen konnten und wir genügend planfestgestellte Maßnahmen in der Schublade hatten und dann neue Maßnahmen anfangen konnten.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Na ja! „Anfangen“!)

Da haben Sie uns am Montag letzter Woche heftigst gelobt. Das hat uns sehr gefreut. Denn bisher hatten Sie immer genau das Gegenteil gesagt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was?)

Das betrifft übrigens das Thema Swing, Herr Schwarz. Das war der Grund, warum Baden-Württemberg gut gefahren ist und viele Mittel aus dem Swing bekommen hat: weil wir eben viele gute Planungen hatten. Wir hoffen, dass das auch in Zukunft so weitergeht.

Wenn wir schon beim Thema „Finanzierung durch den Bund“ sind, frage ich: Ist Ihnen bekannt, Herr Minister, dass, als Sie noch Vorsitzender des Verkehrsausschusses im Bundestag waren, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag den Antrag, diese 1 Milliarde € an zusätzlichen Infrastrukturausbaumitteln einzustellen, abgelehnt hat?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist ja unglaublich! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Um Gottes willen! Aus dem letzten Jahrhundert werden Fragen gestellt!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Nur zur Korrektur: Zu diesem Zeitpunkt war ich nicht mehr im Bundestag, sondern schon hier in der Landesregierung.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Aber Sie hätten es abgelehnt! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

– Man kann das unterstellen, ja.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das reicht!)

Sie unterstellen mir ja viel.

Jedenfalls hat die Fraktion der Grünen im Bundestag vor allem kritisiert, dass der größte Teil dieser 1 Milliarde € in ein sehr teures Schiffs- bzw. Kanalprojekt in Norddeutschland fließt, dass relativ viel Geld in Bundesautobahnen fließt und insgesamt zu wenig Geld für die Sanierung übrig bleibt. Das war der Hauptkritikpunkt. Die Fraktion hat nicht die Bereitstellung von 1 Milliarde € als solche abgelehnt, sondern die Art des Einsatzes dieser Milliarde.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU: Aber sie hat dagegen gestimmt!)

(Minister Winfried Hermann)

Ich will noch eines sagen, weil das noch angeklungen ist: Es ist das Wesen einer Opposition, dass sie einer Maßnahme nur zustimmen oder sie ablehnen kann, sodass sie, wenn sie in einem Teil zustimmen und in einem anderen Teil ablehnen will, in der Regel nur ablehnend stimmen kann, weil sie es nicht ganz verändern kann. Das machen Sie in der Regel auch so.

(Zuruf von der CDU: Oder zustimmen!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schmiedel das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Minister, habe ich es richtig verstanden, dass die neue Landesregierung mehr Straßen gebaut und diese schneller gebaut hat als die alte Landesregierung?

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Die Antwort heißt Ja.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es gibt eine weitere Frage des Herrn Abg. Köberle von der CDU.

(Zuruf des Abg. Rudolf Köberle CDU)

– Nicht mehr. – Dann gibt es zu dem von der CDU vorgebrachten Thema keine weiteren Fragen. Damit wäre diese Befragung, Herr Minister, abgeschlossen.

In unserer Geschäftsordnung steht, dass, wenn noch Zeit ist, im Rahmen der verbleibenden Zeit weitere Fragen von aktuellem Interesse gestellt werden können. Deswegen frage ich zuerst die Fraktion der FDP/DVP, ob sie eine Frage stellen möchte. – Das ist nicht der Fall.

Gibt es sonst noch jemanden, der eine Frage stellen möchte? – Herr Abg. Schwarz.

Anregungen der Stuttgarter Feuerwehr zu Stuttgart 21

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Minister, ich möchte das Thema Feuerwehr ansprechen.

(Heiterkeit)

Ich habe vorhin den Leiter der Branddirektion Stuttgart zitiert. Meine Frage lautet: Wie kann man diese Anregungen der Stuttgarter Feuerwehr beim neuen Bahnhof berücksichtigen? Ist das überhaupt eine Aufgabe der Landesregierung – Verkehrsministerium oder Innenministerium –, oder ist das eine Aufgabe der Bahn? Denn die Bahn ist Vorhabenträgerin für das Projekt. Was sagen wir den Bürgern dazu?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank. – Die Landesregierung kümmert sich natürlich darum, weil wir ein kritischer Partner und Begleiter dieses Projekts sind und uns auch in der Verantwortung sehen. Spätestens nach dem Desaster beim Großflughafen Berlin Brandenburg ist man, glaube ich, gut beraten, dass man in Sachen Brandschutz rechtzeitig hinschaut und nicht erst kurz vor Eröffnung eines Projekts.

Was dieser Tage in den Zeitungen stand, war Insidern schon lange bekannt, nämlich dass in der Planung beispielsweise beim Fildertunnel eine Brandschutz-Wasserleitung vorgesehen ist. In der Planung ist es so, dass diese Wasserleitung, die nach Degerloch hochführt und im Brandfall zum Löschen benutzt werden soll, als trockene Leitung ausgeführt wird. Das würde bedeuten, dass man im Brandfall eine halbe Stunde brauchte, bis die Leitung überhaupt Löschwasser liefern könnte. Das wäre in der Tat nicht nur ein Witz, sondern im Ernstfall mehr als schlecht. Deswegen haben wir schon lange kritisiert, dass das – neben einigen anderen Punkten – geändert werden muss.

Was machen wir? Wir haben in der letzten Lenkungskreissitzung Herrn Kefer von der Deutschen Bahn gebeten, zu den Maßnahmen, die im Schlichtungsverfahren aufgeführt wurden, zu berichten. Im Schlichterspruch waren auch die Brandschutzmaßnahmen und das behindertengerechte Notfallkonzept enthalten. Die Bahn hat einen Zwischenbericht über das abgegeben, was man schon abgearbeitet hat. Wir haben vereinbart, dass sie laufend weiter über die Abarbeitung dieser Liste berichtet.

Spätestens nach der Lektüre der Nachrichten dieser Woche und spätestens nach dem erwähnten Desaster beim Großflughafen Berlin Brandenburg habe ich mir vorgenommen, dass wir bei der nächsten Lenkungskreissitzung in diesem Bereich ganz genau nachfragen und ganz genau hinschauen. Denn wir müssen uns rechtzeitig der Verantwortung stellen, dass wir hier keinen Murks machen und am Ende nicht zuschauen, wie eine schlechte Planung umgesetzt wird.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Frage, Herr Abg. Binder von der SPD-Fraktion.

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Verkehrsminister, um den Kollegen Schwarz in der Fragestellung ein wenig zu ergänzen: Ist es richtig, dass die Feuerwehr auch sagt, dass sie sich in den Gesprächen mit der Deutschen Bahn auf einem guten Weg befinde?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Nach Aussagen der Feuerwehr ist es so. Das sage ich jetzt jedoch nicht aus eigener Erkenntnis, sondern ich habe es in der Zeitung gelesen. Ich weiß es von Herrn Kefer aus dem Lenkungskreis, dass er so ähnlich argumentiert hat. Aber es ist auch klar, dass nicht alle Punkte schon abgearbeitet sind.

Aber ich bin zuversichtlich, dass die Bahn in dieser Frage inzwischen sehr viel kooperativer ist, als sie es noch vor zwei, drei Jahren war, was wir außerordentlich begrüßen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es gibt keine weiteren Fragen mehr. – Dann bedanke ich mich, Herr Minister.

Damit ist die Regierungsbefragung beendet.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Ich bedanke mich auch.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Drucksache 15/1726

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/1854

Berichterstatter: Abg. Hans-Ulrich Sckerl

b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes – Drucksache 15/1840

c) Beschlussempfehlung und Bericht des Präsidiums – Geschäftsordnung des 15. Landtags von Baden-Württemberg – Drucksache 15/1841

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Schebesta das Wort.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Unter Punkt 6 a beraten wir Änderungen des Abgeordnetengesetzes, die nach der Parlamentsreform aus Sicht aller Fraktionen notwendig sind. Wir haben dazu in der Ersten Beratung ausführlich Stellung genommen. Es sind vor allem Regelungen, die die Fahrtkosten und die LuK-Ausstattung betreffen. Darüber ist in der Ersten Beratung diskutiert worden.

Wir nehmen unter Punkt 6 b Änderungen am Untersuchungsausschussgesetz vor, weil wir einvernehmlich der Meinung sind, dass alle Regelungen zu Untersuchungsausschüssen in dem entsprechenden Gesetz geregelt sein sollen und sich nicht aus einem Zusammenspiel von Geschäftsordnung und den gesetzlichen Regelungen selbst ergeben sollen. Dies soll vielmehr alles einheitlich im Untersuchungsausschussgesetz stehen.

Unter Punkt 6 c beraten wir – immerhin ein Jahr nach der Konstituierung – eine neue Geschäftsordnung für diesen Landtag. Wir übernehmen dabei Regelungen aus dem sogenannten Probelauf der letzten Legislaturperiode, z. B. die Regierungsbefragung, in einer anderen Form, nämlich unter Weglassung von einleitenden Bemerkungen durch die Landesregierung. Ich glaube, dies waren nicht die interessantesten Punkte bei Regierungsbefragungen,

(Beifall des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

und deshalb ist es gut, wenn wir die Regierungsbefragung nun auf dieses Gleis stellen.

Wir übernehmen auch die Zwischenbemerkung/Kurzintervention. Wir sind hier im Landtag, glaube ich, einhellig der Meinung, dass man dieses Instrument öfter nutzen könnte, als dies bisher der Fall war.

Es werden Regelungen zum Selbstbefassungsrecht der Ausschüsse und eine leichte Lockerung hinsichtlich der Möglichkeit vorgenommen, Ausschussberatungen in öffentlicher Sitzung führen zu können. Daneben ist eine Verbesserung bezüglich der Beteiligung der kommunalen Landesverbände an Beratungen und des Rederechts des Präsidenten des Rechnungshofs sowie des Landesdatenschutzbeauftragten zu entsprechenden Vorlagen hier im Landtag vorgesehen.

Meine Damen und Herren, darüber ist in der Geschäftsordnungskommission Einvernehmen erzielt worden. Eigentlich ist es jedoch gute Tradition, dass man sich bei der Verabschiedung einer Geschäftsordnung insgesamt auf das Einvernehmen aller Fraktionen stützt. Niemandem von unserer Fraktion ist ein Fall bekannt, bei dem wir hier im Landtag bei der Verabschiedung der Geschäftsordnung in einer Frage streitig in die Auseinandersetzung im Plenum gegangen sind.

Sie haben aber mit grün-roter Mehrheit eine Entscheidung in einer Frage durchgedrückt, bei der wir kein Einvernehmen erzielt haben. Dabei geht es darum, bei der Regierungsbefragung die folgende Änderung vorzunehmen: In der Regierungsbefragung soll zukünftig nicht nur das befragte Ministerium benannt werden müssen, sondern die aufrufende Fraktion soll daneben auch das konkrete Thema benennen.

Die Entscheidung darüber, dass dies zukünftig so laufen wird, haben Sie im Präsidium mit Ihrer Mehrheit und ohne Einvernehmen aller Fraktionen erreicht. Dies muss Ihnen also sehr wichtig sein. Wir waren über den Ablauf durchaus verwundert. Die Entscheidung wurde in einer Sitzung getroffen, in der man sich eigentlich über etwas anderes unterhalten hat, und Sie sind mit dieser Frage zu einem Zeitpunkt gekommen, zu dem in den Fraktionen bereits abschließende Beratungen der Vorlagen der Geschäftsordnungskommission stattgefunden hatten. Ausgangspunkt war offenbar eine Regierungsbefragung, in der ein Staatssekretär der Landesregierung möglicherweise nicht allzu geschickt mit der Art und Weise der Fragestellung umgegangen ist.

Sie haben damit nicht die Interessen des Landtags im Blick.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Denn aus meiner Sicht ist es das Interesse des Landtags, in einer solchen Diskussion im Rahmen der Regierungsbefragung auch in eine Offenheit der Themenwahl oder Themensetzung gehen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Vor allem aber schwächen Sie gerade die Rechte, die die Parlamentarier, auch die der Opposition, dabei haben.

Sie sorgen damit aus unserer Sicht nicht für mehr Lebendigkeit, und vor allem fällt Ihnen dies erst jetzt zu einer Regelung ein, die Sie ursprünglich selbst vorgeschlagen hatten,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

also dann, wenn es Sie selbst betrifft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Volker Schebesta)

Es hat Sie in Ihrer Oppositionszeit überhaupt nicht gejuckt, welche Themen für die Minister der Landesregierung vorbereitet wurden, was das für die Minister der Landesregierung und für die Arbeit der Verwaltung bedeutet hat. Aber jetzt, da es Sie betrifft, setzen Sie mit Ihrer Mehrheit durch, dass das Thema vorab benannt werden muss. Wir bitten Sie, darüber noch einmal nachzudenken und unserem Änderungsantrag zuzustimmen, damit wir im Sinne der guten Tradition dieses Hauses einhellig gemeinsam eine Geschäftsordnung ohne strittige Auseinandersetzung zum letzten Punkt verabschieden können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Sckerl das Wort.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Geschäftsordnungskommission, der anzugehören wir beide, verehrter Herr Kollege Schebesta, die Ehre hatten, legt dem Landtag heute einen Vorschlag vor, der vom Präsidium beschlossen wurde.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Geändert worden ist!)

Ich glaube, wichtig zu betonen ist die große Gemeinsamkeit im Wollen der vier Fraktionen. Daran kann es keinen Zweifel geben, auch wenn wir einen Dissenspunkt haben.

Wir haben mit hoher Gemeinsamkeit an zwei Kriterien entlang gearbeitet. Punkt 1 ist die Stärkung des Parlaments insgesamt im Verhältnis zur Regierung, aber auch im Innenverhältnis, und dabei auch die Stärkung der Rechte des einzelnen Abgeordneten im parlamentarischen Ablauf. Punkt 2 – darauf lege ich besonderen Wert, weil wir das vorher gesagt hatten und es jetzt einlösen – ist die Stärkung der Rechte der Opposition. Herr Kollege, das machen wir, auch wenn wir jetzt in Regierungsverantwortung sind und aus der Vergangenheit in diesem Bereich durchaus andere Erfahrungen vorliegen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich nenne noch einmal die Punkte, bei denen das deutlich wird: Die Regierungsbefragung – auf den Streit komme ich zum Schluss noch einmal –, 60 Minuten ungehindert, ist ein klares Vorrecht der Opposition. Das ist die Oppositionsstunde. Es gibt keinen Schutzmantel der Regierung mehr, den Sie damals wollten, mit einleitender Erklärung und Themensetzung für die erste halbe Stunde, sondern es gibt eine Stunde lang freie Befragung. Ich denke, da kann die Opposition die Landespolitik rauf- und runterdeklinieren. Wenn sie das gut macht, ist das eine klare Stärkung der Opposition.

Die Fragestunde insgesamt kommt aus einem Übergangsstadium in ein endgültiges Stadium am zweiten Plenartag einer Plenarwoche – auch eine Stunde der Opposition für alle Bereiche der Landespolitik.

Die Opposition kann, wenn sie es für wichtig erachtet, öffentliche Beratungen in Ausschusssitzungen auch mit einer Minderheit erreichen. Es war uns wichtig, das an diesem Punkt zu machen, der Logik folgend, dass Parlamentskultur immer auch ein fairer Umgang mit der Opposition sein muss.

Wir kommen der Opposition entgegen, indem wir die Aktuelle Debatte mit dem Redaktionsschluss am Montag noch aktueller machen. Auch das ist eine Stärkung insbesondere des Rechtes der Opposition.

So zieht sich das wie ein grüner und roter Faden, aber auch wie ein schwarzer und gelber Faden durch diese neue Geschäftsordnung. Da waren wir uns ja einig.

Wir verbessern die Parlamentskultur insgesamt, indem wir das Recht auf Anhörung verbessern. Es war für uns ein wichtiges Anliegen, dass die kommunalen Verbände, die kommunale Familie überall dort, wo sie betroffen ist, das Recht auf Anhörung hat. Aber auch dass der Landesbeauftragte für den Datenschutz und der Präsident des Rechnungshofs ihre Jahresberichte im Plenum vorstellen und ihre Auffassungen erläutern können, halten wir im Zusammenhang mit der Politik des Gehörtwerdens für eine wichtige Maßnahme.

Wir halten es für sehr wichtig, dass es ein Selbstbefassungsrecht der Ausschüsse geben wird. Die Ausschüsse werden in den nächsten Sitzungen damit beginnen, über die Behandlung von Abgeordneten- und Fraktionsanträgen bzw. von Gesetzentwürfen hinaus auch eigene Themen auf die Agenda zu setzen, die von aktueller Bedeutung sind. Es gibt vielleicht gerade keinen Antrag, aber trotzdem ist es wichtig, dass der Ausschuss sich verständigt und die Regierung befragt. Das Selbstbefassungsrecht wird das in diesem Punkt in Zukunft ermöglichen.

Was Ausschüsse angeht, haben wir Grünen uns in einer Frage nicht durchsetzen können, aber wir tragen die Geschäftsordnung trotzdem im vollen Umfang mit. Wir hätten gern die generelle Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen im Sinne der Transparenz des Parlaments gegenüber der Bürgerschaft draußen durchgesetzt. Dagegen gab es Einwände von Ihrer Seite. Das haben wir an diesem Punkt akzeptiert.

Wir nehmen das aber, Herr Kollege Schebesta, heute nicht zum Anlass, seitens der Grünen die Geschäftsordnung abzulehnen oder einen Änderungsantrag einzubringen.

Ich finde, das Ergebnis kann sich auch im Ländervergleich sehen lassen. Schauen Sie sich die Geschäftsordnungen der Länderparlamente in Deutschland an. Im Ländervergleich sind wir ein fortschrittliches Parlament mit einer Geschäftsordnung auf der Höhe der Zeit.

Sie haben recht: Ein Streitpunkt bleibt. Wir hätten uns bei diesem Punkt gern mit Ihnen geeinigt. Aber, wie gesagt, denken Sie auch noch einmal nach. Die Stärkung der Rechte der Opposition bei der Regierungsbefragung ist evident; sie sind klar besser als vorher.

Der Vorschlag, am Tag vor der Plenarsitzung spätestens um 17:00 Uhr das Thema der Regierungsbefragung zu nennen, entspringt dem Interesse des Parlaments an umfassender Information durch die Regierung. Das Interesse des Parlaments kann nicht vordringlich darin bestehen, ein Regierungsmitglied mit diesem Instrument vorzuführen. Wir wollten da eine klare Unterscheidung treffen. Wir wollen, dass das Parlament einen Anspruch auf umfassende Information hat, und deshalb ist der Vorschlag, das Thema zu nennen, richtig.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Warum fällt euch das erst jetzt ein?)

(Hans-Ulrich Sckerl)

Ich finde, Herr Kollege Schebesta, bei dieser Stärkung der Rechte der Opposition durch die Geschäftsordnung – um zum Schluss zu kommen – ist dieser kleine Dissenspunkt kein Anlass, die Geschäftsordnung abzulehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Das hat niemand gesagt!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stoch das Wort.

Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Wir haben in der Tat heute unter diesem Tagungsordnungspunkt drei Beratungsgegenstände zu besprechen. Sie haben es schon gemerkt: Das Thema Geschäftsordnung ist unter diesen Punkten sicherlich das wesentliche.

Wir haben bereits in erster Lesung über die Änderungen im Abgeordnetengesetz gesprochen. Diese Änderungen im Abgeordnetengesetz sind nach unserer aller Meinung notwendig, nachdem durch die Reform, die wir vor einiger Zeit durchgeführt haben, im Nachhinein betrachtet einige Fragen nicht korrekt oder ungenau geregelt wurden. Wir regeln das jetzt genauer.

Wir nehmen Änderungen bei der Frage der Erstattungsfähigkeit von Fahrtkosten vor; sie soll sich nicht nur auf Fahrten im Wahlkreis und auch nicht nur auf Fahrten nach Stuttgart erstrecken, sondern eben auch auf andere mandatsbedingte Fahrten.

Wir gehen auch bei der technischen Ausstattung, was die EDV-Kosten angeht, sage ich einmal, in die Neuzeit und berücksichtigen die Veränderungen im Bereich der Telekommunikation und der Nutzung von Medien.

Auch im Bereich der Übernachtungskosten sind wir, denke ich, auf einem richtigen Weg, indem wir eine praktikable Lösung suchen, die ganz sicher eines nicht zulässt, nämlich den Vorwurf, die Abgeordneten in Baden-Württemberg würden sich auf Rosen betten. Vielmehr bekommen sie das, was für ihre Arbeit als Parlamentarier in Baden-Württemberg auch notwendig ist.

Wir haben auf der Tagesordnung auch die erste Lesung des Gesetzes zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes. Hierbei geht es lediglich um redaktionelle Änderungen, um Abgrenzungen, die früher in verschiedenen Gesetzesmaterialien geregelt waren. Diese führen wir jetzt, soweit es möglich ist, im Untersuchungsausschussgesetz zusammen, wo sie auch hingehören. Das ist sicherlich auch unumstritten.

Was das Thema Geschäftsordnung angeht: Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode einen Probelauf beschlossen und durchgeführt, mit dem verschiedene Instrumente eingeführt wurden, die der Belebung des parlamentarischen Prozesses dienen sollten und die auch die tägliche Arbeit hier im Parlament für uns als Abgeordnete, als Kontrolleure der Regierung, aber eben auch für die Öffentlichkeit besser, transparenter und lebendiger machen sollten.

Ich denke, dass wir – Kollege Sckerl hat es bereits ausgeführt – bei den überwiegenden Fragen, bei denen wir uns anfangs

nicht immer einig waren, zu diskursiven, aber zu sehr guten Ergebnissen gekommen sind. Wir haben u. a. das Thema „Selbstbefassungsrecht der Ausschüsse“, die Frage der Öffentlichkeit bzw. Nichtöffentlichkeit der Ausschüsse, obwohl wir da nicht einer Meinung waren, zu einem sinnvollen Ergebnis geführt.

Wir haben ferner auch die Details, die – Kollege Schebesta hat es schon angeführt – in der Vergangenheit als Instrument nicht genügend genutzt wurden, wie die Zwischenbemerkung/Kurzintervention, noch besser nutzbar zu machen versucht, auch hinsichtlich der Abgrenzung zur Zwischenfrage. Wir haben da Regelungen gefunden, die es, denke ich, auch möglich machen, zukünftig, was die Zwischenfrage angeht, hier vorn tatsächlich großzügiger zu sein und nicht auf das Ende der Redezeit zu verweisen und damit nicht zuzulassen, dass die Zwischenfrage zu dem wird, was sie eigentlich ist, nämlich ein Instrument zur Belebung des parlamentarischen Diskurses.

Wenn wir jetzt auf den einzig streitigen Punkt kommen, dann sehe ich das exakt gleich wie Kollege Sckerl von den Grünen: Wir haben bei dem Instrument der Regierungsbefragung definitiv eine starke Verbesserung der Situation für das Parlament und für uns Abgeordnete.

Wenn Sie sich – jetzt werden wir ein bisschen historisch – erinnern, wann und wie diese Regierungsbefragung in die Geschäftsordnung gelangte, dann wird vielen sicherlich noch ein mit großem Unwillen agierender ehemaliger Ministerpräsident Oettinger in Erinnerung sein, der alles andere als begeistert war, als sich damals auch die CDU dazu bereit erklärt hat, dieses Instrument der Regierungsbefragung in die Geschäftsordnung aufzunehmen,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ohne Themennennung haben wir das mitgetragen!)

der sich aber, Herr Kollege Schebesta, gleichzeitig ausbedungen hat – das sollten Sie immer ganz genau noch dazusagen –, dass er sich die erste halbe Stunde hinter einem selbst genannten Thema verschanzen konnte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Das muss keine halbe Stunde sein, wenn das Parlament nicht fragt! Dann ist es in fünf Minuten erledigt!)

In der ersten halben Stunde haben es doch alle Ihre ehemaligen Regierungsmitglieder geschafft, dieses Parlament in den Schlaf zu reden, sodass vom Rest der Regierungsbefragung dann nichts mehr übrig geblieben ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So leicht kann man euch einschläfern!)

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, ist es doch ein erheblicher Schritt zur Verbesserung der Situation des Parlaments, wenn wir jetzt 60 Minuten, eine volle Stunde, die Möglichkeit haben, die Regierung zu befragen.

Jetzt sind wir einmal ganz ehrlich: Wenn Sie als Interesse die Informationsgewinnung für sich als Abgeordnete,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Die Debatte ist im Parlament von Interesse!)

(Andreas Stoch)

für uns als Abgeordnete und für die Öffentlichkeit als zentrales Motiv betrachten, dann können Sie überhaupt nichts dagegen haben, dass derjenige, der am Tag darauf – nach Nennung des Ministers und des Themas – hier steht, Ihnen möglichst genaue Informationen geben kann.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist aber keine Fragestunde! Allgemeine politische Themen!)

Was bringt es mir, wenn ein Minister hierher kommt mit zehn oder 15 Aktenvermerken von zwei Seiten Länge, die er Ihnen dann brav vorliest,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Er soll die Themen draufhaben, nichts vorlesen!)

und dann, wenn es spannend wird, nämlich wenn es um die Nachfragen geht, sagen muss: „Es tut mir leid, ich muss Ihnen das schriftlich beantworten; denn diese Detailkenntnis liegt mir nicht vor, weil es in meinem Haus ein Abteilungsleiter vielleicht viel besser weiß“?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wenn er nicht mehr kann!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie in der Vergangenheit aufgepasst haben – ich spreche von der Zeit bis März 2011 –, ist Ihnen das vielleicht auch aufgefallen: Da hielt ich das immer für ein sehr trauriges Bild, wenn Staatssekretäre oder Minister hier gestanden sind und bereits nach fünf Minuten gesagt haben: „Es tut mir leid, das muss ich Ihnen schriftlich beantworten.“

(Beifall der Abg. Helen Heberer SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist Fragestunde!)

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, glaube ich, dass Sie, wenn Sie hier glaubhaft die Interessen der Öffentlichkeit und des Parlaments vertreten wollen, nicht wegen der Nennung eines Themas die Neuordnung der Geschäftsordnung ablehnen können.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das hat auch niemand behauptet! Das hat niemand gesagt!)

Da führen Sie Ihre eigene Argumentation ad absurdum.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger das Wort.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Zu den Tagesordnungspunkten 6 a, b und c ist eigentlich alles gesagt, nur noch nicht von allen, also auch noch nicht von mir.

Bei der Plenarsitzung am Mittwoch, 23. Mai, habe ich zu den Änderungen des Abgeordnetengesetzes praktische Beispiele genannt, die jetzt durch die Anpassung des neuen Gesetzes auch wirklich praktikabel werden. Die Details, die Herr Kollege Scerl hier genannt hat, kann ich alle unterstützen. Ich glaube, im Namen aller vier parlamentarischen Geschäftsführer, die Ihnen in neun Sitzungen, meist morgens um acht be-

ginnend, sehr konstruktiv einen Vorschlag für das Präsidium und für das Haus gemacht haben, kann ich mit Fug und Recht sagen: Es ist ein echter Fortschritt. Ich sage das auch deshalb, weil ich mich von 1988 bis 1996 – acht Jahre lang – als parlamentarischer Berater auch mit der Geschäftsordnung beschäftigen konnte, zwischenzeitlich in der Regierung Erfahrungen mit der Geschäftsordnung genossen habe und dies – jetzt in der Opposition – in der zweiten Legislaturperiode erlebe. Es ist wirklich ein Fortschritt. All das, was hier im Detail angesprochen worden ist, wurde weitgehend im Konsens, natürlich oft auch in langen Diskussionen, erreicht.

Meine Damen und Herren, wir werden daher dieser Geschäftsordnung und dem Abgeordnetengesetz zustimmen. Auch dem Untersuchungsausschussgesetz, dessen Änderung letztendlich, wie auch schon dargelegt, Sinn macht, wird die FDP/DVP-Landtagsfraktion zustimmen.

Zur Beschlussempfehlung und zum Bericht des Präsidiums bezüglich unserer neuen Geschäftsordnung möchte ich noch anmerken, dass wir, wie gesagt, diesen einen Konsens nicht hinkamen. Ich darf Ihnen, meine Damen und Herren, hier einfach meine ganz persönliche Meinung sagen: Ein Minister oder ein Staatssekretär muss sehr wohl in der Lage sein, insbesondere zu landespolitischen Themen im Parlament spontan und aktuell Auskunft zu geben – natürlich nicht bis ins Detail.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, das sollte er doch!)

Selbstverständlich können wir Parlamentarier nicht eine bis ins Detail gehende Antwort erwarten. Man muss als Mitglied einer Regierung die von Parlamentarierinnen und Parlamentariern zu aktuellen politischen Themen gestellten Fragen jederzeit spontan beantworten können. Das gilt natürlich nicht etwa für die Frage, ob ein Fenster im Staatstheater 1,89 m oder 1,91 m hoch ist. Diese Frage braucht man nicht zu beantworten. Denn dafür gibt es andere Möglichkeiten wie beispielsweise parlamentarische Anfragen und die Fragestunde.

Ich bin glücklich darüber, dass man die Fragestunde auf eine Stunde verlängert hat. Denn hier hat man die Möglichkeit, auch relativ kurzfristig – zwei, drei Tage vorher – ein aktuelles Thema zu hinterfragen. Wichtig ist auch: Man kann nachfragen. Alle Kollegen haben die Möglichkeit, bis zu zwei Nachfragen zu stellen. Es ist, glaube ich, wichtig, dass man dieses Instrument noch stärker nutzt.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich an dieser Stelle bei meinen drei Kollegen bedanken, weil wir – ob von der Opposition oder von den Regierungsfractionen – wirklich sehr gute Kompromisse erzielt haben. Das gilt auch für einige heikle Fragen.

Besonders möchte ich mich noch bei demjenigen bedanken – sicherlich auch im Namen von Ihnen allen hier im Haus –, der für uns die Kärnerarbeit gemacht hat, bei Herrn Ministerialdirigent Finkenbeiner von der Landtagsverwaltung.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Wir werden dem zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen in der Allgemeinen Aussprache keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g**.

Ich lasse zuerst in der Zweiten Beratung über den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes –, Drucksache 15/1726, abstimmen. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 15/1854. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Abgeordnetengesetzes

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 1 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Inkrafttreten

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 2 einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 27. Juni 2012 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit wurde dem Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes einstimmig zugestimmt.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes –, Drucksache 15/1840, zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist es so beschlossen.

(Unruhe – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Völlig klar, Herr Präsident!)

Wir kommen jetzt noch zur Beschlussempfehlung des Präsidiums – Geschäftsordnung des 15. Landtags von Baden-Würt-

temberg –, Drucksache 15/1841. Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1961, vor.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag Drucksache 15/1961 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Präsidiums, Drucksache 15/1841. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Beschlussempfehlung des Präsidiums einstimmig zugestimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Geschäftsordnung wird morgen früh aufgelegt, sodass Sie alle sie morgen früh erhalten. Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich Sie allerdings darauf aufmerksam machen, dass die Änderung der Geschäftsordnung, die Sie soeben beschlossen haben, sofort in Kraft tritt, auch bei den folgenden Tagesordnungspunkten.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Machen wir noch einmal eine Regierungsbefragung!)

– Die können Sie das nächste Mal machen, und das Thema bitte auch vorher benennen.

(Heiterkeit)

Ich möchte nur auf einen Bereich hinweisen, der jetzt aktuell ist, nämlich auf den neuen § 82 a – Zwischenfrage, Zwischenbemerkung (Kurzintervention). Künftig wird die Dauer einer Zwischenfrage nicht mehr auf die Redezeit angerechnet, also sofort ab dem nächsten Tagesordnungspunkt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wenn der Redner eine Zwischenfrage zulässt, wird seine Redezeit angehalten. Der Präsident kann die Redezeit entsprechend der zeitlichen Inanspruchnahme für das Eingehen auf die Frage verlängern.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Volker Schebesta: Mancher gewinnt im Elfmeterschießen, und mancher verliert! – Heiterkeit)

Da wir heute relativ früh Schluss machen wollen, werde ich jetzt keine Bemerkungen zu den Einwendungen machen. Nochmals: Die Zeit wird während der Fragestellung angehalten. Aber danach kann der Präsident sagen: „Das ist eine sehr umfangreiche Antwort, wir verlängern die Redezeit.“ Sie können aber nicht damit rechnen, dass das bei jeder Beantwortung einer Zwischenfrage eine Rolle spielen wird.

(Zuruf von der CDU: Das ist Willkür!)

Wichtig ist: Wenn die Redezeit abgelaufen ist, gibt es ab sofort keine Zwischenfragen mehr. Sie sind nicht mehr zulässig. Auch der Präsident kann sie nicht zulassen. Also ab dem Moment, in dem die Redezeit beendet ist, kann es keine Zwischenfragen mehr geben. Ich kann sie auch nicht zulassen. Das sage ich nur, damit es dann keine Bemerkungen gibt. Das haben Sie jetzt sicherlich alle zur Kenntnis genommen.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Strukturelles Unterrichtsversorgungsdefizit der beruflichen Schulen schneller abbauen – Drucksache 15/614 (geänderte Fassung)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Für die CDU-Fraktion darf ich Frau Abg. Schmid das Wort erteilen.

Abg. Viktoria Schmid CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuallererst wundere ich mich, dass weder die Kultusministerin noch der Staatssekretär anwesend sind. – Da kommt er gerade; das freut mich.

(Beifall bei der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU:
Hallo, Herr Staatssekretär! Aber er weiß nicht, warum es geht! – Unruhe)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort hat Frau Abg. Schmid.

Abg. Viktoria Schmid CDU: Danke. – Wenn eine neue Landesregierung ihre Arbeit aufnimmt, ist es normal, dass sie gewisse Duftmarken setzt. Weniger normal ist es allerdings, wenn diese Duftmarken dem, was Sie noch in Ihrer Oppositionszeit verabschiedet haben, völlig widersprechen. Als Beispiel nenne ich die Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“. SPD und Grüne haben in der letzten Legislaturperiode im Rahmen der Enquetekommission ein Minderheitsvotum verabschiedet. Sie forderten damals die Landesregierung auf, in den nächsten drei Jahren zusätzlich 400 Stellen zu schaffen. Ich zitiere aus der Begründung, weil sie so schön ist:

Die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen ist zu bedeutend, um sie allein von der demografischen Entwicklung und einer daraus resultierenden Rendite abhängig zu machen.

Und:

Wir wollen bereits in der nächsten Legislaturperiode das strukturelle Unterrichtsdefizit vollständig und die Überstundenbugwelle schrittweise ... abbauen.

Dieser Begründung schließe ich mich in weiten Teilen an.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Aber damals nicht!)

– Damals war ich auch noch nicht im Landtag.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Pech gehabt!)

Nicht zuletzt deshalb hatten wir über Jahre hinweg in die Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen investiert. Während im Schuljahr 2000/2001 das Unterrichtsdefizit noch

bei 7 % lag, gelang es, dieses bis zum Schuljahr 2010/2011 auf 4,4 % zu senken.

Sehr geehrte Kollegen von den Regierungsfractionen, was aber machen Sie jetzt? Sie weisen den beruflichen Schulen gerade einmal 680 Lehrerinnen und Lehrer – inklusive derjenigen, die eine Teilzeitstelle haben – zu. Wir reden also nur über etwa 600 neue Stellen. Der tatsächliche Bedarf liegt aber bei etwa 1 100 Stellen. Das heißt, Fehlanzeige beim Abbau des strukturellen Unterrichtsdefizits.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Ein weiterer Punkt, den die Enquetekommission in ihren Handlungsempfehlungen festgeschrieben hat, ist die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung. Klar ist: Etwa die Hälfte aller unserer Studienanfänger erreichen die Hochschulzugangsberechtigung über die beruflichen Schulen und nicht über die allgemeinbildenden Gymnasien.

Beschlossen wurde deshalb, Lehrerstellen, die aus der demografischen Rendite frei werden, zukünftig allein den beruflichen Schulen zuzuweisen. Die Versprechungen im Koalitionsvertrag, nämlich die Benachteiligung der beruflichen Schulen gegenüber den allgemeinbildenden Schulen abzubauen, werden schlichtweg nicht eingehalten. Während an den allgemeinbildenden Gymnasien pro Schüler 1,65 Lehrerwochenstunden zugrunde gelegt werden, liegt der Faktor an den beruflichen Gymnasien lediglich bei 1,6. Das klingt nicht nach einem großen Unterschied, aber den beruflichen Gymnasien werden mit diesem Rechenrick etwa 200 Deputate vorenthalten.

Ich sage Ihnen klipp und klar: Grün-Rot ignoriert seine eigenen Ansprüche und Beschlüsse aus der Enquetekommission.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Um den beruflichen Schulen noch eins mitzugeben, haben Sie, meine Damen und Herren von Grün-Rot, auch noch die schulscharfe Ausschreibung mit dem Argument, man wisse noch nicht, wie sich Schülerströme entwickelten, weitestgehend gestrichen.

Ich muss ganz klar sagen, dass es nicht unsere Idee war, die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung aufzuheben. Im Übrigen hat die Grundschulempfehlung auch keinerlei Einfluss – zumindest nicht unmittelbar – auf die jetzigen Schülerströme in Richtung der beruflichen Schulen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Ich betone an dieser Stelle aber nochmals ganz deutlich die Wichtigkeit der schulscharfen Ausschreibung. Sie gibt den Schulen nämlich die Möglichkeit, Lehrerstellen genau nach Bedarf auszuschreiben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Sie gibt den Quereinsteigern aber auch die Möglichkeit, sich direkt zu bewerben, und sie gibt den Quereinsteigern die Möglichkeit, Arbeitsverträge fristgerecht zu kündigen und so dem Schuldienst rechtzeitig zur Verfügung zu stehen. Sie stärkt aber auch die operative Eigenständigkeit der Schulen und verbessert zugleich die Versorgungslage nachhaltig.

(Viktoria Schmid)

Wenn aber diese Stellen künftig über das Listenverfahren zugewiesen werden, haben Quereinsteiger keine Möglichkeit mehr, rechtzeitig aus ihren Arbeitsverträgen herauszukommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist der entscheidende Punkt! Richtig!)

Sie haben keine Möglichkeit mehr, in Baden-Württemberg rechtzeitig eine Stellenzusage zu bekommen, und wandern dann in andere Bundesländer ab. Das heißt: Wir bilden hier hoch qualifiziertes Personal aus, um es dann an andere Bundesländer zu verlieren. Das kann auch nicht unser Ziel sein.

Was, meine Damen und Herren, bedeutet das für unsere Schulen? Diese erfahren frühestens im Sommer, wie viele Lehrerstellen sie genau bekommen. Erst dann können die Schulen darüber entscheiden, wie viele Klassen sie einrichten können und ob sie gegebenenfalls Klassen mangels Lehrer streichen müssen.

Was bedeutet das für die Schülerinnen und Schüler? Unsere Schülerinnen und Schüler stehen möglicherweise im Sommer auf der Straße. Sie haben dann keine Chance mehr auf eine Lehrstelle oder auf einen Platz an einer anderen Schule. Das ist für einen jungen Menschen kein motivierender Start ins Berufsleben oder in die Ausbildung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Tanja Gönner CDU: Schön, dass auch die Ministerin da ist! – Zuruf: Die Regierung ist jetzt da!)

– Das ist schön.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Bekommen wir jetzt mehr Redezeit, weil sie da ist?)

Für die CDU-Fraktion galt aber immer der Grundsatz: Kein Abschluss ohne Anschluss. Meine Damen und Herren, das strukturelle Unterrichtsdefizit beträgt nach wie vor rund 4 %. Das heißt, an den beruflichen Schulen fehlen etwa 700 Stellen, um einen ungekürzten Unterricht zu gewährleisten. Den Berechnungen des BLV zufolge werden etwa 700 Stellen frei. Da die beruflichen Schulen aber nur etwa 600 Lehrerstellen bekommen, reden wir leider von einer echten Kürzung.

Zum Schluss erlauben Sie mir, Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann zu zitieren. Er hat beim Delegiertentag der GEW zum Thema „Mehr Lehrer einstellen“ gesagt, dass Knappheit zu Kreativität führe. An dieser Stelle stellt sich die Frage, ob unsere Lehrkräfte diese Kreativität nicht doch besser in die Qualität des Unterrichts stecken sollten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Lehmann das Wort.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss Ihnen, Frau Schmid, in einem Punkt recht geben.

(Abg. Georg Wacker CDU: Nur in einem?)

– In einem grundsätzlichen Punkt. – Wir, die damaligen Oppositionsfraktionen SPD und GRÜNE,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das war eine gute Zeit!)

haben in der Enquetekommission sehr weitreichende Forderungen als Minderheitsvoten eingebracht; sie sind abgelehnt worden. Wir haben aber – das gehört mit zur Wahrheit – im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass wir uns für diese Legislaturperiode das Ziel setzen, das strukturelle Unterrichtsdefizit abzubauen und in den Abbau der Bugwelle einzusteigen.

Sie können uns natürlich vorwerfen, dass wir unsere damalige Handlungsempfehlung jetzt nicht in den Koalitionsvertrag geschrieben haben. Aber wir haben – das müssen im Prinzip auch alle Bildungspolitiker akzeptieren – in der Koalition vereinbart, keine neuen Stellen ins System zu bringen, sondern aus dem System die bildungspolitischen Reformen zu finanzieren – eingedenk der Tatsache, dass wir bis zum Jahr 2019/2020 einen ausgeglichen Haushalt brauchen und strukturelle Defizite im Haushalt abbauen müssen. Das ist für alle Bildungspolitiker eine schwierige Aufgabe,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Allerdings!)

aber – ich sage es ganz offen – dem ist das Ganze auch geschuldet.

Aber eines gehört auch zur Ehrlichkeit, Frau Schmid. Als wir im letzten Jahr die Regierung übernommen haben, standen wir vor der Situation, dass Sie in Ihrem Haushalt 2011 711 Stellen gestrichen hatten. Wir haben sie wieder hineingekommen. Das hat dazu geführt, dass allein bei den beruflichen Schulen 139 Stellen im System geblieben sind. Wir haben sie drin gelassen. Diese Stellen haben auch dazu geführt, dass das strukturelle Unterrichtsdefizit auf einem historischen Tiefstand – dieser Stand ist natürlich noch immer viel zu hoch –

(Abg. Viktoria Schmid CDU: Jetzt steigt es halt wieder!)

von 4,1 % ist.

Zu Ihrer Aussage, die CDU habe immer daran gearbeitet, das strukturelle Unterrichtsdefizit abzubauen: Sie sollten sich vielleicht noch einmal einige Zahlen anschauen. Das Defizit betrug 2001 7 %, fiel 2006 auf 4,4 %, ist wieder auf 4,6 % gestiegen – vielleicht war der Berg zu hoch – und lag 2010 bei 4,4 %.

(Zurufe der Abg. Peter Hauk und Viktoria Schmid CDU)

Sie haben der neuen Landesregierung ein Defizit von 4,4 % übergeben. Ich möchte gar nicht auf die Jahre davor zurückblicken. Wenn das eine Anstrengung war, was Sie in den vergangenen zehn, 15 Jahren in diesem Bereich unternommen haben, dann war das jedenfalls keine sehr große.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Lehmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Schmid?

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Ja.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg. Viktoria Schmid CDU: Herr Lehmann, Sie wissen aber schon, dass das strukturelle Unterrichtsdefizit auch von einer Verschiebung der Schülerströme von den Teilzeitschulen in Richtung der Vollzeitschulen ausgegangen ist, was einen etwa dreifachen Ressourcenbedarf mit sich bringt?

(Abg. Georg Wacker CDU: Aha!)

Es ist ja nicht nur Misswirtschaft, sondern es gibt ganz konkrete Gründe dafür.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das weiß er!)

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Das weiß ich.

(Zurufe von der CDU: Aha! – Abg. Viktoria Schmid CDU: Natürlich weiß er das!)

Frau Schmid, ich bin seit 2006 im Landtag. Lesen Sie einmal meine Reden nach. In der ersten Rede, die ich 2006 gehalten habe, habe ich auf diese Problematik hingewiesen.

Darüber, dass das Land im Bereich des Übergangssystems, nämlich der Vollzeitschulen, einen Riesenberg aufgebaut hat, der nicht zu Anerkennung geführt hat, haben wir schon oft gesprochen. Da hat das Land etwas laufen lassen. Ich denke, das war ein großer Fehler.

Wir müssen jetzt – in dieser Frage stehe ich auch beim Ministerpräsidenten – aufgrund der Haushaltssituation durch Strukturreformen auch im Bereich der beruflichen Bildung aus dem System die Synergien heben, um zu einem leistungsfähigen, schlanken, für die jungen Menschen guten System zu kommen und um junge Menschen wieder vermehrt einer dualen Ausbildung zuzuführen.

Da sind die Anstrengungen in den vergangenen Jahren meines Erachtens zu gering gewesen. Wir haben jetzt zu viele junge Menschen in vollzeitschulischen Ausbildungsgängen. Wir müssen sie jetzt motivieren, in eine duale Ausbildung zu gehen. Da müssen wir eine Kehrtwende machen. Wir müssen dieses Übergangssystem reformieren. Der Druck ist jetzt vorhanden – ich denke, er liegt auf allen Bildungspolitikern –, entsprechende Reformen einzuleiten. Ich lade Sie dazu ein, diese Reform konstruktiv zu begleiten. Ich denke, eine der wichtigsten Aufgaben, die wir in den nächsten Jahren im Interesse der jungen Leute hier in Baden-Württemberg haben, ist, ein zukunftsfähiges, robustes Bildungssystem zu haben, in dem keine Bildungsverlierer produziert werden, sondern die nötigen Entwicklungen vorangetrieben werden.

Wir haben auch – das wissen Sie – in den Beratungen des Haushalts für 2012 nicht nur erreicht, dass wir die begonnenen Maßnahmen der Enquetekommission weiterfinanzieren, sondern wir gehen da Schritt für Schritt behutsam weiter vor. Wir werden auch im Hinblick auf die Problemlage, dass wir im Bereich der Berufsfachschulen einen stärkeren Zulauf von jungen Leuten bekommen, die das Berufsvorbereitungsjahr besucht haben, angepasste Angebote machen und sicherstellen, dass mehr Ganztagsangebote, mehr Gruppenteilung, mehr individuelle Förderung aus dem System heraus geleistet werden. Da sind wir dran. Das werden wir tun. Ich glaube, das ist

auch gut so. Denn wir müssen hier viel stärker eine gezielte Förderung einführen.

Das Zahlenspiel, das Sie gemacht haben, muss man ehrlich betrachten. Die hohe Zahl an Neueinstellungen im letzten Schuljahr war natürlich auch auf die Absenkung des Klassenteilers, die weit über 200 Deputate ausmacht, zurückzuführen. Wenn wir hier jetzt – auch das können Sie kritisieren – 640 Deputate neu vergeben und vereinbart haben, dass zusätzlich 100 Referendare für das gymnasiale Lehramt an die beruflichen Schulen abgeordnet werden, können Sie fragen: Warum machen Sie das?

Wir haben aber auch festgelegt – das ist, glaube ich, verantwortungsvoll –, den Referendaren, die jetzt in der ganz schwierigen Situation des Wegfalls des doppelten Abiturjahrgangs ihre Ausbildung beenden, eine berufliche Perspektive zu geben und deswegen hier eine entsprechende Umschichtung vorzunehmen. Diese ist durchaus nicht immer fachlich begründet. Aber sie ist wichtig und auch sachlich begründet, weil es hier auch darum geht, jungen Leuten mit einer guten Ausbildung für das gymnasiale Lehramt eine berufliche Chance zu geben. Ich weiß als Berufsschullehrer, dass viele gern im Bereich der beruflichen Schulen bleiben, weil diese vielleicht etwas weniger anstrengend und viel flexibler aufgestellt sind als die Gymnasien.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ältere Schüler haben sie!)

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kleinböck das Wort.

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! „Strukturelles Unterrichtsversorgungsdefizit der beruflichen Schulen schneller abbauen“ – ein schöner Titel für diesen Tagesordnungspunkt. Es ist vieles dazu gesagt worden.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Lassen Sie mich zwei, drei Aspekte, die nur am Rande angesprochen wurden, noch einmal erwähnen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Die Besonderheiten in diesem Schuljahr mit der Klasse 10 der Werkrealschule oder der Entwicklung der Schülerzahlen in der Berufsfachschule wollten wir. Deshalb haben wir auch die Kritik entsprechend hingenommen. Wir wissen, dass die Entwicklung der Zahl der Schüler in der vollzeitschulischen Ausbildung nicht vor dem Beginn des Schuljahrs bekannt ist.

(Abg. Volker Schebesta CDU: In diesem Jahr ist es doch nicht das erste Mal, dass das so ist!)

Es ist eine Besonderheit der beruflichen Schulen, dass es hier permanent Veränderungen gibt, selbst in das laufende Schuljahr hinein.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist auch das erste Mal!)

(Gerhard Kleinböck)

Damit werden die beruflichen Schulen schon seit vielen Jahren konfrontiert. Ich bin eigentlich ein bisschen enttäuscht, dass es Ihnen nicht gelungen ist, hier mit entsprechenden organisatorischen Maßnahmen die Möglichkeit zu schaffen, schneller zu reagieren.

Fakt ist doch, dass wir trotz der Ergebnisse der Enquetekommission im Jahr 2010/2011 zusätzlich 200 „Bugwellendeputate“ an den beruflichen Schulen aufgebaut haben. Fakt ist doch auch, dass die 157 Deputate, die 2010 bzw. 2011 eingestellt wurden, nur bis 2012 finanziert waren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, es ist natürlich schon ärgerlich, wenn man nicht mehr aus dem Vollen schöpfen kann, sondern es plötzlich heißt: Jetzt müssen wir die Stellen einmal zielgerichtet einsetzen und deshalb mit 60 und 60 Stellen beginnen, um den speziellen Fachkräftebedarf zu sichern. Das ist nach meiner Einschätzung auch weitgehend gelungen – von wegen dramatische Entwicklungen, dass Lehrerinnen und Lehrer in andere Bundesländer abwandern würden: Davon kann ich nicht berichten.

Insgesamt haben wir hier mit den 400 Neu- und den 300 Altbewerbern schon heute eine Einstellungssituation – schauen Sie sich einmal die Zahlen der Einstellung an –, die wir durchaus als gut bezeichnen können. Es ist sogar so, dass Lehrerinnen und Lehrer aus den Nachbarländern in Baden-Württemberg eine Anstellung finden. Ich selbst habe einen Lehrer abgegeben, der im neuen Schuljahr in Baden-Württemberg unterrichtet wird.

Trotzdem bleibt festzustellen, meine Damen und Herren, dass die Berufsschulen insgesamt keine herausragende Lobby haben. Vielleicht erinnern Sie sich, dass wir alle vor einigen Tagen eine E-Mail von einem großen Ausbildungsbetrieb bekommen haben, in der auch diese Dramatik der Entwicklung hinsichtlich der Unterrichtsversorgung beschrieben wird. Ich kann mich nicht erinnern, dass ich in den 35 Jahren, in denen ich in der Berufsbildungspolitik tätig bin, eine solche E-Mail erhalten oder davon Kenntnis erlangt hätte, wonach das Unterrichtsdefizit 7 bis 8 % beträgt und bei manchen Schulen, wie wir es in der Enquetekommission gehört haben, noch höher liegt.

Sie haben doch dieses strukturelle Defizit seit Jahrzehnten kultiviert. Wenn Sie jetzt die Erwartung formulieren, dass wir innerhalb eines Jahres alle Probleme lösen, muss ich Ihnen ganz offen sagen, dass wir das nicht hinbekommen werden. Insofern bitte ich darum, dass wir uns an dieser Stelle in Geduld üben.

Die Rückfragen bei den beruflichen Schulen ergeben auch, dass sich von den Bedenken, die wir vor zwei, drei Monaten noch gehört haben, vieles stark relativiert hat. Bei den Schulen, mit denen ich gesprochen habe, ist eine große Zuversicht gegeben, dass das Ganze zielgerichtet weiterlaufen wird.

Insofern denke ich: Es gab viel Aufregung. Es ist auch okay, dass wir bei Punkten, die wir ändern wollen, zunächst in der Kritik stehen. Aber ich denke, das haben wir ganz gut ausgehalten, und die beruflichen Schulen wissen, dass wir an ihrer Seite sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jede Revolution hat ihre Gewinner und ihre Verlierer. Da Grün-Rot nun begonnen hat, innerhalb eines Jahres das baden-württembergische Bildungswesen mit aller Macht umzugraben,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Oh Gott! Was für eine maßlose Übertreibung!)

wird es unter den Schulen wie unter den Schülern Gewinner und Verlierer geben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Schlimm für einen Liberalen ist bei diesen Umgrabungsarbeiten von Grün-Rot vor allem, dass sich die Gewinner nicht im Laufe des Turniers unter fairen Wettbewerbsbedingungen herausstellen, sondern Grün-Rot vor allem die Sieger schon von vornherein festgelegt und die Wettbewerbsbedingungen so einseitig zu deren Gunsten manipuliert hat, dass den Gemeinschaftsschulen gar nichts anderes übrig bleibt, als nachher auf dem Siegereppchen zu stehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Klasse! – Abg. Andreas Stoch SPD: Das wird ein bisschen Märchen!)

Ebenso schlimm ist es, dass Grün-Rot so tut, als gäbe es in Ihren Spielen nur Gewinner. Das ist nach Auffassung der FDP/DVP unredlich, weil Sie den Bürgerinnen und Bürgern in Baden-Württemberg Sand in die Augen streuen.

Der vorliegende Antrag der CDU richtet nun den Blick auf einen der großen Verlierer der grün-roten Umwälzungsarbeiten, auf die beruflichen Schulen. Denn für die beruflichen Schulen wurde nicht nur nicht das Optimum des Möglichen getan, sondern die beruflichen Schulen sind auf der grün-roten Prioritätenliste ganz weit nach hinten gerutscht.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Dr. Kern, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Nein.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Er pflegt lieber weiter seine Vorurteile!)

Das lässt sich auch ganz einfach belegen: Die FDP/DVP hat in den Haushaltsberatungen im Frühjahr den Antrag gestellt, die 133 für die Teiltrückkehr zum neunjährigen Gymnasium notwendigen Stellen besser für den Ausbau der beruflichen Gymnasien vorzusehen, als die entsprechenden Ressourcen für die feigenblattartige Erfüllung eines wohlfeilen Wahlversprechens einzusetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zurufe von den Grünen: Keine Ahnung! – Weitere Zurufe von den Grünen und der SPD)

(Dr. Timm Kern)

Nun könnte man sagen: Okay, das ist ein Oppositionsantrag; den muss man ablehnen, weil er eben von der falschen Seite kommt. Ich frage mich aber: Wie steht es um Ihre eigenen, selbst gesteckten Ziele? Frau Kollegin Schmid hat hierzu bereits etwas gesagt: Wenn nach Auffassung der Enquetekommission „Berufliche Schulen“ 900 Lehrerstellen in den beruflichen Schulen fehlen und Sie in einem weiter gehenden, rot-grünen Minderheitsvotum auf die Bereitstellung der Ressourcen drängten, dann müsste es Ihnen doch ein inneres Bedürfnis sein, diese Bedarfslücke jetzt zu schließen.

Das strukturelle Unterrichtsdefizit hält sich aber konstant bei 3 % und zum Teil sogar bei über 4 %. Die Bugwelle der Lehrerwochenstunden ist auch in diesem Jahr wieder um 200 Deputate auf aktuell 1 860 Deputate gewachsen,

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Wer hat das zu verantworten?)

und es werden noch immer viele Bewerberinnen und Bewerber, z. B. für die beruflichen Gymnasien, aus Kapazitätsgründen – und nicht wegen ihrer Noten – abgewiesen.

Wenn Sie aber weder auf die FDP/DVP noch auf sich selbst hören mögen, dann sollten Sie wenigstens aufhören, wenn der in Baden-Württemberg mit sechs Produktionsstätten ansässige Weltkonzern Daimler die Attraktivität der dualen Ausbildung durch den Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen gefährdet sieht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Man muss kein Seismologe sein, um zu spüren, dass solche Aussagen von einem Ausbildungsbetrieb dieser Größenordnung nicht routinemäßig als kleines Beben abgetan werden können, sondern eher schon eine bedrohliche Erdbewegung anzeigen.

Sie werden einwenden, dass Sie kurzerhand 100 Lehrer zusätzlich für drei Jahre an die beruflichen Schulen abordnen werden. Das Instrument der Abordnung ist in besonderen Fällen sicherlich wichtig. Aber warum werden hier nicht stattdessen Stellen zugewiesen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Hierfür gibt es nur eine Erklärung: Man bildet Provisorien, um im Bedarfsfall Ressourcen für andere, große Vorhaben zur Verfügung zu haben.

Denn bei genauerem Hinschauen ist die Gemeinschaftsschule die strukturelle Haupttrivale der beruflichen Schulen. Sie bietet alle allgemeinbildenden Schulabschlüsse an und verzichtet dabei vollständig auf eine Differenzierung nach Leistungsniveaus. Dabei sind gerade die Vielfalt und Differenzierung, verbunden mit einer hohen Durchlässigkeit, der Markenkern unseres beruflichen Bildungswesens, das sich weltweit zu einem wahren Exportschlager entwickelt hat und das wie kaum ein zweites Bildungssystem das Prinzip „Aufstieg durch Bildung“ verkörpert.

Durch Ihre Schulpolitik bringen Sie junge Generationen um ihre Aufstiegs- und Bildungschancen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja-wohl!)

Zum Schluss appelliere ich an Sie: Lösen Sie sich von der pädagogisch einseitigen Fixierung auf die Binnendifferenzierung in einer Lerngruppe! Gerade auch die äußere Differenzierung in verschiedene Schularten und damit eine vielfältige Palette von Lernangeboten, wie sie für die beruflichen Schulen so typisch ist, bringt erhebliche Chancen für den einzelnen jungen Menschen. Fördern Sie neben der Binnendifferenzierung auch die äußere Differenzierung. Wenn Sie es mit der individuellen Förderung wirklich ernst meinen, gibt es zu diesem Weg keine Alternative.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Warminski-Leitheußer das Wort.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich dafür entschuldigen, dass ich den Beginn der Debatte versäumt habe. Ich hatte ein Pressegespräch in einem Raum, in den die Debatte nicht übertragen wurde, und deshalb habe ich erst mit Verspätung vom Beginn der Debatte erfahren. Frau Abg. Schmid, betrachten Sie dies bitte nicht als persönliche Missachtung.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich würde die Entschuldigung nicht annehmen! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dafür gibt es Mitarbeiter! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, hören Sie sich doch die Entschuldigung an. Es ist doch schön, wenn sich eine Ministerin für so etwas überhaupt entschuldigt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Im Übrigen wollte ich Frau Abg. Schmid versichern, dass dies nicht als persönliche Missachtung verstanden werden soll. Frau Schmid, Sie wissen, ich schätze Sie als Gesprächspartnerin, auch wenn wir nicht immer einer Auffassung sind.

Ich hoffe aber, ich habe die wesentlichen Argumente sozusagen noch im Laufen mitbekommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die beruflichen Schulen in Baden-Württemberg leisten zweifellos eine sehr gute Arbeit. Wir haben eine Vielzahl unterschiedlicher Ausbildungsangebote, eine hohe Praxisnähe mit guten Kontakten zu den Betrieben; wir haben immer eine sehr zeitnahe Orientierung an den tatsächlichen Anforderungen in der Arbeitswelt, und wir haben sehr engagierte Lehrerinnen und Lehrer, gerade im beruflichen Bereich. Das zeichnet in der Tat das berufliche Schulwesen in Baden-Württemberg aus, mit einem sehr guten Ruf über unsere Landesgrenzen hinweg.

Natürlich leisten die beruflichen Schulen auch einen wichtigen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit; das ist heute schon verschiedentlich angesprochen worden. Denn es ist

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

auch klar, dass viele junge Menschen aus bildungsfernen Milieus an den beruflichen Schulen zu einer Hochschulzugangsberechtigung kommen.

Wir sind international vorbildlich, insbesondere was die duale Ausbildung angeht; wir sind eines der Länder, die im deutschsprachigen Raum immer wieder als besonderes Vorbild betrachtet werden. Das ist ein gutes Pfund.

Wir, die Landesregierung, arbeiten sehr intensiv daran, dass die beruflichen Schulen so ausgestattet sind, dass sie ihre Arbeit auch tatsächlich gut erfüllen können. Wir haben aber – das kann ich Ihnen an dieser Stelle nun wirklich nicht ersparen – eine sehr schwierige Situation vorgefunden. Die langjährige strukturelle Unterversorgung der beruflichen Schulen ist ein Problem, das die vorherige Landesregierung zu verantworten hat. Wir gehen dieses Problem konsequent an.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Bei Übernahme der Regierungsverantwortung hatten wir eine strukturelle Unterversorgung von rund 4,4 %. Das heißt, 4,4 % aller Stunden an beruflichen Schulen fielen von vornherein aus. Es hat zunächst einmal nichts mit erkrankten Lehrern zu tun, wenn die Stunden gar nicht erst mit entsprechenden Kapazitäten hinterlegt sind. Das ist eine Situation, die völlig eindeutig zulasten der Schülerinnen und Schüler ging. Das war eine Gefährdung der Zukunftschancen der jungen Generation, weil Sie das Problem nicht angegangen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Seit dem Schuljahr 2006/2007 – ich habe mir die Linie noch einmal angeschaut – liegt das strukturelle Defizit an den beruflichen Schulen bei 4,4 %. Davor lag es teilweise noch darüber. Daran sieht man, dass Sie in den letzten fünf Jahren keinen Schritt weitergekommen sind. Wenn Sie also heute die Forderung in den Raum stellen: „Macht es schneller!“, dann ist doch die Frage berechtigt: Warum haben Sie denn nichts getan? Warum sind Sie nicht schneller vorangekommen?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Da war die Qualität noch nicht da!)

In dem ersten Jahr unter der neuen Regierung ist die strukturelle Unterversorgung an den beruflichen Schulen immerhin auf 4,1 % gesunken. Das heißt, wir tun etwas in kleinen Schritten, und wir werden auch weiter etwas tun. Wenn Sie in den letzten fünf Jahren in dem gleichen Tempo gearbeitet hätten, dann wären wir heute bei einem strukturellen Unterrichtsdefizit von 2,6 %.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Toll!)

Das muss man einmal ganz klar sagen. Das heißt, wenn Sie sich auf den Weg gemacht hätten, dann hätten wir heute eine andere Situation.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Warten Sie mal den September ab!)

Wir handeln, und Sie stellen Forderungen in den Raum, obwohl Sie in den letzten fünf Jahren nichts getan haben.

Wir halten an dem Ziel fest, das strukturelle Defizit an den beruflichen Schulen weiter abzubauen. Sie wissen, dass das aufgrund der Haushaltslage nur in kleinen Schritten möglich ist.

Wir haben in diesem Haushaltsjahr weitere 100 Deputate zum Abbau der strukturellen Unterversorgung zur Verfügung gestellt. Die zusätzlichen 50 Eingangsklassen an den beruflichen Gymnasien ermöglichen auch mehr Chancengerechtigkeit. Denn die jungen Menschen, die keine Klassen vorfinden, finden damit auch keinen Platz an den beruflichen Schulen. Dieses Problem gehen wir an. Sie haben das bisher auch nicht getan.

Die damalige Landesregierung hat jungen Menschen den Weg zu den beruflichen Gymnasien versperrt. Wenn wir nicht gleich nach Übernahme der Regierungsverantwortung 139 Stellen, die zur Sperrung vorgesehen waren, entsperrt hätten – Sie können sich daran erinnern; das haben wir gleich im Vierten Nachtrag getan –, dann wären auch diese Stellen weggefallen. Deshalb ist es aus meiner Sicht unzulässig, davon zu reden, wir würden beim Abbau des Defizits nicht weiterkommen. Ganz im Gegenteil: Wir tun etwas.

Meine Damen und Herren, die Sanierung wird aber nicht auf Kosten der Lehrerinnen und Lehrer erfolgen. Das heißt, wir bauen nicht das strukturelle Defizit ab, indem die Bugwelle weiter ansteigt. Auch das ist ein völlig unredliches Verfahren. Man muss dann schon ehrlich sein. Deshalb stehe ich auch dazu, dass wir zunächst einmal das strukturelle Defizit – übrigens auch an den Sonderschulen – konsequent angehen und abbauen. Wir müssen uns in kleineren Schritten um die Bugwelle kümmern; denn wir müssen verhindern, dass weiterhin Bugwellen in dieser Größenordnung entstehen.

Um es noch einmal zu verdeutlichen: Eine Bugwelle bedeutet, dass wir Schulden gemacht haben, Schulden bei den Lehrerinnen und Lehrern. Wir haben allein 1 600 Deputate Schulden bei den Lehrerinnen und Lehrern an den beruflichen Schulen. Das sind Summen, die wir in den nächsten Jahren zurückzahlen müssen. Wenn wir die 1 300 Deputate, die wir als Bugwelle an den Sonderschulen haben, hinzurechnen, dann ergibt das noch einmal 180 bis 200 Millionen €, die wir da zurückzahlen müssen.

Sie haben also Schulden gemacht, ohne einen Tilgungsplan aufzustellen. Auch das gehen wir an.

(Abg. Georg Wacker CDU meldet sich. – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident!)

– Ich möchte zunächst einmal meine Ausführungen zu Ende führen, Herr Präsident. – Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass das strukturelle Defizit abgebaut wird, und zwar ohne dass die Bugwelle weiter anwächst.

Jetzt kommen wir zu den Einstellungen in diesem Jahr. Meine Damen und Herren, ich wiederhole noch einmal etwas, was ich an dieser Stelle schon mehrfach gesagt habe: Wir hatten in diesem Jahr eine Sondersituation. Wir hatten aufgrund der bildungspolitischen Veränderungen keine verlässlichen Informationen darüber, wie die Schülerströme sind. Deshalb haben wir einmalig, nur für dieses Jahr, die Einstellungspraxis an den beruflichen Schulen verändert. Es ist absolut richtig, so vorzugehen, wenn man sorgfältig mit Ressourcen umgeht. Wir

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

haben die Einstellungen deshalb schwerpunktmäßig auf das Listenverfahren konzentriert. Auch das ist richtig. Im nächsten Jahr wird es wieder anders laufen.

Um das auch noch einmal explizit zu sagen: Wir haben jetzt insgesamt 640 wissenschaftliche und zehn technische Lehrer an den beruflichen Schulen einstellen können. Das ist eine sehr gute Zahl. Zusätzlich werden wir aus dem Einstellungskontingent der Gymnasiallehrer 100 Abordnungen an die beruflichen Schulen vornehmen. Auch dadurch werden die beruflichen Schulen deutlich unterstützt.

Insgesamt ist damit die Situation an den beruflichen Schulen nicht schlechter als bisher, sondern besser als bisher. Es hilft gar nichts, wenn Sie das immer wieder leugnen. Wir gehen Probleme, die Sie hinterlassen haben, konsequent an.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Meine Damen und Herren, es ist völlig klar – ich sage es noch einmal in aller Deutlichkeit –, dass wir, die Landesregierung, natürlich in der Verantwortung stehen, sehr sorgfältig mit den Ressourcen umzugehen, und zwar vor dem Hintergrund einer Schuldenbremse, die einzuhalten ist, und vor dem Hintergrund von Altlasten, die Sie hinterlassen haben. Deshalb gehen wir auch bei Einstellungen sorgfältig mit Entscheidungen um. Das ist der richtige Weg. Die Lehrerinnen und Lehrer haben das im Ergebnis auch verstanden, weil sie nämlich gesehen haben, dass das Ergebnis den Interessen der beruflichen Schulen gerecht wird.

(Abg. Georg Wacker CDU meldet sich.)

Im Ergebnis heißt das: Die strukturelle Unterversorgung wird weiter konsequent abgebaut. Wir werden uns auch um die Bugwelle kümmern, wenn auch nur in sehr kleinen Schritten; denn etwas anderes wird nicht möglich sein.

Im Übrigen werden wir die beruflichen Schulen weiterhin dabei unterstützen, dass sie ihre Arbeit gut machen können und dass nachfragegemäß insbesondere an den beruflichen Gymnasien auch die Klassen entstehen können, die erforderlich sind, damit tatsächlich alle jungen Menschen diesen Bildungsweg beschreiten können.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Ministerin, lassen Sie zum Schluss noch eine Frage zu?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Ja, natürlich.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Wacker.

Abg. Georg Wacker CDU: Frau Ministerin, Sie sprachen von einer günstigen Prognose bezüglich des Einstellungsverfahrens vor dem Hintergrund, dass die schulscharfen Ausschreibungen so gut wie nicht stattgefunden haben und dass Sie sehr spät mit dem Hauptzuweisungsverfahren begonnen haben. Können Sie zusagen, dass die beruflichen Schulen in Baden-Württemberg zu Beginn des neuen Schuljahrs tatsächlich auch

die Ressourcen bekommen, die sie brauchen, um mit einer guten Unterrichtsversorgung mit dem regulären Unterricht beginnen zu können?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Sie sprechen jetzt an, ob ich tatsächlich garantieren kann, dass dann noch ein Lehrer für ein Spezialgebiet gefunden werden kann. Das sprechen Sie an.

(Abg. Georg Wacker CDU: Nein! Ich habe die Frage, denke ich, präzise formuliert, Frau Ministerin!)

Wenn Sie die Ressourcen ansprechen, dann kann ich nur sagen: Ja, die beruflichen Schulen werden in die Lage versetzt, ihre Arbeit gut zu machen – ganz klarer Fall.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Keine weiteren Fragen.

Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Schmid.

Abg. Viktoria Schmid CDU: Ich möchte gern noch einen Punkt ansprechen, der bisher nicht angesprochen wurde, und zwar geht es nochmals um eine Handlungsempfehlung der Enquetekommission, nämlich um die dynamische Standortoptimierung beruflicher Schulen zur Vorbereitung auf die demografische Entwicklung.

Wir wissen auch, dass die Schülerzahlen aufgrund der demografischen Entwicklung zurückgehen. Das vorneweg. Trotzdem war es das einhellige Ziel der Enquetekommission, dass das Land gemeinsam mit den betroffenen Schulträgern, mit Vertretern aus der Wirtschaft, Vertretern der Kammern und Innungen und den Schulleitern nach Lösungen suchen wollte. Erreicht werden sollte eine möglichst flächendeckende, betriebs- und wohnortnahe Beschulung vor allem im dualen System.

Denn klar ist auch: Kurze Wege erleichtern den Auszubildenden die Berufsausbildung in Schule und Betrieb und erleichtern die Entscheidung für einen dualen Ausbildungsberuf. Die Betriebe haben so die Chance, einfacher und schneller Auszubildende zu gewinnen, sobald sich die Schule in der Nähe befindet. Kosten kann man senken. Die Ausbildungskosten sind sowohl für den Betrieb wie für den Auszubildenden geringer, und auch eine auswärtige Unterbringung kann so vermieden werden.

Ganz grundsätzlich gilt, dass die beruflichen Schulzentren ein wichtiger Faktor für die gesamte Wirtschaft sind. Das gilt insbesondere auch für den ländlichen Raum.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Jetzt wurde heute schon mehrfach ein Brief von der Daimler AG erwähnt. Ich möchte daraus ganz gern einen Satz von Herrn Dr. Lothar Ulsamer zitieren:

Die späte Information der jeweiligen Schulleiterinnen und Schulleiter über die Personalversorgung ist aus unserer Sicht ein unhaltbarer Zustand. Einzelne Ausbildungsgänge oder Ausbildungsklassen können so unter Umständen nicht zustande kommen.

(Viktoria Schmid)

Ich finde, das ist schon eine klare Aussage dazu, welche Sorgen sich auch die Wirtschaft im Moment macht.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Lehmann? – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Vielen Dank, Frau Schmid. – Eines sollten wir sicher klarstellen, und hier sollten wir keine Verunsicherung entstehen lassen: Ein Jugendlicher, der einen Ausbildungsvertrag bei Daimler, bei Bosch oder wo auch immer unterschreibt, wird an einer beruflichen Schule in Baden-Württemberg entsprechend den Klassen ein Angebot bekommen. Diese Aussage, die ich jetzt schon mehrfach gehört habe, dass duale Ausbildungsverträge nicht zustande kommen können, weil der Berufsschulunterricht als Pflichtaufgabe nicht erfüllt werde, ist untragbar. Ich finde es auch ärgerlich, muss ich sagen, wenn Vertreter von Betrieben das sagen; denn das stimmt einfach nicht. Das gehört zum Kerngeschäft einer jeden beruflichen Schule.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege, wie lautet denn die Frage?

(Heiterkeit)

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Meine Frage ist, ob Ihnen bekannt ist, dass es hier keine Wahlfreiheit wie im Berufskolleg gibt, sondern dass es in der dualen Ausbildung ein Pflichtangebot ist.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg. Viktoria Schmid CDU: Ja, das ist mir schon bekannt. Aber wir haben auch die Tatsache, dass wir im Land natürlich eine ganz große Zahl von Schulen haben, die extrem wenig Schüler haben. Wie wollen Sie damit umgehen? Wollen Sie irgendwann einmal sagen: „Weil man finanziell an eine Grenze kommt, machen wir diese Schulen dann zu“? Dann kommt eben schon der Tatbestand zum Tragen, dass Schüler 20, 25 oder noch mehr Kilometer fahren müssen, damit sie in eine Berufsschule gehen können.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber wir können doch keine Zwergschulen als Berufsschulen unterhalten!)

– Das sage ich doch. Das ist natürlich genau der Punkt, an dem man schon darüber reden muss: Was passiert dann? Das heißt dann, wenn man Zwergschulen, wie Sie sie nennen, streicht, dann müssen die Schüler entsprechend weit fahren. Das ist der Punkt, den ich eben angesprochen habe.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der Kollege Schmiedel hat keine Frage gestellt! Weitermachen! Der soll eine Frage stellen, wenn er etwas wissen will! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang ganz gern auch den Staatssekretär zitieren, der im „Acher- und Bühler Boten“ vom 12. Juni 2012 mit folgenden Worten wiedergegeben wird:

Die Landesregierung will vor dem Hintergrund rückläufiger Schülerzahlen bei den beruflichen Schulen das Au-

genmerk auf den Erhalt solcher Standorte richten, die einen vernünftigen Ressourceneinsatz dokumentieren.

Und:

Wir müssen künftige Angebote so steuern, dass wir eine Verzettelung der Standorte vermeiden.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Was ist daran schlecht?)

Genau das impliziert, dass entgegen der Empfehlungen der Enquetekommission Standortentscheidungen durch das Kultusministerium vom grünen Tisch aus, und zwar ohne Einschluss der Fachleute, getroffen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Kollegin, gestatten Sie je eine Zwischenfrage der Frau Abg. Boser und des Herrn Staatssekretärs Dr. Mentrup?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein, nur Abgeordnete dürfen fragen!)

– Ja. Ich wollte ihn nur genau definieren.

(Heiterkeit)

Bitte, Frau Kollegin Boser.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Frau Kollegin Schmid, herzlichen Dank, dass Sie meine Zwischenfrage zulassen.

Ist Ihnen bekannt, dass es auch Ausbildungsgänge gibt, die bei Auszubildenden auf wenig Nachfrage stoßen, und dass dadurch eine Verschiebung von Klassen stattfindet? Beispielsweise gibt es im Druckereibereich nur eine Klasse für ganz Baden-Württemberg.

Die zweite Frage: Wollen Sie dann, dass trotz des Rückgangs der Nachfrage in einzelnen Ausbildungsberufen an jedem Standort eine Klasse für den einzelnen Ausbildungsberuf vorgehalten wird?

Abg. Viktoria Schmid CDU: Danke für die Frage. – Zu Ihrer ersten Frage: Das ist mir bekannt. Zu Ihrer zweiten Frage: Es geht eben auch um Berufsbilder wie z. B. das des Goldschmieds in Pforzheim, für die nur an einem Standort ausgebildet wird. Wenn man so etwas streicht, ist eben die Frage: Was passiert mit einem ganzen Ausbildungsgang?

(Zurufe von den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zwischenfrage, bitte, Herr Abg. Dr. Mentrup.

Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Sind wir uns einig, dass es keinen einzigen Berufsschulstandort in Baden-Württemberg gibt, der unter das Etikett „Zwergschule“ fallen würde und bei dem es jetzt um die Existenz des Standorts ginge? Vielmehr diskutieren wir hier darüber,

(Abg. Winfried Mack CDU: Haben Sie eine Ahnung! Schauen Sie einmal in Ihre Bücher!)

wie wir das vernünftig steuern, sodass es nicht an jedem Standort kleinste Gruppen für denselben Ausbildungsberuf gibt. Das meinte ich mit „Verzettelung“.

(Dr. Frank Mentrup)

(Abg. Winfried Mack CDU: Keine Ahnung hat der Mann! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Gehen Sie einmal in den Kreistag, zu den Berufsschulen!)

Die zweite Frage: Sind Sie auch mit mir der Meinung, dass die regionale Schulentwicklung, wie sie etwa vom Regierungspräsidium Karlsruhe im Bereich der Berufsschulen sehr erfolgreich unternommen wird, genau der Umsetzung der von Ihnen vorgetragenen Forderung der Enquetekommission entspricht und daher von Entscheidungen am grünen Tisch in Stuttgart nicht die Rede sein kann?

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte.

Abg. Viktoria Schmid CDU: Gerade der Begriff „Zwergschule“ kam von Ihrer Fraktion und nicht von mir. Es ist bekannt, dass es im Land eine ganze Menge ganz kleiner Klassen gibt. Wir müssen schon darüber nachdenken, was mit ihnen passiert. Da kann man nicht einfach von oben herab am Tisch entscheiden, ob man sie streicht oder nicht.

(Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gut!)

Vielmehr muss man flächendeckend mit einem durchgängigen Plan agieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Insbesondere nicht am grünen Tisch!)

Ich wollte an dieser Stelle noch einmal auf die Bedeutung der Enquetekommission hinweisen und dafür plädieren, ihre Handlungsempfehlungen umzusetzen, so, wie sie in der letzten Legislaturperiode auch einhellig verabschiedet wurden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kleinböck das Wort.

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Lieber Kollege Dr. Kern, ich weise noch einmal darauf hin, dass die Bugwelle, diese 1 800 Stellen, von Schwarz-Gelb zu verantworten ist. Darin haben wir keine Aktien.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das muss einfach noch einmal gesagt sein.

Frau Schmid, wir haben uns in der Enquetekommission – ich war Mitglied der Enquetekommission – darauf verständigt, wohnortnah Schulstandorte zu erhalten. Das war unsere Vereinbarung. Wir hatten uns auch darauf verständigt, gemeinsam mit den Kammern zu entscheiden, wie diese Schulentwicklung aussehen wird.

Der Prozess wird nicht aufzuhalten sein, dass wir bei 348 Ausbildungsberufen in dem einen oder anderen Ausbildungsberuf sinkende Schülerzahlen haben. Wir haben schon heute die Situation, dass wir Bezirksfachklassen, Landesfachklassen und in manchen Ausbildungsberufen auch Bundesfachklas-

sen haben. Diesen Prozess wird der Landtag von Baden-Württemberg sicher nicht aufhalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Dr. Kern, Sie haben noch eine Sekunde Redezeit.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das wird knapp!)

– Das wird knapp. Bis Sie am Rednerpult sind, ist die Zeit vorbei; tut mir leid. Bei fünf Sekunden hätten wir starten können.

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Der Antrag Drucksache 15/614 (geänderte Fassung) ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 7 erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Einstellungsmöglichkeiten der Anwärter für das Lehramt am Gymnasium zum Schuljahr 2012/2013 – Drucksache 15/1094 (geänderte Fassung)

b) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Einstellungsmöglichkeiten der Anwärter für das Lehramt am Gymnasium zum Schuljahr 2012/2013 – Version 2.0 – Drucksache 15/1182 (geänderte Fassung)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Röhm das Wort.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Antwort auf die beiden Anträge ist für uns persönlich eine Unverschämtheit. Die grün-rote Landesregierung ist nicht einmal bereit, auf parlamentarische Initiativen demokratisch legitimer Fraktionen berechnete Auskünfte zu geben. Dazu muss ich feststellen, dass es mit der von Ihnen selbst beanspruchten Bürgerregierung, die in erster Linie vorgibt, auf Transparenz und Offenheit zu setzen, in diesem Fall nicht weit her ist. Selbst die zweite Chance mit einem fast identischen zweiten Antrag nutzt das Kultusministerium nicht, um die offenen Fragen zu klären. Deshalb wende ich mich noch einmal an die Frau Kultusministerin und erwarte, in diesem Hohen Haus eine zumindest ausreichende Antwort auf die gestellten Fragen zu bekommen.

Ein kurzer Rückblick auf die Fakten: Zunächst werden den landesweit rund 360 Gymnasien nicht einmal 100 Stellen zur Ausschreibung zugewiesen. Erst nach Befassung hier am

(Karl-Wilhelm Röhm)

23. Mai ist das Kultusministerium bereit, seine restriktive Haltung gegenüber den Gymnasien ein klein wenig aufzuweichen. Aber es werden nur etwas mehr als 650 Stellen für die rund 2 800 Bewerber auf ein Lehramt am Gymnasium bereitgestellt. Das heißt, meine Damen und Herren, dass nur ca. 25 % der Bewerber eine Anstellung bekommen können; der Rest bleibt auf der Straße. Gut ausgebildete Lehrkräfte – wir haben es bereits gehört – wandern ab. Dabei wissen Sie alle schon heute, dass uns in naher Zukunft diese hoch qualifizierten Kolleginnen und Kollegen fehlen werden.

Aber es kommt noch besser: Die Hälfte davon erhält keine Anstellung am Gymnasium – der Schulart, für die sie ausgebildet sind. Rund 60 junge Lehrerinnen und Lehrer werden vor die Wahl gestellt: Gemeinschaftsschule oder Arbeitslosigkeit. Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Kann man nur mit solchen Methoden Gymnasiallehrer für die Gemeinschaftsschule gewinnen, Herr Lehmann? Das ist ein gewisses Maß an Erpressung.

(Zurufe)

Wie sieht es mit der Unterrichtsversorgung generell aus? Erstens: Die weitere, von Ihnen versprochene Absenkung des Klassenteilers ist auf Eis gelegt. Zweitens: Ergänzungsbereiche – Chöre, Theater, Sportangebote, Förderangebote, Arbeitsgemeinschaften usw. – sind bereits reduziert. Drittens: In der Planung für das kommende zweite von Grün-Rot verantwortete Schuljahr 2012/2013 spricht die Ministerin nur noch von Pflichtunterricht. Den Ergänzungsbereich hat sie hier in diesem Haus als Kür bezeichnet, die man nicht unbedingt braucht. Frau Ministerin, damit – das sage ich Ihnen hier in aller Klarheit – degradieren Sie unsere Gymnasien zu reinen Bildungsanstalten. Damit sind wir keinesfalls einverstanden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich habe natürlich, wie wir alle, für diese Vorgehensweise eine plausible Antwort: Die Gemeinschaftsschule und weitere ideologisch motivierte grün-rote Projekte verbrauchen sozusagen genau diese Stunden. Stellen Sie sich einmal vor, es kommen noch Hunderte dazu. Dazu brauchen Sie weitere Ressourcen, und dafür treffen Sie schon heute Vorsorge.

Das sind alles Folgen Ihrer unausgegorenen Bildungspolitik, die mit warmen Worten von Stabsstellenleiter Zeller als moderne Bildungspolitik und gar als sozial gerecht verkauft wird. Zeller – das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen – bezeichnet die Gymnasien als Relikt aus der Ständegesellschaft und bezeichnet unsere Schulstruktur als undemokratisch. Frau Ministerin, dies bleibt von Ihnen völlig unwidersprochen. Das finde ich skandalös.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wie sieht das am Gymnasium konkret aus? Die Gymnasien haben im Hauptverfahren kaum Stellen zugewiesen bekommen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Zwar sollen letztlich etwas mehr als 650 Gymnasiallehrer eingestellt werden, aber die guten Referendare sind bis dahin

weg; sie sind in den benachbarten Bundesländern und stehen uns dann nicht mehr zur Verfügung.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die Realschulen, meine Damen und Herren, bekommen als Feigenblatt zusätzlich 200 Deputate. Dabei sind bereits über 100 Deputate für die Kompetenzanalyse abzuziehen. Umgerechnet sind das gerade einmal 20 Minuten je Klasse.

Der zusätzliche Bedarf von 4 % durch die erhöhte Übergangsquote ist dabei überhaupt nicht eingerechnet. Über die desolate Situation an den beruflichen Schulen haben wir soeben gesprochen. Die Kollegin Viktoria Schmid hat die Zahlen sehr anschaulich dargelegt.

Meine Damen und Herren, Stellen und finanzielle Ressourcen haben Sie nur für die Gemeinschaftsschule. Eine einseitige Klassenteilersenkung auf 28 Schülerinnen und Schüler, individuelle Förderstunden, Zusatzstunden für die Einführung der Gemeinschaftsschule, 30 % erweiterte Förderung für die Programmfläche und die Landesförderung für das Ganztagsangebot sind nur einige wenige Bevorzugungen, die ich nenne.

Bei der Unterrichtsversorgung 2012/2013 wird erstmals für alle Bürger sichtbar: Grün-Rot benachteiligt alle Schularten grob zugunsten der Gemeinschaftsschule. Aber das passt ja zu Ihrer Zielsetzung im Kultusministerium, die Sie am 18. April dieses Jahres hier durch die Kultusministerin haben darlegen lassen. Ich zitiere:

Denn wenn die Nachfrage nach der Gemeinschaftsschule so groß ist wie jetzt,

– so groß ist die Nachfrage noch nicht; es sind 1 600 von 1,2 Millionen Schülern –,

dann sind die meisten Kinder auf der Gemeinschaftsschule und nicht an anderen Schulen.

Das ist ein ganz normaler Entwicklungsprozess. Diese Entwicklung werden Sie nicht aufhalten können.

Meine Damen und Herren, unsere Antwort und die Antwort der FDP/DVP ist ganz klar: Diesen Weg werden wir keinesfalls mitgehen. Ich prophezeie Ihnen: Die Eltern in diesem Land werden das auch nicht, weil sie sich von der Werbeabteilung oder besser gesagt von der Propagandaabteilung Ihres Kultusministeriums nicht blenden lassen werden.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist sogar unter Ihrem Niveau, Herr Röhm!)

Werden Sie stattdessen Ihrer Verantwortung für alle Schularten gerecht, und sorgen Sie für eine angemessene Lehrerausstattung an allen Schularten. Verhindern Sie damit, dass die qualifizierten Bewerberinnen und Bewerber aus Baden-Württemberg in andere Bundesländer abwandern und für uns für immer verloren sind. Das allein ist im Interesse unseres Landes.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Schön! – Abg. Sascha Binder SPD: Verhaltener Beifall bei CDU und FDP/DVP!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Boser das Wort.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Böser Blick! – Gegenruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: „Boser“-Blick!)

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die Lehrereinstellung ist jedes Jahr eine verantwortungsvolle und nicht immer leichte Aufgabe, vor der die Landesregierung steht. Sie ist deshalb so schwierig, weil es dabei nicht nur um eine bestmögliche Versorgung der Schulen geht, sondern weil es hierbei auch um die Übernahme junger Menschen geht, die nach dem Studium oder dem Referendariat voller Hoffnung sind, in den Schuldienst übernommen zu werden.

Es ist daher nicht nur ein einfaches technisches Verfahren, bei dem Pensionierungen und Schülerzahlen gegengerechnet werden, sondern es geht auch um ein verantwortungsvolles Handeln gegenüber jungen Lehrerinnen und Lehrern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU und Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Völlig richtig!)

Dabei ist es natürlich immer wünschens- und erstrebenswert, junge, motivierte und pädagogisch fitte neue Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen aufzunehmen. Jeder junge motivierte Lehrer oder jede junge motivierte Lehrerin, der oder die mit Freude und Elan seine oder ihre Aufgaben in der Schule übernimmt, ist eine Bereicherung für die Kollegien, für die Schulen und insbesondere für die Schülerinnen und Schüler.

Daher ist es mit Blick auf die folgenden Jahrgänge gerecht, dass diese Einstellung der jungen Lehrerinnen und Lehrer in einem Auswahlverfahren und bedarfsorientiert geschieht. Auch ist klar, dass nicht jeder Absolvent mit Abschluss eine Garantie auf eine Anstellung in Baden-Württemberg erhält, so wünschenswert das vielleicht auch wäre.

Die Kriterien für die Anzahl der einzustellenden Lehrkräfte sind vielschichtig. Allen voran geht eine Bedarfserhebung, die oftmals nicht ganz einfach ist, weil viele unsichere Varianten eingearbeitet werden müssen: Wie viele Lehrkräfte gehen in den Ruhestand? Wer beantragt Beurlaubung? Wer verändert seinen Beschäftigungsumfang? Allein diese Fragen sind mit einer großen planerischen Unsicherheit verbunden. Hinzu kommen seit einigen Jahren in massiver Weise externe, nicht direkt beeinflussbare Faktoren wie die Veränderung bei den Schülerzahlen aufgrund der demografischen Entwicklung.

Zusätzlich erhöhen im kommenden Schuljahr weitere Faktoren die Herausforderung für die Landesregierung. Durch das Auslaufen der gemeinsamen Kursstufe und den Wegfall der 13. Klassenstufe werden rund 28 000 Schüler weniger an den öffentlichen allgemeinbildenden Gymnasien zu unterrichten sein. Auf der anderen Seite wächst die Zahl an neuen Fünftklässlern, die das Gymnasium besuchen, seit Jahren an.

Alles in allem ist die Planung alljährlich also alles andere als einfach.

Umgerechnet werden durch den Schülerrückgang im gesamten Schulbereich rein rechnerisch rund 3 210 Lehrstellen wegfallen. Da sagen wir, die grün-rote Landesregierung, dass

diese mehr als 3 000 Lehrstellen weitgehend im System erhalten bleiben. Ich bin mir nicht sicher, wie eine andere Regierung mit Blick auf den Haushalt hier entschieden hätte.

Diese Stellen werden zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung und auch für dringend erforderliche neue bildungspolitische Maßnahmen eingesetzt. Denn Baden-Württemberg hat im Bildungssektor bei vielen Themen noch einen großen Bedarf, beispielsweise bei der Erfüllung der Chancengerechtigkeit, der individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern, dem Ausbau der beruflichen Gymnasien und der Umsetzung der Inklusion. Hieran wollen wir mit den uns gegebenen Möglichkeiten weiter arbeiten – Hand in Hand mit den Lehrkräften und den neu einzustellenden Lehrerinnen und Lehrern, aber auch mit Blick auf die schwierige Haushaltslage in den kommenden Jahren.

Die nun vorliegende Zahl aus dem Kultusministerium zeigt, dass das Land Baden-Württemberg zum Schuljahr 2012/2013 voraussichtlich insgesamt 4 400 Lehrerinnen und Lehrer einstellen kann. Die Gesamtzahl der neu einzustellenden Lehrer verteilt sich auf die verschiedenen Schularten. Für den Bereich der gymnasialen Lehrkräfte bedeutet dies, dass trotz der genannten Faktoren, wie dem auslaufenden G 9 und schwindender Schülerzahlen, rund 730 Lehrkräfte übernommen werden können. Das bedeutet eine Quote von 40 %. Herr Röhm, vielleicht haben Sie vorhin den Taschenrechner vergessen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: He, he! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist doch Schmierdel mit dem Taschenrechner! Das verwechseln Sie!)

40 % der Referendare werden in diesem Jahr übernommen – bei 730 Lehrkräften.

Unter Berücksichtigung der vorliegenden Faktoren kommt damit der klare politische Wille zum Ausdruck, möglichst vielen jungen Lehrerinnen und Lehrern die Möglichkeit bieten zu können, ihre Qualität und Motivation dem Land zur Verfügung zu stellen. Auch hierbei bin ich mir nicht sicher, wie eine andere Landesregierung reagiert hätte.

Bei all den vorhin ausgeführten Kriterien zur Lehrereinstellung halte ich es dabei für unabdingbar, dass wir künftig eine noch größere Flexibilität bei den Lehrerinnen und Lehrern schaffen. Die schwankenden Schülerzahlen und die Veränderungen in der Bildungslandschaft werden es immer notwendiger machen, dass Lehrer auch an andere Schularten abgeordnet werden können. Ich halte es in diesem Zusammenhang für abenteuerlich, ja sogar für unzumutbar, wenn von Zwangsabordnung oder von einem Zwang, an der Gemeinschaftsschule zu unterrichten, gesprochen wird.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Was denn sonst?)

Auch wenn Sie die Gemeinschaftsschule ablehnen und sie mit jedem erdenklichen Mittel angreifen, bitte ich Sie, davon abzusehen, so zu tun, als wäre das Unterrichten an einer Gemeinschaftsschule eine Zumutung oder nur unter Zwang möglich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Warum ordnen Sie dann ab? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wer hat sich bisher freiwillig gemeldet?)

(Sandra Boser)

Glauben Sie mir, Herr Dr. Kern, dass junge Lehrerinnen und Lehrer, die frisch vom Referendariat kommen, weiter sind und sich sicherlich auch vorstellen können, an einer Gemeinschaftsschule zu unterrichten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wenn sie nichts anderes bekommen, ja!)

Überhaupt sind die jungen Lehrkräfte insgesamt offener und zukunftsorientierter, als Sie es vermutlich sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

Nun noch ein Wort an die jungen Lehrerinnen und Lehrer in Baden-Württemberg.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Ich danke all diesen Absolventinnen und Absolventen für das große Interesse, im baden-württembergischen Schulsystem unterrichten zu wollen.

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: „Unterrichten wollen“!)

Wir wissen alle, dass dieser Beruf seinen Reiz hat, aber auch eine Herausforderung und eine starke Belastung in sich birgt. Dennoch oder gerade deswegen bewerben sich jedes Jahr mehr Lehrkräfte, als aktuell eingesetzt werden können. All diejenigen, die in diesem Jahr eventuell nicht zum Zuge kommen, bitte ich, nicht zu verzagen, sondern ihre Qualität aufgrund des Studiums und der Ausbildung anderswo einzubringen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aha!)

Der Schuldienst ist eine von vielen Möglichkeiten, die erworbenen Fähigkeiten einzubringen. Arbeitgeber in Wissenschaft, Industrie und Wirtschaft sowie in anderen Bereichen wissen die Lehrer und ihre Ausbildung auch zu schätzen und zeigen sich immer offener für Quereinsteiger.

Insgesamt können wir aber trotz der komplizierten Lage zuversichtlich auf das kommende Schuljahr und die Chancen der Referendare blicken. Wir werden in gemeinschaftlicher Verantwortung und im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten auch in Zukunft der Lehrerversorgung gerecht werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei das Wort.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Röhm, ich weiß nicht, ob ich mich bei Ihnen bedanken soll. Ich habe heute ein bisschen Kreislaufprobleme, und Sie helfen mir dabei.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– Kommen wir später darauf zurück.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Manchmal fragt man sich bei einem CDU-Antrag: „Was haben sie denn jetzt schon wieder zu meckern?“ Unlängst hatten wir die von Ihnen beantragte Papiertigerdebatte zum Thema Unterrichtsausfall, die Sie bewusst vor Pfingsten hochgezogen haben, weil Sie wussten, dass Ihnen nach Pfingsten die Munition ausgeht, weil dann nämlich die Stellenzuweisungen erfolgt sind und es sich damit erledigt hat. Ähnlich verhält es sich jetzt bei diesem Sachverhalt.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

In der Tat werden 4 400 Lehrerinnen und Lehrer eingestellt – ein Kraftakt, der in Anbetracht der parteipolitisch bedingten schwarzen Löcher, die Sie uns im Kultusetat hinterlassen haben, bemerkenswert ist.

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

Hiervon profitieren letztlich auch die Referendare an den Gymnasien mehrfach. Obwohl durch den wegfallenden Doppeljahrgang der Einstellungsbedarf deutlich geringer ist, werden 730 Lehrerinnen und Lehrer übernommen. Das ermöglicht uns übrigens auch, Defizite in den sogenannten MINT-Fächern abzubauen.

Zugute kommt den Absolventen – da unterscheiden wir uns –, dass sie neben der Beschäftigungsmöglichkeit an den Gymnasien auch die Optionen der 100 Stellen an den beruflichen Schulen, der 150 Stellen an den Realschulen und eben auch der Stellen an den Gemeinschaftsschulen zur Verfügung haben. Denn was die Gemeinschaftsschule angeht, übersehen die Opposition und mancher Verbandshardliner gern, dass es von der reinen Stellenzahl und von der beruflichen Möglichkeit her eigentlich ein glücklicher Zufall ist, dass sich parallel zum Wegfall des Doppeljahrgangs eine weitere berufliche Perspektive mit steigender Tendenz ergibt.

Herr Röhm, ich finde es fast schon unterirdisch, wenn Sie hier das Szenario „Arbeitslosigkeit oder Gemeinschaftsschule“ aufmachen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es stellt sich so dar für die Kollegen!)

Das ist eine Unverschämtheit und ein Ausdruck von Hochnäsigkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Fragen Sie doch die Kollegen!)

– Ich sage Ihnen gleich etwas dazu. Aber diesen Satz gebe ich Ihnen noch mit: Sie müssen sich nach dieser Wortmeldung fragen, wer hier im Raum eigentlich das Relikt aus einer vergangenen Zeit ist.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Fragen Sie die Kollegen!)

– Ich komme gleich darauf, Herr Röhm.

(Abg. Thomas Blenke CDU: So, wie Sie drauf sind, wundert es mich nicht, dass Sie Kreislaufprobleme haben! – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– Ich bin Ihnen dankbar. Ich habe immer einen niedrigen Blutdruck. Das hilft mir gerade.

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Machen wir uns nichts vor: Hätten CDU und FDP/DVP weiterregiert, dann stünden nach den Sommerferien deutlich mehr Absolventen auf der Straße.

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

Wir haben 711 Stellen im Jahr 2011 und 3 300 Stellen in diesem Jahr an demografischer Rendite erhalten. Hiervon profitiert auch der Gymnasialbereich. Mehr noch: Die Ausweitung der Poolstunden und auch die Wiederzulassung des G 9 in beschränktem Maß führen ebenfalls zu mehr Stellen in diesem Bereich. Damit ist übrigens auch Ihr Beschlussantrag obsolet.

Zu Ihrem Schlechtreden der Gemeinschaftsschule: Ich habe Ihnen schon einmal gesagt – übrigens auch mit Blick auf die integrierte Gesamtschule; so ist es auch bei der Gemeinschaftsschule –: Immer wieder sagen mir Lehrerinnen und Lehrer im Gespräch, dass sie sogar gezielt an diese Schule gehen. Das habe ich auch bei einer Referendarin an der Schule meines Sohnes erlebt. Eine super Referendarin im Bereich Mathematik – das hat uns insoweit wirklich leidgetan – ist bewusst an eine dieser Schulen gegangen. Sie sagt: Das Spannende ist gerade, eine neue Methodik, eine andere Art und Weise der Pädagogik kennenzulernen und gerade auch mit Blick auf die Gemeinschaftsschule eine neue Schulform ein Stück weit mit erfinden zu können. Das ist wirklich eine tolle Möglichkeit. Viele Nachwuchskräfte sehen – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wacker?

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ich bin gerade so schön in Schwung, aber am Ende gern, Herr Wacker.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Entschuldigung, Herr Kollege. Jetzt gilt bereits die neue Regelung. Am Ende der Redezeit darf er die Frage nicht mehr stellen, also entweder jetzt oder gar nicht.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Alla hopp.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber die Zeit anhalten!)

– Zeit anhalten, ja.

(Unruhe)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ruhe!

Abg. Georg Wacker CDU: Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Fulst-Blei, Sie sprechen gerade von der Integrierten Gesamtschule Mannheim-Herzogenried. Ist Ihnen bekannt, dass es dort einen Beschluss der Gesamtlehrerkonferenz gibt, der lautet, dass man sich aus guten Gründen nicht zu einer Gemeinschaftsschule weiterentwickeln möchte?

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Herr Wacker, hören Sie mir besser zu.

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

Es geht um zwei Punkte.

(Abg. Georg Wacker CDU: Es geht genau um diese Frage!)

Sie haben schon damals die Gesamtschulen schlechtgeredet. Schon damals hatten wir die Situation, dass sich Absolventen der Lehramtsausbildung für den Gymnasialbereich bewusst an der Gesamtschule beworben haben. Heute stelle ich das Gleiche mit Blick auf die Gemeinschaftsschule fest. Verlassen Sie einmal Ihre Politik der ideologischen Scheuklappen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Georg Wacker CDU: Beantworten Sie doch die Frage!)

– Das hat überhaupt nichts mit dem Thema zu tun.

(Abg. Georg Wacker CDU: Doch, sehr wohl!)

– Nein. Mein Thema ist: Es gibt eine Aufgeschlossenheit gerade auch bei Absolventen der Ausbildung für das gymnasiale Lehramt, bewusst an Schulen zu gehen, die einen neuen Weg, einen anderen Weg gehen.

(Abg. Georg Wacker CDU: Nein! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Kommen Sie doch ans Rednerpult!)

Das können Sie gern bei der IGMH nachfragen.

Ich mache Ihnen ein Angebot: Ich werde im Oktober einen Tag an einer Gemeinschaftsschule in Mannheim hospitieren. Gehen Sie mit. Kommen Sie mit aus der verstaubten Schule. Wir machen es zusammen. Wir werden es ändern.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir kennen doch die Schule aus Filmen! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Gehen Sie mit, Herr Wacker!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Referendariatszeit ist eine sehr herausfordernde und überaus anstrengende Zeit.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Denn die Arbeitsbelastungen sind enorm, die unterschiedlichen Ansprüche sind kaum unter einen Hut zu bringen, jedenfalls dann nicht, wenn man einen entsprechenden Qualitätsanspruch hat.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völlig richtig!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wissen Sie, was Referendare dennoch durchhalten lässt? Wissen Sie, was uns Referendaren früher Hoffnung gab? Dies war die realistische, wohl begründete Zuversicht, bei guten oder sehr guten Leistungen einen interessanten, abwechslungsreichen Job zu bekommen, und zwar in dem Bereich, für den man ausgebildet wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Wie aber ist die Situation heute für die Referendare, ein Jahr nach der Regierungsübernahme durch Grün-Rot? Um es mit einem Wort zu sagen: desolat.

(Dr. Timm Kern)

Um das Fazit meiner Rede vorwegzunehmen: Wie Sie, sehr geehrte Frau Kultusministerin, mit den topausgebildeten, fertigen Referendaren umgehen, ist verheerend und stellt alles in den Schatten, was von Grün-Rot früher immer als Dirigismus des Kultusministeriums kritisiert wurde.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ganz allgemein zeigt sich, dass die Höhe der für die Unterrichtsversorgung bereitgestellten Mittel, die die Zahl der Lehrereinstellungen bestimmt, weit vom Bestmöglichen entfernt ist. 3 300 rechnerisch frei werdende Lehrerstellen soll es geben. Doch wo finden sich diese? Die Regierungsfractionen von Grün-Rot haben hier die Weichen nicht richtig gestellt. Sie haben eben den Klassenteiler nicht weiter gesenkt, so, wie Sie dies den Wählern versprochen hatten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! 25!)

Damit unterstreichen Sie den Verdacht, dass hier entsprechende Mittel zurückgehalten werden,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

um das bevorstehende ganz große Umgraben des Schulwesens hin zum Lieblingskind Gemeinschaftsschule zu finanzieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die niedrigen Zahlen zur Einstellung sprechen eine deutliche Sprache. Man muss sich diese Zahl einmal vor Augen führen: Im gesamten Regierungsbezirk Tübingen werden über das Listenverfahren ganze 23 neue Gymnasiallehrer eingestellt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Dies hat zur Folge, dass Spitzenleute nicht übernommen werden können. Mir wurde berichtet, dass Sie Referendare mit einer Leistungsziffer 52 nicht einstellen. Das ist nicht nur für die Betroffenen unfassbar, sondern Sie, Frau Kultusministerin, enthalten unseren Kindern durch Ihre Einstellungspolitik Spitzenpersonal vor. Von ca. 1 900 Referendaren im gymnasialen Bereich übernehmen Sie ca. 600, eine verheerende Quote für die Schulen und für die Betroffenen in unserem Land. Die anderen Bundesländer reiben sich die Hände.

Ein weiterer Schlag ins Gesicht der Referendare ist, dass es in nicht unerheblichem Umfang zu Abordnungen kommt. Allein im Regierungsbezirk Tübingen werden 27 neue Gymnasiallehrer an Realschulen zwangsabgeordnet. Wer sich weigert, wird nicht eingestellt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist ja Nötigung!)

An berufliche Schulen werden 18 Gymnasiallehrer zwangsabgeordnet. Wer sich weigert, landet in der Arbeitslosigkeit.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wieder Nötigung!)

Statt direkt bei den Realschulen oder den beruflichen Schulen die erforderlichen Stellen zu schaffen, setzen Sie durch gym-

nasiale Abordnungen auf Provisorien. Ich begrüße diese Schulpolitik zwar nicht, in Ausnahmefällen halte ich sie aber, zeitlich befristet, für vertretbar.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was wollen Sie eigentlich?)

Was ich aber wirklich skandalös finde, ist, dass Sie angehende Gymnasiallehrer zwingen, an Gemeinschaftsschulen zu unterrichten,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

und zwar zeitlich unbefristet, weil Sie nämlich sonst keine Gymnasiallehrer für diese Schulart finden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Genau so ist es!)

20 fertig ausgebildete Gymnasiallehrer bekommen nur dann einen Arbeitsvertrag, wenn sie sich verpflichten, zeitlich unbegrenzt an Gemeinschaftsschulen zu unterrichten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Keiner dieser Referendare konnte zu Beginn seiner Ausbildung damit rechnen, an einer Gemeinschaftsschule zu unterrichten. Sie von Grün-Rot erpressen nun 20 junge Menschen nach ihrer bestandenen Ausbildung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Widerspruch bei den Grünen und der SPD – Abg. Walter Heiler SPD: Wissen Sie, was Sie hier erzählen? – Unruhe)

Was für ein Vorgehen für eine selbsternannte Bürgerregierung, die im Koalitionsvertrag noch von einer „Schulpolitik von unten“ gesprochen hat!

(Zuruf von den Grünen: Lassen Sie einmal die Kirche im Dorf!)

Meine Damen und Herren, es macht eben einen Unterschied, ob die FDP mitregiert oder nicht.

(Lebhafte Heiterkeit – Zurufe von den Grünen und der SPD, u. a.: Das stimmt! – Genau! – Das ist absolut richtig, Herr Kollege!)

Denn meine Partei war es, die sich vehement dafür eingesetzt hat, dass beim Lehrereinstellungsverfahren die schulbezogene Ausschreibung

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist deutlich besser geworden!)

und Einstellung zum Regelfall wurde, z. B. bei den Gymnasien mit 80 %. Diese vernünftige, weil dezentrale Regelungsweise machen Sie von Grün-Rot jetzt mutwillig kaputt. Die schulbezogenen Stellen machen in diesem Jahr nur noch einen kleinen Teil der Stellen aus.

Die aktuelle, zentralistische Lehrerteilung von Grün-Rot stellt an Dirigismus und Bevormundung all das weit in den Schatten, was die jetzigen Regierungsfractionen früher als

(Dr. Timm Kern)

Oppositionsfraktionen an der Kultusverwaltung kritisiert haben. Ihr Lippenbekenntnis im Koalitionsvertrag – ich zitiere die Passage auf Seite 6: „Gute Schule wächst von unten“ – ist längst der grün-roten Begeisterung gewichen, allen alles vorzuschreiben zu wollen, was die Regierenden für gut und richtig halten.

Die Leidtragenden Ihrer verkorksten Einstellungspolitik

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

sind die betroffenen Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schulen und letztlich auch die Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich das Wort der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Warminski-Leitheußer.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bemühe mich nach dem wirklich sehr emotionalen Vortrag von Herrn Dr. Kern jetzt,

(Abg. Walter Heiler SPD: Verheerender Vortrag!)

zur Sache zurückzukommen. Es ist unglaublich, welche Horrorszenarien

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das ist Fakt!)

Sie bei Sachverhalten, die im Grunde völlig klar sind, an die Wand malen.

Zunächst möchte ich noch einmal sehr deutlich machen – das habe ich an dieser Stelle schon sehr oft getan –, dass die Gymnasien in Baden-Württemberg eine sehr gute Arbeit leisten. Wir haben in diesem Jahr 1 000 Fünftklässler mehr als im letzten Jahr; auch das ist ein wichtiges Zeichen. Das heißt, die Nachfrage nach Plätzen an Gymnasien ist da; sie steigt sogar. Das ist ein Zeichen dafür, dass die Gymnasien gute Arbeit machen. Das will auch überhaupt niemand bestreiten.

Unsere Aufgabe ist es, die Gymnasien so auszustatten, dass sie tatsächlich mit qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern gut versorgt sind und ihre Arbeit gut machen können.

Ich habe Ihnen bereits in der Debatte zu Tagesordnungspunkt 7 etwas dazu gesagt, welche Strategie wir haben. Im Zusammenhang mit dem aktuellen Tagesordnungspunkt ist jetzt nicht so sehr das Problem, strukturelle Defizite abzubauen. Wir müssen vielmehr vor allem dafür sorgen, dass die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer ausreicht und die Schulen Planungssicherheit haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können im kommenden Schuljahr 730 Gymnasiallehrer neu einstellen. Das ist eine stattliche Zahl. Das ist nicht etwa eine Katastrophe, sondern das ist mit Blick auf den Umstand, dass wir nicht genau wussten, wie viele Stellen nun, da ein Schülerjahrgang

fortfällt, tatsächlich frei werden würden, eine beachtliche Zahl.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Ich persönlich war sehr erleichtert, dass wir so viele junge Leute einstellen können. Denn selbstverständlich brauchen wir junge, gut ausgebildete Gymnasiallehrerinnen und -lehrer. Das bestreitet doch niemand.

Ich möchte Sie auch herzlich bitten, nicht immer wieder das Gerücht zu verbreiten, all die guten Leute würden in andere Bundesländer abwandern. Das ist doch nicht so!

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Aber es sind zu viele!)

Wir haben jede Menge Bewerberinnen und Bewerber mit einem guten Notendurchschnitt, die auch hinterher noch in den Listenverfahren dabei sind. Gestatten Sie mir die Bemerkung: Wer in Baden-Württemberg lebt und studiert hat und hier heimisch geworden ist, der wird, sofern er einigermaßen bei Trost ist, dieses Land nicht verlassen. Denn hier ist es nämlich einfach schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe: Bravo!)

Das eigentliche Problem war bei den Gymnasiallehrern in diesem Jahr doch in der Tat, dass wir nicht genau wussten, wie viele Stellen denn letztlich frei sein würden, wenn es zur Entscheidung über die Zahl der Einstellungen kommt. Jetzt wissen wir: Es sind 730 Stellen für Gymnasiallehrer. Das ist eine gute Chance für junge Referendarinnen und Referendare, eingestellt zu werden.

Ich denke, dass man immer wieder deutlich machen muss: Wir haben es jetzt hinbekommen, nicht nur die Lehrerinnen und Lehrer einzustellen, die tatsächlich die Unterrichtsversorgung an den Gymnasien sicherstellen. Vielmehr können wir damit auch gewährleisten, dass an der Gemeinschaftsschule Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung stehen, und wir können den beruflichen Schulen durch eine Abordnung von 100 Stellen auch entsprechend unter die Arme greifen.

Hier möchte ich einen Punkt ansprechen, den Sie auch heute gebetsmühlenartig wiederholt haben, der aber einfach nicht stimmt. Die Stellen, auch die Gymnasiallehrerstellen an den Gemeinschaftsschulen, werden ausgeschrieben. Das ist nämlich Sinn und Zweck, das ist der Kern der Gemeinschaftsschule. Wir brauchen Freiwillige, die bereit sind, den Weg mitzugehen. Unterschätzen Sie doch nicht das Entwicklungspotenzial und die Modernität junger Referendarinnen und Referendare. Sie wollen neue Wege beschreiten. Sie gehen den Weg. Das, was Herr Dr. Fulst-Blei vorgetragen hat, stimmt absolut. An den Gesamtschulen ist die Nachfrage immer größer als der tatsächliche Bedarf in der Ausschreibung, und so wird es hier auch kommen.

Zu der Frage, wie sich das in den nächsten Jahren gestaltet, Herr Dr. Kern: Ich bin fest davon überzeugt, dass die jungen Menschen, die sehr sorgfältig studieren und die in der Tat – Sie haben es gesagt – gelernt haben, wie man mit jungen Menschen umgeht, nicht nur in Schularten denken. Sie wollen das umsetzen, was der Hauptpunkt ihrer Ausbildung ist: Sie wol-

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

len jungen Menschen dabei helfen, ihre Persönlichkeit gut zu entwickeln und sich Wissen und Fähigkeiten aneignen zu können, um gut im Leben zu stehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dazu brauchen sie eine Stelle!)

Wissen ist doch nicht nur auf eine Schulart rationierbar.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Bei der FDP/DVP schon!)

Wenn Lehrerinnen und Lehrer gut ausgebildet sind, dann – –

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ich habe schon an der Realschule unterrichtet!)

– Bei den jungen Lehrerinnen und Lehrern ist das aber anders. Ich rede viel mit jungen Lehrerinnen und Lehrern. Sie sind sehr aufgeschlossen. Es ist immer wieder ein Freude, zu sehen, mit welcher Neugierde sie an die neuen Konzeptionen herangehen.

Ich habe es gerade gesagt: An den Gemeinschaftsschulen werden nur Lehrer eingesetzt, die freiwillig dort hingehen. Ein Zwang „Arbeitslosigkeit oder du gehst an die Gemeinschaftsschule“ wäre kontraproduktiv. Denn Sie brauchen Menschen, die diesen Weg freiwillig mitgehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Landesregierung wird weiterhin dafür sorgen, dass erstens die Bugwelle an den Gymnasien nicht weiter anwächst. Nun haben wir dort kein strukturelles – –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sollen sie abbauen, nicht nur nicht anwachsen lassen! Das gibt Arbeitsplätze!)

– Ja, kommen wir dazu, Herr Röhm.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

– Ja, der Aufbauer sagt dann: Nun seht einmal zu, wie ihr mit den Altlasten fertig werdet.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist keine Altlast! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wieso wart ihr so scharf darauf, wenn sie jetzt eine Altlast sind?)

– Ja, die müssen wir abbauen, und die werden wir auch abbauen, aber in sehr, sehr kleinen Schritten. 1 319 Deputate – –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt können Sie abbauen und einstellen! Fangen Sie doch einmal an!)

– Es kann doch nicht sein, dass man immer nur eine Schulart bedient.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein, das gilt für alle Schularten!)

– Das ist aber das, was Sie immer wieder fordern. Sollen wir 4 400 Stellen nur an den Gymnasien besetzen? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein, das habe ich nicht vor!)

Wir tragen Verantwortung für das gesamte Schulsystem in Baden-Württemberg und haben sorgfältig nach den tatsächlichen Bedarfen eingestellt. Die Bugwelle an den beruflichen Schulen und auch an den Gymnasien werden wir in einem Stufenplan angehen, der sich dann auch tatsächlich finanzieren lässt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ab wann, Frau Ministerin?)

Im Ergebnis: Wir haben die demografische Rendite im System gelassen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir können 730 Gymnasiallehrerinnen und -lehrer einstellen. Damit haben wir einen wichtigen Beitrag zur Nachwuchssicherung gerade im Gymnasialbereich. Wir werden damit fortfahren, die Altlasten, die Sie uns hinterlassen haben, abzubauen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist doch keine Altlast!)

Das gilt für die Bugwelle genauso wie für den Abbau von strukturellen Defiziten an anderen Schularten.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Röhm das Wort.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst, Herr Dr. Fulst-Blei, an Sie ein persönliches Wort: Ich würde mich freuen, wenn Sie mich auch in die Gemeinschaftsschule einladen würden. Ich würde gern mitgehen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Alle! Wacker! – Weitere Zurufe)

Ich war schon mit Herrn Zeller in einer Gemeinschaftsschule in Schleswig-Holstein. Ich lade Sie gern ein, dass wir anschließend gemeinsam das Sportabzeichen machen, damit es mit Ihrem Blutdruck ein bisschen besser wird,

(Beifall der Abg. Konrad Epple CDU und Dr. Timm Kern FDP/DVP)

damit Sie das nötige Durchhaltevermögen besitzen.

Frau Ministerin, Sie haben mir ein Stichwort gegeben, für das ich unglaublich dankbar bin, nämlich die Bugwelle. Ich möchte meine restliche Redezeit darauf verwenden, mich genau diesem Thema zu widmen. Da sollen einmal die Verbände zu Wort kommen.

Als Erstes möchte ich aus der „GEW-Info“ zitieren, und zwar aus einem Artikel mit der Überschrift: „Wenn nicht im Schuljahr 2012/2013 – wann dann?“ Die GEW legt sehr sachlich, nüchtern und klar dar, warum es überhaupt zu einer Bugwelle gekommen ist. Daraus möchte ich gern zitieren:

Die Ursachen sind vielfältig:

Frau Ministerin, Sie sprechen von Altlasten; hören Sie jetzt einmal, was die GEW sagt.

Zu nennen sind zum einen der Lehrkräftemangel in naturwissenschaftlichen Fächern, zum anderen die schwierige Personalsituation an Gymnasien in der Peripherie.

(Karl-Wilhelm Röhm)

Auch die Entlastung für die Kursstufe im Doppeljahrgang trug gerade in den letzten zwei Jahren zum Anwachsen der Bugwelle bei.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das ist heute nicht anders! Da hat sich doch nichts geändert!)

– Alfred, reg dich nicht auf!

(Heiterkeit)

Hinzu kommt eine absolut unzureichende Krankheitsreserve, die meistens schon für die reguläre Unterrichtsversorgung verbraucht wurde.

Hier beschreibt die GEW sehr sachlich, nüchtern und richtig, warum es überhaupt zu einer Bugwelle gekommen ist. Die GEW, Frau Ministerin, weist weiter darauf hin:

Die in einem Schuljahr geleisteten Überstunden sollen im folgenden Schuljahr ausgeglichen werden ...

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, gestatten Sie eine Kurzintervention ...

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Von wem?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: ... des Abg. Schmiedel?

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ach, der Kollege Schmiedel ist immer so nett. Ja, bitte, Herr Schmiedel.

(Heiterkeit)

Aber meine Redezeit bleibt bitte stehen. Ich möchte nicht unter Schmiedel leiden.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Nein, niemand leidet unter Herrn Abg. Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Kollege Röhm, Sie leiden nicht. Das wird wirklich nett.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, lassen Sie hören.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie haben ja das Stichwort mit der unzureichenden Krankheitsvertretung gegeben.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Als eines! Ich habe die GEW zitiert.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, ja. Das war das Stichwort. Sie haben in der letzten Parlamentsrunde – –

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich weiß schon, was Sie jetzt vorhaben.

(Unruhe)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Kollege Röhm!

Abg. Claus Schmiedel SPD: Es soll ja nett werden.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Da haben Sie gesagt: „Ein Kollege ist verstorben. Das Regierungspräsidium ist wegen Geldmangels nicht in der Lage, einen Vertrag mit einer Vertretungskraft zu schließen.“

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist richtig. Ich habe noch mehr genannt.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Dann haben wir uns gesagt: Jetzt gehen wir einmal den Behauptungen des Kollegen Röhm auf den Grund.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Dazu liegt jetzt ein amtlicher Vermerk vor, Regierungspräsidium Tübingen, Abteilung 7, Zimmer 138.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja.

(Heiterkeit)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Da steht:

Laut Oktoberstatistik 2011 hat das Gymnasium Münsingen einen Versorgungsgrad von 111,2 %.

(Beifall des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE – Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist aber mehr als 100! – Unruhe)

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist falsch. Das stimmt so nicht.

Abg. Claus Schmiedel SPD:

Außerdem hat das Gymnasium Münsingen einen Ergänzungsbereich von 38 Stunden bei 30 Klassen.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist richtig.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Dann ist der Lehrer verstorben. Er war schwerpunktmäßig für Musik eingesetzt.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja. Und in Französisch.

Abg. Claus Schmiedel SPD:

Herr Röhm nahm mit mir Kontakt auf, konnte aber aufgrund seiner guten Versorgung den Ausfall intern regeln. Eine Einstellung zum Schuljahr 2012/2013 würde ausreichen.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich habe das selbst geregelt. Das ist richtig.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Und was haben Sie dann hier für Märchen erzählt?

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Heiterkeit des Abg. Andreas Stoch SPD – Glocke der Präsidentin)

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich habe etwas – – Sie bekommen – –

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Kollege Röhm, die Kurzintervention des Kollegen Schmiedel ist noch nicht beendet.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich interveniere noch.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Machen Sie weiter.

Abg. Claus Schmiedel SPD:

Außerdem ging noch eine Lehrerin mit zehn Stunden in Mutterschutz. Diese Stunden fing die Schule ebenfalls intern auf.

Bei 111,2 % ist das auch kein Wunder; das muss ich schon sagen.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig, das haben wir gemacht.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber jetzt muss ich schon sagen: Da haben Sie das letzte Mal aber schwer auf die Tränen-drüse gedrückt und hier den Eindruck erweckt, als würde jetzt eine Riesensmenge an Unterricht ausfallen, anstatt zu sagen: Liebe Ministerin, vielen Dank, 111,2 % ist eine tolle Geschichte. Wir wären froh, es wäre überall so. Es ist nicht überall so, aber dann sollten Sie wirklich bei einer realistischen und wahrheitsgemäßen Schilderung der Situation an Ihrer Schule bleiben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Keine Märchen!)

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Freuen Sie sich nicht zu früh!

(Abg. Alfred Winkler SPD: „Mea Culpa“!)

Ich habe genau dies bestätigt, dass ich mir im laufenden Schuljahr selbst helfe. Ich habe damals klipp und klar gesagt, dass sich die Situation vor allem auf das kommende Schuljahr bezieht, und ein verantwortungsvoller Schulleiter plant rechtzeitig für das nächste Schuljahr. Die Situation stellt sich am Gymnasium Münsingen wie folgt dar:

Ein Kollege ist verstorben, zwei Zurruesetzungen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie haben für Vertretungen immer kein Geld!)

– Jetzt seien Sie ruhig und lassen mich auch ausreden. Ich habe für das nächste Schuljahr geplant und habe vom kommenden Schuljahr gesprochen.

Ich wiederhole: Ein Kollege verstorben; eine tragische Geschichte. Zweitens: ein Sabbatjahr im kommenden Jahr. Drittens: zwei Zurruesetzungen. Viertens: drei schwangere Kolleginnen. Ich habe damals gesagt: Die haben die Schwangerschaft freundlicherweise so gelegt, dass es ins Schuljahr passt. Das ist im Protokoll nachzulesen. Das heißt, wir haben im kommenden Schuljahr sieben Kolleginnen und Kollegen weniger.

Zur Schülerzahl: 125 Schüler haben das Abitur gemacht, und es kommen 91 neue Fünftklässler dazu. Jetzt haben wir 34 Schüler weniger, aber sieben Kollegen weniger. Darum habe ich nachgefragt, ob nicht wenigstens für die Kolleginnen, die schwanger sind und Kinder entbinden, für die Zeit, in der sie ausfallen, wie in der Vergangenheit Verträge abgeschlossen werden können. Darum ging es, um nichts anderes.

Eines sage ich Ihnen: Mir war das völlig klar, dass da Ihrerseits geschnüffelt wird. Das ist nämlich die Politik, die Teile des Kultusministeriums betreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was? – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Bitte? – Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Nochmals zum Mithören!)

– Dass sie nachforschen, von mir aus. – Dann muss man aber auch den Anstand haben und die Verhältnisse so sehen, wie sie sind. Sie brauchen mir nicht vorzuwerfen, wir hätten 38 Stunden im Ergänzungsbereich. Schauen Sie sich einmal an, was wir daraus machen, was für ein lebendiges Schulleben. Dann schauen Sie einmal nach, und dann werden Sie feststellen, dass das Gymnasium Münsingen mitnichten zu den bestversorgten in Südwürttemberg-Hohenzollern gehört, sondern zu dem bestversorgten Drittel.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Haben die anderen noch mehr?)

Ich mache weiter.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Röhm, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein, ich gestatte keine. Das Thema ist behandelt.

Ich mache weiter mit der Überstundenbugwelle. Wenn zum Schluss noch Zeit übrig ist, dürfen Sie gern noch fragen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Peinlich!)

– Peinlich ist daran, dass Sie nicht zur Kenntnis nehmen, dass ein Schulleiter für das nächste Schuljahr plant. Das kann man im Landtagsprotokoll nachlesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie haben in der letzten Parlamentsrunde etwas anderes erzählt!)

Ich komme weiter zum Abbau der Bugwelle. Wir haben die GEW gehört. Wir hören jetzt, was der Philologenverband sagt. Der Philologenverband weist ebenfalls auf die rechtliche Seite hin:

Auf die Rückgabe der Überstundenbugwelle im Umfang von etwa 1 250 Lehrerdeputaten im kommenden Schuljahr besteht nach Landesbeamten-gesetz ein Rechtsanspruch.

Was würden wir jetzt tun, wenn die Kollegen ihre Stunden rückvergütet haben wollten? Ich frage vor allem einmal: Was haben Sie dazu vor der Wahl erklärt?

Die Grünen – ich zitiere –:

Für die Rückgabe der hohen Zahl an Überstunden streben wir das Jahr 2012 an.

Dieses Jahr schreiben wir bereits. Kein Ton dazu, wie das aussehen soll.

(Karl-Wilhelm Röhm)

Die SPD sagt:

Für die Rückgabe der vielen Überstunden will die SPD gemeinsam mit allen Beteiligten einen Stufenplan erarbeiten.

Keine Rede davon. Sie haben das Lebensarbeitszeitmodell abgelehnt, aber Sie haben noch keine eigenen Gedanken entwickelt.

Und die Ministerin hat klipp und klar festgestellt – ich zitierere –, dass im Bedarfsdeckungskonzept 2012 überhaupt keine Rückgabe von Bugwellenstunden vorgesehen ist.

Das halten wir für skandalös. Wir schließen uns der Forderung der GEW und des Philologenverbands an, und zwar in erster Linie deshalb, weil im Interesse unserer hervorragend ausgebildeten Referendarinnen und Referendare deren Einstellungsmöglichkeit sich gerade jetzt – Dr. Kern hat es sehr schön dargestellt – durch den Abbau der Bugwelle erheblich verbessern würden, und zweitens deshalb, weil Vertrauen in die Schulen verloren geht. Wir sind auch zukünftig auf die Bugwellenstunden angewiesen. Nur dann können wir fachlich den Unterricht sachgerecht abdecken. Wie wollen Sie von Kolleginnen und Kollegen erwarten, dass sie weiterhin bereit sind, Bugwellenstunden anzuhäufen, wenn sie sich nicht darauf verlassen können, dass sie diese irgendwann einmal zurückbekommen? So kann man nicht mit den Menschen umgehen.

(Beifall bei der CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Röhm, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen. Sie haben Ihre Redezeit überschritten.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das lag an der Kurzintervention von Herrn Schmiedel.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Nein, die Kurzintervention wurde nicht auf die Redezeit angerechnet.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich bin jetzt gleich fertig.

Deswegen jetzt das Fazit: Hören Sie endlich auf mit der Mär von Altlasten, was die Bugwellenstunden betrifft. Die Bugwellenstunden waren vernünftig, richtig und notwendig, um die Unterrichtsversorgung sicherzustellen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Widerspruch)

– Entschuldigung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gar keine Zeit mehr!
– Glocke der Präsidentin)

– Noch eine Minute und 22 Sekunden.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Die Zeit läuft: 50,
40 Sekunden!)

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Herr Röhm, für Sie habe ich immer Zeit. Auf Ihr Angebot hin muss ich erst einmal in der Schule nachfragen, ob Sie mitkommen können. Aber Sie müssen mir auch versprechen, dass Sie dann aus Ihrem ewigen Motzmodus herauskommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich kann auch lieb sein! – Zuruf von der CDU: Das sagt der Richtige!)

– Wirklich?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Noch eine Frage: Wenn Sie eine Unterrichtsversorgung oder eine Deputatsversorgung von 111 % haben, warum wird dann intern nicht dafür gesorgt, dass Sie die Bugwelle auch abbauen? Das kann ich nicht nachvollziehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das erkläre ich Ihnen gern!)

Herr Kern, ich gehe stenomäßig auf Ihren Redebeitrag ein:

Punkt 1: Sie haben vorhin der Vorgängerregierung selbst das Etikett „verheerend“ ausgestellt. Auch Sie haben in der Vergangenheit nämlich immer nur rund 50 % übernommen.

Punkt 2: Klassenteilersenkung. Ich weiß nicht, wie oft ich es Ihnen schon gesagt habe: Sie haben die 226 Millionen € ab 2013 nicht finanziert. Das ist eine Folge Ihrer desolaten Finanzpolitik.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Tun Sie uns allen doch einmal einen Gefallen und geben Sie an dieser Stelle endlich einmal zu: Sie ärgern sich doch nur darüber, dass die Gemeinschaftsschule mit Blick auf die Anmeldezahlen bei den Eltern, den Schülerinnen und Schülern und eben auch den Lehrerinnen und Lehrern so gut ankommt. Das werden Sie eines Tages auch noch akzeptieren müssen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Günther-Martin
Pauli: Das ist ja lächerlich!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge Drucksachen 15/1094 (geänderte Fassung) und 15/1182 (geänderte Fassung).

Die Abschnitte I der Anträge sind Berichtsteile und können für erledigt erklärt werden.

Die Abschnitte II der Anträge, die einen Beschlussteil mit einem Handlungsersuchen enthalten, sind identisch und können, soweit gewünscht, gemeinsam zur Abstimmung gestellt werden. Wird Abstimmung gewünscht? –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wird eine Niederlage gewünscht?)

Ja, das ist der Fall. Wer den Abschnitten II der Anträge Drucksachen 15/1094 (geänderte Fassung) und 15/1182 (geänderte

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Fassung) zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? –

(Abg. Peter Hauk CDU: Ganz knapp!)

Damit sind die Abschnitte II dieser Anträge mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

a) Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Energiespeichertechnologie und Stromnetzentwicklung in Baden-Württemberg – Drucksache 15/906

b) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Intelligente Stromnetze – „Smart-Grid“-Lösungen in der Gegenwart und für die Zukunft – Drucksache 15/1135

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung der antragstellenden Fraktion zu Buchstabe b fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten, und für das Schlusswort zu Buchstabe a fünf Minuten.

Das Wort zur Begründung des Antrags Drucksache 15/1135 erteile ich Herrn Abg. Nemeth.

(Unruhe)

Abg. Paul Nemeth CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zwar ist jetzt der letzte Tagesordnungspunkt aufgerufen, aber es geht dabei um ein sehr wichtiges Thema, nämlich die Energiewende. Wir sprechen im Landtag und auch in der politischen Diskussion sehr häufig über das EEG und die neuen Stromproduktionsverfahren. Heute geht es um ein Thema, das meiner Meinung nach, unserer Meinung nach in der politischen Diskussion zu kurz kommt, nämlich die Einführung von intelligenten Netzen, von intelligenten Zählern. Es geht natürlich auch um Speicher und Netze, die Gegenstand der von der SPD eingebrachten Großen Anfrage sind, die hier auch noch besprochen wird.

Ein ganz wichtiges Ziel der Energiewende ist die Steigerung der Energieeffizienz. Dieses Ziel können wir nur erreichen, wenn wir auch intelligente Netze bekommen. Denn wie sollen wir ein kluges und intelligentes Lastmanagement betreiben, wenn wir gar nicht wissen, wo und wann der Stromverbrauch stattfindet?

Deswegen ist es im Grunde auch richtig, dass die grün-rote Landesregierung in ihren Koalitionsvertrag geschrieben hat, dass sie gerade im Bereich der intelligenten Netze und der intelligenten Zähler eine Vorreiterrolle in der Bundesrepublik Deutschland einnehmen möchte.

Wenn ich mir jetzt aber die Stellungnahme zu diesem Antrag anschau, muss ich sagen: Ich bin enttäuscht. Stur, bürokratisch, ja technokratisch sind die Antworten, aber sie geben überhaupt keinen Impuls und keinen Spirit dafür, wie wir denn hier in Baden-Württemberg als Modellregion führend bei diesem Thema vorangehen wollen. Nichts zu sehen, nur leere,

bürokratische Worte, aber keine klaren, konkreten Konzepte und Vorschläge. Das muss ich leider gleich einmal hier bemängeln.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Was?)

Ihre Stellungnahme ist im Grunde auch sozusagen hoch unpolitisch; denn Sie sind überhaupt nicht mehr ambitioniert. Wir haben heute beispielsweise mit dem Holzenergie-Fachverband gesprochen. Auch die sind enttäuscht von Ihnen, Herr Minister Untersteller. In der Opposition haben Sie als Energiepolitiker große Versprechungen gemacht. Jetzt sind Sie seit über einem Jahr in der Regierung – nichts haben Sie eingelöst von dem, was damals versprochen wurde.

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Das ist nicht nur beim Thema Holz so, über das wir heute Mittag sprechen,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sie sind auf dem Holzweg!)

sondern intelligente Netze sind auch bei Smart Grid und bei Smart Metering ein ganz wichtiger Bereich, und von Ihnen ist dazu nichts zu sehen. Wir werden Sie auch bei diesem Thema weiter prüfen; denn es ist unsere Aufgabe, Herr Staatssekretär, die Regierung zu kontrollieren, ob es Ihnen gefällt oder nicht.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Doch, das machen wir! – Zurufe von den Grünen)

Sie haben schriftlich angekündigt, dass Sie dem Landtag vor der Sommerpause ein integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept vorstellen wollen. Da sind wir schon einmal sehr gespannt. Aber ich muss auch sagen: Ein reines Klimaschutzgesetz kommt angesichts der Dringlichkeit der Energiewende zu spät – seit über einem Jahr warten wir darauf –, und es ist auch zu wenig. Sie zäumen eigentlich das Pferd von hinten auf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von den Grünen: Seit Jahren kämpfen wir dafür!)

– Ja, Sie kämpfen seit Jahren dafür. Sie hatten jahrelang Zeit, dafür auch etwas zu tun. Jetzt sind Sie seit einem Jahr in der Regierung. Der Ministerpräsident hat gesagt, wir hätten ein Jahr bei der Energiewende verschlafen. Er hat offengelassen, wen er gemeint hat. Ich glaube, er hat seinen eigenen Umweltminister gemeint.

Wir wollen jetzt nicht nur Worte hören, sondern wir wollen auch endlich Taten sehen. Leiten Sie die Energiewende kraftvoll ein, und dies nicht nur bei den erneuerbaren Energien, sondern sehen Sie das gesamte Konzept! Dazu gehören Smart Grid, Smart Metering; dazu gehört Lastmanagement, dazu gehören intelligente Tarife für die, die dieses System nutzen. Wenn wir weiter so die Zeit verschwenden, werden wir in Baden-Württemberg die Energiewende verschlafen.

(Unruhe)

Wir waren auf Platz 1, meine Damen und Herren.

(Widerspruch bei den Grünen – Unruhe)

(Paul Nemeth)

Das Land Baden-Württemberg war laut unabhängigen Gutachtern auf Platz 1, wir sind Vorreiter für die Energiewende. Lesen Sie es nach, fragen Sie Ihren Ministerpräsidenten. Er selbst hat dies bei einer Pressekonferenz vor wenigen Wochen gesagt. Wir möchten, dass Sie dafür sorgen, dass Baden-Württemberg auf Platz 1 bleibt, und endlich Taten folgen lassen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Stober das Wort.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Zurück in der Realität!)

Abg. Johannes Stober SPD: Wir sind hier in der Realität, aber das gilt nicht für alle.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der Steigerung der Energieeffizienz ist die Entwicklung effizienter und ökonomisch attraktiver Speichertechnologien die dritte große Säule bei der Energiewende. Ich glaube, da sind wir uns einig. Ich möchte, weil jetzt viele Vorwürfe zu dem ganzen Thema kamen, sagen: Die SPD-Fraktion hat eine Große Anfrage dazu gestellt, was hierzu in Baden-Württemberg alles passiert. Es ist enorm viel, insbesondere in unseren Forschungseinrichtungen. Wir haben in dem einen Jahr, in dem Grün-Rot regiert, im laufenden Haushalt für die erneuerbaren Energien und die entsprechende Technologie sowie für deren weitere Erforschung noch einiges aufgelegt. Dazu kann der Minister vielleicht noch etwas Konkretes sagen.

Wir haben für das Windrad in Pfinztal am Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie ICT nochmals Geld hingelegt, und zwar 8,5 Millionen € verteilt auf vier oder fünf Jahre. Ich glaube, das zeigt, dass diese Landesregierung, diese Koalition die Energiewende ernst nimmt: der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Novellierung des Landesplanungsgesetzes, Fördermaßnahmen im Bereich Energieeffizienz und für die Energiespeicherung über die L-Bank, beispielsweise für die beiden Projekte, die ich vorhin genannt habe. Deswegen glaube ich, dass der Vorwurf, dass hier nichts passiere, völlig ins Leere läuft. Herr Nemeth, nehmen Sie einmal die Realität hier in diesem Land wahr.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg.
Nikolaos Sakellariou SPD)

Die zentrale Aufgabe ist, den Stromverbrauch und die Stromproduktion zusammenzubringen. Dies kann über die Speicherung von Energie, aber auch durch Lastverschiebungen funktionieren. Das Stichwort für die Lastverschiebung ist „Intelligentes Netz“ bzw. „Smart Grid“, ein Thema, das die CDU in ihrem Antrag aufgegriffen hat.

Dieses Thema wird in Zukunft immer bedeutender, da wir langfristig eine Stromwirtschaft rein auf der Basis erneuerbarer Energien anstreben, die überproportional durch Fotovoltaik und Windenergie geprägt sein wird. Die grundlastfähige Wasserkraft und möglicherweise künftig auch in relevantem Maß Geothermie werden zusammen mit Spitzenlastkraftwer-

ken auf Biomassebasis diesen Strommix zwar ergänzen; allerdings wird dies nichts daran ändern, dass der überwiegende Teil der Stromproduktion volatil, nicht mehr regelbar oder bestenfalls noch abregelbar und nur in Teilen vorhersagbar sein wird.

Die Konsequenz lautet: Wir brauchen mehr Speichertechnologien mit einem hohen Wirkungsgrad und zu bezahlbaren Preisen. Pumpspeicherkraftwerke sind hierfür derzeit die einzige ausgereifte und marktfähige Technologie. In der Vergangenheit dienten diese vor allem dazu, nachts den nicht mehr benötigten Atomstrom zu speichern, der dann am nächsten Tag in den Hauptlastzeiten verbraucht wurde. In Zukunft werden sie jedoch zur Speicherung regenerativer Energien gebraucht werden, die produziert, aber gerade nicht benötigt werden.

Pumpspeicherkraftwerke, wie sie derzeit in Atdorf und an anderen Orten geplant werden, sind daher in Zukunft keine „dreckigen Schleudern“ zur Speicherung des Atomstroms mehr, sondern Teil einer neuen, regenerativen Energiewirtschaft.

Ich kann daher allen Gegnerinnen und Gegnern des Baus des Pumpspeicherkraftwerks in Atdorf, die vor dem tragischen Unglück in Fukushima auch wirklich gute Argumente gegen dieses Kraftwerk hatten, nur zurufen: Nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Bundesrepublik Deutschland derzeit unumkehrbar aus der nicht verantwortbaren Kernenergie aussteigt. Bekennen auch Sie sich zur Energiewende, und sagen auch Sie, bei aller notwendigen Diskussion im Detail, mit uns zusammen Ja zum notwendigen Bau in Atdorf und zu den anderen geplanten Maßnahmen in Forbach, Blautal oder anderswo.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Auch andere Technologien, die in Zukunft hoffentlich Marktreife erlangen werden, können kein Grund sein, das, was heute getan werden muss, infrage zu stellen. Denn Pumpspeicherkraftwerke als kurzfristig wirksame, äußerst leistungsfähige Speichertechnologien, die wie z. B. das in Atdorf geplante Werk mit 1 400 MW in der Lage sind, ein modernes Atomkraftwerk zu ersetzen – wenn auch nur für wenige Stunden –, sind keine Alternative zu anderen Technologien wie z. B. Power-to-Gas.

Langfristig brauchen wir beides: leistungsfähige kurzfristige Speicher wie auch saisonale Langzeitspeicher, die wir im Sommer durch Sonnen- und Windstrom füllen und im Winter, wenn wir es in unseren Wohnungen und Büros warm haben wollen, wieder leeren können.

In diesem Bereich können auch durch Elektrolyse gewonnener Wasserstoff oder synthetisch hergestelltes Erdgas, für das schon heute eine funktionierende Infrastruktur zur Verfügung steht, die Speichertechnologien der Zukunft sein. So kann es gelingen – ich habe es am Anfang angesprochen –, den Wirkungsgrad entsprechend zu erhöhen und die Kosten zu senken.

Deshalb ist es wichtig, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir alle Anstrengungen unternehmen, dass technische Innovationen, die es an unseren Wissenschaftseinrichtungen erfreulicherweise zuhauf gibt, zu leistungs- und damit auch zu marktfähigen Produkten weiterentwickelt werden.

(Johannes Stober)

Die Fleißarbeit, die das Umweltministerium hier geleistet hat – in Baden-Württemberg passiert tatsächlich sehr viel –, ermöglicht uns einen umfangreichen Überblick über den augenblicklichen Forschungsstand, aktuelle Vorhaben, die Marktreife bestimmter Ansätze und mögliche Weiterentwicklungslinien und ist deshalb für uns Abgeordnete, aber auch für die interessierte Bevölkerung ein gutes Handwerkszeug für die weitere Arbeit an diesem wichtigen Thema.

Insbesondere gilt das für die derzeit laufende Entwicklung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts des Landes. Neben den Themenbereichen Ausbau erneuerbarer Energien und Energieeffizienz muss das Thema „Speicher und Netze“ – hier haben wir im Augenblick eine bundesweite Diskussion – und wir hatten zum Netzentwicklungsplan eine sehr interessante Veranstaltung des Umweltministeriums zusammen mit der TransnetBW, also unserer baden-württembergischen Übertragungsnetzgesellschaft – nach unserer Auffassung der dritte Schwerpunkt in diesem integrierten Energiekonzept des Landes sein, und zwar für alle drei Bereiche, den Stromsektor, den Wärmesektor und den Bereich der Mobilität.

Wichtig ist aber auch eine technologieoffene Herangehensweise. Es wird nicht die eine Technologie geben, die als eierlegende Wollmilchsau all unsere Probleme lösen wird. Zumindest glaube ich nicht daran. Vielmehr werden die einzelnen Technologien Stärken in verschiedenen Anwendungsbereichen haben. Ich nenne die Batterietechnologie im Kraftfahrzeugbereich, die aber auch als Kurzfristspeicher für Fotovoltaikstrom, der gerade nicht gebraucht wird, ihre Stärken hat und möglicherweise gar zum Zwischenspeichern großer Mengen an Windstrom dienen kann, und ich erinnere an das entsprechende Projekt am ICT in Pfinztal mit der Redox-Flow-Batterie, das das Land derzeit mit 8 Millionen € unterstützt.

Des Weiteren verweise ich auf die Wasserstofftechnologie, die ihre Stärken als Brennstoffzelle im Fahrzeug ausspielen kann, aber auch in anderen Bereichen, z. B. bei der Notstromversorgung. In der letzten Woche hatte ich die Freude, bei der Einweihung der ersten Anlage zur Notstromversorgung des BOS-Digitalfunks in Karlsruhe zu sein. Das ist das Positive, das man hier sieht. Denn wenn eine Brennstoffzelle an dieser Stelle eine Ausschreibung gewinnt, kann man sich sicher sein, dass sie preisgünstig ist, da sie sich offenbar auch im Rahmen der LHO als das wirtschaftlich günstigste Produkt erwiesen hat, und kann davon ausgehen, dass diese Dinge – in manchen Teilen sind sie es schon heute – marktfähig werden.

Das dritte Thema – ich habe es vorhin schon einmal angetippt – ist das Thema Power-to-Gas, also synthetisches Erdgas, für das schon heute eine funktionierende Speicherinfrastruktur vorhanden ist. Es hat sowohl bei der Verstromung in Kraftwerken, insbesondere auch in Blockheizkraftwerken, als auch natürlich bei der Wärmeversorgung, aber auch bei Erdgasfahrzeugen im Bereich der Mobilität seine Stärken. Ich erinnere beispielhaft nur an das Pilotprojekt im Emsland, durch das Audi einen innovativen Weg beschreiten will, um die EU-Vorgaben in Sachen CO₂-Ausstoß einzuhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns deshalb intensiv weiter an den Stellen, an denen es möglich ist – ich denke, davon gibt es einige –, über diese Themen diskutieren und gemeinsam Prozesse auf den Weg bringen. Wir halten es für lohnend, über unsere Große Anfrage zu diesem Thema – es

ist ein relativ komplexes Thema mit vielen Fragen – in der kommenden Unterausschusssitzung noch einmal etwas detaillierter zu diskutieren. Deswegen möchte ich für unsere Fraktion beantragen, unsere Große Anfrage an den Unterausschuss zu überweisen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit bei diesem wichtigen und zentralen Thema. Ich hoffe, wir werden hier gemeinsam etwas erreichen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Schoch das Wort.

Abg. Alexander Schoch GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich denke, wir haben heute ein Thema auf der Tagesordnung, das uns im Zuge der Energiewende natürlich sehr stark beschäftigt und auch unsere zukünftigen Diskussionen prägen wird. Es ist natürlich schon bemerkenswert, dass Sie, Herr Nemeth, gerade noch einmal deutlich gemacht haben, wie wichtig Ihnen die Energiewende ist,

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das ist unser Projekt!)

und mehr oder weniger zum Ausdruck brachten, dass Sie sich zur Speerspitze der Bewegung zählen. Das finde ich natürlich faszinierend, insbesondere vor dem Hintergrund, dass von Ihrer Seite bis zu den Landtagswahlen relativ wenig zum Thema Energiewende gekommen ist. Daher: Schauen Sie sich an, was wir in diesem einen Jahr gemacht haben. Wir haben schon sehr viel eingeleitet. Ich glaube, damit ist die Energiewende auch zu vollziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wer hat sie beschlossen?)

An dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank und Lob an das Ministerium für die umfangreiche und detailgenaue Antwort auf die Große Anfrage und für die Stellungnahme des Ministeriums zum Antrag zum Thema „Smart Grid“.

Die Energiezukunft hat spätestens mit dem breiten Konsens zum Atomausstieg begonnen. Während der Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem EEG – trotz der Torpedierung durch die Bundesregierung – weiter von uns vorangetrieben worden ist, stellt sich die Frage, ob sich auch die Sekundärstruktur für den Übergang in das Zeitalter der erneuerbaren Energien rechtzeitig entwickelt. Hierzu geben die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zur Speichertechnologie und die Stellungnahme zu dem Antrag zum Thema „Intelligente Stromnetze“ eine umfassende, hinreichende Antwort. Daraus wird deutlich, dass die Landesregierung auf dem richtigen Weg ist.

Die Umstellung der Stromversorgung auf erneuerbare Energien stellt natürlich das gesamte Versorgungssystem vor große Herausforderungen. Strom wird künftig nicht immer dann erzeugt, wenn er auch gebraucht wird, sondern bei ausreichend Wind und Sonne. Für den zeitlichen Ausgleich sollen und können u. a. Speicher sorgen. Unsere Politik ist darauf ausgerichtet, die Forschung zu intensivieren sowie Modell-

(Alexander Schoch)

projekte und Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Einspeicherung der Überschüsse von erneuerbaren Energien, die Ausspeicherung bei Erzeugungsdefiziten und natürlich die Bereitstellung von Regelenergie ermöglichen. Die zentrale Herausforderung besteht also darin, Überschüsse zu verwerten und Mangel auszugleichen, ohne Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien abzuschalten.

Neben der wichtigen Speichertechnologie gehören zur Energiewende auch Lösungen wie der Ausgleich über den europäischen Stromhandel, die Flexibilisierung der Erzeugung, beispielsweise durch flexible Gaskraftwerke, Wärmespeicher für KWK, intelligente Netze und Lastmanagement.

Über Art, Funktionsweise, Einsatzmöglichkeiten und Nachteile der unterschiedlichen Energiespeichertechnologien, über die Kurzzeitspeicher und eben auch über die Langzeitspeicher, gibt die Antwort der Landesregierung sehr gut Aufschluss.

Auch im Bereich der Forschung – das wird aus der Antwort der Landesregierung ebenfalls deutlich – sind wir auf dem richtigen Weg, was aus der hohen Anzahl an Forschungsprogrammen, den beteiligten Instituten und den Förderprogrammen in allen Technologiebereichen deutlich wird. Es wird aber auch klar, dass noch kontinuierlicher Forschungsbedarf besteht und weitere Anstrengungen unternommen werden müssen.

Sowohl die Landespolitik als auch die Wissenschaft haben die Problematik der Energiespeicherung erkannt. Die grün-rote Landesregierung ordnet durch die Förderung zahlreicher Forschungen dieser Thematik einen hohen Stellenwert zu. Auch in Zeiten knapper Haushaltsmittel lässt sich die Landesregierung die Energiewende wirklich etwas kosten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Paul Nemeth CDU: Wie viel?)

Die Antwort der Landesregierung zeigt auch, dass der tatsächliche technische und ökonomische Speicherbedarf äußerst schwer zu quantifizieren ist. Die Aufgabe von uns, der Politik, besteht insbesondere in der weiteren Förderung von Forschung und Entwicklung sowie der Markteinführung von Speichertechnologien. Hierbei ist aber, da die Energiewende und die Speicherfrage nicht nur ein Problem Baden-Württembergs sind, auch die Bundesregierung gefragt und sollte endlich tätig werden.

Auch die Frage nach einem rechtlichen Rahmen für den wirtschaftlichen Betrieb von Speichern ist bislang völlig offen. Genannt seien hierbei nur das Thema Netzentgelte oder andere Marktmechanismen wie die Einführung von Kapazitätsmärkten, die die Landesregierung in die Diskussion eingebracht hat.

Wir müssen und wollen auch weiterhin gemeinsam mit Unternehmen, mit der Wissenschaft und mit den Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der Energiewende Hemmnisse bei der Speichertechnologie abbauen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Dann tun Sie es doch einfach!)

– Das tun wir auch.

(Abg. Peter Hauk CDU: Tun! Machen! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Das läuft doch!)

Dazu brauchen wir Anreizmechanismen für die Speicherbereitstellung und Technologieentwicklung genauso wie für flexible Kraftwerke und ein intelligentes Lastmanagement, die Ausweitung der Forschungsförderung sowie die Förderung der Markteinführung von neuen Speichertechnologien.

Die Landesregierung hat auch in der Stellungnahme zu dem Antrag zum Thema „Intelligente Stromnetze“ deutlich gemacht, dass es einer effizienten Kombination von Maßnahmen der Speicherung, des Netzausbaus, der Lastverlagerung, des Lastmanagements sowie flexibler Gaskraftwerke, der Nachfragereduzierung und intelligenter Stromnetze bedarf. Wie bereits im Koalitionsvertrag beschrieben, wollen wir, dass Baden-Württemberg in dem angesprochenen Bereich deutschland- und europaweit eine Vorreiterrolle übernimmt.

In einem auf dezentrale und erneuerbare Energien ausgelegten Stromversorgungssystem ändert sich insbesondere die Aufgabe der Netze grundlegend. Wie in fast allen Bereichen der Energiewende, sei es beim Neubau von Windkraftanlagen, bei der Stromspeicherung oder bei Netzneubauten, muss die Bevölkerung auch bei der Einführung von Smart Grid verstärkt und von Anfang an einbezogen werden. Stichworte hierzu sind Stromzähler und Datenschutz.

Die installierten Modellprojekte, wie z. B. in meinem Wahlkreis ein Smart-Grid-Projekt, zeigen Lösungen auf. Dort werden Modelle auf Alltagstauglichkeit getestet, die entsprechende Umsetzungsmöglichkeiten darstellen.

Wie Sie der Antwort der Landesregierung ebenfalls entnehmen können, schätzt die europäische Smart-Grid-Technologieplattform, dass die deutsche Industrie insbesondere in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnik, Maschinen- und Anlagenbau sowie Elektro- und Automatisierungstechnik europaweit ihren Spitzenplatz ausbauen wird.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wie viel Zeit hat er noch? – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Lieber Kollege, bitte kommen Sie zum Schluss.

Abg. Alexander Schoch GRÜNE: Ich bin gleich so weit. – Die grüne Landtagsfraktion sieht die Potenziale von Smart-Grid-Systemen für die Energiewende und für die heimische Wirtschaft und möchte die Chance nutzen. Wir wollen diesen Weg zusammen mit allen beteiligten Akteuren gehen und die Zusammenarbeit mit Forschung, Wirtschaft und Verbrauchern suchen. Smart-Grid-Systeme werden auch ihren Platz im integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept der grün-roten Landesregierung finden.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Glück das Wort.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorab, Herr Stober und Herr Schoch: Dass Sie die Frechheit besitzen, hier jetzt eine solche

(Andreas Glück)

Orgie des Selbstlobs durchzuziehen, ist wohl völlig lachhaft und überhaupt nicht angebracht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Herr Schoch, Sie schauen immer zurück und tun so, als ob Sie die Energiewende beschlossen hätten. Wer hat sie denn beschlossen? Das waren doch nicht Sie.

(Beifall bei der FDP/DVP – Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Aus voller Überzeugung haben Sie es beschlossen! – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das ist ja lächerlich! – Lebhaftige Unruhe)

Auf welch dünnem Eis Sie sich bewegen, haben Sie doch gerade selbst abgelesen. Sie haben doch geschrieben, was man alles machen muss: Man muss Gesetze ausbauen, man muss sparen, man muss Speichertechnologien entwickeln. Machen Sie es doch! Sie wollten doch die Landesregierung übernehmen. Jetzt sind Sie am Zug.

(Abg. Alexander Schoch GRÜNE: Wenn Sie die Antwort auf die Anfrage gelesen hätten, wüssten Sie es!)

Herr Stober, Sie sagten vorhin – da haben Sie sich auch so großartig gelobt –: „Das Landesplanungsgesetz wurde geändert.“ Der Erfolg mag noch bezweifelt werden, u. a. wenn man das Ganze unter dem Aspekt betrachtet, dass es, wie z. B. in Gaildorf, eine neue Generation von Windkraftanlagen gibt. Sie haben bei dieser Änderung des Landesplanungsgesetzes mit keinem Deut darauf geachtet, für diese neue Generation von Windkraftanlagen, die auch Strom speichern kann, Standorte beizubehalten. Sie brauchen für diese neue Art der Windkraftanlagen nicht nur Wind, sondern Sie brauchen auch Gefälle und Wasser. Mit keinem Deut haben Sie das berücksichtigt. Sie sagen, die Novellierung des Landesplanungsgesetzes sei das Erste gewesen. In Klammern gesprochen: Die Novellierung kommt nicht einmal vom Umweltministerium, sondern vom MVI.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Gutes Verkehrsministerium!)

– Setzen Sie sich hin; das macht sonst Schatten.

(Heiterkeit – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was soll das? Das ist ja eine Frechheit!)

Das Zweite ist der Windkrafteffizienz, und das Dritte ist die Speicherung, Power-to-Gas. Wenn Sie hier so tun, als hätten Sie das ZSW erfunden, ist das doch lächerlich. Das gab es schon lange vor Ihrer Zeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Worüber Einigkeit herrschen mag, ist der Ausbau der Stromnetze. Die großen Stromtrassen sollen zukünftig vom Bund geplant werden. Ich bin überzeugt davon, dass das da auch richtig angesiedelt ist. Denn es ist ein überregionales Thema. Wie wollen Sie einem Menschen erklären, dass 300 km hinter ihm jemand Strom produziert und 300 km vor ihm jemand Strom kaufen möchte? Es ist unglaublich schwer, den Leuten vor Ort zu erklären, warum diese Stromleitung gera-

de hier entlangläuft. Deswegen ist das ein überregionales Thema, und das ist auch gut so.

Auch der Tatsache, dass wir die umweltschutzrechtlichen Vorgaben stärker überprüfen wollen, wurde entsprochen. Das ist auch richtig so. Das mag an der einen oder anderen Stelle wehtun. Aber wir haben zu dieser Energiewende Ja gesagt und müssen nun auch die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, tragen.

(Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Wer hat denn Ja gesagt?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird hier manches Mal so getan, als könnte man jetzt über die regenerativen Energien und mit ein paar zusätzlichen Speichervorrichtungen das ganze Problem in den Griff bekommen. Das ist jedoch nicht so. Wir müssen über neue Kohle- und Gaskraftwerke reden. Diese arbeiten inzwischen deutlich effizienter. Anders werden wir es nicht schaffen.

(Zuruf von den Grünen)

Im Übrigen bin ich sehr enttäuscht: Von der Landesregierung hört man bis auf Äußerungen zum Thema Windkraft rein gar nichts.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wo bleiben Ihre Ansätze, z. B. was die Tiefengeothermie angeht? Reden Sie doch einmal mit dem Landesforschungszentrum Geothermie. Die werden Ihnen sagen, dass sie bis zum Jahr 2020 10 % Stromanteil aus Tiefengeothermie beisteuern können. Diese Form der Energieerzeugung wäre zudem grundlastfähig. Reden Sie doch einmal mit denen! Wo bleiben die innovativen Ansätze?

(Abg. Manfred Kern GRÜNE: In Brühl steigt die CDU gerade aus!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was das ZSW angeht, habe ich schon etwas dazu gesagt. Sie tun gerade so, als ob Sie dieses Institut erfunden hätten. Geben Sie es zu: Das hat es vorher schon gegeben, und das ZSW leistet – darüber herrscht hoffentlich Einigkeit – hervorragende Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jawohl!)

Aber im Bereich Smart-Grid-Technologie leistet z. B. auch die EnBW hervorragende Arbeit. Übrigens nur zur Erinnerung: Dieses Unternehmen, das Sie die ganze Zeit nun schamlos schlechtreden –

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

Das Thema „Smart Grid“ ist übrigens nicht nur deshalb so interessant, weil es intelligente Stromzähler gibt. Das ist das eine. Aber was die intelligenten Stromtransformatoren betrifft, fordere ich Sie auf: Schauen Sie sich doch in Freiamt einmal an, welche hervorragende Arbeit die EnBW dabei leistet. Ich finde, dieses Unternehmen hat es nicht verdient, dass man sagt: „Der Laden ist bloß die Hälfte wert.“

(Andreas Glück)

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Thema verfehlt! –
Gegenruf des Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU:
Nein, genau richtig!)

Vielleicht darf ich mir auch folgende Anmerkung noch erlauben: Ein Finanz- und Wirtschaftsminister, der sich so verhält wie die Leute, vor denen er ständig warnt, begeht eine Frechheit. Er spekuliert nämlich hier um Milliarden und um Arbeitsplätze.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Unruhe)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die traurige Erkenntnis, wenn man Bilanz zieht, ist: Beim Thema Energiewende befindet sich die Landesregierung offensichtlich im Tiefschlaf. Woran man das am besten sehen kann – ich komme zum Schluss –, ist nicht nur der inhaltliche Aspekt, sondern auch die Frage, wie viel Geld die Landesregierung denn in die Hand nimmt, um die Energiewende voranzubringen. Es sind 10 Millionen €, die hierfür im Haushalt stehen. Diese Summe ist lächerlich.

Deswegen an dieser Stelle noch eine Anmerkung – es ist die letzte –: Stimmen Sie endlich dem Steuerabkommen mit der Schweiz zu. Dann können Sie Jahr für Jahr vom Land aus einen dreistelligen Millionenbetrag in die Energiewende stecken. So kann man das schaffen und nicht anders.

Danke.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU – Abg. Helen Heberer SPD: Damit fördern Sie
die Steuerhinterziehung!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Untersteller das Wort.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Nemeth und Herr Kollege Glück, ich will es einmal so sagen: Ihr Glück ist, dass ich weiß, was Fundis sind. Das, was Sie hier vorgetragen haben, sind reine Fundi-Reden.

(Vereinzelt Beifall)

Es sind Fundi-Reden, die sich mit der Situation, vor der wir hier stehen, inhaltlich überhaupt nicht auseinandersetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich will nur ein Beispiel nennen. Sie stellen sich hier hin und fragen: Wer hat die Energiewende gemacht?

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Wer hat sie denn beschlossen?)

Ich will es Ihnen sagen: Es gab einmal eine Bundesregierung, die beschlossen hat, aus der Atomenergie auszusteigen. Das war 2002. Diese Bundesregierung hat damals das EEG auf den Weg gebracht. Es war die schwarz-gelbe Bundesregierung, die im Herbst 2010 gemeint hat, all das rückgängig machen

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

und wieder eine Laufzeitverlängerung auf den Weg bringen zu müssen. Diese hätte dazu geführt, dass z. B. Reaktoren wie

Neckarwestheim II bis weit ins Jahr 2040, Philippsburg 2 bis nach 2035 und Neckarwestheim I bis nach 2020 am Netz geblieben wären. Den Mund können Sie ruhig wieder zumachen, es ist einfach so.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Und wer ist dann wieder ausgestiegen?)

Letztendlich hat es des tragischen Unglücks in Fukushima bedurft, dass die Bundesregierung – das sage ich durchaus anerkennend – wieder eine Kehrtwende vollzogen hat und man im letzten Jahr die Beschlüsse gefasst hat, an denen alle Parteien in Berlin und dann auch die Bundesländer beteiligt waren. Daher: Nehmen Sie also ein bisschen mehr Luft raus, wenn Sie hier stehen und sich aufpumpen, was Sie alles schon gemacht haben.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Sie haben ja gesagt, wer es beschlossen hat!)

Zweitens: Von wegen, wir hätten nichts gemacht. Ich werde jetzt keine komplette Auflistung vorlegen; das habe ich kürzlich bei einer Pressekonferenz gemacht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die ist aber schnell fertig!)

Es gibt dazu ein ausführliches Papier, das Sie auf meiner Webseite finden können. Ich nenne nur ein paar Stichworte.

Herr Kollege Glück, wenn man sich hier beklagt, wir hätten nicht genug Geld für die Energiewende eingestellt, dann sage ich Ihnen nur einmal Folgendes: Es sind diese Landesregierung und die Mehrheit dieses Parlaments gewesen, die die Mittel für die Energiewende und den Klimaschutz für 2012 gegenüber den Ansätzen, die wir vorher hatten, verdoppelt haben – sogar mehr als verdoppelt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Paul Nemeth CDU: Im Promillebereich!)

– Nichts Promillebereich. Mit dem Rechnen haben Sie es ja nicht so. Das hat man spätestens bei der EnBW gesehen.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Paul Nemeth CDU: Polemik!)

Daher, Herr Nemeth, machen wir einmal Folgendes: Schauen Sie in den Haushalt, dann werden Sie folgende Zahlen finden.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Wie viel ist es denn?)

– Wollen Sie es jetzt hören oder nicht?

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Ja, klar! Wie viel? – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Nein, jetzt rede ich, und anschließend können Sie zwischenfragen.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Lieber polemisieren!)

– Das sagt der Richtige.

(Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

(Minister Franz Untersteller)

Wenn Sie in den Haushalt schauen, werden Sie an den Zahlen sehen, dass wir mittlerweile, was Klimaschutz und Energiewende in Baden-Württemberg betrifft – zusammen mit den Mitteln des KIF; das sind rund 5 Millionen €, die im KIF sind –, im Haushalt für 2012 insgesamt rund 28 Millionen € zur Verfügung haben.

Kommen wir wieder zu der Behauptung, wir hätten nichts gemacht. Erstens: Ich verweise auf das Landesplanungsgesetz, den Windenergieerlass – verabschiedet im ersten Jahr. Zweitens – ich habe es gerade gesagt – haben wir die Mittel für die Energiewende und den Klimaschutz verdoppelt. Drittens gibt es seit 1. April zwei neue Förderprogramme, die wir gemeinsam mit der L-Bank aufgelegt haben. Das sind Mittel meines Hauses und von der L-Bank zum Thema „Energieeffizienz im Gebäudebereich“, ein Thema, von dem ich immer gedacht habe, das sei Ihnen genauso wichtig wie mir. Heute habe ich gelernt, dass plötzlich ganz andere Dinge wichtig sind.

Ein zweites Programm haben wir zum Thema „Energieeffizienz in kleinen und mittelständischen Unternehmen“ aufgelegt, wofür uns die Wirtschaft in Baden-Württemberg sehr dankbar ist. Das gilt insbesondere für die kleinen Unternehmen.

Schauen Sie sich einmal an, wie diese Programme ankommen. Nehmen wir das Gebäudeeffizienzprogramm, das wir aufgelegt haben. Zu meiner eigenen Verwunderung habe ich gehört, dass schon nach sechs Wochen, also Mitte Mai, ein Darlehensvolumen – hören Sie jetzt gut zu, Herr Kollege Nemeth – von rund 130 Millionen € abgerufen wurde. Ich persönlich hatte eher gedacht, die ursprünglich von uns angenommenen Zahlen – pro Jahr könnten wir damit 500 Millionen € Darlehen bewegen – seien äußerst optimistisch. Mittlerweile muss ich erkennen: Voraussichtlich werden wir das übertreffen.

Auch beim Förderprogramm für KMUs haben wir eine sehr positive Entwicklung. Ich habe jetzt keine Zahl, aber nach den ersten sechs, sieben Wochen haben wir ein Darlehensvolumen in einer Größenordnung von 35 bis 40 Millionen € bewegt.

Ein weiterer Punkt zum Thema „Nichts gemacht“: Wer hat denn bundesweit die Debatte über die Frage angestoßen, wie viel an konventionellen Kapazitäten wir in Ergänzung zu den erneuerbaren Energien brauchen? Herr Kollege Glück, Sie stellen sich hier hin und sagen: „Wir brauchen Gaskraftwerke, wir brauchen Kohlekraftwerke.“ Dazu will ich Ihnen Folgendes empfehlen: Lassen Sie sich einfach einmal von ein paar Leuten aus der Energiewirtschaft erklären, wie die Lage ist. Es reicht nicht aus, zu sagen, man braucht es, und man will es. Es reicht auch nicht aus, das in einen Koalitionsvertrag zu schreiben.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Richtig!)

Sie müssen vielmehr sagen, wie diese Kapazitäten unter den sich dramatisch verändernden ökonomischen Rahmenbedingungen in den Markt kommen. Die ökonomischen Rahmenbedingungen sind nun einmal so – schauen Sie an die Börse in Leipzig –

(Glocke der Präsidentin)

– nein, ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu –, dass es sich derzeit aus zwei Gründen nicht rechnet, neue Kapazitäten zu

errichten: Erstens sind die Börsenkurse an der Strombörse im Rutschen begriffen. Zweitens ist es so: Je erfolgreicher die erneuerbaren Energien sind und je mehr wir im Bereich der erneuerbaren Energien ausbauen, desto geringer werden die Jahresstundenzahlen konventioneller Anlagen. Angesichts dessen muss man sich mit den ökonomischen Rahmenbedingungen auseinandersetzen und darf sich nicht hier hinstellen, als wäre man in einer BI-Versammlung und könnte Forderung an Forderung reihen. Dazu sind wir nämlich nicht da; dazu gibt es Bürgerinitiativen.

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Hier sind wir dazu da, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit solche Kapazitäten zukünftig in den Markt kommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Noch ein weiterer Punkt zu der Behauptung, wir hätten nichts gemacht: Sie werden von mir nicht hören, dass ich alles schlechtere, was in der Vergangenheit war. Baden-Württemberg war im Bereich der Forschung auch in der Vergangenheit schon gut aufgestellt. Denken Sie an das ZSW in Stuttgart und in Ulm, an die Fraunhofer-Institute, an das KIT, an die ganzen universitären Forschungsinstitute. Kein anderes Land in Deutschland ist, was den ganzen Bereich Energieforschung, Speichersforschung, aber auch Infrastrukturforschung betrifft, so gut aufgestellt wie Baden-Württemberg.

Das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme in Freiburg z. B. hatte vor ein paar Jahren 100, 200 Mitarbeiter. Heute hören Sie Zahlen von 1 100, 1 200 Mitarbeitern.

Eine ähnliche Entwicklung, wenn auch nicht in dieser Größenordnung, haben wir auch beim ZSW. Das ist mittlerweile eines der fragtesten Institute in Deutschland. Die Bundesregierung hat die Leitung des ZSW hier in Stuttgart nicht umsonst in das Vierergremium berufen, das den Monitoringprozess zur Energiewende in Deutschland begleitet.

Schauen wir einmal, wie es in Berlin aussieht, Herr Kollege Nemeth. Manches ist dort auf den Weg gebracht worden. Andererseits haben wir aber auch eine Bundesregierung erlebt mit einer Kanzlerin an der Spitze, die im Jahr 2007 – damals hatte Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft – überall als Klimakanzlerin gefeiert wurde und deutlich gemacht hat, welche Ziele man setzen muss, beispielsweise bei der CO₂-Minderung, aber auch beim Thema Energieeffizienz.

Mittlerweise wissen wir, dass es diese Bundesregierung war, ein gewisser Herr Rösler, der eine Energieeffizienzrichtlinie der EU, des EU-Kommissars Oettinger, ausgebremst hat. Es sind vor allem Sie, die in den letzten Jahren immer dann, wenn es darum ging, Energieeffizienz voranzubringen – z. B. bei der Energieeffizienzrichtlinie –, das Ganze ausgebremst haben.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Und Sie bei der Gebäudesanierung!)

Deshalb würde ich an Ihrer Stelle hier etwas bescheidener auftreten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

(Minister Franz Untersteller)

Wenn man sich anschaut, wodurch sich vor allem in diesem Jahr die Energiepolitik auf Bundesebene für die Öffentlichkeit ausgezeichnet hat, sieht man: vor allem im Streit zwischen zwei Ministerien, zwischen Rösler und Röttgen. Das war das Markenzeichen. In einem waren sie sich einig – das ging ganz fix –, nämlich beim Zusammenstreichen der Solarstromförderung. Da waren sie sich einig. Gott sei Dank wurden sie von zwei Dritteln im Bundesrat ausgebremst, auch von Landesregierungen schwarz-gelber Couleur.

Am letzten Montag haben wir in Berlin bis in die Nachtstunden zusammengesessen – vier A-Länder, vier B-Länder, dazu der Bund – und um einen Kompromiss gerungen. Jetzt, in diesen Stunden, tritt der Vermittlungsausschuss zusammen. Ich bin eigentlich sehr optimistisch, dass wir einen tragfähigen Kompromiss gefunden haben.

Ich will jetzt hier nicht aus dem Nähkästchen plaudern – das macht man nicht; ich jedenfalls mache das nicht –, aber ich empfehle Ihnen, diesen Kompromiss einmal zu betrachten, wenn er morgen vorliegt. Schauen Sie sich in diesem Zusammenhang nicht nur das an, was wir im EEG geregelt haben. Es wird auch eine Protokollerklärung darüber geben, was man über das EEG hinaus machen wird. Dann werden Sie finden, dass sich Bund und Länder über das Thema Speicherförderung verständigt haben. Dann werden Sie einen Betrag finden, der in einem hohen zweistelligen Millionenbereich liegt, mit dem zukünftig dezentrale Speicherung vonseiten des Bundes gefördert werden soll. Sie werden auch eine Protokollnotiz zu der Frage finden, wie zusätzlich zu dem, was Bund und Länder schon bisher machen, die Forschungsförderung zukünftig noch ausgeweitet werden soll. Auch dazu werde ich jetzt hier keine Zahlen nennen.

Einige Zahlen möchte ich Ihnen aber zu dem nennen, was wir gemacht haben – von wegen, Herr Kollege Nemeth und Herr Kollege Glück, wir hätten im letzten Jahr nichts gemacht –, um den ohnehin schon guten Stand der Forschung in Baden-Württemberg beim ZSW, beim DLR, bei den Fraunhofer- und den anderen Instituten weiter voranzubringen.

Wir haben Anfang Februar im Kabinett mit Unterstützung der beiden Koalitionsfraktionen ein neues Forschungsprogramm im Bereich der Energiespeicherung verabschiedet, mit dem wir zusätzlich zu den Mitteln, die wir ohnehin schon zur Verfügung stellen, 1,5 Millionen € pro Jahr bereitstellen. Wir haben mittlerweile knapp 60 Projektanträge vorliegen – die Antragsfrist ist in der letzten Woche abgelaufen –, die wir derzeit auswerten. Ich bin guter Dinge, dass darunter eine Reihe von guten Projektanträgen sein werden.

Zu dem, was wir ohnehin schon auf den Weg gebracht haben, noch ein anderes Beispiel, Herr Kollege Glück. Sie müssen einfach auch einmal Fakten wahrnehmen und dürfen hier nicht immer nur mit Polemik vorgehen.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Das habe ich von Ihnen gelernt! – Abg. Paul Nemeth CDU: Das sagt der Richtige!)

Es waren die beiden Koalitionsfraktionen, die sehr frühzeitig – im Jahr 2011 – rund 8 Millionen € für die kommenden Jahre zur Verfügung gestellt haben – für das Fraunhofer-Institut in Pfnztal, 8 Millionen € für die Weiterentwicklung von

Redox-Flow-Batterien. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, was das ist.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Keine Sorge!)

Das sind wirklich Technologien, die wir – –

(Abg. Paul Nemeth CDU: War das jetzt polemisch oder nicht?)

– Nein, das war nicht polemisch.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Dann war es Arroganz! – Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Was Polemik angeht, kann man von Ihnen viel lernen, Herr Minister! – Gegenruf des Abg. Johannes Stober SPD: Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es manchmal zurück!)

An diesen Beispielen können Sie sehen, dass wir uns bei diesen Themen wirklich nicht zu verstecken brauchen und dass wir, was die Forschungssituation betrifft, auch weiterhin bundesweit eine Spitzenposition einnehmen werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Noch eines zu Ihren Ausführungen zur Geothermie: Wer hat denn die Genehmigung für Brühl erteilt, auch gegen den Widerstand von Bürgerinitiativen? Wer war denn das? War das ein Wirtschaftsminister Pfister, war das die vorherige Landesregierung, oder war das die jetzige Landesregierung? Wer bringt dieses Projekt voran, damit die Tiefengeothermie in Baden-Württemberg wieder eine Chance hat? Wer hat das gemacht? War es die jetzige Landesregierung oder die vorherige?

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Wie viele Bohrungen gibt es denn?)

Jetzt muss man einmal Folgendes sehen, Herr Kollege Glück: Wir stehen vor dem Problem, dass man vor dem Hintergrund der Probleme, die wir in Basel und die wir in Landau gesehen haben, erst einmal wieder Akzeptanz herstellen muss. Uns geht es darum, gerade am Beispiel Brühl zu zeigen, dass diese Technologie eine Chance hat. Davon bin ich fest überzeugt, aber dafür müssen Sie erst einmal ein Projekt erfolgreich durchziehen. Dies werden wir machen, und zwar unter Berücksichtigung all der Sicherheitsanforderungen, die dazugehören. Ich bitte Sie, das wenigstens einmal zur Kenntnis zu nehmen, statt hier solche Polemik abzulassen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Jetzt kommen wir zur Frage Netzinfrastruktur. Seit gut dreieinhalb Wochen liegt der Entwurf des Netzentwicklungsplans vor. Den hat die Bundesnetzagentur vorgelegt. Hintergrund waren die Vorlagen der vier Netzbetreiber. Diejenigen, die sich näher damit befassen, wissen: Im Kern beinhaltet der Plan drei große Gleichstromtrassen von Nord nach Süd. Eine teilt sich dann noch einmal, sodass unten dann vier Stränge anlanden, drei davon in Baden-Württemberg, einer in Bayern – plus noch einige Projekte im Wechselstrombereich. Alles in allem reden wir über 3 800 km, Baden-Württemberg ist davon mit 330 km betroffen – mit etwa 240 km im Gleichstrom- und ansonsten im Wechselstrombereich.

(Minister Franz Untersteller)

Baden-Württemberg ist das erste Bundesland gewesen, das am 18. Juni mit dem hiesigen großen Netzbetreiber, nämlich mit Transnet Baden-Württemberg, eine große Informationsveranstaltung durchgeführt hat. Wenn Sie mit den Transnet-Leuten reden, dann werden Sie von denen hören, dass die anderen Netzbetreiber völlig überrascht waren, wie schnell wir dieses Thema hier auf der Reihe hatten und wie schnell wir auch so eine große Veranstaltung organisiert hatten, um über die Notwendigkeit, den Inhalt und die Details des Netzentwicklungsplans zu informieren.

Das war für uns nur die Auftaktveranstaltung. Wir werden weitere Veranstaltungen durchführen, nämlich dort, wo die Gleichstromtrassen dann anlanden – im Bereich Philippsburg, auch im Bereich nördlich von Neckarwestheim, im Bereich Aalen/Goldshöfe, Herr Kollege Mack.

Daher können Sie davon ausgehen: Wir nehmen dieses Thema sehr ernst, ebenso wie wir das Thema „Ausbau und Umgestaltung der Verteilnetze in Baden-Württemberg“ ernst nehmen. Hier sind wir seit einem Jahr in engen Konsultationen auch mit den Netzbetreibern in Baden-Württemberg. Es gibt erste Versuchsprojekte, um das voranzubringen. Dies muss man Stück um Stück machen, auch beruhend auf den Erfahrungen der dena-Netzstudie für den Verteilbereich. Die ist derzeit in Bearbeitung. An ihr sind wir beteiligt.

Dann wird es auch um solche Fragen – auch sie werden in der dena-Netzstudie mit bearbeitet, gemeinsam mit uns – wie die des sogenannten Demand-Side-Managements gehen. Da geht es um die Frage: Wie kommen wir zu abschaltbaren Lasten, die es gibt? Das KIT-Gutachten beispielsweise beziffert sie für Baden-Württemberg auf eine Größenordnung von 200 MW.

Dann wird die Frage sein: Wie gelingt es uns, die in den kommenden Jahren tatsächlich zu mobilisieren? Dafür muss man ökonomische Modelle entwickeln, die es für diejenigen, die solche abschaltbaren Lasten haben, auch interessant machen, bei solchen Projekten mitzumachen. Aber da gilt eben auch: Es kommt darauf an, dass sozusagen auch die Details stimmen, um so etwas auf den Weg zu bringen. Mit klugen Sprüchen, wie Sie sie hier bringen, ist mir hier wirklich nicht geholfen.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Neunmalklug!)

Noch ein Wort zu Power-to-Gas. Herr Kollege Glück, ich renne nicht sonntags durch die Gegend und erzähle, wie notwendig und wichtig mehr Energieeffizienz sei, wie wichtig das Thema Energieeffizienz sei, um dann montags einer Technologie das Wort zu reden, die im Moment einen Wirkungsgrad von 35 % hat – 35 %! Warum? Power-to-Gas hat im Moment einen Wirkungsgrad von 35 %, während Sie bei einem Pumpspeicher einen Wirkungsgrad von über 80 % haben.

Das heißt, es geht vor allem darum, in den kommenden Jahren die vom Grundansatz her richtige und gute Überlegung Power-to-Gas aufzugreifen, nämlich das Gasnetz für die Speicherung zu nutzen, dies weiter voranzutreiben, die Entwicklung und die Forschung weiter voranzutreiben sowie die Kosten zu reduzieren. Denn im Moment lässt sich das auch kostenseitig nicht darstellen.

Noch ein paar Worte zum Thema „Speicherung und Kosten“. Atdorf und andere Speicherprojekte werden nicht am Wider-

stand von Bürgerinitiativen oder von irgendjemand anderem scheitern. Vielmehr werden Atdorf und andere Projekte daran scheitern – wenn sie scheitern –, dass sich die ökonomischen Rahmenbedingungen mit der Energiewende dramatisch verändert haben.

Früher sah das Geschäftsmodell so aus: nachts billig hochpumpen, tagsüber, wenn Spitzenlaststrombedarf da ist, teuer runterlassen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Dieses Geschäftsmodell funktioniert nicht mehr, weil mittlerweile andere diesen Job übernommen haben. Um Ihnen ein Beispiel zu geben: Sie haben um die Mittagszeit in Baden-Württemberg eine Solareinspeisung, die an einem sonnigen Tag in der Woche in einer Größenordnung von 25, 30 % liegt; am Wochenende ist es manchmal sogar noch mehr. Das heißt, die Solarenergie übernimmt diesen Job. Damit ist in den letzten vier Jahren die Differenz zwischen den Grundlast- und den Spitzenlaststrompreisen von etwa 40 % auf einen einstelligen Prozentsatz zusammengeschnürt.

Wenn Sie mit Leuten aus der Branche reden, stellen Sie fest, dass man im Moment in einer Phase ist, zu überlegen: Was machen wir, wenn wir die Erneuerbaren weiter ausbauen? Wir brauchen solche Projekte wie Atdorf. Davon bin ich fest überzeugt.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Aber dann geht es darum, dass wir hier auch neue Geschäftsmodelle entwickeln müssen. Auch da bin ich der festen Überzeugung, dass ein Kapazitätsmarkt – eine Überlegung von mir, um das Beispiel wieder einmal zu nennen – vielleicht eine Chance ist, um in einer Situation, in der sich die Börsenpreise nicht mehr rechnen, auch solche Speichertechnologien in den Markt zu bringen. Daran, dass wir das in einer Situation, in der wir in Baden-Württemberg bei den Erneuerbaren in Richtung 38 % gehen wollen, tun müssen, führt kein Weg vorbei.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das heißt unter dem Strich, Herr Kollege Nemeth, Herr Kollege Glück: Ich würde einmal dazu raten, dass wir wieder zu einer sachlicheren Auseinandersetzung und Diskussion zurückfinden. Denn unter dem Strich geht es um Chancen für den Industriestandort Baden-Württemberg. Es sind die hiesigen Firmen, es sind die hiesigen Forschungseinrichtungen, die von diesen Themen profitieren. Daher rate ich Ihnen einfach: Lassen Sie einmal die Polemik weg. Lassen Sie uns über Inhalte diskutieren, und bringen Sie hier statt plumper Polemik auch einmal eigene Vorschläge, mit denen man sich auseinandersetzen kann.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Von Ihnen habe ich keinen einzigen Vorschlag gehört, was von Ihrer Seite aus in diesen Fragen in den kommenden Jahren zu erwarten ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Nemeth das Wort.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir brauchen Energie ohne Ende! – Heiterkeit)

Abg. Paul Nemeth CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Minister Untersteller, Sie haben jetzt über 20 Minuten gesprochen,

(Zuruf: Das war aber gut! – Abg. Jörg Fritz GRÜNE:
Das war eine Lehrstunde! – Gegenruf des Abg. Dr.
Friedrich Bullinger FDP/DVP: Mit zwei e!)

aber zum Thema, zu der Großen Anfrage der Fraktion der SPD und zu dem Antrag der Fraktion der CDU haben Sie so gut wie nichts gesagt. Sie kommen mir schon etwas vor wie Roberto Blanco:

(Heiterkeit)

seit 20 Jahren kein Hit,

(Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

aber für die Vergangenheit noch immer den Applaus einkassieren. Sie bekommen nämlich nur Applaus für die Vergangenheit.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Zurufe – Unruhe)

Wir bekommen Applaus für die Zukunft, denn wir haben ein Energiekonzept vorgelegt, und das erfährt sowohl innerhalb der Union als auch innerhalb der Bevölkerung eine breite Zustimmung. Sie fordern uns auf, eigene Konzepte vorzulegen, haben aber seit einem Jahr selbst nichts Eigenes vorgelegt, während die Opposition ein fertiges Konzept vorlegt. Da möchte ich schon einmal fragen, wer in diesem Haus polemisch ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von den Grünen)

Die Landesregierung fordert von der Bundesregierung einen Masterplan für die Energiewende; das ist in Ordnung. Aber wir fordern in unserem Antrag – kein Wort von Ihnen dazu – einen Masterplan für Baden-Württemberg. Das, was ich von anderen fordere, muss ich doch erst einmal selbst erledigen! Wo ist denn da die Ehrlichkeit?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Noch etwas anderes, zur Energieforschung: Auch Sie, Herr Schoch, sagen bei Podiumsdiskussionen seit Wochen und Monaten, die Landesregierung würde für Forschung und Entwicklung viel tun. Aber Zahlen nennen Sie nicht.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

– Wir reden jetzt über Forschung und Entwicklung. Dazu will ich Ihnen einmal sagen: Die Bundesregierung, die Sie ständig kritisieren, hat allein für den Bereich Energieentwicklung und -forschung den Etatansatz von 400 Millionen € auf 850 Millionen € erhöht. Davon profitieren auch die baden-württembergischen Lehreinrichtungen und Forschungseinrichtungen.

Das ist ein Wort: 850 Millionen € im Jahr. Nennen Sie bitte den Betrag, den das Land Baden-Württemberg für Entwicklung und Forschung bereitstellt. Mir ist er nicht bekannt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dann sagten Sie, Sie hätten, wenn man alles dazurechnet, 28 Millionen € „zusammengenagelt“. Das ist richtig, und das mag auch sein. Schauen wir uns doch einmal an, was andere Länder seit Fukushima leisten, seitdem wir eine andere Notwendigkeit und Dringlichkeit für die Energiewende haben. Ich mache es Ihnen leicht: Ich ziehe nicht ein anderes von Grün-Rot, aber ein von Rot-Grün geführtes Bundesland, nämlich Nordrhein-Westfalen, als Beispiel heran. Nordrhein-Westfalen gibt z. B. 200 Millionen € pro Jahr aus dem eigenen Landeshaushalt für die Energiewende aus. Sagen Sie also nicht, Baden-Württemberg würde eine Vorreiterrolle einnehmen, wie Sie es im Koalitionsvertrag ankündigen, ohne dann zu liefern. Das ist eine Kritik, die wir weiter üben werden, denn wir wollen, dass Sie besser werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stober das Wort.

Abg. Johannes Stober SPD: Herr Kollege Nemeth, Herr Untersteller ist jetzt gut ein Jahr Minister und hat damit eine gut einjährige Vergangenheit als Minister. Ich glaube, der Minister und diese Koalition können stolz auf das sein – der Minister hat es vorgestellt –, was in diesem einen Jahr passiert ist. Er hat vieles davon geschildert. Wir haben die Mittel verdoppelt. Ich vermute, dass Sie von der CDU froh wären, wenn Sie in den vergangenen 60 Jahren, in denen Sie in Baden-Württemberg die Regierung geführt haben, annähernd das erreicht hätten, was wir in dem einen Jahr erreicht haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Paul Nemeth CDU: Platz 1!)

Wenn Sie kritisieren, dass das Land im Verhältnis zu den Mitteln, die der Bund bereitstellt, zu wenig tue – diese Position kann man haben –, sage ich: Es war aber nicht diese Regierung, die dies verursacht hat, sondern das geschah in den 60 Jahren zuvor. Wir sind gerade dabei, die Mittel entsprechend zu erhöhen. Der Minister hat gerade eine Erhöhung um den Faktor 2 genannt. Deswegen glaube ich, dass es falsch ist, das, was hier im Land läuft, schlechtzureden.

Bundesweit ist keine Koordination zwischen den Ländern erfolgt; die müssen wir vornehmen. Auch viele Aktivitäten des Bundes sind vom Minister zu Recht kritisch angesprochen worden. Aber ich möchte trotzdem, weil ich, denke ich, vorhin eigentlich keine polemische Rede gehalten, sondern sehr sachlich vorgetragen habe, noch einmal auf den Konsens hinaus, den ich hier sehe.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, gestatten Sie eine Kurzintervention des Herrn Abg. Glück? Diese würde nicht auf Ihre Redezeit angerechnet.

Abg. Johannes Stober SPD: Nein, ich habe nur noch eine Redezeit von 20 Sekunden.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Diese würde aber nicht auf Ihre Redezeit angerechnet.

Abg. Johannes Stober SPD: Nein, liebe Frau Präsidentin, trotzdem möchte ich in einem Zug zum Ende kommen.

(Unruhe)

Ich möchte noch kurz etwas dazu sagen, was die weitere Behandlung der vorliegenden Initiativen betrifft. Ich hatte vorhin darum gebeten, dass wir unsere Große Anfrage noch einmal im Ausschuss beraten. In Randgesprächen habe ich von der Landtagsverwaltung aber vernommen, dass das nur dann geht, wenn wir noch einen Entschließungsantrag dazu stellen. Wir könnten das natürlich machen, aber ich möchte davon absehen, und zwar aus folgendem Grund: Vorhin haben wir eine Änderung der Geschäftsordnung beschlossen. Wir haben damit ein Selbstbefassungsrecht.

Wir sind uns einig, dass das Thema von zentraler Bedeutung ist. Ein Selbstbefassungsrecht hat den Vorteil, dass wir nicht entlang eines Antrags arbeiten müssen. Vielmehr können wir diese neue Chance, die die Geschäftsordnung bietet, nutzen. Ich glaube, dass zeigt auch, dass wir vorhin eine gute Änderung der Geschäftsordnung beschlossen haben.

Zum Abschluss möchte ich noch kurz etwas zu unserem Abstimmungsverhalten zum CDU-Antrag sagen: „Smart Grid“ ist ein zentrales Thema. Nichtsdestotrotz: Die CDU hat beantragt, dass ein einheitlicher Standard für die Smart-Grid-Technologie angestrebt wird. Den gibt es bereits über die DKE, die Deutsche Kommission Elektrotechnik, die auch eine Abteilung für die E-Energy hat. Vor diesem Hintergrund muss man das nicht fordern. Das gibt es, und das wird weiterentwickelt.

Zum Zweiten fordert die CDU, einen Masterplan Baden-Württemberg für eine Verstetigung des Stromangebots wie

des Stromverbrauchs zu entwickeln. Dazu gibt es die klare Antwort: Prioritäten müssen dort gesetzt werden, wo der größtmögliche Nutzen ist. Es kommt in das integrierte Klimaschutzkonzept der Landesregierung hinein. Deswegen glaube ich, dass die Landesregierung zu diesen beiden Punkten ordentlich und gut Stellung genommen hat. Deswegen sehen wir hier nicht die Notwendigkeit, irgendetwas zu beschließen.

Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage Drucksache 15/906 besprochen.

Wir kommen zur geschäftsordnungsgemäßen Behandlung des Antrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1135. Abschnitt I des Antrags ist ein Berichtsteil und kann für erledigt erklärt werden.

Abschnitt II des Antrags ist ein Beschlussteil, der ein Handlungersuchen enthält. Wird Abstimmung über die Ziffern 1 und 2 von Abschnitt II gewünscht, und kann ich die Abstimmung über beide Ziffern zusammenfassen? – Das ist der Fall. Wer Abschnitt II zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? –

(Unruhe)

Damit ist Abschnitt II mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 9 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung. Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 28. Juni 2012, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen ganz herzlich und schließe die Sitzung.

Schluss: 18:29 Uhr

Anlage

Vorschlag

der Fraktion der CDU

Umsetzung im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft	ordentliches Mitglied	Gönner	Schütz

27. 06. 2012

Peter Hauk und Fraktion